

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

#### Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf., Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

#### Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die schlagzeilige Annoncenseite ober deren Raum 50 Pf., für politische und gewerkschaftliche Berichts- und Berichtigungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (seitgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenangebote und Schiffs-Bericht-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 24. September 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Maschinengewehre gegen das eigene Volk!

In der heutigen Sitzung des Magdeburger Parteitag machte Genosse Limberg (Essen) Mitteilung über ein ihm in die Hände gefallenes, von dem abgesetzten früheren kommandierenden General des 7. Armeekorps v. Bissing unterzeichnetes Zirkular, das bestimmt, welche Maßregeln das Militär im Fall öffentlicher Unruhen und Straßenkämpfe zu ergreifen hat. Unsere Leser finden das hochinteressante Dokument im Parteitagsbericht der heutigen Nummer abgedruckt; dennoch bringen wir nachstehend nochmals die wichtigsten Stellen zur Kenntnis, da das Schriftstück treffend den Geist unserer Regierung und ihr Verhältnis zur Arbeiterklasse charakterisiert. Zugleich beweist es, daß dieselben „maßgebenden“ Kreise, die durch erkaufte Preklosaken die Sozialdemokratie der Absicht des gewalttätigen Verfassungsbruchs beschuldigen lassen, selbst einen struppelosen Verfassungsbruch planen, falls es ihnen scheinen sollte, daß ihre Herrschaft durch irgend welches unruhiges Verhalten des Volkes in Frage gestellt werden könnte; denn die in dem Dokument enthaltene Anweisung, daß im Falle eines Ausbruchs öffentlicher Unruhen nicht nur ohne weiteres die Redakteure der „auführerischen Tendenzen“ verfolgenden Blätter, sondern auch alle sonst den Machthabern verdächtig und gefährlich erscheinende Personen ohne Rücksicht auf ihre durch die Verfassung festgelegte Immunität als Reichstagsabgeordnete verhaftet und von den Militärbehörden in „Sicherheit“ gebracht werden sollen, bedeutet nichts anderes als einen bewußten Bruch der Reichsverfassung.

Wörtlich heißt es nach Mitteilung des Genossen Limberg in dem Zirkular:

„Die ersten Maßregeln, die gleichzeitig mit der Bekanntmachung des Belagerungszustandes getroffen werden müssen, sind die Unterdrückung aller auführerischen Tendenzen verfolgenden Blätter und die Verhaftung der Redakteure sowie überhaupt aller als Führer und Agitatoren bekannter Personen ohne Rücksicht auf die Immunität der Reichstagsabgeordneten. Die Festnahme dieser Personen wird vielleicht noch von der Polizei durchgeführt werden können, wahrscheinlich wird sie zum mindesten durch Militär gedeckt werden müssen. Jedenfalls müssen die Festgenommenen der Militärbehörde übergeben und von dieser sobald als möglich in Sicherheit gebracht werden.“

Alle Versammlungen werden verboten und gerade beim Beginn auführerischer Bewegungen müssen alle Versuche zur Widerstandsfähigkeit im Reime erstickt werden. Nichts ist gefährlicher, wie zögernde Maßnahmen. Abwarten bringt auch den Geist der besten Truppen ins Wanken, während Angriff und Kampf ihre Gestattung befehligt.“

Es folgen weiter Vorschriften zur Sicherung der Truppen-transporte. Es heißt da:

„Für den Fall des Eisenbahnerausstandes sind ja Vorkehrungen bereits getroffen.“

Für die Verwendung der Truppen im Straßenkampfe gelten folgende Bestimmungen: Infanterie soll zusammen mit Kavallerie vorgehen. Ein frontaler Sturm auf Barricaden ohne nachdrückliche Vorbereitung durch Artillerie soll vermieden werden, weil er sehr oft fehlschlägt. Die Infanterie soll schrittweise vordringen und zwar durch die Häuser nach Einschlagen der Wände, durch Höfe, Gärten, über Dächer. Beim Marsch in den Straßen ist es zweckmäßig, in Reihenkolonnen auf beiden Seiten der Straße zu marschieren. Gewandte Schützen sind vorzunehmen, um nötigenfalls Feuer aus den Fenstern heraus wirksam erwidern zu können. Maschinengewehre und Artillerie sind stets zugeweiht, etwa jedem Bataillon ein Zug zuzustellen.“

Ferner folgen Vorschriften über die Ausrüstung der Pioniere mit Sprengstoffen usw.

Für das Ansehen der preussisch-deutschen Regierung im Auslande bedeutet die Veröffentlichung dieses Schriftstücks einen schweren Schlag. Mag immerhin die reaktionäre deutsche Presse die weise Vorsicht und die Energie loben, mit der sich die Regierung auf einen Zusammenstoß mit dem eigenen Volke und dessen Vändigung durch Artillerie und Maschinengewehre vorbereitet, das Ausland wird in dieser zärtlichen Vorbereitung nur das Zugeständnis sehen, daß die Regierung selbst fühlt, wie sehr sie im Gegensatz zu der breiten Volksmasse steht. Und tatsächlich enthält

das Schriftstück nicht nur dieses Zugeständnis, sondern zugleich das Bewußtsein der eigenen Schwäche, denn eine Regierung, die sich stark weiß, braucht solche im einzelnen ausgearbeitete Maßnahmen nicht zu treffen, vor allem nicht die Regierung des größten Polizei- und Militärstaates der Welt. Die Militärbehörden müssen zum Teil selbst nicht mehr ihren Truppen trauen. Eine Tatsache, für die auch der Satz spricht: „Abwarten bringt auch den Geist der besten Truppen ins Wanken!“

Für die Führer der deutschen Arbeiterbewegung bedeutet übrigens dieses infame Dokument keine Ueberraschung; sie halten längst die in Deutschland herrschende Junkerclique jeder Schandtat fähig. Die militärischen Anweisungen zum Verfassungsbruch schrecken sie deshalb auch durchaus nicht. Sie und die Arbeiterklasse gehen ihren Weg.

## Die Wahlrechtsdebatte.

Magdeburg, 23. September.

Der gestrige Nachmittag war der Erholung gewidmet. Und die Magdeburger Genossen hätten keinen glücklicheren Gedanken haben können, als das Arrangement des Ausflugs nach Thale und dem Vobetal. Wer diese wundervolle landschaftliche Szenerie, wohl der reizvollste Teil des Harzes, bereits kannte, ließ sich gern noch einmal von dem unwiderstehlichen Zauber einer Gebirgsformation umfassen, die von der Hand eines genialen Künstlers gestaltet zu sein scheint und doch nur der Schöpferkraft der Allgestalterin Natur, dieser Lehrmeisterin aller großen Kunst, ihre Entstehung verdankt. Und wer, wie der Verfasser, zum ersten Male die unvergeßlichen Eindrücke dieses köstlichen Naturwunders empfing, wurde zur reinsten Andacht gestimmt, deren die Seele in ihrer pantheistischem Verschmelzung mit dem Allgeist fähig ist. Und die äußerlich rauhen, leidenschaftlichen Klassenkämpfer, die am Tage vorher in heißem Meinungsstreit um das geringen, was ihnen als Gedeih oder Verderb ihrer politischen Ideale erschienen, lauschten heute mit weiterschlossenen Sinnen der grandiosen Melodie, die von diesen versteinerten Hymnen ausgeht.

Aber nicht nur den erhebendsten Naturgenuß brachte dieser Feiertag, sondern das nicht minder erhebende Gefühl des Einsseins mit den proletarischen Volksmassen. Einen überraschenden Empfang hatte die zahlreiche Arbeiterenschaft von Thale dem Parteitag bereitet, als er in dem malerischen Städtchen eintraf. Eine Musikkapelle empfing die Delegierten mit schmetternden Weisen, aber diese Weisen wurden überhört durch die jubelnden Empfangsrufe der vielen Hunderte von Männern und Frauen, die sich im Bahnhof und vor dem Bahnhof eingefunden hatten, um der Vertreterschaft der deutschen Arbeiterenschaft ihre freudige Teilnahme zu erweisen. Stolz und Freude strahlten aus jedem Auge; es war eine Ovation, wie sie so lauter und herzlich keinem König dargebracht und wie sie voll aufrichtigerer Dankbarkeit nicht aufgenommen werden kann. Und diese ergreifende Verbrüderungsfest erneuerte sich am Abend, als die Delegierten, der Einladung der Thaler Genossen folgend, sich in dem weiten prächtigen Garten des Festlokals eingefunden hatten. Herzlich hieß Genosse Schinkel namens der gewerkschaftlichen und politischen Organisation die Delegierten willkommen. Mit rauschendem Beifall wurde die Erklärung angenommen, daß das Proletariat von Thale trotz aller schweren Not der letzten Krisenjahre, die die Reihen der Genossen gelichtet, 1000 gewerkschaftlich und 600 politisch organisierte befristet und gewillt ist, in dem großen Befreiungskampfe der deutschen Arbeiterklasse auch in Zukunft mit aller Hingabe mitzukämpfen. Genossin Bieh erwiderte mit zu Herzen gehenden Worten die Begrüßung der Thaler Genossen. Und als sich dann kurz nach 9 Uhr abends der Extrazug mit den Delegierten wieder in Bewegung setzte, gaben brausende Hochs der vielhundertköpfigen Volksmasse dem Parteitag das Geleit. Die Eindrücke von Thale werden allen Teilnehmern in der Seele haften.

Der Parteitag begann heute vormittag die Sitzung mit der Fortsetzung der Debatte über den parlamentarischen Verzicht.

Genossin Bieh begründete dabei in wirksamster Weise den Antrag über die Fleischnot, der darauf einstimmige Annahme fand. Die Sympathiekundgebung für Finnland vertrat Liebknecht in zündender Rede, worauf Genosse Witt, der Vertreter der finnischen Bruderpartei, selbst eine Darstellung der schamlosen zarischen Verwaltungspolitik gab. Die Sympathieerklärung wurde gleichfalls einstimmig votiert.

Ueber die Wahlrechtsfrage referierte alsdann Genosse Borgmann, der in zweistündiger Rede eine durchdringende Kennzeichnung der Wahlrechtskämpfe im Reiche und der preussischen Wahlrechtskämpfe in besonderen gab und das Kampfgeldnis der gesamten deutschen Sozialdemokratie unter stürmischer Zustimmung erneuerte. Den ausgezeichneten Darlegungen des Referenten, deren Einzelheiten sich summarischer Wiedergabe entziehen, folgten Erklärungen der Vertreter der verschiedenen Bundesstaaten durch die Genossen Müller,

Hildenbrand, Frank, Ulrich, Hug und Starosson. Sämtliche Vertreter erklärten die Eroberung der Demokratie in Preußen für die Vorbedingung der Demokratisierung des Reiches. Sie sprachen dem preussischen Proletariat ihre bewundernde Anerkennung für das bis jetzt im Wahlrechtskampfe Geleistete aus und betonen mit schärfstem Nachdruck, daß im Kampfe um die Eroberung der politischen Rechte in Preußen das preussische Proletariat auf die einmütige Unterstützung des ganzen deutschen Proletariats rechnen dürfe. Das rückhaltlose Bekenntnis zum lückenlos geschlossenen Kampfe der gesamten Sozialdemokratie ganz Deutschlands wurde mit jubelnder Begeisterung aufgenommen. Ob nun nicht doch den bürgerlichen Spaltungspropheten und Zwittertrichtschilern das laienämmerliche Bewußtsein aufdämmert, daß ihre Hoffnungen auf Lockerung des auf dem Granit des proletarischen Solidaritätsgefüßes ruhenden Gefüßes der deutschen Sozialdemokratie auf eitel Flugand aufgebaut waren: Die deutsche Sozialdemokratie fühlt sich stark genug, unvermeidlichen Meinungsäustausch mit ehrlichster Offenheit und Entschiedenheit bis zur völligen Klarheit durchzuführen, aber sie zeigt dem Feinde die waffenstarrende Front der einzigen Partei!

Auch die

#### Nachmittagsdebatte

bestätigte die erfreuliche Einmütigkeit, mit der der Parteitag den Wahlrechtskampf zu führen entschlossen ist. Unsere Voraussage, daß sich diejenigen gründlich irren würden, die etwa gar auf einen Zusammenstoß innerhalb der radikalen Majorität rechneten, hat durch den Verlauf der Verhandlungen eine glänzende Bestätigung erhalten. Was Genossin Luxemburg zur Begründung ihres Antrages sagte, konnte von jedem Wort für Wort unterschrieben werden, der nicht etwa des holden Wahnes lebt, daß die Erringung der Demokratie in Preußen ein schäferliches Jdyl sein wird. Genossin Luxemburg erklärte es für den ausdrücklichen Zweck ihres Antrages, den Massenstreik zur Diskussion zu stellen. Die Wahlrechtsdemonstrationen seien keineswegs das letzte Wort in der Erringung des gleichen Wahlrechts. Natürlich ließe sich kein Termin für den Massenstreik ansetzen, hänge doch seine Anwendung von der politischen Situation und wesentlich auch von der Haltung der Gegner ab, die durch Provokationen eine Abwehration des Proletariats zur Notwendigkeit machen könnten. Ueberhaupt werde der Massenstreik nicht künstlich gemacht werden können, sondern aus der Stimmung der Massen herauswachsen. Gleichwohl sei die Erringung des Massenstreiks notwendig, um die erforderliche Einsicht in das Wesen des Massenstreiks zu fördern und die moralische Latenzkraft zu erzeugen, die ein erfolgreicher Kampf voraussetze. Um jeden Schein zu vermeiden, als wolle ihre Resolution zur blinden Aktion auffordern, erkläre sie sich mit der Streichung des Wortes „Propagierung“ einverstanden.

Gegen die Resolution Luxemburg wendete sich eine Erklärung von 28 gewerkschaftlich tätigen Genossen, die dagegen Verwahrung einlegte, daß auf Aktionen in der Richtung des Massenstreiks abzielende Vereinbarungen von der Partei einseitig getroffen würden, da doch laut Parteitagbeschluss darüber eine Verständigung zwischen Partei und Gewerkschaften statzufinden habe. Die Ansicht, daß die Resolution Luxemburg eine solche einseitige Beschlusfassung bedeute, wurde namentlich von den Genossen Deinert und Sebering verfochten. Diese Genossen vertraten zudem gleich Heine und anderen die Ansicht, daß eine Erörterung des Massenstreiks zur Zeit des Wahlrechtskampfes selbst unangebracht sei, da sie keinerlei Nutzen bringe. Die Massen besäßen politische Einsicht genug, um in dem zur Aktion gegebenen Augenblick auf dem Posten zu sein. Wenn die Genossin Luxemburg, so schloß Heine, gesagt habe, daß man in Frankreich allgubiel über den Massenstreik geredet habe, ohne ihn wirklich zur Tat werden zu lassen, so warne er, dies Beispiel in Deutschland nachzuahmen. Genosse Ernst hat namens des Parteivorstandes und des Ausschusses der preussischen Landeskommission um Ablehnung des Antrages Luxemburg ebenbüell um Annahme nur des ersten Teils, der den Massenstreik ausdrücklich als Waffe für den ferneren Wahlrechtskampf bezeichnet. Schon frühere Resolutionen der Parteitage und auch der letzte preussische Parteitag hätten ausdrücklich erklärt, daß auch der Massenstreik im gegebenen Falle als Kampfmittel anzuwenden sei. Deshalb sei der Antrag Luxemburg überflüssig. Er entspringe offenbar der irrigen Annahme, daß die preussische Landeskommission während der Kampagne dieses Jahres die Erörterung des Massenstreiks in der Presse zu unterbinden versucht habe, was keineswegs der Fall gewesen sei. Innerhalb der preussischen Landeskommission sei lediglich die Ansicht vertreten worden, daß der Augenblick für eine Massenstreik-Diskussion ungeeignet sei, das Proletariat könne davon überzeugt sein, daß alle zur Leitung des Wahlrechtskampfes berufenen Körperschaften auch den ferneren

Kampf mit allem Nachdruck bis zum siegreichen Ende führen würden.

Genosse Dismann wies die irrige Auffassung der Verwahrung der 28 zurück, als ob irgend jemand die selbstverständliche Mitwirkung der Gewerkschaften bei Aktionen des Wahlrechtskampfes in Frage stellen wollte. Kein Mensch sei so naiv, sich einzubilden, ein Generalstreik könne ohne das volle Einverständnis der Gewerkschaften durchgeführt werden. Die Genossin Luxemburg fordere lediglich eine Erörterung des Massenstreiks zur Aufklärung der Volksmassen. Eine solche Erörterung sei aber nach den Beschlüssen der Parteitage nicht nur zulässig, sondern geradezu den Genossen zur Pflicht gemacht.

Genossin Jeklin entkräftete gleichfalls die Annahme, als verberge sich hinter der Resolution Luxemburg die Absicht, für eine unmittelbare Aktion Propaganda zu machen. Die Diskussion solle lediglich der Schulung der Massen, die Entflammung des Willens zur Tat, der Erziehung zu Idealismus und Opfermut dienen. Sie solle ihnen aber auch klar vor Augen führen, welche schwere Opfer, ja eventuell sogar welche zeitweiligen Rückschläge der Massenstreik kosten könne. Nicht blühten sollten die Massen in die Schlacht geführt werden, sondern im vollen Bewusstsein der Verantwortung, die sie auf sich nehmen, in der klaren Erkenntnis alles dessen, was auf dem Spiele stehe; denn nur eine solche von höchstem Opfermut aber auch klarster Einsicht erfüllte Volksmasse könne die schweren Kämpfe durchführen, könne selbst Niederlagen ertragen, die unter solchen Umständen nur die Gewähr des endlichen Sieges seien.

So ergab die Aussprache, daß mindestens unter der übergroßen Mehrheit der Partei vollste Einmütigkeit in der Frage des Massenstreiks bestand. Einhellig wurde dann auch die Resolution des Reserenten angenommen, die alsdann von einer erheblichen Mehrheit auch durch den ersten Teil des Antrages Luxemburg ergänzt wurde, nachdem der zweite Teil von der Antragstellerin selbst zurückgezogen worden war.

Zu Anfang der Diskussion hatte Genosse Dimbergh-Essen ein interessantes Dokument zur Kenntnis gebracht. Er teilte den wesentlichen Inhalt eines Erlasses mit, der von einem kommandierenden General an die untergeordneten Stellen ergangen war, eines Erlasses, der sich auf Vorkehrungen zur Unterdrückung von Volksunruhen bezog. Dies Zirkular sah die Maßnahmen vor, die sofort nach Verhängung des Belagerungszustandes zu treffen seien. Es empfahl das forscheste Draufgängertum nach dem Herzen des Januschawers, Unterdrückung der Organisationen, der Presse, der Versammlungen, Gefangensetzung aller Führer ohne Rücksicht auf die parlamentarische Immunität, sogar eine bis ins Detail ausgearbeitete Strategie bei Straßenkämpfen.

Der Parteitag nahm diese Enthüllung der Absichten des Säbelregiments ohne sonderliche Erregung auf. Die Sozialdemokratie weiß ja längst, welcher Aktionen sie sich von unserem herrlichen Militärstaat zu gewärtigen hat. Sie ist der unerschütterlichen Zuversicht, daß sie auch des preussischen Junker- und Militärstaats Herr werden wird durch die unablässige Arbeit der Agitation und Organisation, durch die unbefleglichen Waffen des Geistes, an deren diamantener Härte auch preussische Säbel und Bajonette sich abnutzen. Daß aber der Kampf um das gleiche Wahlrecht mit eiserner Beharrlichkeit fortgeführt wird, das bezeugte die durch das Schlusswort Borgmanns noch einmal inhaltlich, zusammengefaßte einmütige Willensäußerung des Parteitages!

Der Parteitag nahm zum Schluß noch ein treffliches Referat des Genossen Fleißner über die Genossenschaftsfrage entgegen und vertagte sich dann auf Sonnabend.

## Ungefehllichkeit über Ungefehllichkeit!

Unter „Rechts Nachrichten“ haben wir gestern noch den Polizeistreik in Lichtenberg gegen die freie Jugendbewegung melden können. Trotz des zweifelsfreien Urteils des höchsten Gerichts des Reiches also, welches unzweifelhaft festgestellt hat, daß die alten preussischen Verordnungen über die Erteilung von Privatunterricht jeglicher Art sich nur auf die Schuljugend, nicht aber auf die schulenlose Jugend beziehen, daß also keinerlei gesetzliche Unterlage vorhanden ist für das Verlangen, daß Leute, die der schulenlosen Jugend Kenntnisse vermitteln wollen, einen königlich preussischen Unterrichtschein vorlegen sollen, hat sich die Polizei in Lichtenberg zur Vollstreckung solchen ungefehllichen Verlangens, zur Vollstreckung der ungefehllichen Verfügung der Potsdamer Regierung, Abteilung für Schulangelegenheiten gemacht. Und hat zugleich dabei das Vereinsgesetz auf das Schwert verlegt.

Trotz der klaren rechtlichen Sachlage hatten bekanntlich die Leiter der Lichtenberger Jugendbewegung, um der Behörde auch den leichsten Vorwand zur Störung der Veranstaltung zu nehmen, auf die Abhaltung des angekündigten Kurses des Genossen Graf verzichtet und eine unpolitische Versammlung für die Jugendleiter einberufen, in der Genosse Graf referieren sollte. Selbst wenn also die preussische Verwaltung auf dem unhaltbaren Standpunkt stände, daß sie auf die Reichsgerichtsentscheidung pfeifen dürfe, so hätte sie, nachdem der Kursus abgefragt und eine einfache Versammlung einberufen war, nicht eine Spur von Recht gehabt, die Abhaltung der Versammlung zu verhindern. Ihr Vorgehen ist eine eklatante Verletzung des dem Bürger und auch dem jugendlichen Bürger gesetzlich gewährtesten Versammlungsworts!

Besonders bemerkenswert ist bei alledem noch die Art, in der die Lichtenberger Polizei ihre ungefehlliche Aktion vollführte. Genosse Graf schildert uns die Vorgänge und seine besonderen Erlebnisse wie folgt:

„Ich hatte vielleicht fünf Minuten gesprochen, als ein Leutnant und ein Wachtmeister geräuschvoll durch den Saal schritten. An der Rednertribüne angekommen, wendete sich der Leutnant an mich: „Im Namen der königlichen Staatsregierung zu Potsdam fordere ich Sie auf, diesen naturwissenschaftlichen Vortragskursus zu unterlassen!“ (Wohlgemerkt, der Leutnant fragte nicht, wer ich bin, ob ich überhaupt über naturwissenschaftliche Dinge rede, und er stellte nicht fest, ob hier überhaupt ein naturwissenschaftlicher Vortragskursus in der von der königlichen Staatsregierung beanstandeten Form stattfand.) Der Leutnant fuhr fort: „Nachfrage, ob Sie mit dem Vortrag fortfahren oder aufhören wollen zu reden?“ „Selbstverständlich,“ erklärte ich,

„höre ich auf und füge mich der beschlossenen Macht, aber ich hoffe, daß man mich nicht bestrafen kann, wenn ich Ihnen die Rechtsbelehrung erteile, daß Sie hier eine ungefehlliche Handlung begehen. Hier findet eine öffentliche Versammlung statt und Sie haben sich an den Einberufer zu wenden.“ Der Leutnant: „Das geht mich nichts an. Wollen Sie aufhören?“ Ich packte darauf mein Manuskript zusammen. Währenddem teilte der Einberufer der Versammlung mit, daß eine Pause von 5 Minuten eintreten würde. In diesem Moment sagte der Leutnant zum Wachtmeister, auf mich deutend: „Führen Sie den Mann ab!“ (Ich hatte keinen Befehl gehorcht und trotzdem ließ er mich abführen!) Der Wachtmeister sagte mir nun, obwohl ich ihn darauf aufmerksam machte, daß ich freiwillig mitgehen würde, wiederholt am Arm. Auf mein Angebot, mich zu legitimieren, wurde mir erwidert, „hier sei kein Platz dafür!“ Ein anwesender Genosse, der den Wachtmeister ersuchte, mich nicht anzufassen, wurde ebenfalls mit zur Wache genommen und dann ging es, wie ich schwere Verbrecher eskortiert von zwei mit Brownings bewaffneten Schutzeinheiten, den langen Weg durch die Hauptstraße zur Wache. Dort legte ich mich sofort; es wurde mir aber erwidert, daß ich hier zu bleiben habe, bis der Leutnant weiter verfügt! Der Wachtmeister fuhr mich, als ich mich mit meinem Lebensgenossen unterhielt, in lauter Weise an, wir sollten ruhig sein, wir seien in Haft (sich), sonst kämen wir in die Arrestzelle. War ich nun eigentlich in Haft oder nicht; wenn ja, warum? Wenn nein, warum die Verleumdung des Wachtmeisters und warum hielt man mich zwei Stunden lang fest? Doch offenbar nur, um den Vortrag über die Entwicklung des Planetensystems unmöglich zu machen! Bis 11 Uhr wurde ich festgehalten. Als ich dann entlassen wurde, gab ich eine Beschwerde zu Protokoll über die Behandlung, da ich den Herren gar keine Veranlassung gegeben hatte, mir gegenüber unförmlich zu sein. Die Polizeibeamten waren überhaupt unnötig erregt, weder Leutnant noch Wachtmeister konnten sich beherrschen.“

Der zweite Verhaftete, Genosse Schwenzl, schreibt uns: „Meine Verhaftung erfolgte lediglich, weil ich wiederholt und nachdrücklich den Wachtmeister auf die Ungefährlichkeit seiner Handlungsweise aufmerksam machte. Dies geschah in der Absicht, den Vorwand des guten Glaubens zunächst zu machen. Die Eskalation erfolgte zu Unrecht, da ich für die Namensfeststellung, um die es sich doch nur handeln konnte, Legitimation bei mir führte. Aber auch mein Verlangen, Gut und Uebelzueher mitnehmen zu dürfen, wurde barsch abgelehnt, so daß ich barhaupt in der Nachtstube den etwa 10 Minuten langen Weg zurücklegen mußte. — Nach beendeter Personalfeststellung wurde ich ebenfalls fortgelassen, wie Genosse Graf, sondern mußte noch bis 11 Uhr auf der Wache bleiben, ohne daß ein ersichtlicher Grund vorlag!“

Es versteht sich von selbst, daß alle Rechtsmittel gegen das ungefehlliche Verfahren der Lichtenberger Polizei ergriffen werden müssen. Da es sich um eine polizeiliche Verletzung des Vereinsgesetzes handelt, so ist es möglich, die Sache im Beschwerdewege und Verwaltungstreitverfahren durchzuführen.

Das Vorgehen der Polizei hat die formale Unangreifbarkeit der Maßregeln der Schulaufsichtsbehörde zerstört! Ein Effekt ihrer Handlung, über den sich die verantwortliche Stelle wohl vorher nicht klar gewesen ist!

Daß die freie Jugendbewegung durch solche ungefehlliche Maßnahmen, unbeschadet des Ausgangs der Beschwerde und Klageaktion, nicht einen Augenblick aufgehalten wird, darüber werden die Herren von der preussischen Verwaltung bald ins Klare kommen!

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 23. September 1910.

### Die Regierung spart.

Die Regierung will, wie die „vaterländischen“ Blätter zu melden wissen, bei den Reichsausgaben sparen und vorläufig versuchen, ohne die Forderung neuer Steuern mit den jetzigen Einnahmen auszukommen. Das ist, wenn sie damit auch nicht auf ihre geplanten Neuforderungen verzichtet, sondern sie nur bis nach der nächsten Reichstagswahl zurückzieht, recht lobenswert; aber, wie das von vornherein in Anbetracht des feudal-bureaucratischen Charakters unserer einsichtsvollen Regierung kaum anders zu erwarten war, will sie nicht bei den Ausgaben für Flottenbauten, Kanonen, Paraden usw. sparen, sondern bei solchen Ausgaben, wo sich am allerwenigsten sparen läßt. So soll z. B., wie bekannt wird, die geplante, vom Reichstag geforderte und von der Regierung versprochene Erhöhung der Soldatenlöhnung unterbleiben. Eine gewöhnlich gutunterrichtete halboffizielle Korrespondenz weiß nämlich zu melden:

„Wie wir hören, werden aus Sparmaßregeln auch im Reichsetat für 1911 keine Mittel zur Erhöhung der Löhnung für Gemeine eingestellt werden. Nachdem bereits bei allgemeinen Etatspositionen Abstriche nötig geworden sind, um die Ausgaben mit den Einnahmen in Einklang zu bringen, hat sich die Erhöhung der Mittel für Soldatenlöhnung nicht durchsetzen lassen, obwohl die Excecutivverwaltung ihr im Reichstage gegebenes Versprechen gern eingelöst hätte.“

Es ist doch etwas Schönes um die hochwohlwollende vaterländische Regierungsparsamkeit.

### Endlich!

Endlich holt die preussische Regierung ihr unentschuldigbares Versäumnis nach und gerührt der Öffentlichkeit mitzutellen, daß das Dienstmädchen Josepha Claston aus der Haft entlassen ist. In der Sächsischen Presse wird gemeldet:

Ueber das Schicksal der galizischen Dienstmagd Josepha Claston, die in Potsdam monatelang in Polizeihaft gehalten worden ist, erfahren wir, daß die Claston seit länger als Monatsfrist bereits aus der Polizeihaft entlassen ist. Regierungsgewalt wird anerkannt, daß hier ein bedauerlicher Mißgriff vorliegt, und es wird Sache der bekanntlich schon eingeleiteten Untersuchung sein, festzustellen, welcher Justiz die Schuld an dem Vorgang beizumessen ist. An den einschlägigen Bestimmungen selbst dürfte infolge dieses Vorkommnisses nichts geändert werden, da die Bestimmungen nicht nur aus nationalen, sondern auch aus wirtschaftlichen Gründen erlassen sind, um den deutschen Arbeitsmarkt nicht durch sehr zahlreich werdende billigere ausländische Arbeitskräfte drücken zu lassen.

Also seit einem Monat ist das unglückliche Mädchen schon aus der Haft entlassen worden. Und das konnte die amtliche Berliner Korrespondenz, als sie am 30. September ihre Erklärung über den Fall brachte, nicht mitteilen! Ist das Gedankenlosigkeit oder Herzlosigkeit? Glauben die Herren an den grünen Tisch, daß sich kein Mensch dafür interessiert, ob das Mädchen noch in Haft sei? Glauben sie, das sei der Dessenlichkeit ganz gleichgültig, da es sich doch nur um ein Dienstmädchen handelt. Oder interessiert sie das Schicksal des bedauernswerten Opfers der preussischen Bureaucratie so wenig, daß sie sich bei der Abfassung jener Notiz gar keine Gedanken darüber gemacht haben, ob für das Publikum nicht das Wichtigste die Haftentlassung sei?

Nicht Monate hat also die Haft des Dienstmädchens gedauert! Hoffentlich wird nun die Untersuchung einermöglichen beschleunigt, damit die Schuldigen wegen Freiheitsberaubung ihrer verdienten Strafe überantwortet werden können.

Zu dem Schluß der Sächsischen Presse ist zu bemerken, daß es klarer Schwindel ist, wenn da behauptet wird, daß die Bestimmungen über die zeitweise Rückkehr der ausländischen Wanderarbeiter in ihr Heimatland auch deshalb erlassen seien, „um den deutschen Arbeitsmarkt nicht durch sehr zahlreich werdende billigere ausländische Arbeitskräfte drücken zu lassen“. Gerade dieser Zwang zur zeitweisen Rückkehr ins Heimatland hält die ausländischen Arbeiter in nationaler Absonderung und Bedürfnislosigkeit, verhindert ihre Gewinnung für gewerkschaftliche Organisationen und erhält sie so als Lohnrücker! Ausländische Streikbrecher und Lohnrücker sind der preussischen Regierung stets willkommen und ihre Organe betätigen sich oft genug gegenüber Ausländern als Streikbrecheragenten, wie erst in diesen Tagen wieder ein Fall in Berlin bewiesen hat, wo ein russischer Arbeiter ausgewiesen wurde, nachdem er den bezeichnenden Rat eines Polizeibeamten, nach Kiel zu gehen, um den ausgesperrten Werftarbeitern in den Rücken zu fallen, nicht befolgt hat!

### Die Berliner Handelskammer und die Fleischnot.

In einer am Freitag abgehaltenen Sitzung nahm die Berliner Handelskammer Stellung zur Frage der Fleischnot. Dabei wurden dem Minister v. Schorlemer einige derbe Nasenstübe erteilt. In einer ausführlich begründeten und angenommenen Resolution wurde die ministerielle Berechnung über die im Inlande zur Verfügung stehenden Fleischmengen gewertet:

„... Insbesondere sind die Berechnungen über die Gesamtmenge des erzeugten Fleisches und den auf den Kopf der Bevölkerung entfallenden Verzehr ohne Beweiskraft.“

Weiter wird gesagt, daß, wenn die bestehenden Zoll- und Grenzsperrverhältnisse in Wirksamkeit bleiben, die Teuerungperioden sich in kurzen Fristen wiederholen werden. Darin liege eine Gefahr für die sozialen Verhältnisse. Weiter heißt es dann:

„Eine für die Dauer wirksame Milderung der Fleischsteuerung ist nur zu erwarten, wenn mit dem System der Sperre gegen ein ausländisches Vieh gebrochen wird. Zu unserem Bedauern hat der Herr Minister für Landwirtschaft ein Entgegenkommen in dieser Beziehung neuerdings abgelehnt. Der Einwand, daß das Ausland selber hohe Viehpreise habe, somit kein Vieh abgeben könne, ist nicht durchschlagend. Allerdings konnte es nicht ausbleiben, daß, nachdem Deutschland den Import aus fast allen Ländern verboten hatte, diese sich zu einer Milderung ihrer Produktionsverhältnisse veranlaßt sahen; indes unterliegt es keinem Zweifel, daß Gebiete wie Holland, Belgien, Frankreich, Schweden, Norwegen sich auf die Bekämpfung des deutschen Marktes wieder einrichten werden, sobald dieser ihnen geöffnet sein wird.“

Es werden sodann die Einfuhrschranken besprochen. Zum Schluß formuliert die Handelskammer ihre Forderungen wie folgt:

„Eine Aufhebung des Verbots der Einfuhr von frischem Fleisch aus Rußland, Belgien, Amerika usw. ist schon deshalb gerechtfertigt, weil hierbei die Gefahr der Infektion des heimischen Viehstandes entfällt. Auf eine erhebliche Steigerung der Einfuhr von frischem und zubereitetem Fleisch wird aber so lange nicht zu rechnen sein, als die gegenwärtigen hohen Zölle bestehen.“

Die Ermäßigung dieser Zölle wie der Zölle auf lebendes Vieh ist neben der Aufhebung der Einfuhrverbote eine der Voraussetzungen für die Milderung des Fleischmangels.

Die Möglichkeit, durch die einheimische Vieherzeugung den Fleischbedarf der Bevölkerung zu decken, wäre näher gerückt, wenn die Einfuhr von Jung- und Magervieh erleichtert werden würde. Mehrere Staaten, beispielsweise Holland sind befähigt, der deutschen Viehwirtschaft geeignetes Material zu liefern. Eine derartige Erleichterung würde auch der deutschen Landwirtschaft Nutzen bringen.“

### Schwierige Etatsaufstellung.

Die Aufstellung des Etats 1911/12 scheint auf ganz erhebliche Schwierigkeiten zu stoßen. Offenbar weiß der Schatzsekretär Wermuth beim besten Willen nicht, wie er es machen soll, Einnahmen und Ausgaben in Einklang miteinander zu bringen. Wie die „Magdeburger Zeitung“ erzählt, ist es besonders das Kriegsministerium, das mit seinen hohen Anforderungen dem Schatzsekretär die gute Laune verdirbt. Daß die Aufstellung des Etats so unständig vor sich geht, führt dieses Blatt auf die Art des Geschäftsganges zurück, den es in folgender Weise schildert:

„Die Neuforderungen werden vom August an schriftlich angemeldet und dann im Reichsschatzamt eingehend geprüft, worauf den einzelnen Verwaltungen ein schriftlicher Bescheid erteilt wird; diese antworten wieder, beklagen die gemachten Abstriche, halten ihre Forderungen zum Teil aufrecht und begründen sie womöglich noch ausführlich — so geht es etwa zwei Monate hin und her, bis dann endlich erst mündliche Verhandlung über die strittigen Forderungen stattfindet. Damit wird viel unnütze Schreibeerei geleistet. Würde auf sie verzichtet und gleich nach den Anmeldungen das mündliche Verfahren beliebt, so könnte auch eine Menge von Beamten erspart werden.“

Das ist schon richtig, aber das Beamtenheer ist nun einmal da und muß beschäftigt werden, deshalb wird an diesem bureaukratischen Zug auch nichts geändert. Das Magdeburger Blatt stellt dann weiter fest:

„Die Militärvorlage ist noch nicht endgültig festgestellt, vielmehr dauern die Verhandlungen darüber noch fort. Die Frage des Ehrenoldes für diejenigen Kriegsveteranen, die nicht infolge von Verwundungen, Krankheiten usw. schon mit Pensionen oder Reichsbelühen bedacht sind, ruht vollständig, und es läßt sich zurzeit auch nicht absehen, woher die Mittel für den Ehrenold genommen werden könnten. Dem Reichstag wird es überlassen bleiben, den Weg dazu zu zeigen, nachdem die Besprechung mit Parlamentariern, die im Sommer im Reichsschatzamt stattfand, ergebnislos verlaufen ist.“

Was von bürgerlicher Seite bisher über die Militärvorlage verbreitet wurde, war haltlose Kombination, denn das Kriegsministerium beharrt strengstes Stillschweigen, und letzterer Umstand läßt darauf schließen, daß es sich nicht nur um kleine Änderungen in den Formationen handeln wird.

### Die Laus im nationalliberalen Pels.

Die Presse des Schnapsbocks schöpft eifrig aus der „Korrespondenz für nationale Politik“, die unter nationalliberaler Flagge segelnd den Redaktionen zu völlig kostenloser Benutzung zugeht. Dieses Organ des Abg. Herrn Hehl zu Herrnhelm teilt mit, daß dafür gesorgt ist, daß auf dem nationalliberalen Parteitag in Kassel folgende Punkte erörtert werden:

In wirtschaftlichen Fragen darf künftig ein Fraktionszwang nicht ausgebaut werden. — Die Forderung gegen die rechtsstehenden Parteien muß unterlassen werden. — Die Bekämpfung der Sozialdemokratie wird als die wichtigste Aufgabe allen anderen vorangestellt. — Demgemäß ist jeder die Sozialdemokratie einschließende Großblock gegen die Rechte und das Zentrum unzweifelhaft zurückzuweisen. — Ein generelles Bündnis mit dem Freisinn wird abgelehnt. — Die Jungliberalen dürfen keine Partei in der Partei bilden und ebensowenig eine selbständige Politik treiben.

Das ist in der Tat das Programm des Leberkönigs von Worms, der die Nationalliberalen unter allen Umständen in die Arme des Schnapsbocks treiben will.

### Keine Zentrumstreuen — keine Seelsorge.

Die „Germania“ macht ihrem gepreßten Herzen über den Ausgang der Knappschaftswahlen im Ruhrgebiet in einem zornigen Artikel Luft. Am meisten zürnt das fromme Blatt den polnischen

Arbeiter, von denen viele sozialdemokratisch gestimmt haben, andere für polnische Kandidaten. Erbst schreibt das Blatt:

„Wenn die Polenführer sozialdemokratische Politik treiben und der Sozialdemokratie nützen und ihre einzigen wirklich guten Freunde schädigen wollen, dann mögen sie sich nicht immer als gute Katholiken hinstellen, denen an einer besonderen Polenpflege gelegen ist. . . . Wärdten die Polen bedenken, daß sie dauernd nicht ungestraft auf Kosten ihrer katholischen Mitbürger sündigen können.“

Der Sinn dieser feinen Auslassung kam nur der sein, daß die Polen die Unterstützung des Zentrums bei ihrem Bestreben um polnische „Seelsorge“ verlieren, wenn sie nicht stramm für die Zentrumspartei stimmen. Daß man mit der „Seelsorge“ so offen politischen Schacher treibt, ist neu.

### Eine militärische Reform,

allerdings nur in ganz bescheidenem Umfange, wird nach einer Meldung der „Täglichen Rundschau“ nimmlich eingeführt. Es sollen nämlich der Kavallerie des Wehrdienstes künftig auf leichtere Vergehen Geldstrafen statt Arreststrafen verhängt werden. Wenn dies zutrifft, dann gibt hier die Wehrverwaltung nur einer sozialdemokratischen Anregung Folge.

### Oesterreich.

#### Passive Resistenz auf den bosnischen Bahnen.

Sarajewo, 23. September. Eine Sonderausgabe der Eisenbahnerzeitung „Signal“ forderte gestern in einem Aufruf alle Angestellten der bosnischen Landesbahnen auf, um Mitternacht in die passive Resistenz einzutreten. Infolge dieses Aufrufs hat heute am frühen Morgen die passive Resistenz auf den Landesbahnen eingesetzt. Bisher hat sie sich erst in geringen Jugerspätungen bemerkbar gemacht; doch werden bei längerem Anhalten schwerwiegende Folgen nicht ausbleiben.

### Holland.

#### Berichtigung.

Von Genossen J. A. Antersmit, Amsterdam, geht uns folgende Berichtigung zu:

Die Mitteilung, die der „Vorwärts“ über die Amsterdamer Wahlrechtsdemonstration vom 21. September bringt, bedarf in einigen Punkten der Berichtigung.

Ihr Korrespondent teilte mit, daß „die Zeitung der S. D. A. P. jeden marxistischen Redner aus ihren Reihen und gewohnheitsmäßig auch Redner der S. D. P. ferngehalten hatte.“

Wahrheit ist, daß von den sieben Rednern zwei sich der in engerem Sinne marxistischen Richtung zurechnen, nämlich der Genosse Henri Polak und die Genossin Helena Antersmit, während die „Beratung“ von Rednern der S. D. P. sich wohl aus der Tatsache erklärt, daß diese Partei bei den Wahlen nur 542 Stimmen erzielte, die S. D. A. P. aber 82 798.

Die Mitteilung Ihres Korrespondenten, „selbst Genosse Troetschka erwähnte als schärfere Mittel (der Eroberung des allgemeinen Wahlrechts) den Massenstreik“, macht den Eindruck, als sei dies eine Neuerung in Troetschka's Auftreten. Wahrheit ist aber, daß Troetschka schon vor einigen Jahren dies schärfere Mittel zu diesem Zwecke erwähnt hat und er sogar der erste war, der dies in Holland tat.

### Dänemark.

#### Die Landstingwahlen.

Am Dienstag fanden die Neuwahlen zum Landsting statt, dem Oberhaus des dänischen Reichstags, das aus 68 Abgeordneten besteht, von denen 12 durch den König ernannt sind. Von den 54 gewählten Abgeordneten scheidet die Hälfte alle vier Jahre aus, so daß also die Wahlperiode selbst acht Jahre beträgt. Diesmal kam eine Ergänzungswahl im 1. Kopenhagener Landstingwahlkreis hinzu, an der sich die Sozialdemokraten, sowie auch die Radikalen nicht beteiligten, da hier nach den obwaltenden Umständen ein Erfolg nicht zu erwarten war. Die Wahlen zum Landsting sind unbedeutend, und für die Wahlmännerwahlen ist ein Positiv oder vielmehr Dreiklassenrecht maßgebend. Auf dem Lande hat in jeder Gemeinde die allgemeine Wählerklasse einen Wahlmann zu wählen, und dazu kommt eine ebenso große Anzahl „selbstgeschriebener“ Wahlmänner. Diese Leute sind die Höchstbesteuerten aus jeder Landgemeinde, die nicht gewählt werden, sondern allein auf Grund ihres großen Gelds oder Besitzes zu Wahlmännern aufersehen sind. In den Stadtgemeinden, die ebenso viele Wahlmänner zu stellen haben wie die Landgemeinden, wird die eine Hälfte durch die allgemeine Wählerklasse gewählt, die andere Hälfte durch die Höchstbesteuerten, die nebenbei auch zur allgemeinen Wählerklasse zählen, also zweimal zur Wahl berufen sind.

Die Wahlmännerwahlen haben bereits in der vorigen und in der vorvorigen Woche stattgefunden. Es wäre der „Linken“, wie sie sie nennt, der Regierungspartei möglich gewesen, die geringe Mehrheit der Konservativen und Freikonservativen im Landsting zu besitzeln. Aber die Partei, die ein Menschenalter lang die Reaktion bekämpft hat, wollte diesmal nicht liegen! Sie wäre sonst genötigt worden, ihr immer noch ziemlich demokratisches Parteiprogramm durchzuführen, das unter anderem die Wiederherstellung der demokratischen Verfassung von 1849 vorsieht. Darum schloß sie von vornherein fast in allen Wahlkreisen Wändnisse mit den Konservativen ab, und demgemäß haben auch ihre Wahlmänner bei den Abgeordnetenwahlen gestimmt. Das Ergebnis ist, daß die Konservativen zum ersten Male seit dem Jahre 1888 wieder einen Zuwachs an Mandaten zu verzeichnen haben, während sie bisher immer mit Verlusten zu rechnen hatten. 1888 hatten sie 50 Mandate, 1890 sank die Zahl auf 48, 1894 auf 46, 1898 auf 42, 1902 auf 37, 1906 auf 29, und vor der nun vollzogenen Wahl waren nur noch 27 konervative Landstingmänner vorhanden. Aber jetzt ist ihre Zahl, dank der Wahlhilfe der „Linken“, wieder auf 30 gestiegen. Die Zahl der freikonservativen Abgeordneten ist von 8 auf 9 zurückgegangen und die der sogenannten Linkenmänner von 24 auf 21. Die Radikalen haben mit Hilfe der Sozialdemokratie 2 Mandate gewonnen, so daß sie jetzt 4 Landstingmänner haben, oder 5, denn es gibt noch ein Wider im Landsting, der auf ihrer Seite steht. Die Zahl der sozialdemokratischen Mandate, von denen keines zur Wahl stand, ist sich gleich geblieben; es sind wie bisher 4. Im Jahre 1890, als zum ersten Male Sozialdemokraten in das Landsting einzogen, waren ihrer 2, 1902 ging eines der beiden Mandate verloren, 1906 stieg ihre Zahl auf 4, und dabei ist es geblieben. Bei dem durchaus pluralistischen Wahlsystem ist es ja nicht zu verwundern, daß die Arbeiterklasse Dänemarks trotz ihrer politischen Reife und Machtentfaltung zu keiner starken Vertretung im Landsting gelangt ist.

Das Charakteristische an den Wahlen ist, daß die „Linke“, die ihre reaktionäre Gesinnung und Handlungsweise bisher immer noch zu verschleiern suchte, sich nun offen mit ihren alten Erzfeinden, den Konservativen, verbündet hat und so dafür sorgte, daß die konservativ-freikonservative Mehrheit es von 35 auf 39 Mandate brachte. Sieht sich nun die Regierung auf Grund ihres Parteiprogramms genötigt, irgendwelche demokratischen Reformen, vlesentlich gar eine Reform des Landstingwahlrechts vorzuschlagen, so kann sie sicher sein, daß alle schönen Verschlüsse des Folketings vom Landsting nach wie vor schon eingepflegt werden und vollständig keine Gesehekrast erlangen. Das ist auch der Zweck, weshalb die Regierungspartei nicht liegen wollte.

### Rumänien.

#### Neue Vergewaltigung der Arbeiter.

In einiger Erinnerung wird diese Regierung der ehemaligen Sozialisten den Arbeitern bleiben. Keine Gelegenheit, die Arbeiter zu schikanieren, läßt die Regierung vorübergehen. Sie übt Nachdruck, daß es ihr nicht gelungen ist, die Arbeiter zu Vertretern ihrer eigenen Sache und zu Nachfolgern einer Partei zu machen, welche den Arbeitern das Koalitionsrecht geraubt hat.

Jedes Mittel ist diesen Henagalen recht. So wird jetzt die Choleraepidemie zum Vorwand genommen, um jede Arbeiterversammlung zu verbieten und selbst das Arbeiterhaus zu schließen, in dem sich die Lokale verschiedener Arbeitervereine befinden. Arbeiter, die sich Auskunst in Hochfragen holen oder Vereinsbeiträge bezahlen wollen, werden von den Polizisten in brutaler Weise am Betreten des Hauses gehindert. Die verdächtigsten Spulunken können offen bleiben, nur vom Arbeiterheim droht angeblich Choleraepidemie.

Diese Gaunerei müßte selbst das Bürgerturn, soweit noch anständige Elemente darunter sind, aufzuträuen gegen das Regime einer Bande, die das Recht des Volkes mit Füßen tritt.

### Ägypten.

#### Der Kongreß der national-ägyptischen Partei.

Brüssel, 22. September. Der in Paris verbotene Kongreß der national-ägyptischen Partei ist heute nachmittag durch Mohammed Bey Farid eröffnet worden. Zu dem Kongreß, der drei Tage dauern wird, sind Vertreter aus Frankreich, Deutschland, Irland, Indien und Rußland anwesend. Zweck der Tagung ist, Europa auf die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Ägypten aufmerksam zu machen.

### Indien.

#### Das Schicksal Savarkars.

Wie erinnert, wurde der indische Revolutionär Savarkar, der in einem französischen Hafen von einem englischen Schiffe floh, von der französischen Regierung an die Engländer ausgeliefert. Der internationale Kongreß in Kopenhagen protestierte gegen diese Verletzung des Asylrechts. Jetzt wird aus Paris folgendes zu der Sache berichtet:

Die Meldung eines in Bombay erscheinenden Blattes, nach der die französische Regierung die Forderung auf Auslieferung des indischen Revolutionärs Savarkar fallen gelassen habe, wird halbamtlich als unrichtig bezeichnet. Die Verhandlungen hierüber zwischen Frankreich und England dauern noch fort.

## Parteitag der deutschen Sozialdemokratie zu Magdeburg.

(Schluß auf der 2. Beilage.)

### Heißner (fortfahrend):

Die ideale Verwandtschaft zwischen Konsumverein und Partei ist groß. Es ist nicht wahr, daß die Konsumvereine keine Partei beboragen oder kein Gewicht auf eine Partei zu legen hätten. Die Konsumvereine haben alle Veranlassung, sich umzusetzen, wer sie in ihrem Kampfe schließt, ihre materiellen und politischen Interessen deden sich durchaus mit denen der sozialistischen Partei. Unsere Partei hat überall ihre ganze Macht und Bedeutung in die Wirtschaft gelegt gegen die den Konsumvereinen feindlichen Mächte. Die Konsumvereine müssen also auch ein Interesse daran haben, mit der Partei mindestens in freundschaftlichem Verhältnis zu leben. Bürgerliche Organisationen, von denen man es nicht erwartet hätte, sogar der Hansabund und verschiedene Handelskammern, haben gegen die Konsumvereine Stellung genommen. Die bürgerlichen Kreise bekämpfen die Konsumvereine nicht zuletzt aus politischen Gründen, um die Mittelständler zu gewinnen. Einzig und allein die Sozialdemokratie stützt die Konsumvereine. Man braucht sich deshalb nicht zu sehr darüber aufzuregen, wenn daraus der Schluß gezogen wird, die Konsumvereine seien sozialdemokratische Organisationen. Das wird immer behauptet, wenn man eine Gefährdung der bürgerlichen Interessen befürchtet. Das Odium, daß sie sozialdemokratisch sind, werden die Konsumvereine nicht los werden. Man ist auch in leitenden Konsumvereinskreisen dieser Tatsache gegenüber nicht mehr nervös. Die Vereine des Zentralverbandes bestehen heute zu etwa 85 Proz. aus Lohnarbeitern. Sie sind also Arbeiterorganisationen und die Konsumvereinebewegung ist eine proletarische Massenbewegung.

Je mehr wir sie dazu machen, desto mehr werden sie nützen dem einzelnen Mitglied und den Angehörigen, ein Nutzen für die Allgemeinheit im wahren sozialdemokratischen Sinne. Wir werden also unsere Reserven der Konsumvereinen gegenüber aufzugeben haben. (Lebhafter Beifall.) Wir müssen sagen, was ist: Daß die Partei alle Ursache hat, die Vereine zu fördern, und daß die Konsumvereine anzuerkennen haben, daß die Sozialdemokratie ihre größte Freundin ist. Sorgen wir dafür, daß die Konsumvereine wirtschaftliche Organisationen in unserem Sinne werden. (Lebhafter Beifall.)

Wenn gefragt wird, ob die Konsumvereine nicht der Partei und Gewerkschaftsarbeit wertvolle Kräfte entziehen, so haben wir es ja in der Hand, das zu ändern. Man vergesse nicht, daß unsere Parteigenossen gerade als Konsumvereinsangehörige infolge ihrer Unabhängigkeit sehr wertvoll für die Partei leisten können. Unsere Vereine müssen es auch als Konsumvereinsbeamte als ihre Aufgabe betrachten, für die Interessen der Partei tätig zu sein. Der gute Wille ist in den Konsumvereinskreisen zweifelloso vorhanden, mit der Partei zu wirken, und wir haben dafür zu sorgen, daß die Bewegung nicht in falsche Bahnen geleitet wird. (Lebhafter Zustimmung.)

Noch ein Wort über die Verwendung der Dividende: Wir stehen auf dem Standpunkt, daß wir gegen die hier und da noch herrschende Dividendenjagd mit aller Energie aufzutreten müssen. (Lebhafter Zustimmung.) Und daß wir die erzielten Gewinne nützlich verwenden, damit die Konsumvereine leistungsfähiger werden und gegen Zufälle gesichert sind. (Sehr richtig!) Die Genossen in den Konsumvereinen sollten für die Zurückdrängung des rein egoistischen Moments sorgen, sie sollen dahin wirken, daß das in den Konsumvereinen erzielte Geld nutzbar gemacht wird für die Arbeiterinteressen. Es kommt darauf an, was wir als Parteigenossen aus den Konsumvereinen machen. In die Konsumvereine muß der Geist einziehen, der sie zu einem guten brauchbaren Hilfsmittel der Arbeiterbewegung macht. (Lebhafter Beifall.) Die Weiterbehandlung wurde hierauf auf morgen (Sonntag) vertagt.

Schluß 7 1/2 Uhr.

An der Abstimmung über den Antrag Rubeil-Haase (Zusatzantrag zur Resolution des Parteivorstandes über die badiische Budgetbewilligung) haben nicht teilgenommen:

Antir-Bräunschwitz, Johanna Arnswald-Oberhausen, Auer-München, Lindebaum-Hamburg, Veibel, Weims-Magdeburg, Gérard-Hamburg, Wielg-Kreuzburg, Binder-Ludwigshafen, Theresie Blase-Mannheim, Wöhle-Strasbourg, Wötter-Mannheim, Wöhl-Rürnberg, Gohn-München, David-Berlin, Eichhorn-Dresden, Engler-Kreuzburg, Evers-Hildesheim, Fajst-Hornburg, Edmund Fischer-Dresden, Heißner-Dresden, Franz-Dresden, Dr. Franz-Mannheim, Gerth-Mannheim, Gebhardt-Burg b. Magdeburg, Helene Grünberg-Rürnberg, Haugenstein-Rürnberg, Haupt-Magdeburg, Heilmann-Chemnitz, Hildenbrand-Stuttgart, Hörsing-Deulhen, Haber-Ludwigshafen, Huber-Vandshut, Hug-Dani, Kahn-Mannheim, Kern-Würzburg, Knapper-Heilbronn, Knuth-Grabow, Knieriem-München, Korn-Singen, Adner-Ludwigshafen, Koch-Magdeburg, Kolb-Karlruhe, Dorothee Kahner-Magdeburg, Kühn-Dresden, Lehmann-Mannheim, Lehmann-Leipzig, Lepper-Epplingen, Lesche-Hannover, Levi-Mannheim, Dr. Karl Liebkeht-Berlin, Loch-Worms, Ludwig-Olvenstedt, Ernestine Luke-Dresden, Maier-Heidelberg, Rauver-München, Mey-Hannover, Miß-Rühlheim, Postenbuhr-Berlin, Müller-Harburg, Paul Müller-Berlin, Adolf Müller-München, Adolf Müller-Schopfheim i. B., Emil Müller-Rauen, Gustav Ruth-

Oberschönewalde, Neu-Zambroch, Rimmerfall-Pasing, Roske-Chemnitz, Reiffle-Mannheim, Profit-Ludwigshafen, Dr. Quard-Frankfurt a. M., Dr. Quessel-Darmstadt, Niem-Dresden, Sacke-Vochum, Silberföhndt-Berlin, Säkling-Mannheim, Speck-Stuttgart, Stodinger-Vorzhelm, Stolle-Gesau, Sturmfeld-Gröf-Ulmstadt, Schmalfeld-Bremerhaven, Schmidt-München, Schneppenhorst-Rürnberg, Schönfelder, Schumann-Berlin, Schöpflin-Leipzig, Dr. Sudekum-Berlin, Timm-München, Thielemann-Danabrid, Treu-Rürnberg, Vogel-Kürch i. Bayern, Vogt-München, Weill-Strasbourg, Willi-Karlruhe, Wittl-München, Wjzoroski-Strasfurt, Zimmer-München, Ziesch-Charlottenburg, Zorn-Kürch i. B. und Zubeil-Berlin.

Von den namentlich aufgeführten Genossen haben sich verschiedene jedoch nicht an dem Vorgehen der Minderheit beteiligt, sondern sie waren aus anderen Ursachen verhindert, an der Sitzung teilzunehmen.

Zum Abstimmungsergebnis im Bericht über die Nachsitzung vom Mittwoch zu Donnerstag ist nachzutragen: Zu den Genossen, die bei der Abstimmung über den ersten Teil der Vorstandesresolution zur Budgetfrage mit Nein, bei der Gesamt-Abstimmung aber mit Ja stimmten, gehört auch Genosse Paulschildt-Kassel. Auch Paul Hoffmann-Hamburg hat nicht gegen, sondern für den Antrag Zubeil seine Stimme abgegeben.

Berichtigung. In dem Bericht über die Ausführungen des Genossen Baum vom Donnerstag soll es nicht heißen: „daß der Bundesrat sich mit dem Plan trägt, die Liebesgaben herabzusetzen“, sondern „daß der Bundesrat sich mit dem Plan trägt, das Kontingent herabzusetzen, um die Liebesgaben aufrecht zu erhalten“.

### Genosse Wehring sendet uns folgende Zuschrift:

Nach dem Bericht des „Vorwärts“ hat Genosse Frank in der Mittwochssitzung des Magdeburger Parteitages folgendes gesagt: „Von einer Seite habe ich allerdings eine Drohung gehört; ich nehme an, daß Westmeyer ein treuer Leser der „Neuen Zeit“ ist, und dort hat der Pfeil-Artikler allerdings davon geredet, daß man vom Gesamtkamm der Partei einen Zweig loslösen müsse.“ Sollte Genosse Frank wirklich so gesprochen haben, so hat er eine Unwahrheit gesagt. In einem Artikel, der im übrigen die Entgegnung der badiischen Landtagsfraktion nicht allzu tragisch genommen wissen wollte, habe ich tatsächlich geschrieben: „So ist die Hoffnung gestiftet, daß die proletarischen Wähler in Baden die Politik ihrer Erwählten zu berichtigen wissen werden. Sollte diese Hoffnung dennoch trügen, so wird der badiische Zweig der Sozialdemokratie zwar auch die Gesamtpartei, aber noch vielmehr sich selbst schädigen; der Baum kann eher eines Keiles entbehren, als ein Zweig des Stammes. Aber wir glauben nicht daran, daß die badiischen Parteigenossen noch nach bald vierzig Jahren das bisher nur lächerliche Gohmwort Treitschkes zur tragigen Wahrheit machen werden: „... das Zukunftsdenken der Sozialdemokratie mit dem Partikularismus befreundet und zu guten Erwartungen“; eine der Zukunft sichere Macht verbindet sich nicht mit einem Zeichen.“

Steglig, 23. September 1910.

F. Wehring.

## Aus der Partei.

### Nachmal der Karlsruher Arbeiterdiskussionsklub und der „Volksfreund“.

Im Karlsruher Parteiblatt wendet sich Genosse Wehring an in einer Erklärung gegen die letzte badiische Zuschrift des „Vorwärts“ in dieser Angelegenheit. Wir entnehmen der Erklärung folgende tatsächliche Angaben:

Am gleich bei der letzten Behauptung anzufangen, bemerke ich, daß ich vor etwa zwei Jahren im Arbeiterdiskussionsklub auf die Bemerkung eines Partzers, in den Arbeitermassen stecke ein tiefreligiöser Kern und es seien Anzeichen dafür vorhanden, daß sie sich auch wieder stärker religiös betätigen, erwiderte: Davon sei gar keine Rede. Wenn von einer religiösen Betätigung der Arbeiter überhaupt gesprochen werde, käme sicherlich keine der jetzt bestehenden Konfessionen in Frage. Die Arbeiter würden sich dann eine neue Religion schaffen und zwar die Religion der Arbeiter auf der Grundlage, wie sie der sozialdemokratische Pfarrer Pflüger aus Zürich wiederholt in Karlsruhe dargelegt hat.

Wie man sieht, ist das etwas ganz anderes, als die Worte, die mir der Verfasser des „Vorwärts“-Artikels in den Mund legt.

Noch eine zweite Behauptung müssen wir auf ihren wahren Wert zurückführen. Es heißt, wir hätten Artikel in die Aufnahme verweigert, welche die Arbeiterbildung des Arbeiterdiskussionsklubs kritisiert hätten. Das ist wieder un wahr. Ein Karlsruher Parteigenosse hat uns einen Artikel übergeben, der den Arbeiterdiskussionsklub kritisierte. Wir haben seine Aufnahme abgelehnt, aber nicht um deswillen, weil er sich gegen den Klub wandte, sondern weil Form und Inhalt in keiner Weise die Aufnahme des Artikels rechtfertigten. Das ist aber auch schon zwei Jahre her . . .

Endlich ist es un wahr, daß der „Volksfreund“ von allen Karlsruher Zeitungen die stärkste Agitation für den Arbeiterdiskussionsklub gemacht hat. Wir haben kurzen redaktionellen Notizen des Klubs Aufnahme gewährt, wie wir das bezüglich der Veranlassungen vieler anderer Körperschaften auch tun und tun müssen, da der „Volksfreund“ nicht nur Parteiblatt, sondern auch Nachrichtenorgan ist und sich keineswegs in seinem Inhalt nur auf Parteivorläufe beschränken darf . . .

Das letztere ist schon richtig — aber unrichtig ist es auf alle Fälle, Einladungen zu einem Arbeiter-Diskussionsklub in derselben neutralen Weise zu behandeln, wie solche zu einem Konfessionsgesellschaften. Womit wir übrigens noch nicht sagen wollen, daß der von uns kritisierte bewußte Bericht ein neutrales Referat gewesen sei.

### Kein Dementi!

Bis Freitagabend ist weder ein Dementi noch eine Erklärung des Genossen Frank zu der gestern von uns wiedergegebenen Magdeburger Korrespondenz des „Berliner Tageblatts“ erfolgt. Es trifft aber zu, daß Genosse Frank dem Vertreter eines bürgerlichen Blattes gegenüber sich eine Kritik der Mehrheit des Parteitages und ihrer Beschlüsse geleistet hat. Was zu solchem Verfahren zu sagen ist, haben wir gestern schon gesagt.

Hebriens hat auch der Genosse Kolb einem Vertreter eines bürgerlichen Blattes, und sogar einem der allerverächtlichsten Sorte, dem des „Volksanzeigers“, eine Unterredung gewährt, die der Korrespondent also wiedergibt:

„Der Abgeordnete Kolb, für die Radikalen der Chät noir der Revisionisten, von dem ich zu erfahren versuchte, was die Süddeutschen tun werden, meinte vorsichtig, das könne er jetzt noch nicht sagen, denn wenn jemand ihnen mit Ausschlußandrohung kommen sollte, dann hätten ja zuerst noch ihre heimischen Organisationen ein Wort zu sagen, und er glaube sie in Ruhe abwarten zu können. Der Nürnberger Beschlusse gestalte ja immer noch Ausnahmen von der Budgetverweigerung. Sie würden natürlich in jedem Falle auf das ernstlichste prüfen, ob sie ihre Abstimmungen über das Budget mit diesen Bestimmungen in Einklang bringen könnten . . .“

Auch Genosse Kolb hat diese Darstellung nicht bestritten, also stillschweigend ihre Richtigkeit zugestanden. Er hat sich freilich weit zurückhaltender ausgedrückt, als Frank, indes ist sein Verhalten grundsätzlich ebenso zu bewerten, wie das seines Kollegen.

# Gewerkschaftliches.

## Die drohende Generalausperrung in der Metallindustrie.

Der Generalsekretär des Verbandes der Berliner Metallindustriellen hat dem „Berliner Tageblatt“ über den Umfang einer etwaigen Aussperrung der Metallarbeiter folgende Angaben gemacht: In Berlin dürften etwa 85 000, in Hamburg 14 000, in Stettin 12 000, in Chemnitz 22 000 Arbeiter betroffen werden. Die Unternehmer berechnen, daß der Kampf den Arbeitern jede Woche eine Last von 2 Millionen Mark auferlege. Es soll versucht werden, die „national“ und „christlich“ Organisierten von der Aussperrung zu verschonen.

Der Sitzung des Ausschusses des Gesamtverbandes der Metallindustriellen war am Mittwoch eine Sitzung des Verbandes der Berliner Industriellen vorausgegangen. In dieser Sitzung waren sämtliche 34 Bezirke des Verbandes vertreten, die 1572 Firmen mit über 400 000 beschäftigten Arbeitern umfassen. Den Vorsitz führte Kommerzienrat W e n d - Altona. Die großindustriellen Berliner Betriebe waren zumeist durch ihre Leiter selbst vertreten; so waren anwesend Kommerzienrat V o r s i g, Direktor P a y e r s vom Kabelwerk Oberspree (A. G.), Kommerzienrat M. F l o h r, Direktor B r a n d e s, Direktor B r ü c k m a n n (Firma Schwarzkopf), V a u r a t D i h l m a n n (Siemens-Konzern) usw. Die Sitzung war nur verhältnismäßig kurz, obgleich die Erstattung des Berichtes der Vertrauenskommission geräuschvoll in Anspruch nahm. Der Antrag, die Sechsfachwerke in ihrem Kampfe durch eine Generalausperrung zu unterstützen, war rasch erledigt: man war darüber einig, daß man den Werften helfen müsse, und keine Stimme sprach sich dagegen aus.

Der Zentralrat der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften hat beschlossen, die ferneren Maßnahmen der zur Beobachtung dieses Kampfes eingesetzten Kommission zu überlassen, in der Vertreter aller beteiligten Gewerkschaften sitzen. Der Vorsitzende erklärte, daß bei erfolgter Aussperrung der 60 Proz. von den übrigen 40 Proz. in Arbeit Verbleibenden keiner ohne Zustimmung der Organisationsleitung die Arbeit niederlegen darf.

Der christliche Verband und der Zentralverband haben noch nicht Stellung genommen.

### Berlin und Umgegend.

Mit dem Streik bei der Firma Krüger und Friedberg befaßte sich eine öffentliche Versammlung der Glasarbeiter. Der Unternehmer war zu dieser Versammlung eingeladen, hatte es aber abgelehnt, fern zu bleiben. Jedenfalls sagte sich der Herr, daß er seine Verbindungen gegen die Organisation der Streikenden nicht hätte aufrecht erhalten können. Es wurde nachgewiesen, daß der Unternehmer in den letzten Monaten bewußt darauf hinaus gearbeitet hat, die Organisation der Arbeiterinnen im Betriebe zu vernichten, um zu erwartenden Kämpfen aus dem Wege gehen zu können. Herr Friedberg hat es mit seinem Empfinden von Treu und Glauben vereinen können, gegen dieselbe Organisation vorzugehen und deren Vernichtung in seinem Betriebe anzustreben, mit der er im tariflichen Verhältnis steht, und diese dadurch in den Kampf hinein gezwungen. Der Unternehmer hat auch in den letzten Wochen vor dem Ausbruch des Streiks die Lohnverhältnisse einiger Arbeiterinnen bedeutend verschlechtert, indem er eine geringe technische Änderung in der Arbeitsweise schuf, und damit die Akkordpreise willkürlich änderte. Mit der Aufforderung, sich auch durch das sattem bekannte Vorgehen der Polizei nicht in der Pflichterfüllung beim Streikposten abhalten zu lassen, erfolgte Schluß der Versammlung.

### Die Lohnbewegung der Holzbildhauer.

In der am Donnerstag abgehaltenen Versammlung berichtete Ahmann, daß gemäß dem Beschluß der vorigen Versammlung, die Forderungen den Arbeitgebern zugesandt worden sind und zwar den beiden Organisationen Freie Vereinigung der Holzindustriellen und Verein selbständiger Bildhauer, sowie 330 einzelnen Arbeitgebern. Die beiden Arbeitgeberorganisationen haben sich zu Verhandlungen bereit erklärt, die aber erst in den nächsten Tagen stattfinden können. Auch von einem Teil der einzelnen Arbeitgeber sind Antworten eingegangen, die sich meistens entgegenkommend ausdrücken, doch wollen sie den Beschluß ihrer Organisation abwarten. Der Hirsch-Dundersche Gewerkschaft hat mitgeteilt, daß auch er bereit ist, sich an der Bewegung zu beteiligen. Die Kommission wird deshalb eine Sitzung mit der Leitung des Gewerkschafts abhalten. Der Referent sagte das Ergebnis der von den Arbeitgebern eingelaufenen Antworten dahin zusammen: Ein ablehnendes Verhalten gegen eine Aufbesserung der Verhältnisse sei nicht hervorgetreten, einige Arbeitgeber hätten die Forderungen mit Rücksicht auf die teuren Lebensverhältnisse für begründet erklärt. Man müsse nun abwarten, wie die Verhandlungen ausfallen. In der nächsten Woche wird jedenfalls ein Resultat derselben vorliegen. Dasselbe wird dann einer erneuten Versammlung unterbreitet werden. Bis dahin nehmen die Bildhauer eine abwartende Stellung ein.

Die Sektion der Rohrer vom Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter hat im vorigen Jahre mit den Unternehmern des Rohrbedienungsgebietes einen Tarif abgeschlossen, welcher zum 30. September 1910 abläuft. Dieser Tarif ist am 28. Juni von Seiten der Sektion der Rohrer vom Bauhilfsarbeiter-Verband gelündigt worden. Es haben nun mit den Unternehmern Verhandlungen stattgefunden zwecks Abschluß eines neuen Vertrages. Am Donnerstag fand deshalb im Gewerkschaftshaus eine Mitgliederversammlung der Sektion der Rohrer statt, in welcher die Schlichtungskommission den Mitgliedern über die gepflogenen Verhandlungen Bericht erstattete. Aus dem Bericht war zu entnehmen, daß die Unternehmer zwar gewillt sind, einen neuen Vertrag abzuschließen, jedoch von einer Erhöhung der Preise wie sie von den Arbeitnehmern gefordert werden, nichts wissen wollen. Die Unternehmer wollen einzelne Forderungen nur dann zugehen, wenn der Vertrag mit ihm auf zwei Jahre abgeschlossen würde. Die Schlichtungskommission ersuchte die Versammelten, ihre Meinung hierüber zu äußern und ihr eventuell eine Richtschnur zu ihrem weiteren Verhalten mit auf den Weg zu geben. In der Diskussion verteilten sämtliche Redner den Standpunkt, daß die Kommission von den gestellten Forderungen nicht abweichen solle und wenn ein Vertrag auf zwei Jahre abgeschlossen würde, soll vom 1. Oktober 1911 1 Pf. mehr pro Quadratmeter gezahlt werden. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

Die heutige Mitgliederversammlung des Verbandes der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands, Zweigverein Berlin und Umgegend, Sektion der Rohrer, nimmt Kenntnis von den Verhandlungen, welche von der Schlichtungskommission mit den Unternehmern geführt worden sind. Die Versammelten können sich jedoch mit dem Angebot der Unternehmer nicht einverstanden erklären, sondern beehren nach wie vor auf ihren aufgestellten Forderungen und beauftragen die Kommission, nur in diesem Sinne weiter zu verhandeln.

Der Streik der Kohlenarbeiter und Kutscher bei der Firma Kupfer u. Co., Siedingen- und Baugener Straße, dauert unverändert fort. Der „Total-Anzeiger“ brachte am 22. eine Notiz über angebliche Ergesse der Streikenden in einer Form, von der die Leser dieser Zeitung annehmen mußten, die Firma hätte nur Rowdys und Totschläger beschäftigt. Der Fall hat sich denn doch etwas anders zugetragen. Die Streikposten hatten dem fahrenden Kutscher nur Veranm. Redakt.: Richard Barth, Berlin. Inseratenteil verantw.: G. Glöck, Berlin, Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 5 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

erklärt, daß sie sich bei der Firma Kupfer im Streik befinden. Dem Kutscher ist nichts geschehen, auch ist er nicht vom Wagen gezerrt worden, sondern ist selbst abgestiegen und hat erklärt, daß er unter diesen Umständen nicht mehr weiter fahren würde. Auch ist von keiner Seite ein Schutz gefallen. Die Polizei hat natürlich Fürsorge getroffen, daß zu jedem Wagen genügend Bedeckung vorhanden ist. Sogar die Wasserstraße, wo von der Firma die Kahnladungen entleert werden, ist dem öffentlichen Verkehr entzogen worden. Daß auch Herr Volle als Helfer in der Not die Firma Kupfer unterstützt, haben wir nun schon zum zweiten Male feststellen müssen. Nicht genug damit, daß er Arbeitswillige vermittelt, er geht sogar so weit, daß er jetzt schwarze Listen herausgegeben hat, worauf sämtliche Arbeiter und Kutscher, die bei der Firma Kupfer beschäftigt waren, verzeichnet sind. So soll es den um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen kämpfenden Arbeitern unmöglich gemacht werden, anderwärts Stellung zu erhalten. Mit diesen Mitteln glaubt man zu erreichen, daß die Arbeiter zu Kreuzen kriechen werden.

Die Streikenden werden sich auch dadurch nicht einschüchtern lassen und alles daran setzen, die Arbeitswilligen fernzuhalten. Arbeiter aller Branchen, unterstützt die streikenden Kohlenarbeiter und Kutscher der Firma Kupfer in ihrem schweren Kampfe. Branchenleitung der Kohlenarbeiter.

### Deutsches Reich.

#### Vertragsschluß in der Thermometerindustrie.

Die Arbeiter der Firma Gebr. Bergmann, Thermometerfabrik in Rellenbach (Zürich) reichten am 19. September eine Lohnforderung ein, da ihr bisheriges, durch Vertrag festgelegtes Lohnverhältnis am 1. Oktober er. ablief. Die Firma bewilligte die von den Arbeitern eingereichten Forderungen mit einigen unwesentlichen, materiell belanglosen Abänderungen. Es wurde ein neues, bis 1. Oktober 1914 laufendes Lohnverhältnis eingegangen, das für die Arbeiter drei Lohnzulagetermine vorsieht, die am 1. Oktober 1910, 1. Oktober 1911 und 1. Oktober 1912 in Kraft treten.

#### Wie auf preussischen Eisenbahnen die Löhne aufgebessert werden.

das haben die Lohnarbeiter in Deynhausen (Westfalen) erfahren. In der Vahdestadt Deynhausen sind die Beamten in der ersten Serviceklasse, die Bahnarbeiter erhalten aber nur einen Anfangslohn von 2,50 M., steigend in neun Jahren auf 2,80 M. Höchstlohn. Dieser für die örtlichen Verhältnisse traurige Lohn wurde dazu erst im vorigen Jahre festgesetzt; bis dahin betrug der Anfangslohn 2,20 M. Die Arbeiter wandten sich damals an die Betriebsinspektion um Lohnhöhung. Von dieser wurde das Bedürfnis zu einer Lohnhöhung nicht anerkannt. Nunmehr wandten sich die Arbeiter an die Eisenbahndirektion. Diese gab den Bescheid, die Eingabe sollte geprüft werden. Anfangs Januar kam ein Sekretär der Direktion Hannover, der Informationen einholte. Am 1. Mai trat dann die Lohnhöhung in Kraft. Der Anfangslohn stieg von 2,20 M. auf 2,30 M. und der Höchstlohn von 2,80 M. auf 3,00 M. Die Arbeiter erhielten den gleichen Lohn. Früher wurde aber zwei Sonntage hintereinander Dienst gemacht und diese Sonntage voll bezahlt. Nunmehr wird ein Sonntag Dienst gemacht und der andere ist dienstfrei. Dadurch haben die älteren Arbeiter anstatt Lohnaufbesserung einen Lohnausfall zu verzeichnen. So steht die Lohnhöhung für die Arbeiter auf den preussischen Eisenbahnen aus.

#### Militärische Streikbrechervermittlung.

Auf dem Bezirkskommando Bochum I ist ein Plakat zum Ausdang gebracht, wonach arbeitswillige Klemmner und Installateure nach Essen gesucht werden. In Essen befinden sich die Klemmner in Streik. Hoffentlich wird die Militärverwaltung ob dieser einseitigen Einmischung in Lohnstreitigkeiten dem Bezirkskommandeur in Bochum baldigst entsprechende Anweisung erteilen. (?? Red.)

#### Hafenarbeiterstreik.

Köln, 23. September. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Bei der Rhein- und Seeschiffahrtsgesellschaft in Köln traten die Hafenarbeiter in den Ausstand.

## Gerichts-Zeitung.

### Ein klassischer Fall von Streikjustiz.

Eine wichtige Anklage war es, gegen die sich der Schmied Eisenblätter am Freitag vor dem Schöffengericht Berlin-Schöneberg zu wehren hatte. Hausfriedensbruch, Drohung, Nötigung und Vergehen gegen § 153 der Gewerbeordnung legte ihm die Anklage zur Last.

Eisenblätter arbeitete beim Schmiedemeister Lüttschwager in Friedebau und legte beim Ausbruch des Streiks die Arbeit nieder. Später kam er in die Schmiede um sein Werkzeug zu holen. Ein verloren gegangenes Stück des Werkzeuges fertigte er mit Erlaubnis des Meisters nun an, wobei er einige Male die Werkstatt verließ und wieder zurückkehrte. Schließlich wies ihn der Meister hinaus. Eisenblätter wollte aber erst sein Werkzeug fertig machen und ging nicht sogleich. Dieser Tatbestand wurde durch die Aussage des Schmiedemeisters Lüttschwager festgestellt. Damit war der Hausfriedensbruch erwiesen. — Weiter behauptete die Anklage, Eisenblätter habe den bei Lüttschwager arbeitenden Schmied Fölste zur Niederlegung der Arbeit zu veranlassen gesucht, indem er ihm drohte, er werde die Schmiede nicht lebendig verlassen, sondern hinausgetragen werden, wenn er die Arbeit nicht niederlege. — Der Zeuge Fölste, der diese Behauptung der Anklage stützen sollte, wußte nichts von einer Drohung. Er konnte nichts weiter angeben, als daß Eisenblätter ihn ersucht habe, die Arbeit niederzulegen und hinzugefügt habe, sonst kämen morgen andere und brächten ihn hinaus. Der Zeuge hat am folgenden Tage die Arbeit ausgegeben, aber, wie er auf mehrfache Fragen des Vorsitzenden ausdrücklich angab, nicht aus Angst vor den Streikenden, sondern aus freiem Willen, weil ihm die Arbeit nicht dabe.

Nach diesem Ergebnis der Beweisaufnahme war von dem wichtigen Gebäude der Anklage nichts weiter übrig geblieben, als höchstens der Hausfriedensbruch, der aber so milde lag, daß kein unbefangener Zuhörer etwas anderes als eine geringe Geldstrafe erwartet hätte. Doch der Anwalt beantragte wegen Hausfriedensbruch und Vergehen gegen § 153 eine Gefängnisstrafe von zwei Monaten und zwei Tagen.

Das Gericht erkannte zwar an, daß die Sache lange nicht so schlimm sei, als wie es nach der Anklage schien, aber trotzdem fällt das Gericht ein Urteil, welches sowohl hinsichtlich der Würdigung des Tatbestandes als auch hinsichtlich des Strafmaßes berechtigtes Erstaunen erregen muß. Hausfriedensbruch hielt das Gericht für erwiesen, aber schuldig sei er nicht. Auch ein Vergehen gegen § 153 der Gewerbeordnung hielt das Gericht für vorliegend. Das soll der Angeklagte dadurch begangen haben, daß er zu Fölste sagte, wenn er nicht aufhöre, dann werde er hinausgetragen. Das Gericht folgert: Das Hinaustragen könne nicht ohne Anpassen, also nicht ohne körperlichen Zwang geschehen, somit sei also der Tatbestand des § 153 gegeben und gleichzeitig der einer versuchten Nötigung.

In solchen Fällen, wo durch ein und dieselbe Handlung zwei Strafparagrafen verletzt werden, muß nach dem Gesetz die Strafe aus dem Paragrafen erkannt werden, welche die härtere Strafe androht. Das ist nach der Rechtsprechung des Kammergerichts in solchen Fällen wie dem vorliegenden der § 240 des Strafgesetzbuchs (Nötigung), der ein weitergehendes Höchstmaß von Gefängnisstrafe festsetzt als wie § 153 der Gewerbeordnung. Andererseits kennt dieser nur Gefängnisstrafe, während § 240 dem Richter die Wahl zwischen Gefängnis oder Geldstrafe läßt. Nach Gesetz

und Judikatur hätte im vorliegenden Falle § 240 angewandt werden müssen, und da, wie das Gericht ausdrücklich anerkannte, die Sache milde aufzufassen ist, hätte es auf eine nicht erhebliche Geldstrafe erkennen müssen. Aber das Schöffengericht setzte sich über den Standpunkt des Kammergerichts einfach hinweg. Es schloß sich, wie der Vorsitzende sagte, der Auffassung des Kammergerichts an und erklärte im Gegensatz zu diesem den § 153 der Gewerbeordnung als den schwereren, weil er nur Gefängnisstrafe zuläßt. Auf diese Weise hat sich das Schöffengericht die Möglichkeit geschaffen, den Angeklagten, der nach den Feststellungen des Gerichts nichts Schlimmes getan hat, unbedingt ins Gefängnis zu schicken. Das Urteil lautete auf 5 Tage Gefängnis wegen Vergehen gegen § 153 und 3 Tage wegen Hausfriedensbruch, zusammengezogen auf 7 Tage.

Gegen dieses Streikurteil wird selbstverständlich Berufung eingelegt.

### Beleuchtungsstreitigkeiten.

Durch Vertrag vom Jahre 1887 ist der Neuen Gas-Aktiengesellschaft (vormals Wilh. Nolte in Berlin) das Monopol der Beleuchtung der Stadt Marienwerder zugesprochen worden. Die Gasanstalt verpflichtete sich, die Leitung der Röhre nach allen Plätzen und Straßen zu übernehmen, wo die Stadt auf 100 Fuß eine Flamme garantiert; die Stadt bezog sich jedes Rechtes, eine Gasbeleuchtung von anderer Seite zu erlauben. Trotzdem sollte von Seiten der Stadtgemeinde im Jahre 1907 ein Elektrizitätswerk zu Beleuchtungszwecken (öffentlichen und privaten) eingerichtet werden. Diefem Begehren trat die Neue Gas-Aktiengesellschaft entgegen. Infolgedessen erhob die Stadtgemeinde Marienwerder Klage auf Feststellung, daß ihr das Recht zur elektrischen Beleuchtung selbst zustehe. Sie beruft sich darauf, daß das Monopol der Gas-Aktiengesellschaft nur für die Gasbeleuchtung Geltung habe.

Das Landgericht Braunsweig wies die Stadtgemeinde Marienwerder mit ihrem Klagebegehren ab. Das Landgericht erklärt, daß der Sinn des Vertrages dahin gegangen sei, jede andere Beleuchtungsmethode auszuschließen, um dem Gaswerk allein das Beleuchtungsmonopol zu sichern. Wichtige Rückschlüsse dafür liegen sich aus dem Nachtragsverträge ziehen. Auf die Berufung der Stadtgemeinde wurde das landgerichtliche Urteil vom Oberlandesgericht Marienwerder aufgehoben und nach dem Klagenantrag der Stadtgemeinde Marienwerder erkannt. In den Entscheidungsgründen des Oberlandesgericht wird unter anderem dargelegt, daß die Klägerin zweifellos verpflichtet sei, der Beklagten weder durch eine eigene Gasanstalt Konkurrenz zu machen, noch anderen Unternehmern das Recht der Gasbeleuchtung einzuräumen. Von einer anderen Art der Beleuchtung, sowie von einem Rechte auf elektrische Beleuchtung sei nirgend in dem Vertrage die Rede. Zurzeit der Entstehung des Vertrages habe niemand daran gedacht, die Elektrizität nutzbar zu machen. Wenn man Rückschlüsse aus dem Nachtragsverträge ziehen wolle, so sei das nicht anständig, weil zu jener Zeit andere Vertreter der Stadtgemeinde dem Gaswerk gegenüber gestanden hätten.

Die gegen dieses Urteil von der Beklagten Neuen Gas-Aktiengesellschaft beim Reichsgericht eingelegte Revision ist vom 6. Zivilsenat des höchsten Gerichtshofes zurückgewiesen worden. Der höchste Gerichtshof legt kurz begründet dar, daß wohl der Revision darin beizutreten sei, es sei bei Auslegung von Verträgen sinnmäßig vorzugehen und der wahre Wille der Parteien zu erforschen. Jedoch sei dem Oberlandesgericht darin beizutreten, daß keinerlei Parteiwille vorhanden gewesen sei, über die Gasbeleuchtung hinaus das Monopol auszudehnen, denn es habe seinerzeit niemand an eine andere Beleuchtungsart gedacht. Das seien rein tatsächliche Feststellungen.

### Kautionschwindelbeisen.

Daß trotz aller Warnungen durch die Presse das Kautionschwindelgeschäft immer noch blüht, zeigte wieder einmal ein Fall, mit welchem sich die 7. Strafkammer des Landgerichts I zu beschäftigen hatte. Aus der Untersuchungsphase wurde der Agent Fritz Rauhut vorgeführt, um sich wegen versuchten und vollendeten Betruges in sechs Fällen und wegen schwerer Urkundenfälschung in zwei weiteren Fällen zu verantworten. Der Angeklagte, welcher schon eine schwere Vorstrafe erlitten hat, betrieb in der Pestalottistraße in Charlottenburg ein Agentur- und Versicherungsbüreau, welches nach jeder Richtung hin von Anfang an auf den Kautionschwindel zugeschnitten war. Seine Opfer suchte er sich aus nahe liegenden Gründen in der Provinz, wo er in kleinen Zeitungen Anzeigenbot, die Kautions stellen konnten, suchte. Den Werbern spiegelte er vor, er sei Generalagent der Versicherungsgesellschaft „Urania“ in Dresden und nahm ihnen je 1000 M. als Kautionsab mit der Zusicherung, daß ihnen der Depositen von der Generaldirektion zugestellt werde. Als zwei der Vereingefallenen nach längerer Verzögerung darauf drangen, endlich den Depositen zu erhalten, fälschte der Angeklagte den Namen des Generaldirektors von Gersdorf. — Der Vertreter der Anklage beantragte mit Rücksicht auf die Gemeingefährlichkeit des Angeklagten unter Verjaugung mildernden Umstände 2½ Jahre Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust. Das Urteil lautete auf 2 Jahre Gefängnis und 4 Jahre Ehrverlust.

### Rumfasson.

Aufklärungen über die Beschaffenheit eines billigen Grog lieferte eine Verhandlung vor dem Schöffengericht in Hannover. Weinändler M. hatte sich wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz zu verantworten. Er sollte § 10, Ziffer 1 und 2 dieses Gesetzes zuwider, Rum nachgemacht und verkauft haben. Er hat ein Produkt hergestellt, das er unter der Bezeichnung: „Feinstes feinstes Rum-Rosson“ verkauft, welches aus Wasser, Alkohol und Teerfarbstoffen bestand. Der Angeklagte verteidigte sich damit, daß ein solches Produkt seit ertenlichen Zeiten unter der Bezeichnung „Rumfasson“ allgemein in den Handel gebracht werde. Er habe nur das getan, was andere auch hätten und habe unter einer falschen Bezeichnung nichts in den Handel gebracht. Auch der Sachverständige, Direktor Dr. Schwarz, mußte bestätigen, daß die Bezeichnung „Rumfasson“ für diesen Rum-Rosson durchaus handelsüblich und keine zur Täuschung geeignete Bezeichnung sei. Der dazu verwendete Teerfarbstoff sei auch in keiner Weise als gesundheitsschädlich zu bezeichnen. Die Herstellung eines Rognats dieser Art sei nach dem neuen Weingesetz verboten, Rum sei aber von dem neuen Weingesetz überhaupt nicht betroffen. Da dem Angeklagten weder eine Verfälschung, noch eine Täuschungshandlung nachgewiesen werden konnte, mußte dessen kostenlose Freisprechung erfolgen.

## Letzte Nachrichten.

### Der Felbuebel als Mörder.

Frankfurt a. M., 23. September. (B. G.) Zeugfelbuebel Müller von der Hamauer Pulverfabrik, der auf der Gendebeler Landstraße kürzlich seine Braut erschoss, weil sie nichts mehr von ihm wissen wollte, ist in allen Punkten geständig. Er gibt auch zu, daß er mit Vorsatz und Ueberlegung gehandelt hat. Trotzdem ist die Unterjudung noch nicht abgeschlossen, weil die Anklagebehörde das Bestreben hat, den Beweis für die Ueberlegung bei der Tat unabhängig von dem Geständnis des Mörders zu führen.

### Zur Resistenzbewegung.

Wien, 23. September. (B. T. B.) Die Landesregierung hat die fünf Eisenbahnervereine aufgelöst, die die passive Resistenz organisiert haben.

### Schwere Eisenbahnkatastrophe.

Clayton (Kansas), 23. September. (B. T. B.) Ein Zug der Rock-Island-Bahn ist in einen Pfah abgestürzt, da durch einen Wolfenbruch die Bahnbrücke weggespült war. Mehr als 20 Leichen wurden geborgen.

Parteitag der deutschen Sozialdemokratie zu Magdeburg.

Fünfter Verhandlungstag.

Magdeburg, 23. September 1910.

Vormittagsitzung.

Vorsitzender Klubs eröffnet die Verhandlungen um 9 1/4 Uhr.

Die Diskussion über den parlamentarischen Bericht wird fortgesetzt.

Schöne-Fischpau: Wir stehen durchaus auf dem Standpunkt der Redner, die gegen den Mißbrauch des Alkohols gesprochen haben. Wir haben das bekannte Plakat mit der Schnapsflasche in großer Zahl verbreitet. Wir sind an die Gemeindefrankenkassen, Fabriken und Schulen gegangen und haben die Genehmigung nachgesucht, das Plakat aushängen zu dürfen. Erst nach uns hat sich die Schulbehörde mit dieser Frage beschäftigt. Auch im Gemeindevorstand hängt das Plakat öffentlich aus. Wir empfehlen diese Maßnahmen den anderen Organisationen. (Beifall.)

Genossin Jitz

begründet den gestern im Wortlaut mitgeteilten Antrag über die Fleischsteuerung.

Der schwere Druck, unter dem vor allem die Arbeiterschaft, aber auch weite Kreise des Bürgertums leiden, und der durch die agrarische Zoll- und Protektionspolitik hervorgerufen worden ist, ist geradezu unerträglich geworden. In der gegenwärtigen Zeit ist es vor allem die Fleischsteuerung, die in allen Gegenden des Reiches zum schärfsten Protest gegen diese Politik herausgefordert hat. Die ungeheure Verteuerung des Fleisches, des Brotes und unserer Nahrungsmittel überhaupt führt dazu, daß die Arbeiterschaft um die Früchte ihrer jahrelangen gewerkschaftlichen Kämpfe betrogen wird. Sie führt weiter dazu, daß die Lebenshaltung der Arbeiter herabgedrückt, daß ihre Gesundheit auf das schwerste geschädigt wird, daß die Sterblichkeit und vor allem die Kindersterblichkeit außerordentlich zunimmt. Das führt im weiteren Verfolge geradezu zur Degeneration. Wir müssen infolgedessen verlangen, daß alle die zollpolitischen Maßnahmen beseitigt werden, daß auch der schlimmste Auswuchs des agrarischen Protektionssystems, die Einfuhrschine, aufgehoben werden, daß alle die schändlichen Ausführungsbestimmungen, die hinsichtlich der Einfuhr von Vieh und Fleisch bestehen, aus der Welt geschafft werden.

Es klagen an alle diejenigen Männer, die infolge dieser ungeheuren Verteuerung der Nahrungsmittel an ihrer Gesundheit gelitten haben und in ihrer Leistungsfähigkeit an der Arbeitsstätte herabgedrückt sind. Es klagen an die Mütter, die gezwungen sind, ihre Kinder zu Hause ohne Aufsicht zu lassen und hinauszugehen, um das Brot mitzubekommen. Es klagen an alle jene Mütter, deren Kinder Hunger leiden müssen. Es klagen an alle Mütter, deren Schilddrüsen infolge der schmerzhaften Verteuerung frühzeitig ins Grab sinken müssen, weil sie infolge der Unterernährung vorzeitig gestorben sind. Es klagen an alle diejenigen Personen, die infolge der wirtschaftlichen Notlage auf dem Weg des Verbrechens und vor allem des Eigentumsvergehens gebrängt worden sind und die die Gefängnisse füllen. Es klagen an alle jene Frauen und Mädchen, die infolge der wirtschaftlichen Notlage auf dem Weg der Schande getrieben worden und der Prostitution anheimgefallen sind. Das Volk hat es satt, sich ausbeuten und unterdrücken zu lassen im Interesse der Kräuherer und Ochsenrafen, im Interesse derjenigen, die politische Hausnechte der Bourgeoisie gegenüber der Arbeiterschaft sind.

Ich verweise darauf, daß den Großgrundbesitzern die Taschen gefüllt werden nicht durch die Zollpolitik, sondern vor allem durch dieses Protektionssystem und die Einrichtung der Einfuhrschine. Das System der Einfuhrschine führt in dieser Zeit der hohen Preise und Protpreise zur Ausfuhrung des Brotes, getreide, damit zur Entlösung des inländischen Marktes mit Brotgetreide, zur Verteuerung des Brotgetreides und der Futtermittel und damit auch zur Verteuerung von Vieh und Fleisch. (Sehr gut!) Ist das nicht geradezu ein Skandal, daß in der Zeit, wo die Regierung Umschau hält, um wiederum auszufülleln, was für neue Steuern in Zukunft in Aussicht genommen werden sollen, in der Reichskasse, in der die Steuern ein Loch füllen sollen, schon im Juli dieses Jahres für 32 Millionen Mark Einfuhrschine zu finden waren anstatt des baren Geldes. (Görli-Görli!) Die Folge ist nicht nur die, die Kasse gestern geschilbert hat, daß man deshalb für die Witwen- und Waisenversicherung kein Geld übrig hat, sondern wir haben weiter damit zu rechnen, daß man uns auch noch neue Steuern zu den alten aufzulegen gedenkt. Auf der einen Seite wird unsere Lebenshaltung herabgedrückt infolge dieses Wirtschaftssystems und auf der anderen Seite werden den Leuten, die unsere schlimmsten politischen Gegner sind, die Taschen gefüllt, und wird ihre wirtschaftliche, soziale Macht, ihr politischer Einfluß gestärkt, den Leuten, die in erster Linie die Schuld trifft, daß wir bisher als Staatsbürger zu weiter und dritter Klasse im größten deutschen Bundesstaate, Preußen, behandelt werden. Es ist gewiß das geringste, wenn in der Zeit der allgemeinen Verteuerung, in der Zeit, in der selbst der König 3 1/2 Millionen Mark Zulage bekommt, weil er infolge der Verteuerung seinen Haushalt nicht mehr so ausrüch erhalten kann (Sehr gut!), die Arbeiterschaft verlangt: fort mit diesen Maßnahmen, die uns in unserer Lebenshaltung, in unserer Leistungsfähigkeit an der Arbeitsstätte und im politischen und wirtschaftlichen Kampf herabdrücken. (Sehr wahr!)

Es genügt aber nicht, daß wir hier diese Forderung erheben, sondern wir haben auch dafür zu sorgen, daß die am meisten Interessierten, die großen Volksmassen, in immer weiterem Umfange die Träger dieser Forderungen werden, daß sie von selbst erklären: wir haben es satt, daß unsere politischen Feinde auf Grund unseres Hungers ihre Machtposition aufrecht erhalten. Darum erucht der Parteivorstand und die Kontrollkommission Sie in der vorliegenden Resolution, daß Sie, nachdem wir hier die Forderung erhoben haben, nachher draußen mit aller Schärfe den Kampf gegen dies System fortsetzen. Es ist das gleichzeitig die beste Gelegenheit, um die indifferenten Massen, die Männer und Frauen zu politischem Leben zu erwecken, sie politisch zu organisieren, und sie damit einzureihen in das große Heer der proletarischen Massenbewegung, die in der Sozialdemokratie ihre politische Vertretung finden.

Genossen und Genossinnen! Da ich hier nicht nur als Parteimitglied, sondern als weibliches Parteimitglied spreche, möchte ich bitten, daß Sie diese Bewegung ganz besonders zur Agitation unter dem weiblichen Proletariat ausnützen. Gewiß ist es unsere Sache des Volkes, gegen den Lebensmittelwucher zu kämpfen, aber in erster Linie Sache des weiblichen Teiles des Volkes, der am schwersten darunter zu leiden hat. (Sehr richtig!) Wenn Sie unsere Resolution annehmen und nach ihrem letzten Absatz verfahren, wenn Sie dafür sorgen, daß die Massen mehr und mehr Träger des Protestes werden, wenn Sie den roten Born entflammen gegen die Auswucherung und ihre Träger, dann sind die Vorbedingungen geschaffen, daß endlich einmal gründlich tabula rasa gemacht werden kann mit diesem System! (Lebhafte Beifall.)

Linsen Baumann begründet den Antrag 98. Selbst in der bürgerlichen Presse muß die Fleischsteuerung und die damit verbundene Not der breiten Massen des Volkes zugegeben werden. Im „Berliner Tageblatt“ wurde erst dieser Tage gemeldet, daß in Sachen der Fleischsteuerung bedeutend niedriger ist, als der Reichsdurchschnitt ausmacht. Die sächsische Regierung hat den Landeskulturrat nach Maßnahmen gegen die Fleischsteuerung befragt. Dieser Landeskulturrat aber besteht fast ausschließlich aus Mitgliedern des Bundes der Landwirte. Was die Leute vorschlagen mögen an Maßnahmen, wird keine Vereitelung der Verteuerung mit sich bringen, sondern eine Verstärkung der Fleischnot. Die Grenzsperrern werden ganz ungeheuer rigoros gehandelt. Jedes Stück Fleisch, das bei Reisenden im Koffer an der deutsch-dänischen Grenze gefunden wird, wird konfisziert und einfach verbrannt, damit um Gottes willen niemand der Wohltat teilhaftig wird, ein Stückchen dänisches Fleisch in den Topf zu bekommen. Die Wucht der letzten großen Agitationsveranstaltungen gegen den Fleischwucher wurde durch die Vereitelung mit dem Protest gegen die Kaiserrede abgeschwächt. In Zukunft muß die Verteuerungsagitation gesondert geführt werden. Wir möchten wünschen, daß das von uns geforderte Flugblatt des Parteivorstandes an die Frauen illustriert würde. Solche Illustrationen verfrachten sehr die Wirkung. Wir haben bereits 82 000 weibliche Mitglieder in unseren Organisationen. Eine kraftvolle Agitation gegen den Lebensmittelwucher wird in nächster Zeit diese Zahl noch steigern. Der Eintritt der Frauen in die sozialdemokratische Partei ist der wirksamste Protest gegen das System der Volkswucherung. (Beifall.)

Aunert-Berlin: Kasse bezog sich in seinem vorzüglichen Referat bei seinen Darlegungen über die ungeheuren Kosten des Militarismus lediglich auf die durch den Etat bewilligten Ausgaben. Auf Grund von Material, das ich später veröffentlichten werde, will ich darauf hinweisen, daß nebenbei der Militarismus noch durch Geheimfonds, schwarze Fonds in den Händen sogenannter höher und allerhöchster Personen geleistet wird. Diese meine Ausführung soll ein Klarmachung sein für die, die es zunächst angeht, für unsere parlamentarischen Vertreter in den Bundesstaaten, und wir haben ganz besonders ein Musterland — nicht Baden, sondern ein anderes —, wo dieser ungesellige und verfassungswidrige Zustand aufs stärkste ausgebildet ist. Heilmann hat bei einer früheren Debatte eine Schilderung der Abstimmung über den Etat gegeben, die kein wahres Bild, sondern eine Karikatur war. Und doch müssen wir ihm dafür dankbar sein. Nebel hat idealisierend erklärt, daß bei der Budgetablehnung ein feierliches Moment in Betracht kommt. Ich stehe jetzt zwanzig Jahre im Parlamentarismus und habe bei keiner Abstimmung den Eindruck gehabt, daß wir wirklich vor einem großen oder feierlichen Moment stehen. Das liegt an dem durchschnittlichen Durcheinander bei der Abstimmung, so daß kaum ein Mensch weiß, was geschieht. (Teilweise Zustimmung.) Natürlich handelt es sich nicht um den Inhalt, sondern um die Form, und die können wir dadurch ändern, daß wir eine jährliche Erklärung über unsere prinzipielle Stellung im Budget und über die aktuellen Vorgänge des letzten Jahres abgeben. Ich stehe im übrigen nicht auf dem Standpunkt, daß die Form ausschlaggebend ist, nicht einmal, daß der Parlamentarismus in künftiger Zeit ausschlaggebend sein wird; sondern wenn wir das Proletariat befreien wollen, dann werden wir es schließlich vom Parlamentarismus emancipieren und drastische Mittel anwenden müssen. (Lebhafte Bravo!)

Genossin Jitz: Der Vorstand schlägt vor, daß das von den weiblichen Parteitagdelegierten gewünschte Flugblatt finanzschwachen Kreisen unentgeltlich geliefert wird, während die finanzstarken Kreise zu zahlen hätten. In dieser Form empfiehlt der Vorstand einstimmige Annahme des Antrages.

Heilmann-Emmich: Ich bin ganz Aunerts Meinung, daß die Form der Budgetablehnung im Reichstag wirkungsvoller angeordnet werden soll. Ich meine aber, daß unsere Gründe für die Ablehnung des Budgets bereits in der ersten Lesung des Etats in feierlicher Weise dargelegt werden. Auf diese Erklärung in erster Lesung hört die ganze bürgerliche Welt, und auf diese müssen wir doch wirken, weil wir aus ihr unsere neuen Anhänger gewinnen wollen. (Sehr richtig!) In dieser Beziehung habe ich gemeint, daß die schließliche Budgetabstimmung nicht die ihr zugeschriebene Bedeutung hat.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Der Berichterstatter Kasse verzichtet auf Schlusswort. Die Anträge 88 und 89 werden der Reichstagsfraktion überwiesen. Die Anträge 40 und 41 werden angenommen, ebenso die Resolution 96 des Parteivorstandes und der Kontrollkommission. Angenommen wird weiter der Antrag 98 mit der von der Genossin Jitz beantragten Aenderung.

Auf Antrag Lieblincht wird nunmehr mit Rücksicht auf die Anwesenheit eines Vertreters der finnischen Partei der Antrag 75\*) Sympathiebekundung für Finnland, zunächst verhandelt.

Dr. Lieblincht begründet den Antrag und bittet zunächst, am Schluss dieses Antrages hinzuzufügen, der Parteitag brandmarkt das Verhalten der preussischen und der hessischen Regierung, die den Repräsentanten einer barbarischen, geschloßen und hochverräterischen Willkürherrschaft gegen die Empörung des deutschen Volkes zu schänden versuchen, wobei die deutschen Gesetze rücksichtslos mit Füßen getreten und so auch in Deutschland eine barbarische Willkürherrschaft etabliert wird. — Seit sechs Jahren hat sich die deutsche Sozialdemokratie Jahr für Jahr mit irgendwelchen russischen Angelegenheiten zu befassen gehabt, bald hatten wir es mit der russischen Revolution selbst zu tun, die von 1904 bis 1906 unsere Hoffnung war, bald mit Hochverratsprozessen, bald mit Ausweisungsskandalen, bald mit Geheimbundsprozessen und anderen Liebelinchtieren

\*) 98. Von der durch die Steuer- und Zollpolitik hervorgerufenen künstlichen Verteuerung sämtlicher Lebensmittel, besonders durch den durch die steuerlose Raubpolitik der agrarischen Clique entlassenen Fleischwucher werden in erster Linie die Frauen der Arbeiterklasse getroffen. Der Parteitag beschließt deshalb, noch in diesem Herbst die proletarischen Frauen im ganzen Lande zu energischem Protest gegen die verbrecherische Politik aufzufordern.

Zu diesem Zwecke sind öffentliche Frauenversammlungen zu veranstalten, für die eine umfassende Agitation entfaltet werden muß. Der Parteivorstand wird beauftragt, ein Flugblatt herauszugeben, das sich besonders an die proletarischen Frauen richtet. Dieses Flugblatt wird den einzelnen Organisationen unentgeltlich geliefert.

\*) 75. Osthabelland: 1. Der Parteitag wolle gegen die infame Vergewaltigung Finnlands durch den Faschismus protestieren; dem um seine Freiheit und sein Recht kämpfenden finnischen Volke seine brüderliche Sympathie ausdrücken und ihm für diesen Kampf die opferbereite Unterstützung durch das Massenbewußte deutsche Proletariat zusichern.

2. Der Parteitag möge aufs schärfste dagegen protestieren, daß der russische Zar, der Mitschuldige an allen Gräueln und Infamien der Gegenrevolution, der Auftraggeber und Schirmherr der Agenten, Harting und sonstigen Lockpfeilschurken, der Mitterantimoralische auch der neuen niederträchtigen Judenverfolgungen, das Haupt jener verbrecherischen Verschönerung gegen die finnische Freiheit und Selbständigkeit als gefeierter Gast den deutschen Boden hat betreten dürfen, und daß deutsche Weichte und Soldaten zum Schutze des gekrönten Verbrechers kommandiert, die Steuergrößen deutscher Steuerzahler für ihn verkleideter werden konnten und damit die Ehre des deutschen Volkes, das in seiner übergroßen Mehrheit diesen „Gast“ verabscheut, tief herabgemüht worden ist.

unserer Regierung gegen den Faschismus. Im vorigen Jahre ist der Zar durch Deutschland hindurchgejuchelt. In diesem Jahre müssen wir es erleben, daß der Zar von einem deutschen Fürsten in prunkvoller Weise empfangen wird, daß zu seinen Ehren deutsches Militär und deutsche Polizei requiriert wird, daß zu Ehren des Repräsentanten des Systems, unter dem die Schändung der Spiridonowa die gesamte Kulturwelt empört hat, Ehrenjungfrauen aufgestellt wurden. Unter dem Schutze der deutschen Polizei bewegt sich der Zar so frei in Deutschland, wie er niemals in Rußland selbst sich bewegen kann. Weder in Frankreich, noch in Italien ist so etwas möglich, und daß in Deutschland der Mann, der in seinem eigenen Lande unfehlbar, stüchtig hin und her reifen muß, sich allenthalben bewegen muß wie ein Verbrecher, die Möglichkeit hat, sich frei und offen zu bewegen, wie ein Mensch, der Anrecht auf die Achtung der Mitmenschen hat, das ist eine Schmach für Deutschland. (Sehr wahr!) Es ist eine ganz törichte Sentimentalität, den Zaren für persönlich unschuldig zu halten. Er hat sich bekanntlich ganz offen für die Schwarzhundert ausgeprochen, hat das Abzeichen der Schwarzhundert bis vor kurzem auf seiner Brust getragen. (Beifall.) Bekanntlich hat Fürst Bülow vom Verband ost russischer Leute ein Gratulationstelegramm bekommen, und Oldenburg-Ja-nuschau ist von dem berüchtigten Kurisfemisch, dem Führer der Schwarzhundert, als sein lieber Freund und Bruder bezeichnet worden. Die russische Reaktion ist eben deutsche Reaktion, die zaristische Reaktion ist mit der borusischen Reaktion auf Gedeih und Verderb verbunden.

Die russische Gegenrevolution hat zurzeit wieder einmal ganz besonders böartige Dimensionen angenommen. Es wird mit Blut und Gewalt gearbeitet, wie niemals in früheren Jahren. Eins aber verlangt uns heute, ganz besonders unseren Protest mit aller Leidenschaftlichkeit zu erheben, als Pflicht der internationalen Solidarität des Proletariats. Das so außerordentlich sympathische finnische Volk, so verdient um Kultur und Literatur, ist seit langer Zeit dem Faschismus ein Dorn im Auge und ein Stachel im Herzen. Schon früher machte man den Versuch, dem finnischen Volke ein neues Militärgesetz geschwindig aufzuzwingen, das durch den Wehrpflichtstreik abgeschlagen wurde. Dann kam die Reaktion, die durch die Namen Plehwe und Vobritow gekennzeichnet worden ist. Die Erregung des finnischen Volkes gegen dies System gipfelte in dem Attentat des Schaumann, dem der Terrorist Vobritow (Sehr gut!) erlag. Das war eins der Signale der russischen Revolution, ein Signal, das in der ganzen Welt mit Freude begrüßt wurde. Dann trat eine Periode größerer Freiheit und Beweglichkeit für das finnische Volk ein. Nachdem aber die russische Revolution niedergeworfen war, begann sofort wieder die Reaktion und der Kampf gegen die finnische Freiheit einzusetzen. Geschwindig und verfassungswidrig wurde der finnische Senat mit russischen Generalen und Admiralen besetzt und zum gefügigen Werkzeug des Faschismus gemacht. Und schließlich kam dann der berühmte Gesetzentwurf, den die russische Duma mit den Stimmen der Oktoberisten und der Rechten annahm, in dem die gesamte Reichsgesetzgebung auch auf Finnland erstreckt wird. Der finnische Landtag hat erklärt, daß er den Gesetzentwurf für ungesetzlich und verfassungswidrig hält, und daß er es ablehnen müsse, ihn zu beraten und zu beschließen. Damit ist die finnische Frage in ein altes Stadium eingetreten. Die finnischen Genossen haben ein besonderes Recht darauf, daß wir in diesem Moment unseren Protest aussprechen gegen die verfassungswidrige Vergewaltigung des finnischen Volkes. 78 Statposten für Kulturwede hat die russische Regierung aus dem finnischen Etat gestrichen, um Geld für das Militär flüssig zu machen. Vergessen wir auch nicht, daß Finnland wohl die freieste Verfassung auf dem ganzen europäischen Kontinent hat, daß es ein glänzend organisiertes Proletariat hat, daß eine gewaltige sozialdemokratische Fraktion in seinem Landtage sitzt, daß es eine Oase war bisher in der blutgetränkten Wüste der russischen Reaktion und ein Aushil für die russische Revolution. Die schändliche Behandlung der Proteste deutscher und auswärtiger Parlamentarier gegen die Vergewaltigung Finnlands darf uns nicht abhalten, unsere Stimme immer und immer wieder zu erheben. Und wenn in Frankfurt und in Langen die deutschen Gesetze mit Füßen getreten werden, wenn verachtet wird, die russische Willkürherrschaft auch in Deutschland zu etablieren, so haben wir gleichzeitig mit ihr auch die preussische und die hessische Reaktion an den Pranger zu stellen. Unmöglich kann der Zarenbesuch in Deutschland noch weiter ruhig hingenommen werden. Die allgemeine Empörung des deutschen Volkes muß den Vertreter des verbrecherischen Regierungssystems, das niemals auf der Erde herrschte, nötigen, den deutschen Boden ferner nicht mehr durch seine Anwesenheit zu befudeln. (Stürmischer Beifall.)

Der Vorsitzende gibt darauf dem Vertreter der finnischen Bruderpartei, dem Genossen Wiil, das Wort.

Wiil-Finnland: Ich überbringe Ihnen den herzlichsten Dank der finnischen Bruderpartei dafür, daß Sie diese Frage auf Ihrem Parteitage hier erörtern. Wir Finnländer sind uns unserer Kleinheit und Schwäche genügend bewußt und sind für jede Sympathieäußerung des Auslandes dankbar. Besonders freudig begrüßt und Ihre Interesse, die Sie an der Spitze der internationalen marxistieren und die Sie die kleine Schaar nicht vergessen, die im äußersten Norden Europas unter dem roten Banner kämpft. Wir führen einen schweren Kampf gegen die russische Reaktion. Von seiten der finnischen Bourgeoisie ist keine Hilfe zu erwarten, obwohl der russische Despotismus auch mit dem bürgerlichen Konstitutionalismus nicht vereinbar ist. Aber in wenigen Ländern ist die Sozialdemokratie so stark und der Klassenkampf so heftig wie in Finnland. Vor 10 Jahren gab es in Finnland nur drei wenig verbreitete Arbeiterzeitungen, heute zählt unsere Partei 70 000, die Gewerkschaften 30 000 Mitglieder. Wir haben 20 Zeitungen mit 40 000 und 10 Fachblätter mit 20 000 Abonnenten. Tausende von Arbeitern haben ungebaut durch einen rasch emporschießenden Großkapitalismus und unter dem Druck alter feudaler Gesetze geknebelt, ein Ziel gefunden. Diese Tatsache schon mußte der Bourgeoisie unangenehm werden, die noch immer bestrebt war, die Fiktion der patriarchalischen Zustände aufrecht zu erhalten. Die Bourgeoisie hat sich den Generalstreik von 1905 zunutze gemacht. Nach dem Siege über die russische Reaktion war es ihr unangenehm, wieder in einen neuen Kampf mit uns verwickelt zu werden. Wir weigerten uns, in die bürgerliche Regierung einzutreten und errangen bei den letzten Wahlen 40 Proz. aller Stimmen. Das zwang die Bourgeoisie, ihre Maßnahmen zu treffen. Die Folge war die Verjagung der verschiedenen bürgerlichen Parteien, was noch zwei Jahre früher jeder bürgerliche Politiker für unmöglich gehalten hätte. Die Bürgerlichen kamen jetzt auch den Wünschen der russischen Reaktion entgegen. Die finnischen Behörden lieferten zahlreiche russische Revolutionäre den russischen Denkern aus. Wir allein protestierten dagegen. Erst in der letzten Zeit sind die Bürgerlichen wieder gezwungen worden, einen entschiedenen oppositionellen Standpunkt einzunehmen.

Wir haben in Finnland zur Genüge erfahren, daß das Parlament für die Befreiung des Proletariats nur in dem Maße von Bedeutung ist, wie das Proletariat außerhalb des Parlaments Kräfte zu dessen Unterstützung hat. (Sehr richtig!) Wir Sozialdemokraten haben eingesehen, daß der Konflikt mit der russischen Regierung nicht zu vermeiden ist, denn er hat tiefere Mono-

mische Ursachen. Wir sind auch davon überzeugt, daß die Reaktion sich am entschiedensten gegen uns richten wird, denn wir sind ihre entschiedensten Gegner. Es besteht die Aussicht, daß unsere Organisationen aufgelöst und unsere Presse vernichtet wird. Vielleicht muß sich unsere Bewegung neue Formen suchen, aber daß eine so starke Bewegung, wie die des finnischen Proletariats nicht mit einem Federhieb vernichtet werden kann, das dürfte einleuchten. (Sehr richtig!) Als man 1902 ein in gefährlicher Weise entstandenes Militärgefeß durchzuführen wollte, da brach ein großer Arbeiterkampf aus, und doch ging man damals nur von dem Gesichtspunkt der Gefährlichkeit aus. Jetzt haben sich die Zustände insofern geändert, als wir eine starke Arbeiterbewegung besitzen, deren Anhänger auch prinzipiell antimilitaristisch gesinnt sind. Ich erinnere weiter daran, daß die Aufgabe der Reaktion immer schwieriger wird. Man kann wohl einige widerspänstige Beamte ihres Amtes entsetzen, man kann eine Menge reaktionärer Veränderungen in der Verwaltung durchführen, aber man kann zum Beispiel nicht eine geschwundene Steuer einnehmen.

Der erste Versuch der Reaktion, ihre Pläne auszuführen, ist demnach kläglich gescheitert. Es handelte sich um die Reformierung des Vorkensens, aber die Regierung hat ihren ganzen Plan aufgeben müssen, weil die finnischen Kräfte doch nicht ohne Waffen gelassen werden konnten. Wir finnischen Sozialdemokraten sind überzeugt, daß die Zukunft der Arbeiterklasse gehört und daß das Schicksal Finnlands in erster Linie von der Arbeiterklasse abhängt. Ob und in welchem Maße wir mit der bürgerlichen Opposition zusammenwirken können, das hängt von ihrer Standhaftigkeit ab. (Sehr richtig!) Unsere Kräfte in Rußland haben während der langen Jahre erfahren müssen, sowohl was der russische Despotismus als auch was eine engberzigere Bourgeoisie ist. Mit den russischen Arbeitern können wir ohne weiteres zusammengehen, und weiter richten wir unsere Hoffnung auf den Bestand der klassenbewußten Proletariat aller Länder, den wir auch bisher schon erhalten haben. Das internationale Proletariat hat erkannt, daß der russische Despotismus nicht nur für Rußland und Finnland, sondern für die ganze Kulturwelt und besonders für das klassenbewußte Proletariat eine Gefahr ist, daß die reaktionären Bestrebungen in allen Ländern eine sichere Stütze im russischen Despotismus haben, und daß deshalb die Bekämpfung dieses Despotismus eine der wichtigsten Aufgaben des internationalen Proletariats ist. Wir Finnländer sind überzeugt, daß wir in unserem Kampf gegen die Reaktion Ihre Sympathien genießen werden, und Sie, Genossen, können Ihrerseits davon überzeugt sein, daß das finnische Proletariat seine Pflicht erfüllen wird. (Lebhafte Beifall.)

**Ulrich - Frankfurt a. M.:** Es hieße unsere kostbare Zeit verschwenden, wenn man sich bemühen wollte, erst noch den Beweis dafür zu erbringen, welche Rechte wir in der Person des Zaren zu erbliden haben, und daß es notwendig ist, gegen seine Anwesenheit in Deutschland zu protestieren. Gerade wir wissen ein Lied von dem Gefühl der Empörung darüber zu singen, daß die Steuergrößen des deutschen Volkes benutzt werden im Interesse des Zaren und daß deutsche Proletariat die Waage für ihn stellen müssen. Wir müssen dem Gefühl unserer tiefsten Empörung darüber Ausdruck geben. Ich beugne mich mit den Worten: Hinaus mit diesem Kordinstrument aus dem deutschen Vaterlande. (Beifall.) Das wird jedenfalls der schärfste Protest sein. (Erneuter Beifall.)

Hiermit schließt die Debatte.  
Der Antrag 75 wird mit dem Zusatzantrag Liebnecht einstimmig angenommen.

### die Wahlrechtsvorlage.

Vorgmann - Berlin:

Im letzten Jahrzehnt hat die Wahlrechtsfrage die verschiedenen Völker Europas auf das tiefste bewegt, eine Erregung hervorgerufen, die weite Schichten der Bevölkerung ergriffen hat, und politische Konstellationen über den Haufen geworfen und wieder neu aufgebaut. Auch in Deutschland stehen die Wahlrechtskämpfe unausgesetzt auf der Tagesordnung, und in manchen Bundesstaaten haben sie bereits zu Erfolgen geführt. Namentlich sind uns in dieser Beziehung die süddeutschen Bundesstaaten mit gutem Beispiel vorangegangen, es ist mit großem Erfolg die Wahlrechtsfrage gelöst in Bayern, Württemberg und Baden. Andere Staaten, wie Hessen, Elsaß-Lothringen, Bremen, Braunschweig, Preußen stehen noch jetzt mitten im Wahlrechtskampf. Ob Sachsen und Hamburg, wo die Frage einer gewissen Lösung entgegengeführt ist, sich damit zufrieden geben werden, das scheint mir allerdings zweifelhaft. Entsprechend unserem Programm haben wir zu fordern die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für alle Staatsbürger über 20 Jahre ohne Unterschied des Geschlechts.

In den hauptsächlichsten deutschen Bundesstaaten besteht ein Zweikammersystem, ein System, das keinerlei Berechtigung hat und nur einen Hemmschuh für die Entwicklung bildet und dessen Beseitigung wir unter allen Umständen fordern müssen. (Beifall.) Namentlich in denjenigen Staaten, wo die sog. Volksvertretung auf dem Wege des Dreiklassenwahlrechts geschaffen wird, ist die Errichtung einer ersten Kammer geradezu eine Ungehörlichkeit, denn diese ersten Kammern setzen sich gewöhnlich zusammen aus Grundbesitzern, aus Vertretern altadeliger Geschlechter, die entweder durch erbliches Recht oder durch Vertrauen des Landesoberhauptes berufen werden, daneben aus einigen Vertretern der Städte und der hohen Geistlichkeit. Die Majorität einer solchen Körperschaft befindet sich fast ausnahmslos in allen Ländern in schroffem Gegensatz zu den Bedürfnissen, den Wünschen und den Rechten des Volkes, sie ist lediglich darauf bedacht, ihre Privilegien zu behaupten und zu erweitern. In einigen Staaten treten die ersten Kammern geradezu als Städtefeinde auf. So hat zum Beispiel das preussische Herrenhaus die Dreiklassigkeit beseffen, den Städten zu verbieten, um ein besseres Wahlrecht zu petitionieren. (Hört! hört!) Dabei kann den Städten dies Recht gar nicht bestritten werden. (Sehr richtig!)

Ein Urteil, das vor langen Jahren über die Bedeutung des preussischen Herrenhauses gefällt ist, möchte ich, obwohl es schon oft zitiert ist, auch bei dieser Gelegenheit wieder zitieren. Der preussische Hofhistoriograph von Treitschke hat 1867 über das preussische Herrenhaus gesagt:

„Einem kräftigen Staate steht es übel an, diese verdorbene und entwürdigte Versammlung als ein totes Glied am Leibe fortzuschleppen, eine allgemeine für notwendig erachtete Reform, wie die Fählung eines bösen Befalls, immer wieder hinauszuschieben. Die Fortdauer des Herrenhauses gefährdet den festen und sorgerechten Gang der Gesetzgebung, sie erschüttert die konservative Bestimmung der Nation.“ Wenn von einem hochkonservativen Mann, wie Treitschke, 1867 ein solches Urteil gefällt ist, so muß man sich geradezu wundern, daß dies Haus heute noch besteht und heute noch wagen kann, eine so reaktionäre Stellung einzunehmen und einen Hemmschuh für die Entwicklung zu bilden. (Sehr richtig!) Wenn in einer Reihe von Einzelstaaten, namentlich in Preußen, die Steuerleistung die Grundlage des Wahlrechts bildet, so muß demgegenüber darauf hingewiesen werden, daß im preussischen Herrenhaus Leute sitzen, die überhaupt keine Steuern bezahlen, die steuerfrei sind, oder deren Steuerfreiheit durch hohe Summen abgegolten ist, so daß sie zu den Kosten des Staates nichts beitragen. (Hört! hört!)

Eine solche Körperschaft hat heute keine Existenzberechtigung, und doch selbst in den fortgeschrittenen süddeutschen Bundesstaaten sich mitunter dieselbe Wichtigkeit zeigt. Das beweist ja, daß Prinz Ludwig von Bayern sich genötigt gesehen hat, der reaktionären Mehrheit im Reichsrat ernstlich ins Gemüt zu reden, als es sich um die Schaffung eines freien Wahlrechts handelte. Ich

weise weiter darauf hin, daß in Hessen der Freiherr von Seltz versucht hat, die Rechte des Herrenhauses noch zu erweitern. Auch unsere württembergischen Genossen befinden sich heute im Kampf gegen die Herrschaft der ersten Kammer. Die Herrschaften in den ersten Kammern sind teilweise international, in einer Reihe von Herrenhäusern sitzen Männer, die auch im Auslande die gleichen Berechtigungen haben, eine Sonderbarkeit, die nur unter so reaktionären Umständen möglich ist. (Sehr richtig!)

Zwei Kammern haben außer Preußen noch Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen, alle übrigen Staaten kommen mit einer Kammer aus, es geht also auch so. Das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht allerdings nur für Männer haben Bayern, Württemberg und Baden. Thüringen hat ein Pluralwahlrecht mit 4 Stimmen, aber der Erfolg der sächsischen Wahlrechtsreform ist mahllich nicht so ausgefallen, wie die Schöpfer dieses Wahlrechts es im Auge hatten.

Eine Kammer haben durchweg die kleineren Staaten. Der Landtag in Braunschweig, wo wir ja auch im heftigsten Wahlrechtskampfe begriffen sind, besteht aus 48 Mitgliedern, von denen 15 die Städte, 15 die Landgemeinden und 18 durch besondere Verfassungen gewählt werden. Vom eigentlichen Volke wird überhaupt nicht geredet. Besondere Verhältnisse bestehen aber in den außerdeutschen Staaten. Oesterreich und Belgien besitzen die Wahlpflicht. In Ungarn beginnt das Wahlrecht so früh wie nirgends, nämlich beim 20. Lebensjahre, aber es besitzen doch nur 5,7 Proz. der gesamten Bevölkerung das Wahlrecht. In Großbritannien, Italien, Schweden beginnt das Wahlrecht mit 21 Jahren. In Portugal wird von den Wählern auch Lesen und Schreiben verlangt. Belgien hat proportionalwahlrecht und Wahlpflicht, aber auch Pluralwahlrecht. In Norwegen und Finnland sind die Frauen wahlberechtigt, in Finnland können sie auch gewählt werden. Aber wie lange wird das noch dauern. Der blutige Jargon hat schon seine Klauen in die Planken geschlagen, und wahrscheinlich wird es auch mit dem vorgeschrittenen Wahlrecht bald zu Ende sein. Diese Unbilligkeit der Wahlrechte ist auf den Widerstand der herrschenden Klassen gegen das gleiche Wahlrecht zurückzuführen. In Deutschland hat man sogar versucht, die Verschiedenartigkeit des Wahlrechts auf Stammesverschiedenheiten zurückzuführen. Das ist natürlich um so mehr eine verlogene Ausrede, als z. B. Preußen aus einer ganzen Reihe der verschiedensten Stämme zusammengesetzt ist.

Man könnte sich nun darüber wundern, daß in Preußen die Arbeiter erst sehr spät ihr Interesse dem Wahlrecht zugewandt haben. Mehrere Ursachen wirken dabei zusammen. Die Kämpfe im Reichstage und die Kämpfe gegen das Schandgesetz nahmen die Kräfte unserer Genossen ausreißend in Anspruch. Der Einfluß der Einzelstaaten auf die Reichsgesetzgebung begann eigentlich erst nach Bismarcks Sturz hervorzutreten, wozu Bismarck selbst aus Haß gegen seinen Nachfolger beitrug. Natürlich äußerte sich dieser Einfluß dadurch im reaktionärsten Sinne. Gleichzeitig wuchsen die wirtschaftlichen Unternehmungen der Staaten. Preußen besitzt das größte Eisenbahnenetz der Welt. Es beschäftigt ein Heer von 120 000 kleinen Beamten, die nach ihren wirtschaftlichen Verhältnissen mit zum Proletariat gehören. Alle diese Umstände veranlaßten die Partei, ihre Aufmerksamkeit in immer höherem Maße den Landesangelegenheiten zuzuwenden. Mehr und mehr setzte sich die Einsicht durch, daß die Aenderung der Reichspolitik nur auf Grund einer Aenderung der Verhältnisse in Preußen möglich sei. Nachdem einmal die Notwendigkeit erkannt war, Einfluß in Preußen zu gewinnen, da waren die Differenzen über diese Frage in der Partei sehr schnell verschwunden. Die Erfolge unserer süddeutschen Genossen haben uns auch in Deutschland ein gutes Stück vorwärts gebracht. Welchen Eindruck die süddeutsche Wahlrechtsbewegung auf unsere Schaar gemacht hat, sieht man an einigen eklatanten Beispielen. Als die bekannte Rede des Prinzen Ludwig von Bayern in die Öffentlichkeit kam, erklärte der Junker Oldenburg-Januschau, wenn das in Süddeutschland so weiter gehe, müsse man dort einmal mit den preussischen Junkern Ordnung machen. (Hört! hört!) Diese preussische Junkerfreiheit kann nicht oft genug angegallt werden.

Es kann kein Zweifel sein, daß die preussischen Junker, um ihre Herrschaft aufrecht zu erhalten, auch vor dem Bürgerkrieg nicht zurückschrecken werden.

(Lebhafte Zustimmung. Zuruf eines bayerischen Delegierten: Sie sollen nur hummal Heiterkeit.) Oldenburg-Januschau macht aus seinem Herzen keine Würdiger, die anderen sind aber verschwiegener, denken aber in ihrem Herzen dasselbe.

Während in Süddeutschland die Wahlrechtskämpfe im allgemeinen ruhig verliefen, führten sie in Norddeutschland selbst in den kleinsten Bundesstaaten zu blutigen Zusammenstößen. Ich erinnere an die empörenden Vorgänge in Braunschweig. Schon seit vielen Jahren haben unsere braunschweigischen Parteigenossen in Wort und Schrift, in der Presse und in Versammlungen auf die schreiende Ungerechtigkeit des Wahlrechts hingewiesen, aber Regierung und Landtag blieben taub. Massenpetitionen blieben unberücksichtigt. Was sollte da das Volk anderes tun, als auf die Straße gehen? (Zustimmung.) Wenn die Arbeiter bei den Demonstrationen von hinten und von vorn attackiert wurden, wird die Blutschuld ewig auf den Wahlhabern lasten. (Lebhafte Zustimmung.) Das glaubt doch keiner auch von den herrschenden Klassen, daß bei der Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts der Staat Braunschweig, diese bedeutungslose Monarchie ohne Monarchen, aus dem Leim gehen wird. — In den bürgerlichen Republiken Norddeutschlands halten sich die herrschenden Klassen nicht anders als in den monarchischen Staaten. Die liberalen Pfeffersäde Bremens halten an dem Achtlassenwahlrecht ihrer Republik ebenso fest, wie die preussischen Junker am Dreiklassenwahlrecht. — Sehr schwere Arbeit wird in den nächsten Jahren auch unseren Elsaß-Lothringischen Parteigenossen bevorstehen. Unsere Parteigenossen haben autonome Verwaltung, republikanische Verfassung, allgemeines gleiches Wahlrecht mit der Verhältniswahl gefordert. Der Transvaalstaat hat längst eine freie Verfassung, und die Bestiegen von damals sind am Ruder. Aber ob Elsaß-Lothringen auch nur einen schwachen Abglanz von den freiheitlichen Einrichtungen bekommen wird, wie sie in Südafrika das Bureau durch die englische Regierung erhalten hat, ist sehr zweifelhaft. (Sehr gut!) In Sachsen ist bekanntlich nach langen Kämpfen ein Pluralwahlrecht Gesetz geworden. Unsere Genossen haben unter diesem Gesetz schöne Erfolge erzielt. Das wird sie natürlich nicht ablassen, sondern anspornen, nunmehr alle Kraft an die Erwerbung des ungeschränkten allgemeinen Wahlrechts zu setzen. (Sehr richtig!) Der Erfolg unserer sächsischen Genossen mit dem Pluralwahlrecht hat die Abneigung der Junker gegen jede Aenderung in Preußen bedeutend gesteigert, sie fürchten, daß bei einem Pluralwahlrecht wie in Sachsen vielleicht 100 Sozialdemokraten in den preussischen Landtag einmarschieren könnten. Daher ist jede Wahlrechtsänderung für die Junker ein Sprung ins Dunkle, sie fühlen schon das rote Meer über ihren Häuptern zusammenlagern. Es ist nicht zuviel gesagt, wenn man die preussischen Minister als die Handlanger und Kommiss der Junkerclique kennzeichnet. (Sehr richtig!) Da nun aber nicht ein einziges Gesetz heute mehr ohne Zustimmung der preussischen Ministerien vor den Bundesrat gelangt, kann man sich ungefähr ein Bild von dem unheilvollen Einfluß der Junker auf die Reichspolitik machen.

Im Jahre 1908 beteiligte sich die Sozialdemokratie zum ersten Male an den preussischen Landtagswahlen. Wir erhielten 32000 Stimmen, aber kein Mandat. Das mühte aufreizend wirken bei der Wählerschaft. Die Wahlrechtsbewegung war durch diesen ersten Versuch lebhaft in Gang gekommen. Schon die ersten Wahlrechtsdemonstrationen waren von einem glänzenden Erfolge begleitet. Die Polizei sperrte die innere Stadt ab, und

bürgerliche Mütter, selbst das Berliner Tageblatt, hielten über die angebliche Feinheit der Arbeiterklassen. Als dann wirklich Demonstrationen veranstaltet wurden, war es den bürgerlichen Müttern auch wieder nicht recht. Man warf uns vor, die Polizei auf die Straße getragen und dadurch der Wahlrechtsbewegung geschadet zu haben. Aber gerade durch die Demonstrationen auf der Straße wird der allgerühmte Einbruch hervorgerufen. Bis tief in das Bürgertum hinein wurde die Aufmerksamkeit darauf gelenkt. Vor allem wurde den Wahlhabern in Preußen gezeigt, daß Hunderttausende sich nicht scheuen, auf die Straße zu gehen, um für das gleiche Wahlrecht zu demonstrieren. Dann kam es zu den heftigsten Zusammenstößen mit der Polizei auch in Preußen. Es ist in bürgerlichen Kreisen anerkannt worden, daß die Demonstrationen zu diesem Vorgehen nicht den geringsten Anlaß gegeben haben. Die Arbeiter haben von ihrem staatsbürgerlichen Recht, zu demonstrieren, Gebrauch gemacht, wie auch die sogenannten Patrioten nach den Wahlen von 1907. Jedenfalls waren die Demonstrationen von der Arbeiterschaft so eingeleitet, daß es mit der Polizei zu keinem Konflikt kommen sollte. Unsere Genossen Ströbel und Hirsch haben im Landtag festgestellt, daß elende Subjekte gebungen waren, die in die Jähe sich einschlichen und die Menge verlockten zu Unvorsichtigkeiten zu verleiten. Kriminalbeamte fanden sich da, die das Volk aufzureizen sollten zu ungeschicklichen Taten. (Pfiffrufe.) Wenn die preussische Regierung mit solchen Mitteln eine Volksbewegung unterdrücken zu können glaubt, so beweist sie nur ihre elende Kurzsichtigkeit. (Zustimmung. Ruf: Ihre Dummheit!) Nie ist es der Arbeiterschaft in den Sinn gekommen, Ausschreitungen zu begehen, wie die Polizei sie anstellen wollte, weder in Berlin noch in Frankfurt a. M. noch im Ruhrgebiet ist es zu Ausschreitungen gekommen. Ueberall ist es ruhig und glatt abgegangen, wo nur die Polizei ihre Nase aus dem Spiele ließ. (Sehr richtig!) Bei der Landtagswahl von 1908 sind auf offenem Wahlplatz

600 000 Stimmen

für uns abgegeben worden (Beifall), wenn auch nur sieben Sozialdemokraten gewählt wurden. Am 20. Oktober 1908 wurde der preussische Landtag dann mit jener Thronrede eröffnet, in der von der organischen Fortentwicklung des Wahlrechts die Rede war. Die Fortentwicklung sollte der wirtschaftlichen Entwicklung, der Ausbreitung der Bildung und des politischen Verständnisses Rechnung tragen. Die Ankündigung der Thronrede rief einen Sturm der Entrüstung unter den Reaktionen hervor. Der Redner der Konservativen gab schon bei der Erörterung seinem Unwillen im Namen seiner Freunde Ausdruck. Es war derselbe Abgeordnete Hr. v. Nitzsch, gegen den neuerdings eine schwere Beleidigung erhoben worden ist. Er soll in den letzten zehn Jahren 300 000 M. bei der Steuer nicht deklariert haben, und dieser Mann wagt es zu sagen, daß das Maß der Pflichten, zu den Staatskosten beizutragen, die Unterlage des geltenden preussischen Wahlrechts sei. Am 25. und 26. Januar fanden Verhandlungen über Wahlrechtsanträge im preussischen Abgeordnetenhaus statt. Das „Volkshaus“ war von Polizei umstellt, damit das Volk die Volksvertreter nicht in ihrer Tätigkeit genießen könne. (Hört! hört!) Die Schuhmannschaft ist aber allein auf der Straße geblieben. Das Volk hat die Herrschenden völlig unter sich gelassen. Wenn wir demonstrieren wollen, machen wir die Dinge gewöhnlich ganz anders, als unsere Gegner, die Gelegenheit zu neuen Attacken haben müssen.

Der schroff ablehnende Standpunkt der Konservativen Partei gegen jede Wahlreform wurde auch durch eine Herrenhausrede des bekannten Grafen Kirch charakterisiert. Er feierte es, daß die konservative Partei im Reichstage die Erbschaftsteuer und im Landtage die Aenderung des „bewährten“ Dreiklassenwahlrechts hindere. Wenn es sich bei den Herren um ihre Macht handelt, pfeifen sie auf das Adigniswort. (Sehr richtig!) — Inzwischen war denn Wilow gegangen worden, und es kam der unglückliche Schulmeister Bethmann (Heiterkeit). Ich weiß nicht, wie eine Wilowsche Wahlrechtsvorlage ausgefallen hätte, ich kann aber nur erklären, daß es eine elendere Spitzgeburt auf eine Wahlrechtsvorlage nicht gibt, als die Bethmannsche. Wir haben die Vorlage mit Schuirufen empfangen und mit einem Bravo zu Grabe getragen. Sie verdiente nichts anderes, keine Neueinteilung der Wahlkreise, Beibehaltung des Klassenwahlrechts. Von der geheimen Wahl sollte die Regierung nichts wissen. Es sollte dabei bleiben, daß nicht bezahlte Grund- und Gewerbesteueren voll in Anwendung gebracht werden. Was will dagegen die sogenannte Maximierung besagen? Dann sollten sogenannte Kulturträger eingeführt werden. Die Wahlbezirke sollten vergrößert werden, was die Beseitigung der paar gewählten Sozialdemokraten bedeutet hätte. Die einzige wirkliche Verbesserung war die von der Regierung vorgeschlagene und mit guten Gründen belegte Einföhrung der direkten Wahl an Stelle der indirekten. Was ist nun der Landtag? Er kempelte die Vorlage einfach um. Die direkte Wahl wurde wieder beseitigt. Die Wahlmänner sollten geheim, aber die Abgeordneten öffentlich gewählt werden. Und für die letzte Bestimmung hatte ein Arbeitervertreter des Zentrums, Herr Giesberts, die Stirn einzutreten. (Hört! hört!) Privilegierte Kulturträger sollten nur noch die Abiturienten sein.

Im Jahre 1893 hat der preussische Minister Herfurth erklärt, das preussische Wahlrecht könne man nicht reformieren, sondern nur beseitigen. (Sehr richtig!) Und das Zentrum hat so und so oft durch seine Führer Windthorst, Graf Hompesch, Lieber sich für Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen auszusprechen lassen. Auch Herr Borck hat früher dieselbe Erklärung abgegeben. (Hört! hört!) Jetzt aber, wo die Regierung eine so erbärmliche Vorlage einbringt, verbünden sich Konservative und Zentrum zu ihrer weiteren Verschlechterung. (Hört! hört!) Diese verlogene, jesuitische Politik des Zentrums mühte doch auch den Zentrumsarbeitern die Augen öffnen. Teilweise scheint diese Wirkung eingetreten zu sein, wie aus den Wahlen der Sicherheitsmänner und Knappschaftsältesten hervorgeht.

Das Zentrum suchte seinen Volkserrat durch Hinweis auf das Herrenhaus zu demanteln. Bewiß nimmt das Herrenhaus aus freien Stücken kein demokratisches Wahlrecht an. Es kann nur gezwungen werden durch den Willen einer geschlossenen Mehrheit im anderen Hause und durch den ersten Willen der Regierung. Das jammervolle Verhalten des Zentrums aber war geradezu eine Einladung an das Herrenhaus, etwaige fortschrittliche Bestimmungen aus der verschlechterten Vorlage wieder herauszubringen.

Im Herrenhause fielen einige sehr interessante Bemerkungen. Der frühere Hausminister v. Wedel, der lange Jahre das Ohr des Kaisers hatte, bezeichnete es als gar nicht wünschenswert, daß die Wahlbeteiligung sich erhöht, und der Exminister Köller meinte, es genüge, wenn der Gutsbesitzer und sein Kuiser zu Wahlmännern gewählt werden, weil der Kuiser ja doch mitfahren müsse. (Große Heiterkeit.) Herr v. Burgdorff feierte die öffentliche Wahl als notwendig, um zu verhindern, daß der kleine Beamte den König betrügt. (Hört! hört!) Der oben genannte Herr v. Wedel wandte sich dagegen, daß die Lehrer, die eben erst die hohe Gehaltszulage bekommen haben, auch noch zu Kulturträgern gemacht würden. Gegen den Antrag des Prinzen Schönau-Carolath, auch die Kriegsveteranen zu Kulturträgern zu machen, wandte sich der Hausminister v. Wedel mit Ausführungen, aus denen hervorgeht, daß der feigreiche Soldat, nachdem er den Kopf ausgezogen hat, ein verächtliches Subjekt ist, das man zurückwirft in das Elend des Dreiklassenwahlrechts, wo seine Stimme keine Geltung mehr hat. (Hört! hört!) Man mag ja allerdings Besorgnis hegen vor dem Mehrstimmenrecht der Vetranen, wenn man in der Zeit der Erhöhung der Zivilliste kein Geld für sie übrig hat. (Sehr wahr!)

Die Landtagsverhandlungen über das Wahlrecht haben bewiesen, daß die Minister nichts sind als die Kommiss der herrschenden Klassen. Das Wort vom ungekrönten König in Preußen ist die reine Wahrheit. Bei der Einbringung der

Wahlrechtsvorlage hat sich Bethmann Hollweg, den eine unglückliche Laune auf den Reichstagswahlen einen schweren Angriff auf das Reichstagswahlrecht zuzuschreiben kommen lassen. Er hat ihm nachher eine andere Deutung gegeben, aber diese Deutung war so ungenügend wie seine Rede. Er sprach von den gerechten Steuern in Preußen. Der preussische Arbeiter wird für jeden Heller und Pfennig seines knappen Einkommens zur Steuerleistung herangezogen. (Dr. Sudekum ruft: Damit die Agrarier Abzüge machen können! Zustimmung.) Wenn Bethmann die Behauptung aufgestellt hat, daß das preussische Staatswesen seine Existenz nicht aus dem Willen der besitzlosen Klassen ziehe, ist das eine nackte Unwahrheit. Es kann gar nicht von den lumpigen 280 Millionen existieren, die die Einkommensteuer aufbringt. Arme und Flotte werden zwar vom Reiche bezahlt, belassen aber jeden einzelnen preussischen Staatsbürger mit 25 M. im Jahr, und das Reich ist hier nur eine andere Eiskette für Preußen. Tausend Millionen hat das preussische Volk jährlich für Marinismus und Militarismus aufzubringen.

In einer Rede mit dem freisinnigen Abg. Schnide erklärte Bethmann Hollweg, daß die Staatsregierung mit ihrer vollen Verantwortung hinter der Vorlage stehe. Als die Kommission dann die bekannten einschneidenden Änderungen vornahm, da klang es schon wesentlich anders. Die Regierung, sagte Bethmann Hollweg, „inkulziert“ sich nicht. Wiederum nach vier Wochen gab Bethmann eine Erklärung ab des Inhaltes, daß die Regierung von der Auffassung ausgegangen sei, daß an dem System des abgestuften Wahlrechts grundsätzlich festgehalten werden müsse, und daß direkte und geheime Wahlrecht nicht gleichzeitig gegeben werden könnte. Die Regierung sei für die Kombination von öffentlicher und direkter Wahl, wenn aber die Mehrheit des Abgeordnetenhauses die Kombination von geheimer und indirekter Wahl vorgeziehe, so werde die Regierung das akzeptieren. Diese Schwankungen sind bezeichnend für das niedrige Niveau, auf dem unsere Regierung steht. Wie himmelhoch stehen doch die Reden des Freiherrn v. Bock, des Freiherrn v. Gauß und des Prinzen Hohenlohe im österreichischen Parlament und des ungarischen Ministerpräsidenten Barons Wega Fejerdary über diesen Reden Bethmanns. Wega Fejerdary sagte unter anderem: „Die auf einem schmalen Stimmrecht beruhenden Parlamente sind überall, auch in England, in die Sünden der oligarchischen Herrschaft verfallen.“ Die österreichische Regierung hat Einsicht genug bezeugt, um zu erkennen, daß gegenüber der „Los-von-Rom-Bewegung“, die in Wirklichkeit eine „Los-von-Oesterreich-Bewegung“ war, das allgemeine, gleiche Wahlrecht eine Befestigung des österreichischen Staatsgebildes bedeute. Wenn bei uns in Süddeutschland die Wahlbewegung glatt konstatieren gegangen ist, so ist das nicht um wenigsten darauf zurückzuführen, daß die übrigen Bundesstaaten die große, ihnen von Preußen drohende Gefahr erkannt haben, und daß sie eingesehen haben, daß dieser Gefahr nur begegnet werden kann dadurch, daß die ganze staatliche Organisation auf der allerbreitesten Basis aufgebaut ist. (Sehr richtig.) Ich gehe sogar noch weiter und behaupte, daß die süddeutschen Machthaber sich völlig klar darüber sind, daß die Modernisierung der preussischen Verhältnisse von der Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts in Preußen abhängt. (Sehr richtig.)

Die Resolution des Parteivorstandes und der Kontrollkommission entspricht anscheinend nicht der Ansicht einiger Genossen. Die Anhänger des Zusatzantrages Luzemburg (welchen der Meinung zu sein, daß mit dem preussischen Wahlrechtskampf nicht genug Erfolg erzielt ist, und daß man darum zu anderen Mitteln greifen müsse, weil die bisherigen versagt haben. Dem muß ich entschieden widersprechen. Es handelt sich bei Preußen um kein Kartenhaus, das auf den ersten Anstoß umgestürzt werden kann. (Lebhafte Zustimmung.) Die preussischen Junker sind über das Maß ihrer Machtverhältnisse durchaus im Klaren. (Sehr richtig.) Und haben wir denn wirklich keine Erfolge erzielt? Wir haben die Regierung genötigt, eine Vorlage anzufordern, wir haben sie genötigt, eine Vorlage einzubringen, was erwidern sie auch ausüben mochte.

**Erst durch unsere Demonstration ist die Wahlbewegung in Fluß gekommen und hat bis tief in das Bürgertum hinein Eingang gefunden.**

(Sehr richtig.) Im Abgeordnetenhause, im Herrenhause haben Leute, die früher so verächtlich über die Wahlrechtsvorlage gesprochen haben, auf einmal angefangen, auf den Ernst der Situation hinzuweisen. Rappenheim, Redlich, Geyhebrand, Der Führer v. Redlich hat sogar den alten Altinghausen gespielt und seinen Parteigenossen zugerufen: Seid einig, einig, einig — einig allerdings nur gegen das eigene Volk. Das beweist doch, daß die Herren den Ernst der Situation erkannt haben, und daß sie ihnen eingebildet worden durch die Demonstrationen. Wir können im Grunde genommen mit diesen Erfolgen zufrieden sein. Es bedarf nur eines Zeugnisses, um die Massen wieder auf die Straße marschieren zu lassen, und dieses Marschieren ist von der allerhöchsten Bedeutung. Im Gegensatz zu den auf dem Jenaer Parteitag geäußerten Befürchtungen haben wir bewiesen, daß die Massen in ruhiger, machtvoller Weise ihren Willen zum Ausdruck bringen. Zu Hunderttausenden haben wir unsere Leute im Feuer egerzieren lassen. Die herrschenden Klassen in Preußen werden es nach meiner festen Überzeugung nicht wieder auf eine solche Kraftprobe ankommen lassen, sollten sie es aber doch tun, dann werden auf unseren Ruf wieder alle unsere Wahlrechtskämpfer auf der Wühlfährde erscheinen und die Demonstration wird noch machtvoller und wichtiger werden als bisher. (Stürmischer Beifall.)

Nun sind der Landeskommission wie der Fraktion der Abgeordneten eine Menge von Maßschlägen erteilt worden. Und ist gesagt worden, wir hätten Mindestforderungen aufstellen müssen und uns über sie mit anderen Parteien verständigen müssen. Im Namen der gesamten Landtagsfraktion habe ich hier zu erklären: wir hätten keinen größeren Fehler machen können, als wenn wir diesen Maßschlägen gefolgt wären. Durch Befolgung auf Mindestforderungen hätten wir unsere ganze wichtige Kampfaktivität lahmgelegt. Unsere Fraktion wäre der Väterlichkeit anheimgefallen, wenn sie auch nur den mindesten Versuch nach dieser Richtung hin gemacht hätte. Wegen dieser Vorlage, die, wenn es nach uns gegangen wäre, der Regierung zerissen vor die Füße geworfen worden wäre, uns mit anderen Fraktionen in Verbindung zu setzen, wäre eine so vollendete taktische Ungeschicklichkeit gewesen, daß ich nur behauern kann, daß überhaupt ein Genosse diesem Gedanken Raum gegeben hat. (Sehr richtig.) Wir müssen unsere Organisation immer weiter ausbauen. Wenn es auch nicht im ersten Ansturm gelungen ist, schließlich werden wir doch die preussische Festung über den Haufen werfen können. (Lebhafte Zustimmung.)

**Die preussische Wahlrechtsfrage ist eine deutsche Frage,**

und die Genossen in den übrigen Bundesstaaten werden uns zur Seite stellen. (Bravol) Darum ist auch die Tribüne unseres deutschen Parteitag der geeignete Ort zur Erörterung dieser Frage. Ich für meine Person lehne die Resolution der Genossen Luzemburg wenigstens im zweiten Teile ab. Den ersten Satz könnte ich annehmen, aber ich halte ihn nicht für notwendig. Was über die Frage gesagt worden ist, ist schon in Jena gesagt. Dort hat sich die Partei die Richtlinien gegeben, die sie innehalten muß. (Sehr wahr!) Ich bitte Sie im Namen der Parteileitung um Annahme unserer Resolution, die Sie allenfalls durch Einfügung des ersten Satzes der Resolution Luzemburg erweitern mögen. Ich schicke meine Ausführungen mit dem Rufe:

**Rüder mit dem elenden schmachvollen Dreiklassenwahlrecht, her mit dem allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht.**

(Stürmischer Beifall.)

**Vorsitzender Ruß:** Der Antrag 74 ist zurückgezogen worden mit der Begründung, daß die Antragsteller sich überzeugt haben, daß die Meinungsfreiheit in der „Neuen Zeit“ stets gewährleistet

ist. (Seine: Wenigstens für die eine Seite!) Weiter liegt vor außer der (von uns bereits mitgeteilten) Resolution der Parteileitung und dem Antrag 100 der Antrag 86\*) und ein Antrag Bogherr, der die Reichstagsfraktion ersucht, in jedem Jahre einen Antrag auf Einführung des allgemeinen Wahlrechts, wie wir es fordern, für alle Bundesstaaten im Reichstage einzubringen. Alle diese Anträge sind genügend unterstützt.

**Sympathieundgedungen.**

Zu einer Erklärung erhält das Wort:

**Müller-München:**

Parteigenossen und Parteigenossinnen! Meins bayerischen Parteifreunde haben mich beauftragt, den preussischen Parteigenossen ein paar schlichte Worte laibereiter Sympathie auszusprechen für die tapferen Kämpfe gegen den inneren preussischen Feind des Reiches (Sehr gut!), gegen den Feudalstaat Preußen, in denen sie stehen und denen sie noch weiter entgegengehen. Ich bedauere es außerordentlich, daß unser verehrter Genosse v. Kollmar verhindert ist, diese Erklärung persönlich abzugeben. Aber ich darf sagen, ohne von ihm dazu ausdrücklich autorisiert zu sein, daß es ihn jedenfalls eine ebenso große Ehre sein würde wie mir, die Bereitwilligkeit des ganzen werktätigen Volkes Bayerns zu proklamieren, mit Rat und Tat bei diesem großen Kampfe zu helfen. (Bravol) Ich darf wohl behaupten, daß diese Kampfbereitschaft in Bayern über die Kreise des werktätigen Volkes hinaus bis in die Zirkel des wirklich liberalen Bürgertums sich erstreckt (Hört! hört!), denn sogar ein Teil der sonst gewiß politisch fragwürdigen nationalliberalen Presse in Bayern hat mit Bewunderung die Disziplin und Enschlossenheit verzeichnet, mit der Sie in Preußen die Provokation der Wahlreform des Leibwehphilosophen (Seiterkeit) Bethmann Hollweg beantwortet haben. Das eine ist sicher, die Resolution hat recht: Die verfassungswidrigen Zustände des Feudalstaates Preußen sind der Angelpunkt für die reaktionäre Entwicklung im Reiche, und wenn jetzt 40 Jahre nach Beschluß der Reichsverfassung im Ueberflusse der rückwärts schauenden Siegesfeier ein Teil des Bürgertums vergißt, daß es die historische Mission verläßt, die die Reichsverfassung demokratisch zu begründen, und wenn es jetzt die Aufgabe der Arbeiterklasse geworden ist, diese Mission der Bourgeoisie zu erfüllen, so beweise ich seinen Augenblick, daß auch Sie in Preußen bereit sein werden, die Zeile des wirklich liberalen Bürgertums, die auf dem Gebiete des Wahlrechtskampfes sich noch nachträglich auf ihre Pflicht besinnen würden, ohne weiteres bei diesen Kämpfen als Bundesgenossen zu akzeptieren. (Bravol) Wir in Bayern haben das Wahlrecht errungen, nicht leicht, wie man hier und da gemeint hat, sondern nach vierzehnjährigen schweren Kämpfen, und wir in Bayern, mit einem Verfassungselben seit dem Jahre 1818, mit politischen Reminiscenzen des Bürgertums an die Einflüsse der französischen Revolution, wir in Bayern mit dem demokratischen Rufe im Volke und der größeren Vertrautheit mit dem politischen Leben überhaupt, haben es schwerer gehabt, zunächst die Massen für den Wahlrechtskampf zu interessieren. (Sehr richtig!) Erst allmählich, durch immer eindringlichere Vorbereitungen, durch immer schärfere Wiederholung unserer Wahlrechtsforderungen im Parlament, in das wir endlich trotz eines schlechten Wahlrechts 1868 eingedrungen waren, ist es gelungen, das Interesse an der Wahlreform zu verallgemeinern und zu vertiefen und dann allerdings der Forderung die Durchschlagkraft zu verleihen, die sie endlich zur Verwirklichung gebracht hat. Um wieviel mehr werden Sie in Preußen mit dem militärisch absolutistischen Einflüssen, mit dem angeborenen Kadavergehorsam eines großen Volksteils, es schwerer und mühsamer haben, die Massen lebendig zu erhalten für diese Forderung, und um wieviel bewundernswerter sind die Erfolge, die Sie trotzdem in der Massenbewegung bereits erreicht haben. (Sehr richtig!) Amiefflos: wenn es irgendeinem Volksteile gelingen wird, das Votum der Wahlrechtsreform in Preußen zur Verwirklichung zu bringen, so wird es nur der Arbeiterklasse möglich sein, mit ihren festen Organisationen, mit ihren geschlossenen Bataillionen, aber das darf ich Ihnen aus unserer bayerischen Erfahrung heraus sagen: lassen Sie sich nicht durch Widerstände in Ihrer Bewegung beeinträchtigen, die in einem gewissen natürlichen Beharrungsvermögen der Zustände überhaupt liegen, sondern arbeiten Sie mit der Entschlossenheit und den Mitteln, die Sie für gut halten, weiter.

Wenn die Resolution darauf hinweist, daß die Diktatur der Junker die Stellung Preußens im Reiche jeden ernsten kulturellen und demokratischen Fortschritt im Reiche verhindert und eine ständige Gefahr für das Reichstagswahlrecht bildet, so gehe ich darüber hinaus und sage: die Diktatur der Junker in Preußen, die Stellung, die verfassungswidrig die Zentralmacht Preußen sich errungen hat, hindert nicht nur jeden weiteren Fortschritt, sondern stellt das bürgerliche Demokratie, das wir im Süden haben, in Frage, bedeutet eine Gefahr für das bereits Errungene (Lebhafte Zustimmung bei den Süddeutschen.) Aus dieser in das gemeinsame Gefühl Süddeutschlands übergegangenen Ansicht heraus läßt es sich erklären, daß in der großen Demonstrationserstarrung in München, die aus Anlaß des Widerwillens gegen den Wechsel der Wahlrechtsreform, die man sich erlaubt hat, Ihnen in Preußen vorzuliegen, abgehalten worden ist, auf eine einzige Konstatierung von mir hin, daß der preussische Gesandte in Bayern es im preussischen Auf-

\*) 100. Rosa Luxemburg und Genossen. Der Parteitag erklärt in völliger Übereinstimmung mit dem jüngsten preussischen Parteitag, dessen Auffassung durch die Lehren der Wahlrechtskämpfe dieses Frühjahrs vollumfänglich bestätigt worden ist, daß der Wahlrechtskampf in Preußen nur durch eine große entschlossene Massenaktion des arbeitenden Volkes zum Siege geführt werden kann, wobei alle Mittel, darunter auch der politische Massenstreik, nötigenfalls zur Anwendung gebracht werden müssen. Angesichts dessen erklärt der Parteitag für notwendig, im Hinblick auf die künftige Wiederaufnahme der Wahlrechtskampagne die Erörterung und Propagierung des Massenstreiks in der Parteipresse und in Versammlungen in die Wege zu setzen und so in den breitesten Schichten des Proletariats das Gefühl der eigenen Macht sowie das politische Bewußtsein zu schärfen, damit die Massen den großen Aufgaben gewachsen sind, wenn die Situation es erfordert.

86. Straßburg-Stadt (Resolution): Der Parteitag wolle beschließen: Der verfassungswidrige Zustand Elsaß-Lothringens als Reichsland ist in der barbarischen Anordnung begründet, daß die ohne Rücksicht auf ihren eigenen Willen der französischen Republik im Jahre 1871 abgenommenen Provinzen die Kriegsbeute der deutschen Bundesstaaten waren und geblieben sind. Wenn jetzt die Reform des Wahlrechts und der Verfassung sich einer Wendung nähert, so lehnt der Parteitag, getreu der bisherigen Haltung der Sozialdemokratie, jeden Vorschlag ab, der irgendwie an dem gegenwärtigen Wesen der Verfassung und des Wahlrechts festhalten oder gar begünstigen wollte, Elsaß-Lothringen einer vollständigen Verpreußung zuzuführen oder im Land eine unbedingte Vorherrschaft der bisher im Landesauschuss maßgebenden Reaktion zu begründen.

Der Parteitag spricht sich demzufolge mit aller Wucht gegen die Einrichtung oder die Vorbereitung einer Dynastie aus, die er beispielsweise in der Schaffung einer lebenslänglichen Statthaltertschaft erblicken würde. Mit derselben Energie wendet er sich gegen die Absicht, durch ein Zweikammersystem die Volksvertretung der Kontrolle eines Oberhauses zu unterwerfen und die Volksvertretung selbst durch ein Pluralwahlrecht oder ähnliche reaktionäre Maßnahmen zu fesseln.

Der Parteitag folgt den demokratischen Grundgedanken der Sozialdemokratie, wenn er die volle Gleichberechtigung Elsaß-Lothringens mit den deutschen Bundesstaaten und innerhalb der Landesverfassung die volle Gleichberechtigung aller Staatsbürger verlangt.

frage versucht hat, in die Entwicklung der bayerischen Wahlrechtsfrage einzubringen (Hört! hört!), damit nicht das böse bayerische Beispiel die guten Preußen verderbe (Seiterkeit) — auf diese einzige Konstatierung hin hat eine Volksmenge von Tausenden, nicht nur bestehend aus Arbeitern, sondern auch aus bürgerlichen Elementen, sich demogen gefühlt, eine spontane Demonstration vor der Wohnung des preussischen Gesandten zu veranstalten (Bravol), die dieser preussische Gesandte allerdings verurteilt hat. (Seiterkeit.) Sie sehen aus diesem Vorgange, daß es mehr als Sympathie, daß es in Wirklichkeit tatkräftige Sympathie ist, was wir Ihnen aus Süddeutschland entgegenbringen können.

Wenn wir mit Bedauern die Tatsache verzeichnen müssen, daß bei unserer Wahlreform der bayerische Liberalismus nicht nur abseits, sondern hindernd im Wege gestanden ist (Sehr wahr!), so darf ich für die Verhältnisse in Preußen konstatieren, daß der Volksteil, der, gezwungen von der öffentlichen Meinung, in Bayern für das Wahlrecht nach und nach eingetreten ist, in Preußen wohl kaum in Betracht kommen kann, nachdem das jüngste Reichstagsmitglied des Zentrums, Herr Dr. Spahn jun., es für notwendig gehalten hat, in einer süddeutschen katholischen Zeitschrift zu erklären, er betrachte es als eine Mission des Zentrums, die feudalen preussischen Zustände aufrechtzuerhalten, um ein andauerndes Übergewicht gegen den demokratischen Süden zu haben. Nach diesem Bekenntnis des Dr. Spahn werden Sie gern darauf verzichten, von jener Seite Hilfe zu haben.

Parteigenossen, die Zeit, die mir gestellt ist und die Enthaltsamkeit, die die Situation mir auferlegt, bestimmen mich, so verlockend es wäre, von weiteren allgemeinen Auseinandersetzungen abzusehen. Nur kurz gestatten Sie mir hinzuweisen auf den Zusammenhang des Antrags 88 mit der preussischen Wahlrechtsbewegung und den Zuständen, die herbeigeführt sind durch die Präponderanz Preußens im Reiche. Dieser Antrag verlangt, daß der Parteitag sich mit aller Wucht gegen die Einrichtung und die Vorbereitung einer Dynastie in Elsaß-Lothringen ausspricht, die er beispielsweise in der Schaffung einer lebenslänglichen Statthalterchaft erblicken würde. Wir bitten Sie, auch von Bayern aus, diesen Antrag möglichst einstimmig anzunehmen, denn es wäre verhängnisvoll auch für die Entwicklung in Süddeutschland und namentlich in Bayern, der Pfalz usw., wenn aus dem Reichsland Elsaß-Lothringen ein Preußenland Elsaß-Lothringen gemacht würde. (Sehr gut!) Wenn aus dem Reichsland Elsaß-Lothringen eine weitere Domäne des monarchistischen preussischen Junkertums stipuliert würde. (Sehr gut!) Parteigenossen, wir mahnen uns nicht an, ein Urteil zu fällen über Ihnen Maßstäbe zu erteilen über die Taktik, die Sie einzuschlagen haben, über die Organisation, die Sie zur Durchführung der für das ganze Reich, für die gesamte Arbeiterbewegung, ja, ich behaupte für die internationale Sozialdemokratie wichtigen Bewegung (Sehr wahr!) schaffen wollen. Aber eines darf ich Ihnen als geschlossene Meinung unserer bayerischen Parteifreunde übermitteln: Rufen Sie uns, und wir werden mit Rat und mit Tat kommen, um Schulter an Schulter mit Ihnen gegen den Feind einer Demokratisierung des Reiches, gegen den Feind jeder vernünftigen sozialen und demokratischen Entwicklung zu kämpfen. (Stürmischer Beifall.)

**Silbenbrand-Stuttgart:**

Im Namen der sozialdemokratischen Landesorganisation Württemberg habe ich auch heute, wie schon bei verschiedenen Preuentagen, die Aufgabe, den preussischen Genossen und Genossinnen für Ihre seitherige energische und keineswegs erfolglose Tätigkeit auf dem Wege zur Erringung des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts in Preußen unseren Dank zu sagen. (Bravol) Wir werden bis zur völligen Erringung dieses Vieles alles tun, was in unseren Kräften steht, um unseren Kameraden in jeder Situation dieses Kampfes brüderlich zur Seite zu stehen, in dem Bewußtsein, dadurch der gesamten Arbeiterklasse zu dienen. (Bravol) Die Art des Kampfes zu bestimmen, ist der Preußen Sache; im Ziel des Kampfes sind wir alle einig, und diese Einigkeit verbürgt den Sieg, denn er ist der Sieg der Gerechtigkeit. (Lebhafte Beifall.)

**Frank-Mannheim:**

Die badischen Parteigenossen haben mich beauftragt, Ihnen das gleiche zu erklären, was unsere Freunde aus Bayern und Schwaben Ihnen gesagt haben. Bei den schweren Kämpfen der nächsten Jahre wollen und werden die badischen Kameraden nicht fehlen. Sie werden an Ihrer Seite stehen und mit Euch kämpfen. (Bravol) Wir betrachten die preussischen Wahlrechtskämpfer als die wirklichen Kulturträger in Deutschland — nicht im Sinne von Bethmann Hollweg (sehr gut!), und wir sind überzeugt, — wir hoffen es und wollen mit dabei sein — daß dem tapferen Anfang ein glückliches Ende beschieden wird. (Stürmischer Beifall.)

**Ulrich-Offenbach:**

Auch wir in Hessen, die wir um ein anderes Wahlrecht kämpfen als wir es gehabt haben, haben mit Bewunderung auf die Kämpfe und die Kampfbereitschaft der preussischen Genossen geblickt. Wir haben nicht bloß den Einfluß der preussischen Regierung auf die hessische Verwaltung beobachtet können, wir haben auch beobachten können, wie selbst der hessische Liberalismus unter der preussischen Verleumdung leidet. (Sehr richtig!) Wir haben gerade in Hessen die Wahrnehmung gemacht, daß die preussische innere Politik für die Bundesstaaten am allergefährlichsten ist, und wir sind überzeugt, daß gerade in dieser Richtung das gesamte Proletariat Deutschlands zusammen kämpfen muß. Ich darf daher mit Recht mich den Forderungen der anderen Genossen aus Süddeutschland anschließen und sagen: Auch wir, die hessischen Kampfkämpfer, die Vertreter des Proletariats von Hessen, werden Schulter an Schulter mit den preussischen Genossen dafür kämpfen, daß es gelingt, Preußen vorwärts zu drängen, in Deutschland allen anderen zum Muster, Preußen zu einem wirklich demokratischen Land zu machen! (Bravol)

Ohne daß es gelingt, in Preußen eine Demokratisierung des Verwaltungswezens, eine Demokratisierung des gesamten Staatswesens durchzuführen, ohne das werden wir in Süddeutschland fortgesetzt vor der Gefahr stehen, daß wir zurückgedrängt und von den preussischen Eigentümlichkeiten aufgefangen werden. Deshalb sagen wir in Süddeutschland: Preußens Forderungen sind unsere Forderungen! Mit Ihnen gemeinsam vorwärts zum Siege. (Stürmischer Beifall.)

**Hug-Want:**

Ich komme aus Oldenburg, einem der kleinsten Bundesstaaten, die wir haben. Er liegt ja nicht in Süddeutschland, sondern in Norddeutschland. Wenn auch unsere politischen Einrichtungen wesentlich freier sind, als die in Preußen und ähnlich denen in Baden, Bayern und Württemberg, so ist bei uns der preussische Einfluß doch unübersehbar. Es gibt kaum eine politische Maßregel, die nicht mit Rücksicht auf Preußen vorgelegt, untersucht und begründet wird. So klein der Staat ist, so groß ist auch der Einfluß in der Verwaltung und in seinen politischen Einrichtungen. Und ob schon das Volk, das schon eine ruhmvolle demokratische Geschichte hat, alles andere ist, nur nicht antidemokratisch, so kann von einer Fortentwicklung, wie wir sie wünschen, keine Rede sein, solange Preußen so ist, wie wir es kennen. Daher bin ich beauftragt, Ihnen den besten Erfolg in Ihrem Wahlrechtskampfe zu wünschen. Da wir mitten darin liegen, werden wir nach wie vor tun, was wir können. Mag die Hilfe noch so klein sein, wir werden Ihnen bei Ihren großen gewaltigen Wahlrechtskämpfen nach Möglichkeit helfen. (Lebhafte Beifall.)

**Starosten-Moskau:**

Die Freundschaft, mit der Sie mich begrüßen, spricht dafür, daß Sie den Genossen in Moskau eine Sympathie entgegenbringen, auf die ich allerdings gerechnet habe. Die Verhältnisse

Sind aber auch gegenseitig. Wir in Mecklenburg lebenden Sozialdemokraten haben mehr wie alle anderen Parteigenossen in den einzelnen Bundesstaaten ein Interesse daran, daß der preussische Verfassungskampf siegreich vom Proletariat durchgeführt wird. Kein anderes Proletariat in den einzelnen Bundesstaaten ist unmittlbarer auf dem Ausgange dieser Verhältnisse in Preußen interessiert, als die mecklenburgischen Proletarier. Die mecklenburgischen Proletarier leben ja noch unter viel elenderen Verhältnissen, als die preussischen. Es läßt sich in der Geschichte nachweisen, wie an das „Auf“ der revolutionären Bewegung in Preußen sich das „Auf“ der Volksbewegung in Mecklenburg angeschlossen. Und als die Erfolge durch die Feigheit des preussischen Bürgertums verloren gingen, so zeigte sich auch das „Ab“ in Mecklenburg. Mecklenburg hatte auch ein Wahlrecht zum Landtage. Junker und Pfaffen vereint, haben es dem mecklenburgischen Volke in der Form eines Privatprojektes wieder gestohlen. (Hört! hört!) Jetzt 60 Jahre nach der Revolution von 1848 haben wir genau denselben staatsrechtlichen Zustand, wie er 1788 stipuliert ist. Bei uns ist nur Landtagsabgeordneter, der sich ein Rittergut kaufen kann, er mag das Geld haben, woher er will. Man fragt nicht danach, man fragt nur, ob er ein Rittergutbesitzer ist. Dann sind noch die Bürgermeister da, die aber in Wirklichkeit nur die willenlosen Sklaven der Rittergutbesitzer sind, der Markgrafen usw. Sie können sich denken, daß wir unter diesen Umständen mit Begeisterung erfüllt wurden, mitzuwirken an dem preussischen Kampfe. Daß wir bei der ganzen Struktur unseres Landes nicht große Arbeiterbataillone mit in die Reihe stellen können, ist selbstverständlich, aber mit unserem ganzen Herzen sind wir bei der preussischen Bewegung. Nicht als Vertreter einer großen mächtigen Sozialdemokratie, sondern als bitterer Feinde hier. Wir erwarten von den Preußen, daß sie noch viel erfolgreicher wie bisher, noch mit größerem Nachdruck den preussischen Wahlrechtskampf führen, der gleichzeitig auch ein mecklenburgischer Wahlkampf ist. Nur wenn in Preußen ein Fortschritt zu verzeichnen ist, werden auch wir Erfolg haben. Sie können sich denken, wie wir mit dem Herzen dabei sind, wenn Sie kämpfen. Wir hoffen, daß es gelingen wird, möglichst bald Mecklenburg durch Preußen zu lösen. (Anhaltender Beifall.)

Vorsitzender Althö: Ich schlage jetzt Vertagung vor. Wir werden nachmittags mit der Diskussion beginnen.

Schluß 1 Uhr.

### Nachmittags-sitzung.

Althö eröffnet die Verhandlungen um 3¼ Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die

### Diskussion über die Wahlrechtsfrage.

Genossin Luxemburg begründet den Antrag 100. Eine Reihe von Delegierten, die unseren Antrag nicht unterschrieben haben, haben erklärt, daß sie sachlich vollkommen damit übereinstimmen, daß sie aber Bedenken tragen, daß ein Wort in unserem Antrage Mißverständnis in bestimmten Kreisen der Partei hervorzurufen könnte und zwar das Wort „Propagierung“. Wir sind damit einverstanden, daß dieses Wort im Antrage gestrichen wird, wir haben unseren Antrag als notwendige Ergänzung zur Resolution des Parteivorstandes eingebracht. Die Vorstandesresolution sieht die preussische Wahlrechtsfrage von der allgemeinen Seite auf. Wir möchten die aktuelle Seite, die politischen Richtlinien für den Kampf mehr hervorheben. Das vernissen wir in der Vorstandesresolution, weil sie bei allem richtigen, das sie ausspricht, dem nicht genügend gerecht wird, daß wir seit dem preussischen Parteitag in unserem preussischen Wahlrechtskampfe ein gewaltiges Stück vorwärts gekommen sind. Wir haben seitdem im preussischen Abgeordnetenhause die Poste des Weismann Hollweg mit ihrem vollkommenen Vortritt zum Schluß erlebt. Aussererfand haben wir in den Situationen Veränderungen erlebt, wie sie Deutschland und Preußen noch nicht gesehen hat. Dieses Ergebnis, emerzies der Zusammenbruch der parlamentarischen Aktion der Regierung und der bürgerlichen Parteien, andererseits das machtvolle Aufschwollen der Massenaktion hat nicht bloß die Auffassung des preussischen Parteitages in glänzender Weise bestätigt, sondern es hat auch den Forderungen, die auf dem Parteitag formuliert worden sind, eine viel konkretere aktuelle Bedeutung gegeben, als es zu Weihnachten der Fall war. Das bezieht sich namentlich auf die Lösung des politischen Massenstreiks. Schon der preussische Parteitag hat ihn einstimmig als Mittel empfohlen, das evtl. zur Anwendung kommen kann. Auch im Referat und in den Neben ist darauf nachdrücklich hingewiesen worden. Aber die Ereignisse selbst haben dieser Lösung Leben und praktische Bedeutung gegeben.

Parteigenossen! Seit der machtvollen Massenbewegung im Frühjahr für das preussische Wahlrecht ist die Massenstreiklösung in den Vordergrund des Interesses unserer proletarischen Massen getreten. Schon 1906 haben die Hamburger Parteigenossen einen wohlgeleiteten Versuch mit der Anwendung des Massenstreiks als einer politischen Demonstration gemacht. In diesem Jahre folgten glänzende Demonstrationen in Kiel, Flensburg und Danau. Anderswo, in Dresden, Halle, Gießen, Kassel, Rheinland, Bremen, haben sich die Parteigenossen in lebhafter Weise mit der Idee des Massenstreiks befaßt. Dies ist auch in einer lebhaften Diskussion in unserer Parteipresse im Frühjahr zum Ausdruck gekommen. Das konnte nicht anders sein. Naturgemäß entzieht bei den Demonstrationen die Frage: Was werden wir weiter machen? Höchstmahrscheinlich werden wir mit der bloßen Demonstration den Zweck unserer Wahlrechtskämpfe nicht erreichen. Auf die bloßen Kundgebungen des proletarischen Willens hin werden die herrschenden Reaktionskräfte Deutschlands kaum auf ihr stärkstes Bollwerk verzichten. So entzieht die Frage: Haben wir noch andere Mittel und Wege? Da ist es unsere selbstverständliche Pflicht, auf diese Frage der Massen die klare Antwort zu geben: Ja, ihr habt ein solches Mittel, das ihr nötigenfalls ins Werk setzen könnt, und dies Mittel ist die Arbeitsverweigerung, der Massenstreik. Es kommt noch ein weiterer Punkt hinzu: Das Verhalten unserer Gegner. Wir wissen alle, wie die herrschende Reaktion unseren ersten Massen Demonstrationen begegnet ist. Wir haben in stichbarer Erinnerung die Scheltwörter und Provokationen der Polizei, wir kennen die bis jetzt unwidersprochen gebliebene Nachricht des „Berliner Tageblatt“, daß bei der großen Demonstration am 6. März die Kasernen des 1. Feldartillerie-Regiments in ein Kriegs-lager verwandelt worden ist, daß man nur auf einen Vorwand lauerie, um die friedlich demonstrierenden Massen in ihrem eigenen Blute zu erstickten. Bis her haben wir es erreicht, daß diese Drohung ohne Wirksamkeit blieb und die Polizei wieder ihre Säbel in die Scheide steckte. Aber wer möchte uns dafür bürgen, daß wir nicht in Zukunft mit neuen Provokationen zu rechnen haben, wenn wir wieder die Massen auf den Plan rufen? Angesichts der ganzen Unberechenbarkeit, Koppligkeit und Schurkenhaftigkeit des herrschenden politischen Systems in Deutschland müssen wir als ernste Politiker mit allen Eventualitäten beim preussischen Wahlrechtskampf rechnen. Wir müssen den Massen, die wir zur Demonstration auf die Straße rufen, von vornherein die ruhige, klare Sicherheit geben: Ihr seid nicht mehr los den schamlosen Provokationen der säbelstochenden Reaktion preisgegeben, ihr habt ein Mittel, auf solche Provokationen zu antworten, das Mittel der ruhigen Arbeitsverweigerung, des politischen Massenstreiks. Augenblicklich haben wir eine Pause im Wahlrechtskampf, die Aktualität dieser Frage ist ein wenig zurückgetreten. Aber ich hoffe und erwarte ein machtvolles Wiederleben des preussischen Wahlrechtskampfes. Von unserem Referenten erwarte ich in seinem Schlusssatz den machtvollen Ruf, den ich ein wenig in seinem Referat vermisst habe.

In den leitenden Kreisen unserer Partei und namentlich unserer Gewerkschaften besteht eine starke Abneigung gegen die öffentliche Erörterung der Frage des Massenstreiks namentlich während des Wahlrechtskampfes. Man sagt da die Erörterung der Frage des Massenstreiks, die Propaganda des

Massenstreiks, gewissermaßen als ein Spiel mit dem Feuer auf. Es ist die höchste Zeit, diese total falsche Auffassung des Massenstreiks zu beseitigen, die Befürchtung zu beseitigen, als ob die Erörterung der Frage des Massenstreiks für sich allein und künstlich den gelegenen oder ungelegenen Massenstreik provozieren könnten. Diese Auffassung sollen wir überwinden, wie die anarchistische Auffassung vom Generalstreik längst begraben ist. Ein politischer Massenstreik wird nicht künstlich dadurch heraufbeschworen, daß man von ihm redet oder diese Waffe propagiert. Nur aus historischen Bedingungen, aus der Reife der politischen und wirtschaftlichen Situation kann sich ein Massenstreik ergeben. Die Geschichte der Idee des Generalstreiks beweist, daß man ins Unendliche von Massenstreiks reden kann, ohne den geringsten praktischen Erfolg. Jahrzehntlang haben die Anarchisten den Generalstreik als Allerwelts-mittel gepredigt, aber kein Mensch hat sich darum gekümmert. Das Land, wo der Generalstreik am wenigsten Grund und Boden hat, ist Frankreich, wo ihn die Syndikalisten stets im Munde führen. Erst im letzten Jahrzehnt, seitdem durch den machtvollen Zusammenschluß des Kapitals zu Kartellen, durch die Aussperrungspolitik die beispiellose Verschärfung der Klassen-gegensätze, die Vorbedingungen geschaffen worden sind, brachen in einem Lande nach dem anderen Massenstreiks aus. Für uns in Preußen ergibt sich die Möglichkeit des Massenstreiks aus der einfachen Tatsache, daß das Proletariat einzig und allein auf seine eigene Kraft angewiesen ist; als schärfste Form der selbständigen politischen Agitation des Proletariats ist der Massenstreik bei uns in Deutschland zugleich ein Produkt der Verschärfung der Klassen-gegensätze, ein Produkt der ganzen geschichtlichen Entwicklung der Jahrzehnte. So aufgeföhrt, auf eine solche Basis gestellt, bedeutet die Erörterung des Massenstreiks nicht das künstliche Hervorzubringen eines solchen Gewaltstreiks, sondern ein hervorragendes Aufklärungsmittel für die Massen. (Sehr richtig!)

Nicht als wunderliches Mittel, das nur aus der Tasche gezogen zu werden braucht, um uns sichere Siege zu bringen, wollen wir den Massenstreik erörtern und seine Idee vorbereiten. Mit Vorkommen bin ich darin ganz einverstanden, daß wir der Masse klaren Wein einschütten sollen und sie darüber nicht täuschen sollen, daß wir nicht auf einen Dorn einen Kampf wie den preussischen Wahlrechtskampf siegreich beenden können. Wir müssen die Massen auf eine lange Reihe schwerer Kämpfe vorbereiten. Aber gerade dadurch, daß wir die Massen auf die ganze Schwere des bevorstehenden Kampfes im Zusammenhang mit der Erörterung des Massenstreiks hinweisen, erfüllen wir gegenüber der Arbeiterklasse ein Werk der politischen Aufklärung, der moralischen und sittlichen Erziehung zu Idealismus und Opferfreudigkeit. (Sehr richtig!) Ebenso einfüßig wie die Befürchtung, als ob ein Massenstreik, bloß weil wir davon reden, unzeitig ausbrechen könnte, ist die Ansicht, daß mit der Propagierung bereits die Festlegung auf einen Termin gegeben ist. Darüber, wann wir in Preußen-Deutschland einen politischen Massenstreik machen müssen, bestimmen doch nicht wir allein. Ein politischer Massenstreik kann in ein, zwei, drei Jahren, vielleicht aber auch schon nach den nächsten Wahlrechtsdemonstrationen nötig sein. Unserer Taktik kommt die Taktik der Gegner, das Verhalten der Reaktion, die allgemeine Stimmung, die wirtschaftliche Lage in Betracht. Wenn wir aber zugeben, daß ein Massenstreik vielleicht schon in sehr kurzer Zeit notwendig werden könnte, ergibt sich daraus die klare Pflicht, die Massen auf ihre Aufgaben vorzubereiten, damit sie nicht im Affekt der Erörterung zum Massenstreik greifen, sondern als eine politisch geschulte Schar von Massenkämpfern unter Führung der Sozialdemokratie ins Feld ziehen. (Bravo!) Der politische Massenstreik läßt sich nicht auf Kommando hervorzurufen, läßt sich aber auch nicht auf Kommando abbestellen, wenn die Zeit dafür reif ist. (Sehr wahr.)

Wenn wir es unterlassen, die Massen durch eine eingehende Erörterung des politischen Massenstreiks im Zusammenhang mit der historischen und politischen Entwicklung vorzubereiten, dann werden wir nur erreichen, daß gegebenenfalls die Massen sich nicht unter unserer Führung, sondern in chaotischer Verwirrung in den Massenstreik stürzen. Nicht wir, sondern die Massen selbst sind die entscheidenden, wenn die Zeit reif ist, und unsere Pflicht ist es, ihnen die geistigen Waffen zu geben, die klare Einsicht in die Tragweite des Kampfes, in die Größe der Aufgaben und in die damit verbundenen Opfer. Denn hier, wie in jedem anderen politischen Kampfe heißt es: bereit sein, ist alles. (Lebhafte Beifall.)

Vorsitzender Althö teilt mit, daß der Antrag des Vorstandes Nr. 91 insofern geändert worden ist, daß es im ersten Satze heißen muß an Stelle des Wortes „wurzelt in“ — „hängt auf das innigste zusammen mit“.

Limberg-Eisen erhält auf Wunsch außer der Reihe das Wort zu einer besonderen Mitteilung:

Ich möchte Ihnen einen Auszug aus dem Zirkular eines kommandierenden Generals mitteilen, das alle Anweisungen an die Truppen gibt, wie sie sich im Falle von Unruhen, Belagerungszuständen, Straßenkämpfen usw. verhalten sollen. (Lebhafte Hört! hört!) Das Zirkular, das ich aus verständlichen Gründen nicht hier im Original mitgebracht habe, ist vom Freiherrn von Bissing unterzeichnet, dem kommandierenden General des 7. Armeekorps in Münster. Der Herr ist bekanntlich vor 2 Jahren bei Wilhelm II. in Lugnad gefallen. Das Schriftstück stammt nicht aus dem gegenwärtigen Wahlrechtskampfe, aber das ist ja unwesentlich. Es heißt da: „Die ersten Maßregeln, die gleichzeitig mit der Bekanntmachung des Belagerungszustandes getroffen werden müssen, sind die Unterdrückung aller aufrührerische Tendenzen verfolgenden Blätter und die Verhaftung der Redakteure (Bewegung und lebhaftes Hört! hört!), sowie überhaupt aller als Führer und Agitatoren bekannten Personen (Ernste Bewegung und stürmische Hört, Hörtrufe), ohne Rücksicht auf die Indemnität der Reichstagsabgeordneten. (Lebhafte Bewegung und stürmische Entrüstungsrufe. Pfannkuch ruft: Habt Ihr daran gezweifelt?) Die Festnahme dieser Personen wird vielleicht noch von der Polizei durchgeführt werden können, wahrscheinlich wird sie zum mindesten durch Militär gedeckt werden müssen. Jedenfalls müssen die Festgenommenen der Militärbehörde übergeben und von dieser so bald wie möglich in Sicherheit gebracht werden. (Seitert.)

Alle Versammlungen werden verboten und gerade beim Beginn aufrührerischer Bewegungen müssen alle Versuche zur Widerständigkeit im Keime erstickt werden. Nichts ist gefährlicher, wie zögernde Maßnahmen. Abwarten bringt auch den Geist der besten Truppen ins Wanken, während Angriff und Kampf ihre Gesinnung befestigt.“ (Hört! hört!)

Es folgen weitere Vorschriften zur Sicherung der Truppentransporte. Es heißt da: „Für den Fall

des Eisenbahnerausstandes sind in Vorkehrungen bereits getroffen.“ (Bewegung.)

Für die Verwendung der Truppen im Straßenkampfe gelten folgende Bestimmungen: „Infanterie soll zusammen mit Kavallerie vorgehen. Ein frontaler Sturm auf Barrikaden ohne nachdrückliche Vorbereitung durch Artillerie soll vermieden werden, weil er sehr oft fehlschlägt. Die Infanterie soll schrittweise vordringen, und zwar durch die Häuser nach Einschlagen der Wände, durch Höfe, Gärten, über Dächer. Beim Marsch in den Straßen ist es zweckmäßig, in Reihenspalten auf beiden Seiten der Straße zu marschieren. Gewandte Schützen sind vorzunehmen, um nötigenfalls Fenstern aus den Fenstern heraus wirksam erwidern zu können. Maschinengewehre und Artillerie sind stets Zugweise, etwa jedem Bataillon ein Zug zuzuteilen.“

Ferner folgen Vorschriften über die Ausrüstung der Pioniere mit Sprengstoffen usw.

Soweit das Zirkular. Ich will sachliche Ausführungen dazu nicht machen, aber gerade diese Vorbereitungen beweisen, wie notwendig die Schulung der Massen ist, weil man versuchen will, ihr die Führer wegzuschneiden. (Lebhafte Zustimmung.)

Dr. Weill-Strasbourg bittet um Annahme des Antrages 86. Wir im Reichslande erwarten von dieser Kundgebung des Parteitages eine Unterstützung in unserem schweren Kampfe um eine moderne Verfassung. Wir wenden uns gegen den Vorschlag, ein Oberhaupt einzuführen oder ein Ruralwahlrecht, oder auf die eine oder andere Weise das Reichsland zu einer preussischen Filiale in Süddeutschland zu machen. Man hat vorgeschlagen, den Kaiser zum Landesherren zu ernennen oder eine neue Dynastie zu errichten und sozusagen in Strassburg ein Aisch für obdachlose Prinzen zu errichten. (Seitert.) Auch die direkte Einverleibung des Reichslandes in Preußen ist vorgeschlagen. Solange Preußen die Hochburg der Junker ist, erfordert es das Interesse der Demokratie, daß wir uns jedem Versuche einer preussischen Einverleibung widersetzen. Vorgang hat direkt darauf hingewiesen, daß England den besiegten südafrikanischen Staaten eine freie Verfassung verleiht hat, während wir Elsaß-Lothringen seit 30 Jahren nur eine embryonale Verfassung besitzen. Wir verlangen das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht zum Landesausschuss. Wir bestreiten dem jetzigen Ausschuss, der ein Notablen-Ausschuss ist, das Recht, sich Volksvertretung von Elsaß-Lothringen zu nennen. Wir haben nicht das geringste Vertrauen zur Regierung oder zu den bürgerlichen Parteien, mögen sie auch alle sich bis weissen demokratisch verbrämen. Für die Alerikalen ist der Nationalismus nur ein Vorwand, der für Herrn Wetterlé sogar zur Verwandelung der Reichsfinanzreform hat dienen müssen. Die Alerikalen schlagen die Anhänglichkeit der Elsaß-Lothringer an französische Erinnerungen für sich aus. Diese Erinnerungen sind sehr begerlich und erhalten durch die Vergleichen der reaktionären deutschen und der demokratischen französischen Politik fortgesetzt neue Nahrung. Jenseits der Vogesen werden Kulturformen durchgeführt, wie die Trennung von Kirche und Staat, und diesseits der Vogesen nistet sich die preussische Reaktion immer mehr ein. (Sehr wahr!) Nichts befördert in Elsaß-Lothringen mehr das Protektorat, als die gegenwärtige Junkerpolitik. Wir in Elsaß-Lothringen können es so recht verstehen und würdigen, was selbst der geringe Rest von südlichem Partikularismus in Deutschland noch bedeutet. (Lebhafte Zustimmung.) Und im Namen der Elsaß-Lothringischen Genossen will auch ich hier betonen, wach ungeheuren Wert die Demokratisierung des preussischen Wahlrechts für Preußen-Deutschland, ja ganz Europa bedeutet. Helfen Sie uns, durch eine möglichst geschlossene Kundgebung des Parteitages, aus Elsaß-Lothringen ein freies Land zu schaffen. (Lebhafte Beifall.)

Antid-Braunschweig: Die braunschweigischen Genossen haben nicht nur mit Herzen und Worten, sondern auch mit Taten den preussischen Genossen im Wahlrechtskampfe zur Seite gestanden. Der preussische Wahlrechtskampf war gleichzeitig ein braunschweigischer Wahlrechtskampf. Eigentlich hat Braunschweig gar keine parlamentarische Vertretung. Der Landtag hat nur das Recht der Begutachtung, und dieser braunschweigische Landtag, diese Spottgeburt von Dred und ohne Feuer, diese braunschweigische Bauernstube, ist so beschaffen, daß man nichts von ihr erwarten kann. Nicht einmal Rußland oder die Türkei haben solche elenden parlamentarischen Zustände wie Braunschweig. Da wählen zuerst die Grundbesitzer ihre Abgeordneten, dann kommen die Gewerbetreibenden, dann die Rentiers, und darauf die sogenannte Wissenschaft, wohlverstanden nur die offiziell abgestempelte Wissenschaft. Der berühmte Mathematiker Geheimrat Prof. Dedekind wurde aus der Wählerliste gestrichen zur selben Zeit, als die Akademie der Wissenschaften zu Paris ihn zu ihrem Mitgliede erklärte. (Seitert und Hört! hört!) Dann kommt die evangelische Geistlichkeit, und dann kommt erst das übrige Volk, aber die Arbeiter auch noch nicht. Rämlich die nicht von den Berufsständen gewählten Abgeordneten werden auf Grund des infamen Dreiklassenwahlrechts gewählt. Die Grundbesitzer, Großkapitalisten usw., die schon für sich ihre Abgeordneten gewählt haben, wählen nun noch einmal als Wähler erster Klasse mit. Ein Wähler der ersten Klasse hat 15 mal soviel Wahlrecht wie ein Wähler der dritten, und ein Wähler der zweiten Klasse viermal soviel wie ein Wähler der dritten. Wir sind gegen dieses elende Wahlsystem Sturm gelaufen, wir haben Petitionen über Petitionen eingereicht, sie sind in den Papierkorb gewandert. Wir sind in großen Massenversammlungen zusammengekommen. Wir haben Straßen-demonstrationen veranstaltet und man hat vom Nadeu der Massen gesprochen. Schließlich hat man einfach mit dem Säbel eingehauen. Wir Braunschweiger haben noch früher als die preussischen Genossen den Polizeisäbel zu lösen bekommen. Aber ungeachtet der Opfer, die am 26. Januar in Braunschweig gefordert wurden, zogen wir bereits am 8. Februar in viel größerer Zahl am helllichten Sonntag auf die Straße. Die selben Polizisten standen da, ausgerüstet mit ihren Mordwaffen, aber sie hatten doch nicht den Mut, bei hellem Tage auf die Arbeitermasse einzuschlagen. Wir sind dann weiter in großen Massenmeetings von ungefähr 30 000 Personen zusammen gewesen und wieder durch die Straßen gezogen, und der Erfolg war, daß man, wenn auch nicht offiziell, eine Wahlrechtsvorlage in Aussicht stellte. Aber in demselben Augenblicke, als in Preußen die Wahlrechtsvorlage zurückgezogen wurde, hörte auch bei uns das Gerede über das Einbringen einer Wahlrechtsvorlage auf. Nun haben wir uns in Braunschweig ganz fest engagiert. Wir haben erklärt, daß wir nicht ruhen und rasten werden, bis wir ein besseres, möglichst das gleiche, allgemeine, direkte Wahlrecht erreichen werden. Wir können aber in Braunschweig allein nichts machen, wenn nicht in Preußen gleichzeitig vorgegangen wird. Nicht mit Worten nur, sondern zur Tat bereit stehen unsere Arbeiterbataillone, auf die Parole wartend: wir werden kämpfen, wir werden Opfer bringen, aber wir werden auch schließlich siegen. (Lebhafte Beifall.)

(Schluß in der 2. Beilage.)

Parteitag der deutschen Sozialdemokratie zu Magdeburg.

(Schluß aus der 1. Beilage.)

Wagner-Braunschweig: Wir konnten uns in Braunschweig die heutigen Zustände nicht länger gefallen lassen. Wir haben es da nicht allein mit Wahlrecht und Verfassung, sondern mit einem kaiserlichen Regiment, mit einer kaiserlichen Gendarmerie, mit einer kaiserlichen Polizei, mit einer kaiserlichen Justiz, mit einer kaiserlichen Verwaltung, mit einer kaiserlichen Presse, mit einer kaiserlichen Kultur, mit einer kaiserlichen Religion, mit einer kaiserlichen Moral, mit einer kaiserlichen Ethik, mit einer kaiserlichen Philosophie, mit einer kaiserlichen Wissenschaft, mit einer kaiserlichen Kunst, mit einer kaiserlichen Literatur, mit einer kaiserlichen Musik, mit einer kaiserlichen Poesie, mit einer kaiserlichen Schönen Künsten, mit einer kaiserlichen Wissenschaften, mit einer kaiserlichen Technik, mit einer kaiserlichen Industrie, mit einer kaiserlichen Landwirtschaft, mit einer kaiserlichen Handel, mit einer kaiserlichen Verkehr, mit einer kaiserlichen Post, mit einer kaiserlichen Telephon, mit einer kaiserlichen Telegraph, mit einer kaiserlichen Eisenbahn, mit einer kaiserlichen Schiffe, mit einer kaiserlichen Luftschiffe, mit einer kaiserlichen Automobile, mit einer kaiserlichen Flugzeug, mit einer kaiserlichen Motor, mit einer kaiserlichen Dampf, mit einer kaiserlichen Elektrizität, mit einer kaiserlichen Gas, mit einer kaiserlichen Wasser, mit einer kaiserlichen Feuer, mit einer kaiserlichen Sonne, mit einer kaiserlichen Mond, mit einer kaiserlichen Sterne, mit einer kaiserlichen Planeten, mit einer kaiserlichen Komete, mit einer kaiserlichen Meteor, mit einer kaiserlichen Regen, mit einer kaiserlichen Schnee, mit einer kaiserlichen Eis, mit einer kaiserlichen Wind, mit einer kaiserlichen Wetter, mit einer kaiserlichen Klima, mit einer kaiserlichen Jahreszeiten, mit einer kaiserlichen Tag, mit einer kaiserlichen Nacht, mit einer kaiserlichen Morgen, mit einer kaiserlichen Abend, mit einer kaiserlichen Mitternacht, mit einer kaiserlichen Mittag, mit einer kaiserlichen Nachmittag, mit einer kaiserlichen Vormittag, mit einer kaiserlichen Früher, mit einer kaiserlichen Später, mit einer kaiserlichen Morgen, mit einer kaiserlichen Abend, mit einer kaiserlichen Mitternacht, mit einer kaiserlichen Mittag, mit einer kaiserlichen Nachmittag, mit einer kaiserlichen Vormittag, mit einer kaiserlichen Früher, mit einer kaiserlichen Später.

Eugen Ernst-Berlin: Ich glaube im Namen aller norddeutschen Parteigenossen, speziell der preussischen Genossen, unserer Freunde und Bekannten geben zu sollen über die Unterstützung unserer sächsischen Genossen. (Wohlgelautet) Wir sind stets davon überzeugt gewesen, daß sie auch in Zukunft uns in unserem Kampf beistehen werden und sind erfreut über den besonderen Ausdruck der Sympathie, den wir hier vernommen haben. (Beifall.) Es zeigt sich bei dieser Gelegenheit, daß wir einig sind in dem Kampf gegen den gemeinsamen Feind (lebhafter Beifall), daß wir immer zusammenstehen, Schulter an Schulter, verbunden durch dasselbe Ziel, dasselbe Streben. (Erneuter lebhafter Beifall.) Wir sind uns über den Ernst der Situation vollständig klar, wir wissen, welchen Widerstand wir namentlich in Preußen zu brechen haben, aber wir wissen auch, welche Bedeutung der preussische Wahlrechtskampf nicht nur für Preußen, sondern für die demokratische Bewegung in ganz Deutschland hat. (Sehr wahr!) Wir geben Ihnen insoweit auch von dieser Stelle aus das Versprechen: Der Wahlrechtskampf in Preußen hört nicht auf, ehe nicht unser Ziel, das freie allgemeine Wahlrecht auch in Preußen errungen ist. (Lebhafter Beifall.) Der Kampf hört nicht auf, ehe nicht auch Preußen in die Reihen der Kulturländer mit demokratischer Verfassung gedrängt ist. (Wiederholter Beifall.)

Es ist gesagt, daß eine gewisse Abneigung in den leitenden Kreisen von Partei und Gewerkschaften gegen die Erörterung des Massenstreiks vorhanden ist. Ich leugne nicht, daß hier und dort jemand vorhanden ist, der der Erörterung dieser Frage nicht sympathisch gegenübersteht, aber man darf solche einzelnen Vorkommnisse nicht verallgemeinern. In den leitenden Kreisen von Partei und Gewerkschaften besteht keinerlei Bedenken, daß der Massenstreik angewendet werden muß in dem Augenblick, wo die politische Situation uns das Mittel aufzwingt. Bedenken bestanden nur dagegen, daß der Massenstreik erörtert werden sollte zu einer Zeit, wo wir mitten im Wahlrechtskampf standen. Wir sagten uns, wenn jetzt die Frage erörtert wird, dann kann man auch diejenigen, die mit der Anwendung dieses Mittels nicht einverstanden sind, nicht hindern, ihre Meinung öffentlich zu sagen, und dann erleben wir das Schauspiel, daß wir mitten in der Aktion eine weisheitsvolle Diskussion haben, daß zur Freude unserer politischen Gegner von uns erörtert wird, ob unsere Macht ausreicht, dies Mittel zu gegebener Zeit anzuwenden. (Sehr wahr!) Diese Meinung kann nur entstanden sein aus einer mißverständlichen Auffassung des Beschlusses der Landeskommission. In der Landeskommission ist ausdrücklich gesagt: Wir verwerfen das Mittel des Massenstreiks nicht, wir müssen aber von Fall zu Fall Stellung nehmen, ob er möglich ist oder nicht. Wir haben ihn nicht für den ganzen Wahlrechtskampf abgelehnt, sondern nur in dem damaligen Augenblick für ungewinnlich gehalten. Es ist auch die Meinung laut geworden, als hätten wir der Presse verboten, irgendwelche Erörterungen anzustellen. Auch das ist nicht der Fall. In der Sitzung der Landeskommission hat ein Mitglied ausdrücklich gesagt: „Nun zur Presse. Bisher ist hier nicht entschieden, daß die Presse gar nichts über den Massenstreik bringen soll. Wir können nicht zensurieren, die die Redakteure als Aulis behandeln.“ Weiter weise ich darauf hin, daß die preussische Parteileitung immer und immer wieder die Frage erörtert hat: Ist es angebracht, irgend welche schärferen Maßregeln jetzt zu ergreifen, ist die politische Situation so, daß wir notwendigerweise einen Schritt weitergehen müssen? Ich glaube ohne Ruhmbegierde konstatieren zu können, daß von Seiten der preussischen Parteiorganisationen auch nicht ein einziger Vorwurf gegen die preussische Parteileitung erhoben ist. (Sehr richtig!) Das beweist, daß innerhalb der Organisationen die Meinung vorhanden war, unsere Vorschläge sind gut, um das Wahlrecht zu erringen. Also, es waren für uns lediglich praktische Erwägungen maßgebend, ob gerade die Zeit des Kampfes angebracht ist, die Frage zu erörtern.

Nun ist gesagt, die Resolution des Vorstandes lasse vermischen, daß der politische Massenstreik auch als Mittel im Wahlrechtskampf gilt. Das ist eine Verkennung. Es ist in der Resolution ausdrücklich die Rede davon, daß die Genossen den Kampf mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln weiterzuführen werden. Darunter ist auch zu verstehen, daß wenn die politische Situation es gebietet, wenn alle die Umstände, die Rosa Luxemburg angeführt hat, vorliegen, auch dies Mittel selbstverständlich angewandt werden muß. Da spricht die politische Situation, die wirtschaftlichen Verhältnisse, die Stimmung der Massen usw. mit. Wir sind aber der Meinung, daß dies Mittel nicht blindlings angewendet werden darf. (Sehr richtig!) Dazu hat es doch eine viel zu große Bedeutung. Weiter sind wir der

Reinung, daß vor seiner Anwendung eine Aussprache mit den Gewerkschaften gepflogen werden muß. (Sehr wahr!) Die Annahme der Resolution Luxemburg würde eine Unfreundlichkeit gegenüber den Gewerkschaften sein. (Sehr richtig!) Als die Gewerkschaften in Köln ihren bekannten Beschluß über den Massenstreik gefaßt haben, da ist von Seiten der politischen Organisation mit Recht darauf hingewiesen, daß sie sich in einer solchen Frage mit der politischen Partei verständigen müssen. (Sehr richtig!) Aber was dem einen recht ist, ist dem anderen billig. Wollen wir dieses Mittel anwenden, dann müssen wir die Überzeugung haben, daß die Gewerkschaften mit uns gehen. (Lebhafter Zustimmung.) Gerade mit Rücksicht darauf, daß wir auf alle Eventualitäten gefaßt sein müssen, bitte ich, die Resolution Luxemburg abzulehnen, wir wollen uns nicht auf ein Mittel festlegen. (Sehr richtig!)

Wie die politische Situation ist, wie die Gegner uns angreifen, so muß geantwortet werden, und da können Sie sicher sein, daß weder das Drohen mit der gepanzerten Faust, noch Schmeicheleien, und auch nur um Haarsbreite von unserem Weg abbringen werden. (Wohlgelautet) Wenn die preussische Parteileitung es wagen wollte, gegen die Fortsetzung des Wahlrechtskampfes Stellung zu nehmen, dann ginge die Masse über sie hinweg. Dazu sieht der Massenstreik die Erbitterung über die Dreiklassenschmach viel zu tief im Herzen. Diese Erbitterung wird dafür sorgen, daß zu gegebener Zeit auch das richtige Mittel angewandt wird. (Sehr wahr!) Nun hat die Genossin Luxemburg eigentlich den entscheidenden Teil aus ihrer Resolution herausgestrichen; wie die Resolution jetzt besteht, ist es nur eine Umschreibung der Resolution der Parteileitung mit einigen unfreundlichen Bemerkungen, die daraus resultieren, daß sie glaubt, daß bisher die Diskussion unterbunden war. Ich ersuche sie deshalb, ihre Resolution zurückzuziehen. (Zustimmung.) Sollte sie das nicht tun, dann bitte ich, im ersten Teil statt „durch eine große entschlossene Massenaktion“ zu sagen: „durch große entschlossene Massenaktionen“. Den zweiten Absatz der Resolution bitte ich abzulehnen. Ich wiederhole, was der geschäftsführende Ausschuß für Preußen im Auftrage der Landeskommission immer und immer wieder gesagt hat: wir werden den Kampf führen mit allen Mitteln, die der Arbeiterkraft zu Gebote stehen, mit all der Erbitterung, mit all der heißen Leidenschaft, weil wir wissen, es ist unsere Pflicht, erst die Dreiklassenschmach hinwegzuführen, ehe Preußen in die Reihe der Kulturstaaten gedrängt werden kann. Weil wir wissen, daß Preußen eine feste Gefahr für den demokratischen Gedanken in Deutschland ist, deshalb werden wir nicht eher ruhen, als bis das Ziel erreicht ist. (Lebhafter Beifall.)

Vors. Rühls: Folgende Erklärung ist eingelaufen: „Die unterzeichneten Parteitagdelegierten legen die entschiedenste Verwahrung ein gegen die Einbringung des Antrags der Genossin Luxemburg (Bewegung und Unruhe), der die Erörterung und Propagierung des Massenstreiks in der Parteipresse und Versammlungen fordert.

Der Massenstreik, gleichviel aus welchen Gründen und zu welchen Zwecken er geführt werden soll, bedarf zu seiner wirksamen Durchführung der Beteiligung aller Organisationen der deutschen Arbeiterbewegung, insbesondere der Beteiligung und Unterstützung der gewerkschaftlichen Verbände. Von diesen Erwägungen ausgehend, sind bisher alle Beratungen über die Anwendbarkeit des Massenstreiks als Kampfmittel zur Erringung eines freien preussischen Wahlrechts geführt worden zwischen der obersten Vertretung der Partei, dem Parteivorstande, und der obersten Vertretung der gewerkschaftlichen Organisationen, der Generalkommission der Gewerkschaften.

Auch Angelegenheiten von minder wichtiger Bedeutung, welche die Interessen beider Zweige der Arbeiterbewegung betreffen, wie die Unterstützung der Waisenfürsorge, sind durch gemeinschaftliche Beratungen zwischen Parteivorstand und Generalkommission geregelt worden. Es ist deshalb unerlässlich, daß auch die Frage der Erörterung und Propagierung des Massenstreiks zuvor zwischen Parteivorstand und Generalkommission beraten wird, ehe sie an den Parteitag zur Entscheidung gelangt.

Die Unterzeichneten halten darum die Einbringung des Antrags Nr. 100 für verfehlt, weil er nur die Wirkung haben kann, das erfreuliche Einvernehmen zwischen den beiden Vertretungen der deutschen Arbeiterbewegung zu stören.“ (Bewegung und einzelne Hochrufe.)

Gebering-Vielefeld, Paul Müller-Berlin, Lesche-Altona, Sachse-Vochum, A. Bren-Hannover, Löneböhm-Reddinghausen, Albert-Nerlson, Wittich-Frankfurt a. M., Schumann-Berlin, Thielmann-Osnabrück, Georg Ulrich-Frankfurt a. M., Wolf Bitter-Berlin, Karl Siebel-Berlin, Frißsch-Berlin, Eugen Bräuner-Berlin, Lehmann-Hannover, Heßhold-Berlin, Feldt-Chemnitz, Silberschmidt-Berlin, Koch-Magdeburg, Lönies-Hamburg, Hoch-Sorau-Potsdam, Alexander-Schilde-Stuttgart, Wöhler-Altenburg, Ebers-Hildesheim, Schmidt-Herford, Ernsting-Rindern, Schmidt-Hannoverscher Wahlkreis, Goldner-Reichen, Hoffmann-Vielefeld, Dredshage-Vielefeld, Spindler-Döbeln, Amieriem-München und Volkm-Börde.

Bogherr-Bielefeld: Unser Antrag betrachtet die Frage des Wahlrechts als eine Reichsfrage. Wie ja schon Limbergh gesagt hat, macht auch die Militärverwaltung die Frage zu einer Reichsfrage. Unfraglich geht man darauf aus, alle Einzelstaaten zu verpreußen. Die reaktionäre Presse des preussischen Junkertums machte auch ihrerseits die Wahlrechtsfrage zu einer Reichsfrage, als sie sich einmischte in die Regelung des Wahlrechts in den Einzelstaaten. Die Eigenart der Einzelstaaten liegt lediglich in der Verschiedenartigkeit der wirtschaftlichen Struktur. Bei uns in Preußen herrschen die Junker, anderwärts herrschen die Großindustriellen, aber in der Verneinung der Volksrechte sind sie einig. In diesem Sinne verlangt mein Antrag regelmäßige Inangriffnahme der einzelstaatlichen Wahlrechtsfrage durch unsere Fraktion auf dem Wege von selbständigen Initiativanträgen. Unsere Gegner im Reich müssen gezwungen werden, zu der Wahlrechtsfrage Stellung zu nehmen. Mit solchen Anträgen erhöhen wir auch die Strohkraft unserer Agitation. (Lebhafter Beifall.)

Dismann-Hannau: Wir sind uns einig darüber, daß die siegreiche Durchführung des Wahlrechtskampfes in Preußen gewaltige Kraftanstrengung und Opfer erfordert wird. Die Resolution des Vorstandes dürfte einstimmige Annahme finden. Im wesentlichen handelt es sich um die Annahme des Antrages der Genossin Luxemburg. Laut dem Referenten ist der erste Teil von Vorstand und Kontrollkommission akzeptiert worden. Mit dem Antrage des Genossen Ernst ist Genossin Luxemburg einverstanden. Von einem Teil der Genossen, insbesondere aus leitenden Gewerkschaftskreisen ist eine Erklärung zum Antrage Luxemburg vorgelegt worden, die leider eine Verwahrung enthält. Es heißt in der Erklärung, daß der Wahlrechtskampf in allen seinen Phasen gemeinsam von Partei und Gewerkschaften vorbereitet und durchgeführt werden soll. Genossen, das ist etwas Selbstverständliches. (Sehr richtig!) Niemand, am wenigsten die Genossin Luxemburg, hat jemals das Gegenteil verlangt. Selbstredend müssen im Wahlrechtskampf Partei und Gewerkschaften Schulter an Schulter marschieren. In allen Orten haben Partei und Gewerkschaftsgruppen ihr Bestes getan, um den Wahlrechtskampf vorwärts zu bringen.

In Jena hat die deutsche Sozialdemokratie den Massenstreik in ihr Programm aufgenommen. Der Jenaer Beschluß bringt zweifellos zum Ausdruck, daß die Erörterung des Massenstreiks nicht nur nicht verboten ist, sondern die Genossen verpflichtet sind, bei der Frage der Waffen, die im Wahlrechtskampf zur Anwendung gelangen sollen, auch die Beschlüsse von Jena in Erinnerung zu behalten. (Sehr richtig!) Auf dem letzten preussischen Parteitag ist beschlossen worden, daß der politische Massenstreik eines jener Mittel ist, die wir eventuell zur Anwendung bringen wollen. (Zu-

ruf: Was beschlossen ist, braucht doch nicht noch einmal beschlossen zu werden!) Wir haben oft Resolutionen gefaßt, die eine Revision früherer Bestimmungen bedeuten. (Zustimmung.) Auch wenn Sie die Resolution Luxemburg in ihrem zweiten Teil ablehnen, werden Sie an der Sache nichts ändern, weil Sie eben gar nichts daran ändern können. Darüber sind wir uns alle einig, daß wir beim Wiedereintritt in den Wahlrechtskampf nicht etwa sagen können: jetzt haben wir wieder angefangen und das nächste ist der politische Massenstreik. Wir sind uns darüber einig, daß nach der politischen Situation verfahren werden muß. Genosse Limbergh hat uns da ein militärisches Prachtstück vorlesen. Die blutigen Polizeiatrappen sind uns ja genügend bekannt, und ich erinnere an die letzte große Frankfurter internationale Kundgebung, wo in Mainz und Hanau Extrazüge für das Militär bereit standen. Der Kampf muß uns einig finden, und darum bitte ich, verständigen wir uns wenn möglich über die Resolution Luxemburg und seien wir einig, die Organisation von Gewerkschaften und Partei zu stärken, bis zum äußersten alle Kräfte zusammenzufassen. Denn alle Kräfte sind notwendig in den schweren Kämpfen der Zukunft und Einigkeit ist nötiger denn je. (Lebhafter Beifall.)

Reinert-Hannover: Da sich die Genossin Luxemburg bedauerlicherweise nicht zur Zurückziehung ihrer Resolution verstanden hat, bin ich in die unangenehme Lage versetzt, mich weniger mit der Wahlrechtsfrage als mit dem Antrage Luxemburg zu beschäftigen. Im Interesse der ganzen Agitation ist eine einheitliche Kundgebung viel wichtiger als eine Erörterung der Wahlrechtsfrage. Auf diesem Parteitag ist doch festgestellt, daß jeder Disziplin zu üben hat. Daher bedauere ich, unter dem Antrage die Namen Liebnecht und Kuboff zu finden, die beide in der preussischen Landeskommission die Debatten über die Wahlrechtskampfmassregeln mitgemacht haben. (Sehr richtig!) Dort waren wir der Meinung, daß der gegenwärtige Zeitpunkt zur Erörterung des Massenstreiks der allerungeeignetste ist. Der Antrag Luxemburg bedeutet tatsächlich einen Disziplinbruch. (Lachen.) In Rannheim ist festgelegt worden, daß unter Umständen der Massenstreik zur Anwendung gelangen soll, und auch, wann er ausgeführt werden soll. Auch die Methode der Ausführung ist genau festgelegt worden, denn es ist bestimmt: soweit der Parteivorstand die Notwendigkeit eines politischen Massenstreiks für gegeben erachtet, hat derselbe sich mit der Generalkommission in Verbindung zu setzen und alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen.

Unter diesen Umständen ist eine Erörterung darüber, ob wir den Massenstreik ergreifen wollen oder nicht, sicher nicht von Nutzen. Ich mache auch darauf aufmerksam, welchen Eindruck es machen muß, wenn wir in eine Erörterung eintreten, wenn wir große Versammlungen abhalten, wenn die Genossin Luxemburg in ihrer Art die Massen für den Massenstreik begeistert und wenn dann nachher die auch auf diesem Parteitag schlicht weggekommenen Führer der Gewerkschaften kommen und sagen: Das geht nicht unter diesen Umständen. (Hört! hört!) Was wird dann aus einer solchen Aktion? Genossin Luxemburg stellt ihren Antrag zum Punkt „Preussische Wahlrechtsfrage“, um den es sich hier gar nicht handelt. Warum soll der Parteitag über eine rein preussische Frage entscheiden, die die preussische Parteileitung schon den ganzen Winter und den ganzen Sommer beschäftigt hat. Einer großen Organisation wie die preussische es ist, einen Parteitagbeschluss aufzuzwingen, ist nicht im Parteiinteresse gelegen. Wir müssen diesen Antrag ablehnen, weil wir mit ihm ja nichts anfangen können. Die Leiter der Organisationen, der Parteivorstand und die Generalkommission wissen den Zeitpunkt nicht, wann der Massenstreik kommt. Wenn die Genossin Luxemburg sagt, nur die Massen können entscheiden, so ist das ein Appell an die Massen in dem Augenblick zu den Führern, der auf diesem Parteitag schon einmal zum Ausdruck gekommen ist und gegen den wir protestieren. (Lebhafter Beifall bei den Süddeutschen.) Wir sollen zurzeit an die nächsten Reichstagswahlen denken, nicht an den Massenstreik. (Sehr richtig!) Wir offenbaren mit der Annahme des Antrages unseren Gegnern von vornherein unsere Taktik. Liebnecht sagt, er habe die Disziplin mit der Ruttermilch eingesogen und achte deshalb alle Beschlüsse. Aber sein Vater hat einmal gesagt, wenn in 24 Stunden die politische Situation sich 21mal ändert, ändert sich auch 21mal unsere Taktik. (Lebhafter Beifall bei den Süddeutschen.) Die Genossin Luxemburg spricht von eventueller Koppligkeit der Massen. Das beweist nur ihre Unkenntnis von der Organisation. Mühen wir in 24 Stunden den Massenstreik durchzuführen und wäre die berufene Instanz einig, dann würde niemand kopflos sein. Dafür bürgt das Klassengefühl und die Organisation unserer Partei und der Gewerkschaften. (Lebhafter Beifall.) Es wäre eine große Dummheit, heute unsere Taktik festzulegen. Wir sind jeder Agitation gewachsen und haben nicht nötig, Resolutionen anzunehmen, die nichts nützen und nur zu unfruchtbarer Diskussion führen. (Lebhafter Beifall.)

Wolfgang Heine-Berlin: Als Mitglied der Reichstagsfraktion wende ich mich zunächst gegen den Antrag 101, der vollkommen überflüssig ist. Bogherr als früherer und Lehmann als jetziger Reichstagsabgeordneter sollten doch wissen, daß sie der Reichstagsfraktion nicht noch in einer Form, die einem Tadel wegen Pflichtverletzung gleichkommt, einen Auftrag geben sollten, den sie längst erfüllt hat. (Heiterlich) Natürlich können wir nicht in jedem Kalenderjahr den Antrag zur Erörterung bringen, das hängt von den Schwerkündstagen und der Geschäftsfrage ab. Aber wir haben die Sache beim Stat und in Form von Interpellationen erörtert. (Wesentliches Zwischenruf: Fischer und Ledebour.) Man kann doch solche Dinge nicht mit der Regelmäßigkeit von Kirchentagen betreiben, ich bitte also um Ablehnung des Antrages. Die Vorstandesresolution über die Wahlrechtsfrage kann ich nur empfehlen. Ueber das preussische Wahlrecht brauche ich kein Wort zu verlieren. Nun zum Antrag 100. Ich möchte mich nicht einmischen in den heutigen Streit zwischen den Mitarbeitern der „Neuen Zeit“ und des „Vorwärts“. Meine Meinung darüber ist bekannt. Ich habe nichts gegen eine Erörterung des Massenstreiks, wenn es eben eine Erörterung ist. Aber für Frau Luxemburg ist die Erörterung gleichbedeutend mit Propagierung, auch wenn sie den Ausdruck verständigerweise hat fallen lassen. Ich bin durchaus der Meinung des Vordröners und des Redners vom Parteivorstand, daß eine solche Erörterung, die zu einer Prüfung der uns zur Verfügung stehenden Machtmittel führen muß, in einem solchen Kampf nicht angebracht ist. Wenn wir das erörtern wollen, wollen wir es in einem geschlossenen Kreise tun. Frau Luxemburg hat von den französischen Genossen gesprochen, die den Massenstreik ständig im Munde führen, ohne daß es dazu kommt. Sorgen wir, daß man uns nicht denselben Vorwurf macht. (Lebhafter Beifall.)

Mara Petkin-Stuttgart: Ich bin hier entgegengesetzter Meinung wie Genosse Heine. Wollen wir, daß die Massen reif sind für den Gebrauch des Massenstreiks, so müssen wir im Bewußtsein der Massen die geistige Vorbedingung dafür schaffen, nur darum handelt es sich jetzt. (Lebhafter Beifall.) Die besten Vorbedingungen für die Erörterung der Frage sind gerade in dem Zeitpunkt gegeben, wo eine gewaltige Bewegung die Massen selbst auf den Plan ruft. Gerade dann ist eine Empfänglichkeit vorhanden, die die Massen befähigt, unsere Anregungen aufzunehmen. (Sehr richtig!) Diese Begeisterung müssen wir ausnützen, um den Massen das Verständnis für die komplizierten Tatsachen zu verschaffen, innerhalb deren sich der Kampf abspielt. Ich würde es für fatal halten, wollten wir den Gedanken des Massenstreiks unter das erwachende Proletariat hinaustragen, ohne es über die Tragweite, die Gefahren und die Opfer zu unterrichten. (Sehr richtig!) Nur wenn diese Gefahren und Opfer ganz erfährt sind, dürfen wir unerschrocken die Verantwortung auf uns nehmen, den Massen den neuen Weg

zu zeigen. Ich mühte an unserer Partei organisatorischen Disziplin, an der geistigen und sittlichen Selbstzucht der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften darzulegen, wenn ich fürchten dürfte, wir könnten vor den Massen nicht das Wort Massenstreik aussprechen, ohne zugleich den Massen sagen zu können, heute ist der Moment noch nicht da, wo die Voraussetzungen für den Massenstreik gegeben sind. Es handelt sich also absolut nicht darum, den Massenstreik für einen bestimmten Zeitpunkt oder überhaupt anzukündigen. Wer das glaubt, hat überhaupt das Wesen des Massenstreiks noch gar nicht verstanden. (Sehr richtig!) In der Resolution Luxemburg ist nicht die Rede davon, daß die Massen irgendwie angereizt werden sollen, zu einem bestimmten Zeitpunkt zur Waffe des Massenstreiks zu greifen. Aber weil wir mit der Tatsache rechnen müssen, daß in dem Proletariat einmal das Bewußtsein einer Macht erwacht und das Bewußtsein des Einflusses, den es eines Tages durch die getreuen Arme in die Wagschale werfen könnte, so gilt es, gerüst zu sein, damit die Organisationen immer das Maßstab jeder künftigen Massenstreikbewegung sein können. Unsere Resolution soll nur die Ermutigung sein, den Gedanken des Massenstreiks immer mehr dorthin zu tragen, wo eines Tages die Entscheidung über seine Möglichkeit und Notwendigkeit fallen muß, nämlich unter die Massen selbst. Selbstredend geht daneben die Notwendigkeit einher, immer besser in unablässiger Arbeit unsere politischen und gewerkschaftlichen Organisationen auszubauen, sie, die eines Tages Herz und Hirn der Massenstreikbewegung sein werden. Ich bitte Sie deshalb dringend, die Resolution Luxemburg in der veränderten Fassung anzunehmen, nachdem das vollkommen harmlose Wort „propagieren“ ausgemerzt ist, aber das ich im übrigen anders denke wie Heine. Propagieren sagt nichts als Verbreiten eines Gedankens ohne jeden anderen Verstand. Wie empfehlen die Resolution auch, um in den Massen den Aberglauben zu zerstören, als ob der preussische Wahlrechtskampf, der ein Kampf von langer Dauer sein wird, in einer einzigen stützigen Entscheidungsschlacht glänzend zu Ende geführt werden könnte. Wir wollen die Massen darüber nicht täuschen, daß der preussische Wahlrechtskampf noch viele Stappen aufzuweisen wird, darunter vielleicht auch Niederlagen, aber solche Niederlagen, deren Hauptresultat nach den Worten des kommunistischen Manifestes die immer größere Vereinigung der Arbeitermassen ist, einer Vereinigung, die den künftigen Sieg vorbereitend. (Lebhafter Beifall.)

**Herrn-Samburg:** Darüber sind wir uns alle einig, daß unser schlimmster Feind Preußen ist. Ich kann kein Wort nicht zugeben, daß es ausschließlich eine preussische Frage ist. (Reizert: Die Taktik!) Dann braucht sich der Parteitag überhaupt nicht damit zu befassen. Ist es uns gelungen, in Preußen die Verhältnisse zu ändern, dann haben die anderen keinen reaktionären Bundesstaat keinen Rückhalt mehr. Der Massenstreik ist seit langem unserm Waffenschatz eingereiht. Er ist eine der stärksten Waffen, aber auch eine zweischneidige Waffe. Wir müssen die Parteigenossen über die Handhabung dieser Waffe aufklären. Wenn es die anderen Genossen nicht getan haben, so haben sie etwas durchaus Notwendiges unterlassen. (Sehr richtig!) Ich denke, daß in der Vorstandsresolution sachlich dasselbe gesagt ist, wie in der Resolution Luxemburg, man soll nicht gar zu viel Resolutionen annehmen, sonst vergessen wir sie schließlich. (Sehr richtig!) Die Samburg halten die Vorstandsresolution für ausreichend. Zum Ueberflus mag man noch den ersten Teil des Antrages Luxemburg hinzunehmen, aber der zweite ist überflüssig und unangebracht. (Bravo!)

**Severing:** Die Gewerkschaftsführer gelten draußen im Lande als Bremser. Sie werden bei der Führung des Massenstreiks eine wichtige Funktion zu übernehmen haben, vielleicht auch eine Funktion des Bremsens. Da müssen auch die Gewerkschaftsführer heute reden, wo nicht gebremst, sondern vorwärts getrieben werden soll. Durch die Annahme der Resolution Luxemburg würden Sie in Widerspruch mit der Mannheim'schen Resolution die Generalkommission der Gewerkschaften vor eine vollendete Tatsache stellen. Der zweite Absatz der Resolution Luxemburg ist ganz unfraglich keine akademische Diskussion mehr, sondern die Aufforderung, daß die Erörterung des Massenstreiks gepflogen werden soll zur Erreichung des preussischen Wahlrechts. Weder die Gewerkschaften noch die Partei können einseitig die Frage des politischen Massenstreiks regeln. Ich bin der Meinung, daß die Erörterung des politischen Massenstreiks an sich nicht Begeisterung in den Massen zu wecken imstande ist. Begeisterung ist keine Heringsware, die sich einpöbeln und vielleicht jahrelang aufbewahren läßt. (Sehr gut.) Wenn die Situation kommt, wird gehandelt. Entweder will die Resolution Luxemburg dasselbe, wie die Resolution des Parteivorstandes, dann ist sie überflüssig, oder sie will etwas anderes, dann ist sie schädlich. Wir sollen nicht viele, sondern klare und durchführbare Resolutionen schaffen. Auch ich bin der Meinung, daß Vereinfachung alles ist, aber dazu bedarf es neuer Resolutionen, sondern Ausschauer der Organisation. (Beifall.)

**Karl Liebknecht:** Reizert hat es für zweckmäßig gehalten, mich persönlich anzugreifen und zu ironisieren. Seine gänzlich vom Saan gebrochene Angriffe dagegen, daß ich als Mitglied der preussischen Fraktion den Antrag Luxemburg unterschrieben habe, schüttelte ich mit einer Handbewegung von mir ab, ebenso die nicht gerade geschmackvolle Bemerkung über meinen Vater. Hat mein Vater jemals gesagt, er sei bereit, innerhalb 24 Stunden einmal gegen grundlegende Parteitagebeschlüsse zu verstoßen? (Zuruf: Taktik zu ändern!) Ich habe nicht die lächerliche Aeußerung getan, daß ich die Disziplin mit der Muttermilch eingefosgen habe, sondern die Worte meines Vaters angeführt, daß die Disziplin das Heiligste der Partei sei. Ganz unweifelhaft können wir hier über den preussischen Wahlrechtskampf wie über alle Wahlrechtskämpfe sprechen. Die Angriffe auf die Kompetenz des Parteitag sind gänzlich deplaciert. Es dürfte sich empfehlen, daß sich bei künftigen Kämpfen die Organisationen der Bundesstaaten, in denen ungefähr gleiche politische Verhältnisse existieren, in engere Verbindung und Fühlung setzen, um den Kampf gemeinsam zu führen. Die Hauptfrage ist, daß aus den Erörterungen des Parteitag mit einer nichts zu wünschen übrig lassenden Deutlichkeit das möglichst große Maß von Entschlossenheit hervorgeht, den Wahlrechtskampf zu einem guten Ende zu führen, wenn der Weg dahin auch etwas bitter vorkommen mag. Darum ist auch die Resolution Luxemburg nicht so abfällig zu kritisieren. Der Antrag ist nicht anders gemeint, wie es die Genossen Reizert in wahrhaft klassischer Weise klargestellt hat. Der Antrag ist in dem Sinne gemeint, daß wir den Boden lockern, die Disziplin schaffen sollen. Dagegen sollte doch nichts einzuwenden sein. In keiner Weise denkt die Genossenschaft Luxemburg daran, den Gewerkschaften und der Generalkommission ihre Kompetenz zu beschneiden. Eventuell lassen sich ja formelle Bedenken, wenn sie auch nicht zutreffen, durch eine andere Fassung aus dem Wege räumen. Es ist ganz selbstverständlich, daß jeder von uns durch die Beschlässe von Jena und Mannheim zur Propagierung des Massenstreiks legitimiert ist. Das einzige ist, ob der Parteitag empfehlen soll, in eine solche Erörterung einzutreten. Man mag den Antrag für überflüssig halten, weil jeder das Recht zur Propagierung hat. Man mag auch der Meinung sein, es sei besser, wenn es von unten kommt, als wenn es von oben suggeriert und oktroyiert wird. Diese Bedenken bewegen mich am ehesten, für die Streichung des zweiten Absatzes zu stimmen, jedoch unter der Voraussetzung der ausdrücklichen Feststellung, daß jeder heute das Recht hat, in einer ihm angemessenen Erscheinenden Weise ihre Propaganda zu betreiben.

Reizert meint, Parteivorstand und Generalkommission wissen, wann der Generalstreik kommt. Aber das wäre eine schöne Norm von Massenstreik, der in dieser Weise von oben herab suggeriert werden könnte. Niemand denkt davon, die Taktik für die Zukunft festzusetzen. Wir wollen nur Freiheit nach allen Richtungen haben. Wir wollen in jeder Situation die Waffe ergreifen können, die am geeignetsten ist, endlich Preußen in

die Junkerfesse schießen, damit auch einmal ein Preuße, wenn er sagt: Ich bin ein Preuße, einen gewissen Stolz dabei empfinden kann, während er gegenwärtig Schamgefühl empfinden muß. (Bravo!)

Auf Antrag Müde-Brandenburg wird die Debatte geschlossen. Das Schlusswort hat

**Vorgmann:**

Ich enthalte mich jeder Auseinandersetzung darüber, ob die Resolution Luxemburg notwendig ist. Ich beschränke mich darauf, auf die Aeußerung der Genossin Luxemburg zu antworten, daß ich nicht zum Ausdruck gebracht habe, wann wir den nächsten Wahlrechtskampf beginnen werden. Da hat sich die Genossin Luxemburg an die falsche Adresse gewendet. (Heiterkeit.) Ich bin nicht in der Lage, Auskunft zu geben, aber selbst wenn ich es könnte, würde ich es hier auf dem Parteitag nicht tun. (Sehr gut!) Ich habe keine Veranlassung, den Gegnern die Art des Kampfes und den Zeitpunkt zu offenbaren. (Sehr richtig!) Wir müssen in dieser Beziehung das vollste Vertrauen zu den leitenden Instanzen haben. Die von Limberg erwähnte Instruktion scheint nicht Privatarbeit des betreffenden Generals zu sein, sondern eine Arbeit, zu der ihm vielleicht von recht hoher Stelle der Auftrag gegeben worden ist. Diese Instruktion beweist die tiefe Klug zwischen Volk und Regierung in Preußen. (Sehr richtig.) Das Volk wird sich durch die Erkenntnis, daß seine Gegner es mit allen Nachmitteln unterdrücken wollen, nicht eine Minute seinen Weg beirren lassen. Ich halte nach wie vor die Vorstandsresolution für ausreichend. Wenn Sie aber wollen, fügen Sie den ersten Satz der Resolution Luxemburg hinzu. Die Wahlrechtsdebatte wird weit hinausfliegen ins ganze Land und unsere Genossen werden allen denen, die mit uns in dieser Frage sympathisieren bezugen, mit welchem Ernst der deutsche Parteitag dieser Frage gegenübersteht. (Lebhafter Beifall.)

Vor der Abstimmung erklärt im Namen der Unterzeichner der Resolution Luxemburg

**Alara Bettin:** Wir ziehen den zweiten Absatz zurück, weil wir der Ansicht sind, daß durch die Resolution des ersten Absatzes die Verbindung mit der Vorstandsresolution das Ziel erreicht wird, das wir im gegenwärtigen Augenblick ins Auge gefaßt hatten.

Hierauf wird die Resolution des Parteivorstandes in Verbindung mit dem ersten Satz der Resolution Luxemburg in folgender Weise angenommen:

„Der in Deutschland herrschende scheinverfassungsmäßige Militarabsolutismus hängt aufs innigste zusammen mit den reaktionären Verfassungsverhältnissen Preußens. Während in einer Anzahl süddeutscher Staaten das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht zu dem Landtag eingeführt ist, bestehen in Preußen, Sachsen und den norddeutschen Kleinstaaten Wahlgesetze, die mit ihrer auf dem Geldfuß beruhenden Klasseneinteilung oder der Gewährung von mehr Stimmen und sonstigen Privilegien an die Besitzenden ein Hohn auf die staatsbürgerliche Gleichberechtigung sind.“

Besonders das Dreiklassenwahlrecht in Preußen mit seiner öffentlichen Stimmabgabe bedeutet eine Diktatur der Großgrundbesitzer und Großkapitalisten in dem größten deutschen Bundesstaat und damit im Reich. Ihre skrupellose, lediglich der eigenen Bereicherung dienende Politik hindert jeden ernsten, kulturellen und demokratischen Fortschritt und bildet eine steigende Gefahr für das Reichstagswahlrecht.

Der Parteitag protestiert gegen diese Verfassungszustände, die in schroffem Gegensatz zur wirtschaftlichen Entwicklung stehen und die schaffenden und politisch reifen Volksmassen aufs tiefste empören. Er spricht seine Verurteilung aus über die mit großer Energie geführten Wahlrechtskämpfe in den einzelnen Bundesstaaten. Der Parteitag fordert für alle über 20 Jahre alten Staatsbürger gleicher Geschlechter das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht auf Grund des Verhältniswahlsystems für die Wahlen zu allen öffentlichen Körperschaften und Einteilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung.

Der Parteitag erwartet, daß in Preußen und den anderen Bundesstaaten die Genossen mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln den Wahlrechtskampf bis zur Erreichung der vollen politischen Gleichberechtigung weiterführen.

Der Parteitag erklärt in völliger Uebereinstimmung mit dem jüngsten preussischen Parteitag, dessen Auffassung durch die Lehren des Wahlrechtskampfes dieses Jahres vollauf bestätigt worden ist, daß der Wahlrechtskampf in Preußen nur durch große entschlossene Klassenaktionen des arbeitenden Volkes zum Siege geführt werden kann, wobei alle Mittel, darunter auch der politische Massenstreik nötigenfalls zur Anwendung gebracht werden müssen.“

Der Antrag 86 wird einstimmig angenommen, Antrag 101 wird abgelehnt.

## Die Genossenschaftsfrage.

Referent Reizert:

Der Internationale Kongress in Kopenhagen hat in einer ziemlich ausführlichen Resolution die Stellung zu den Konsumvereinen festgelegt. Die Kopenhagener Resolution stellt erstens die Nützlichkeit der Konsumvereine in materielle, sozialer und politischer Beziehung für die allgemeine Arbeiterbewegung fest und konstatiert zweitens, daß die Konsumvereine nur dann einen wesentlichen Wert für die allgemeine Arbeiterbewegung haben, wenn sie mit sozialem und sozialistischem Geist verknüpft werden. Das ist die wichtigste Feststellung der Resolution. Die Resolution sagt weiter, daß wir insobedessen engere Beziehungen zwischen Partei, Gewerkschaft und Genossenschaft herbeiführen müssen. Sie betont aber auch, daß man nicht die Anschauung aufkommen lassen darf, daß etwa die Konsumvereine allein imstande wären, die Arbeiter aus dem kapitalistischen Joch zu befreien. Andere Punkte, namentlich die Frage der rechtlichen Stellung der Konsumvereine, überläßt die Resolution der Entscheidung der genossenschaftlichen Organisationen in den einzelnen Ländern. Die Produktivgenossenschaften und die Bau- und Wohnungsgenossenschaften sind nicht als selbständige Genossenschaftsarten zu behandeln, sondern sie haben in den Konsumvereinen möglichst aufzugehen. Es ist durchaus falsch, daß die sozialdemokratische Partei sich nie um die Genossenschaft kümmert habe. Marx und Lassalle haben den Produktivgenossenschaften eine nicht unwesentliche Rolle in der Entwicklung der modernen Arbeiterbewegung zugeordnet. Die Konsumvereine schieben fast völlig aus dem Kreise ihrer Betrachtungen aus oder man stelle sich ihnen ablehnend gegenüber. Marx hat an mehreren Stellen im „Kapital“ darauf hingewiesen, daß die Produktivgenossenschaften Triebkraft zur Umwandlung der bürgerlichen Gesellschaft seien sollen und sein können, während, da die Ausbeutung der Arbeiter durch die Händler eine sekundäre sei, die Konsumvereine und alle Organisationen, die sich auf den Handel beziehen, nicht in Betracht kommen können für die moderne Arbeiterbewegung. Reizert äußerte sich Vossale in seinem offenen Antwortschreiben, wo er ausführte, daß es falsch sei, den Arbeitern als Konsumenten helfen zu wollen, man müsse ihnen von der Seite helfen, wo sie der Schuß drückt, als Produzenten. Auch seine Theorie des ehernen Lohngesetzes führte ihn zu einer Ablehnung der Konsumvereine.

Der Genossenschaft Kongress der Internationale von 1888 empfahl den Arbeitern, sich eher auf Produktivgenossenschaften als auf Konsumgenossenschaften einzulassen. Die letzteren betreffen nur die Oberfläche des heutigen ökonomischen Systems, die ersteren greifen es in seinen Grundfesten an. Auch der liberale Schulgelehrte hielt die Produktivgenossenschaften für den Schlüssel des ganzen Genossenschaftsgebäudes, wenn er natürlich auch in der Genossenschaftsbewegung ein Mittel zur Festigung, nicht zur Aufhebung der bürgerlichen Gesellschaft sah. Die Sozialdemokratie dagegen betrachtet, wie der Kopenhagener Kongress wieder beweist, die Genossenschaften hauptsächlich als Mittel zur Beseitigung der herrschenden Gesellschaftsordnung.

Freilich sind es jetzt nicht mehr die Produktivgenossenschaften, sondern die Konsumgenossenschaften, die mit dazu beitragen, die Arbeiterklasse bis zu einem gewissen Grade in ihrem Kampfe zu unterstützen. Die Praxis hat ergeben, daß die Produktivgenossenschaften nicht die ihnen zugedachte Rolle spielen konnten. Bisher ist die Genossenschaftsfrage noch nie selbständig auf einem deutschen Parteitag behandelt worden. 1892 in Berlin nahm man lediglich zu den Produktivgenossenschaften Stellung. Die Konsumvereine hatten allerdings damals noch nicht entfernt die Bedeutung, den Umfang und Einfluß wie heute. Von den 1150 Konsumvereinen des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine haben 1892 erst 199 bestanden. 1899 auf dem Parteitag in Hannover wurden einige recht eigenartige Anschauungen über die Bedeutung der Genossenschaften von einflussreichen Genossen vorgetragen. Es wurde behauptet, man könne sie zum Klassenkampf nicht gebrauchen, die Arbeiter würden Selbstmord begehen, wenn sie diese Waffe benutzen würden. Nun, in neuester Zeit haben die Arbeiter erfreulicherweise den genossenschaftlichen Gründungen mehr Interesse entgegengebracht. 1909 gab es etwa

1450 000 Konsumvereinsmitglieder, davon eine Million im Zentralverband. Die „Produktion“ in Danzig, die 1899 gegründet wurde, zählt heute 28 000 Mitglieder. Aus der bürgerlichen Genossenschaftsbewegung sind leider eine Menge Fehler übernommen.

Früher war in der Hauptsache der Gesichtspunkt maßgebend, den Leuten einen wirtschaftlichen Vorteil, eine Dividende zu verschaffen. In Sachsen hat zur Zeit des Sozialistengesetzes viel der Umstand zur Begründung von Konsumvereinen geführt, daß der ganze Mittelstand im antisemitischen Johwasser segelte und daß viele Arbeiter sich die Frage vorlegten, wie sie dazu kämen, ihren ärgsten politischen Feinden, die ihnen die Lohle abtrieben und ihnen jede Gleichberechtigung absprachen, am Sonnabend ihr schwer verdientes Geld in den Laden zu tragen. Die leistungsfähigsten Konsumvereine sind aus den kleinsten Anfängen hervorgegangen. Der Konsumverein Leipzig-Blagwitz wurde 1885 mit 78 Personen gegründet, heute hat er 40 000 Mitglieder, 16 1/2 Millionen Mark Umsatz, den größten Umsatz aller Konsumvereine in der Welt, 78 Verkaufsstellen und zählt an Löhnen 1 300 000 M. Wenn man sagt, die moderne Arbeiterbewegung hätte sich früher um die Konsumvereine kümmern sollen, so halte ich es gerade für ein Glück, daß die Arbeiter Deutschlands zunächst ihre Hauptaugenmerk auf die politische und gewerkschaftliche Organisation gerichtet haben. Das hat uns vor all den Fesseln und Ueberreibungen geschützt, die wir in anderen Ländern in Bezug auf die Bedeutung der Konsumvereine für die Arbeiterklasse wahrnehmen dürfen. Sie haben uns vor einer gefährlichen Uebersehung der Konsumvereine bewahrt. Auch heute ist ja diese Uebersehung vor allem in leitenden Konsumvereinskreisen noch hier und da vorhanden, wenn man z. B. davon spricht, daß die Konsumvereine, überhaupt die Wirtschaftsgenossenschaften, einen wesentlichen Faktor zur Lösung der sozialen Frage bilden könnten. Das Beispiel Englands beweist, daß das völlig ausgeschlossen ist. Wir haben in England die größte und leistungsfähigste Konsumvereinsbewegung der Welt, aber es gibt nichts davon zu spüren, daß die Konsumvereine dort einen wesentlichen Einfluß auf die kapitalistischen Verhältnisse ausgeübt hätten. Die Arbeiter haben dort unter den kapitalistischen Verhältnissen als Produzenten genau so zu leiden wie bei uns. In Sachsen hat man zuerst erkannt, daß die Konsumvereine ihre eigenen Wege gehen müssen, wenn sie sich richtig entwickeln wollen. Dort hat sich zuerst ein besonderer Verband abgegliedert von dem allgemeinen Verband Trügerscher Richtung. Von sächsischen Konsumvereinen wurde auch die Großverkaufsgesellschaft in Hamburg gegründet.

Erst die eigene Organisation, der Zentralverband Deutscher Konsumvereine, hat die Konsumvereine lebensfähig gemacht. Die Gefahren der Konsumvereine will ich nicht verschweigen. Die Zugehörigkeit zu ihnen geht aus egoistischen Motiven hervor. Aber die Konsumvereine sollen mit sozialem und sozialistischem Geist erfüllt sein. Das wird nur möglich sein, wenn die Konsumvereinsmitglieder aufgellerte Genossen sind. Darum müssen wir gerade die organisierten Genossenschaftler zum Eintritt in die Konsumvereine auffordern. Dann werden sie nicht mehr zu fragen brauchen, daß die Konsumvereine nur Dividendenpressen sind. Eine große Rolle in der Konsumvereinsliteratur spielt das Schlagwort vom gleichen Interesse aller Konsumenten. Kein akademisch ist das richtig. Aber ein richtiges und dringendes Interesse an den Wirtschaftsgenossenschaften haben nur die besitzlosen Klassen, die kleinen Reichsbeamten natürlich ebenso wie die Fabrikarbeiter. Dem Besizenden soll der Konsumverein nicht verschlossen sein. Aber die Interessen der Besitzlosen müssen überwiegen. Diese Erkenntnis ist wichtig für den Streit um die sogenannte Neutralität. Die Resolution des Kopenhagener Kongresses wird hier hoffentlich auf beide Teile erzieherisch wirken, so daß es nicht für alle Zukunft bei bloßen Sympathie-resolutionen zwischen den Genossenschaften und dem Sozialismus bewenden muß. Die Redensart, daß durch die Konsumvereine der Kapitalismus ausgehöhlt und unterminiert werden könnte, ist allerdings nicht einmal ein schöner Traum. Es wäre doch ganz sonderbar, wenn die bürgerliche Gesellschaft in dem Augenblick, wo sie sehen würde, daß ihre ganze Existenz durch die Konsumvereine in Frage gestellt werde, ruhig zusehen und nicht politische Mittel in Anwendung bringen würde, um diesen Prozeß zu unterbinden und aufzuhalten.

Die Konsumvereine können sehr verschieden wirken, je nachdem die Leitung ihre Aufgabe auffaßt. Selbst Unternehmer haben schon Konsumvereine gegründet, um die Arbeiter von Lohnforderungen abzuhalten. Partei und Gewerkschaft sind berufen, die Konsumvereine zu dem zu machen, was sie sein sollen und können. Das ist ja überhaupt der Grund, aus dem die Partei offiziell zur Genossenschaftsfrage Stellung nimmt. In der Resolution heißt es ganz richtig, daß die Konsumvereine unter den dort näher dargelegten Voraussetzungen gute Hilfsmittel für die Bestrebungen der modernen Arbeiterbewegung sein können. Das ist die richtige Anschauung, die fern ist von Ueber- oder Unterordnung. Von dieser Auffassung aus können wir die Konsumvereine in den Rahmen der modernen Arbeiterbewegung einpassen. Die Kopenhagener Resolution läßt die Frage offen, ob die Konsumvereine politische Vereine, Teile der Partei oder gar wie in Belgien die Partei selbst sein sollen. In Deutschland wäre es ganz falsch, die Konsumvereine in ein Abhängigkeitsverhältnis von der Partei zu bringen oder umgekehrt. Alles spricht dafür, daß sie wie bisher ihre volle Selbständigkeit wahren. Ganz unabhängig davon, wie die Konsumvereine zur politischen Bewegung stehen, kommt es lediglich darauf an, in welchem Geiste die in den Konsumvereinen tätigen Genossen wirken. Allerdings tun auch viele Parteigenossen ihre Pflicht hierin nicht, sondern bleiben aus Furcht, daß der Konsumverein von den Gegnern zu einem sozialdemokratischen Gestein werden könnte, ihm fern, oder verlegen in ihm ihre Zugehörigkeit zur Partei.

Eine andere Frage ist die: Ist der Konsumverein geeignet, in den Klassenkampf der Arbeiter selbst positiv einzugreifen oder wenigstens seinen Mitgliedern im Kampfe beizuspringen?

(Siehe auch Hauptblatt.)

## Eingegangene Druckchriften.

Bericht des Instituts für Gemeinwohl zu Frankfurt a. M. über das vierzehnte Weltjahr 1906/10. Druck von G. Adelman, Frankfurt a. M.  
Vorbericht zur gesetzlichen Regelung der Akkordarbeit. Von Magistratsrat B. Hübner, Separatdruck aus Gewerbe- und Kaufmannsgericht 18. Jahrgang, Nr. 12. Verlag von Georg Reimer, Berlin.  
Wärts, Halbmonatschrift für deutsche Kultur. Herausgeber: Ludwig Thoma und Hermann Hesse. 2. Semesterteil 1910. Preis 1,20 M., im Abonnement das Quartal (6 Hefen) 6 M. Verlag von Albert Langen in München.

Eine große Geldersparnis bietet Ihnen unser

# Propaganda-Verkauf

Auf alle Einkäufe ausnahmslos

## Doppelte Rabatt=Marken!

50 Verkaufsstellen davon in Berlin und Umgegend:

- N, Reinickendorfer Straße 12
- N, Badstraße 23
- N, Brunnenstraße 42
- NW, Turmstraße 55, Ecke Waldstr.
- W, Potsdamer Straße 54
- S, Kottbuser Damm 5
- O, Andreasstraße 47
- O, Frankfurter Allee 144
- Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 121
- Schöneberg, Hauptstraße 159

Schuhwaren-Fabrik  
**MAX TACK**  
ca. 500 Angestellte



Moderne Formen!

8<sup>50</sup> Spezial-Mark  
10<sup>50</sup> Elite-Qualität  
12<sup>50</sup> Goodyear-Welt

Wetterfeste Qualitäten

**Damen-Stiefel** **6<sup>50</sup>** **Herren-Stiefel**

In Box-Chrom, geschweifter Besatz  
verschiedene Absatz-Ausführungen

Prima Wicksleder, Agraffen, Ringsbesatz, Zugstiefel, aus einem Stück

**Schul-Stiefel**

11-14 3<sup>90</sup> 17-20 3<sup>40</sup> 21-24 2<sup>90</sup>

**Kinder-Stiefel**

breite rationelle Formen

## Deutscher Holzarbeiter - Verband. Branche der Maschinenarbeiter.

Montag, den 26. Sept., abends 8 1/2 Uhr (gleich nach Feierabend):

**Mitgliederversammlungen** in folgenden Bezirken:

**Osten, Nordosten und östliche Vororte:**  
in den Prachtäulen des Ostend, Frankfurter Allee 151/152.

**Südosten und Rixdorf:**  
im Reichenderger Hof, Reichenderger Str. 147.

**Norden:**  
bei Obiglo, Schwedter Str. 23.

**Moabit und Charlottenburg:**  
in Moabit, Postdamer Str. 17.

**Südwesten:**  
im Restaurant Zum Leuchtturm, Fontane Promenade  
(am Kaiser-Friedrich-Platz).

**Schöneberg:**  
bei Kufste, Weininger Str. 8.

**Weißensee:**  
im Prälaten, Königshäuser, Ecke Lehderstraße.

Tages-Ordnung:  
Die am 1. Oktober laut Vertrag eintretende Lohn-  
erhöhung von 5 Proz. 90/7

## Orts-Krankenkasse

## Konditoren, Pfefferkuchler u. verw. Gew.

Am Dienstag, den 27. September, findet die Wahl der  
Arbeitgebervertreter zur Generalversammlung pro 1911/12  
im Nordischen Hof, Zuballdenstr. 126, statt. Zu wählen sind  
47 Vertreter. Wir ersuchen die Herren Arbeitgeber, die Vorbereitungen zu  
treffen und bemerken, daß das System der Listenwahl zulässig ist.  
109/3 J. H.: Max Müller, Arbeitgeber.

# Möbel

auf

## KREDIT

**10 bis 15 M.**  
Anzahlung  
Kleine kompl.  
Einrichtung  
1 M. wöchentl. Abz.

Lieferung ganzer  
**Wohnungs-  
Einrichtungen**  
sowie einzelner  
**Möbelstücke**

**20 bis 30 M.**  
Anzahlung  
Kompl. bürgerl.  
Einrichtung  
2 M. wöchentl. Abz.

Weitgehendste Kulanz bei billigsten Preisen  
Grosse Auswahl.

# S Gottlieb

G. m. b. H.

## Rosenthaler Str. 54

I. Etage  
Bitte genau auf Firma und Hausnummer zu achten!

## Orts-Krankenkasse der Kürschner und verwandten Gewerbe zu Berlin.

Ordentl. Generalversammlung  
der

### Delegierten

am Donnerstag, den 29. Septbr.,  
in Wachsma's Gesellschaftshaus,  
Prinzener Str. 41.

In getrennter Versammlung abends  
8 1/2 Uhr:

Versammlung der Arbeitgeber.

Tagesordnung:  
Wahl eines Vorstandsmitgliedes  
auf drei Jahre.

Um 8 1/2 Uhr:

Versammlung der Arbeitnehmer.

Tagesordnung:  
Erwahlung eines Vorstandsmitgliedes  
bis Ende 1912.  
Renewal von 2 Vorstandsmitgliedern  
auf 3 Jahre.

Um 9 1/2 Uhr:

Gemeinschaftliche Versammlung

mit folgenden Punkten:

1. Besetzung des Protokolls.
2. Wahl von drei Revisoren zur  
Prüfung des Jahresabschlusses.
3. Sonstige Anwesenheitsangelegenheiten.

Um pünktliches Erscheinen wird  
dringend ersucht. 277/20

Die zugesandte Einladung sei  
geheimert, ohne dieselbe kein  
Einlaß.

Der Vorstand.  
G. Brige, Vorsitzender.

## Musik - Instrumente

== jeder Art ==  
auf Teilzahlung.

**Berlin**

Prinzenstr. 75.

**Rixdorf**

Rosenthaler Str. 54.

## Dr. Schönemann

Spezialarzt für Haut- und Harnleiden,  
Frauenkrankheiten, 0612<sup>2</sup>

Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.  
Wochentags 10-2, 5-7.

### MÖBEL

liefern für

**15 M. Anzahlung**

- 2 Bettstellen
- 1 Kleiderschrank
- 1 Spiegel
- 1 Spiegelschrank
- 1 Tisch, 2 Stühle
- 1 Küchenschrank
- 1 Küchentisch
- 1 Küchenstuhl
- 1 Küchengeräte

pro Woche

**1.50**  
Mark

### MÖBEL

liefern für

**35 M. Anzahlung**

- 2 Bettstellen
- 2 Matratzen
- 1 Kleiderschrank
- 1 Wäscheschrank
- 1 Trumeau
- 1 Sofa, 1 Tisch
- 4 Stühle und
- 1 farbige Küche

pro Woche

**2-3**  
Mark

Moderne Schlafzimmer  
Moderne Speisezimmer  
Moderne Wohnzimmer  
Moderne Herrenzimmer

in großer Auswahl,  
jeder gewünschten  
Holz- und Stilart

Anzahlung 40-60 M.  
Wochenrate 4-5 M.

**H. Schlaack- u. Salamiwurst à Pfd. 1,20 M.**  
sämtliche Gäuseartikel, als Gäusefleisch, Gäuse-  
knackfleisch, Reuten frisch und gepökelt, geräucherter Reuten zum  
roh essen empfiehlt zu den billigsten Tagespreisen

**H. Leibner, Berlin C., Klosterstr. 95,**  
108/18 Schaus Kaiser-Wilhelm-Strasse.

## Monats-Garderobe!

Die besten Frühjahr-Paletots  
und Anzüge für Herren, Erhaltung-  
Anzüge, Frackanzüge, sowie ge-  
tragene, fast neue Sachen, für jede  
Figur passend, in größter Aus-  
wahl zu unübertroffenen

**billigen Preisen.**

1 Treppe, deshalb billiger wie im  
Laden. 101/12<sup>2</sup>

**Hirsch Kieferbaum,** Wasser-  
straße 12/13/1  
(früher Prinzenstr. 33).

## Paul Höfer, Berlin S6., Kottbuser Damm 81/82,

offert den seit Jahrzehnten rühmlichst bekannten

## Ungewitter's Kautabak

an Biedererhäuser zu Engros-Preisen. 446/2

## Dr. Simmel

Spezial-Arzt

für Haut- und Harnleiden.

Prinzenstr. 41, dicht am  
Moritzplatz,  
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

# Möbelgeschäft Gottschalk & Co.

Berlin W., Alvensleben-Straße 6  
an der Potsdamer Straße.

Billigste Bezugsquelle für solide Leute,  
die sich die Zahlung erleichtern, aber  
darum nicht teurer einkaufen wollen,  
an jedem Stück deutlich der Preis!

**Spezialität:** Einrichtungen für kleine und mittlere Wohnungen,  
für Einzelzimmer und zum Abvermieten.

□ □ □ Langjährige Garantie für gutes Aussehen und Haltbarkeit der Möbel. □ □ □

Strassenbahn: No. 9, 23, 24, 50, 62, 69, 71, 72, 74, 87, 88. — Fünf Minuten vom Hochbahnhof Bülow-Straße.

## Singelne Möbelstücke und Polsterwaren

Anzahlung von 3 Mark an, wöchentlich 1 Mark

# M. Beiser

Lothringer Str. 67 zwischen Rosenthaler u. Schönhauser  
Tor, nur Ecke Gormannstraße  
Lieferung nach allen Plätzen Deutschlands  
Sonntag geöffnet 8-10 und 12-2 Uhr.

# AnzugWoche

Dauer von Sonnabend, dem 24. September  
bis Sonnabend, dem 1. Oktober.

## Ausnahme - Angebote

Reihe 1: Herren-Anzüge	Haltbarer Kunstbuckskin, gestreift und kariert .....	9.- M.
Reihe 2: Herren-Anzüge	Gemusterte Cheviots in vielen Dessins ...	21.50 M.
Reihe 3: Herren-Anzüge	Kammgarnartige Cheviots. Moderne Ausmusterungen .....	31.- M.
Reihe 4: Herren-Anzüge	Kammgarne und Cheviots. Vornehme Erzeugnisse .....	37.- M.



### Echt englische Gummi-Mäntel

Bedeutend unter Preis  
Tadellose, moderne Mäntel

Serie 1 **12.50 M.** | Serie 2 **15.- M.** | Serie 3 **22.50 M.** | Serie 4 **30.- M.** | Serie 5 **36.- M.**

# BaerSohn

Chausseestraße 29-30  
Gr. Frankfurter Str. 20

11 Brückenstraße 11  
Schöneberg, Hauptstr. 10

Haupt-Katalog Nr. 39 auf Wunsch kostenlos und portofrei

Wollen Sie vorteilhaft kaufen?  
So kaufen Sie  
Ia. Briketts nach Gewicht!  
**A. B. KOCH**  
Kohlen- und Briketts-Großhandlung  
gegründet 1893.  
Hauptkontor:  
Berlin O. 34, Petersburger Straße 1.  
Telephon Amt 7, 3040 u. 3096.

Lagerplätze:  
I. Rüdersdorfer Str. 71 — Ostbahn, Küstriner Platz.  
II. Fruchtstr. 13 — Ostbahn, Güterbahnhof.  
III. Behmstr. 28-34 — Ecke Schivelbeiner Straße.

Preise für Ia. Marken ab meinen Lagerplätzen von 10 Ztr. an:  
Ia. Halbsteine Hansa p. Ztr. 80 Pf.  
Ia. Marienglück Salon p. Ztr. 82 Pf.  
Ia. Gotthold Salon . . . p. Ztr. 92 Pf.  
Ia. Diamant Salon . . . p. Ztr. 1.- M.  
(ges. geschützt p. Ztr. 115-120 St.)  
Ia. Ilse Salon . . . . . p. Ztr. 1.- M.  
Ia. Anthracit Cadé . p. Ztr. 2,30 M.

Transport bis in den Keller oder 4. Etage, je nach Quantum, 10-18 Pfennige mehr.

Bruchbriketts guter Qualität und Steinkohlen billigst. — Koks zu Anstaltspreisen. Holz, nach Wunsch zerkleinert, per Ztr. 2,00 M.

Bei größeren Abschüssen und Original-Waggons sämtlicher Brennmaterialien verlangen Sie meine Spezial-Offerte.

Versand nach allen Bahnhöfen

## Eine Mark

wöchentliche Teilzahlung  
elegant Herren- und Knaben-Garderobe  
fertig und nach Maas, feinste Verarbeitung.

**S. Boltuch**  
Frankfurter Allee 75, 1  
Eingang Tilster Strasse

**CHARLOTTENBURG**  
Uhren und Goldwaren  
F. Stabenow, Berlinerstr. 148

Verantwortlicher Redakteur Richard Barth, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: E. Glöck, Berlin, Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsgesellschaft u. Verlagsgesellschaft Paul Singer & Co., Berlin SW.

## Möbel auf Credit

Unerreichtes Angebot

<b>Einrichtung A</b> mit <b>10 Mark</b> Anzahlung	<b>Einrichtung B</b> mit <b>20 Mark</b> Anzahlung	<b>Einrichtung C</b> mit <b>35 Mark</b> Anzahlung
--	--	--

1 Bettstelle 1 Kleiderspind 1 Tisch 2 Stühle 1 Spiegel 1 Spiegelspind oder 1 Küche	2 Bettstellen, 1 Tisch, 1 Spiegel, 1 Spiegelspind, 1 Kleiderspind, 1 Vertiko, 1 Küchenspind u. Tisch, 2 Küchenstühle und Küchenrahmen 1 Handtuchhalter	2 Bettstellen m. Matratz. 1 modernes Kleiderspind 1 modernes Vertiko 1 Sofa, 1 Trumau 6 moderne Stühle 1 moderner Tisch 1 kompl. farbige Küche
--	--	--

Preis: 90 — 110 M.      Preis: 200-220 M.      Preis: 300-400 M.  
Gratis: 2 Vorleger      Gratis: 1 Teppich

Engl. Schlafzimmer      Herren-Zimmer      Moderne Küchen

Pracht-Katalog gratis und franko!

Kolossale Auswahl **Herren- u. Rock-Anzüge, Paletots** 3 Mk. an  
**Damen-Kleider, Kostüme und Röcke**  
**Jackette, Paletots und Blusen**  
**Pelz-Stolen, Kragen, Jackette**

Größtes Kredit-Haus Deutschlands

# A. DAMITT

Rosenthalerstr. 46-47 □ Müllerstr. 181

## Die reellsten und billigsten Möbel

und Polsterwaren auf Teilzahlung zu Kassenpreisen und Zinsvergütung erhält man in der seit 32 Jahren bestehenden Möbel-fabrik unter 10jähriger Garantie  
A. Schulz, Reichenberger Straße 5.

### Wir sind

immer auf der Höhe und infolgedessen darauf bedacht, für Sie zu sparen. Dieses erreichen wir, und Sie legen viel Geld zurück, wenn Sie Ihren Bedarf an Kleidungsstücken im Kaufhaus für Monatsgarderoben, Große Frankfurter Str. 93 beden. — Wir sind mit

### die Billigsten

am Plage, deshalb können Sie sich bei uns für wenig Geld schick und elegant einkleiden, denn wir verkaufen von Millionären, Doktoren, Reisenden sowie feinsten Kavalleristen nur wenig getragene, in den ersten Werfstätten

### von Deutschland

und dem Auslande, teils sogar auf Seide gearbeitete, an Stoff und Haltbarkeit unübertroffene

	Serie I	Serie II	Serie III
Maß-Anzüge	8 M.	14 M.	18 M.
Maß-Paletots	6 M.	12 M.	16 M.

Gesellschaft-Anzüge werden billigst verliehen.  
**Kaufhaus für Monatsgarderoben**  
nur Gr. Frankfurter Straße 93, nur

Bitte im eigenen Interesse auf Hausnummer zu achten.  
Streng reelles christl. Geschäft. Keine Filialen am Plage.  
Abteilung II: Neue Garderoben.

nur Große Frankfurter Str. 93.

## Möbel-Lechner

am Rosenthaler Tor Brunnenstraße 7, am Rosenthaler Tor

### Wohnungseinrichtungen auf Kredit

— Riesen-Auswahl. —

1 Stube und Küche v. M. 200.— an, Anzahlung v. M. 15.— an  
2 Stuben und Küche v. M. 525.— an, Anzahlung v. M. 40.— an  
Mod. Schlafzimmer v. M. 350.— an, Anzahlung v. M. 30.— an  
Mod. Herrenzimmer v. M. 500.— an, Anzahlung v. M. 45.— an  
Mod. Speisezimmer v. M. 550.— an, Anzahlung v. M. 50.— an

Bunte Küchen, großes Lager.  
Einzelne Möbelstücke von 5 M. Anzahlung an.  
Wochenraten nach Uebereinkunft. — Lieferung auch nach auswärts.  
Vorzeiger dies. Inserats erhält b. Kauf 5 M. gutgeschrieben.

Montags geöffnet v. 8-10 u. 12-2 Uhr.

### Der englische Gewerkschaftskongreß.

Man schreibt uns aus Sheffield nach Schluß des Kongresses:

In dem großen Victoria-Saale, wo sonst fromme Gemeinden den sektierischen Predigten weslehianischer Pfarrer lauschen, ist das Parlament der Arbeit versammelt. Das sind keine „idealistischen Träumer“ oder politische Abenteurer, die in der Arbeiterbewegung ihr Glück versuchen, sondern lauter praktische, lebenserfahrene Männer, die entweder noch jetzt in den Fabriken und Werkstätten arbeiten oder viele Jahre ihres Lebens dort verbracht haben und jetzt die oft nicht minder profanische Verwaltungsarbeit gewerkschaftlicher Organisationen versehen. Die „sozialistischen Agitatoren“ sind hier nicht, wenigstens nicht als solche, vertreten.

Was auch die Vorzüge oder die Mängel der hier Versammelten sein mögen, das sind die Leute, von denen das Wohl und Wehe der englischen Arbeiterbewegung, ja die Zukunft des ganzen englischen Volkes abhängt. Nicht man im Saale umher, dann fällt einem die außerordentlich große Zahl grauhäariger Gestalten auf. Man merkt gleich, daß man es hier nicht mit einer kürzlich entstandenen Bewegung, sondern mit Organisationen zu tun hat, die viele Jahrzehnte wechselvoller Schicksale hinter sich haben. Die fast grenzenlose Sozialität der englischen Arbeiter zu ihren alten Führern, auch wenn diese hinter der Sedantenwelt der neuen Generation etwas zurückbleiben, zeigt sich so im Kleinen wie im Großen, in den einzelnen Organisationen wie in der nationalen Führerschaft. Sieht man sich die Delegierten etwas genauer an, dann gewahrt man, daß fast die ganze Rechte von Bergarbeitern und fast das ganze rechte Zentrum von Textilarbeitern, genauer von Baumwollspinnern und Baumwollwebern besetzt sind. Die Bergarbeiter zählen 120 Delegierte, die Spinner und Weber 78. Diese beiden Arbeiterkategorien bilden also zusammen nahezu die Hälfte des Kongresses, und wo sie einig sind, da müssen sie ihn beherrschen. Die organisierten Bergarbeiter und Textilarbeiter sind aber die klassischen Vertreter der sogenannten Aristokratie der Arbeit, jener Proletarier, die sich eine leidliche Existenz für sich selber zu sichern gewußt haben und sich, wie ihnen oft vorgeworfen wird, sehr wenig um das Schicksal der schlechter gestellten Lohnarbeiter kümmern, vielmehr auf den Schutz ihrer Vorrangstellung bedacht sind. Bergarbeiter und Textilarbeiter sind auch jene Arbeiterkategorien, deren Führer bis zum heutigen Tage dem Sozialismus ferngeblieben sind. Unter diesen Umständen sollte man erwarten, daß der Kongreß ein vornehmlich konservatives Gepräge tragen würde. Wenn dies trotzdem nicht der Fall ist, und es war sicherlich nicht der Fall, so liegt das hauptsächlich an dem Umstande, daß die beherrschende Arbeiterkategorie des Kongresses, nämlich die Bergarbeiter, sich selber inmitten einer überaus stürmischen Entwicklung befinden. Sie haben sich erst vor zwei Jahren, und zwar gegen den verzweifelten Widerstand mancher ihrer parlamentarischen Führer, der Arbeiterpartei angeschlossen. Sie haben sich seitdem in wahrhaft erstaunlicher Weise vorwärts entwickelt und heute bilden sie wirtschaftlich und politisch beinahe schon die Vorhut der ganzen organisierten Arbeiterschaft Englands. Wie die Bergarbeiter, so kennzeichnet auch den ganzen Kongreß ein fast elementares Hinausstreben aus veralteten Anschauungen in eine klarere, von erwachtem Klassenbewußtsein geleitete Zukunft.

Auffallend ist die Klarheit und Intelligenz, mit der die Delegierten ihre Angelegenheiten und Argumente vorbringen. In dieser Beziehung ist der englische Gewerkschaftskongreß jedem Arbeiterkongreß der Welt ohne Zweifel überlegen, und mancher gelehrten Professor, um von Parlamenten zu schweigen, könnte sich in dieser Versammlung die Regeln klarer und bündiger Ausdrucksweise holen. Hier hört man keinen konfusem Wortschwall, ja kaum eine überflüssige Phrase, nach streng wissenschaftlicher Methode baut jeder einzelne Delegierte, was auch seine Ansichten seien, seine Argumente auf, ruhig und sachlich, doch nicht ohne Temperament, und in so vollkommener Form, daß ein wörtliches Stenogramm sich ohne die geringste Verringerung als durchaus druckfähig erweist. Hier zeigt sich offenbar die geistige Frucht eines Jahrhunderts unbeschränkter Versammlungs- und Redefreiheit.

Eine andere auffällige Erscheinung ist die staunenswerte Toleranz, mit der die Delegierten der übrigen widersprechende Meinungen ruhig anhören und sie sachlich zu prüfen sich bemühen. Diese Duldsamkeit geht so weit, daß sogar Unternehmer den Standpunkt ihrer Klasse am Kongreß vertreten können, daß ein liberaler Parlaments-

abgeordneter, ein Arbeiter, der sich vom revolutionären Sozialdemokraten zum liberalen Gegner unabhängiger Arbeitervertretung „entwickelt“ hat und am Kongreß eine „Gewerkschaft“ vertritt, die nur auf dem Papier existiert, die Sozialisten in unerschämter Weise angreifen darf — ein Vorfall, der jedem unter anderen Verhältnissen Ausgewachsenen das Blut in Wallung bringt; die Delegierten aber hören ihm ruhig und aufmerksam zu, begnügen sich mit einem gelinden „No, No!“, wenn er handgreiflich falsche Behauptungen aufstellt, und entfallen ihm nicht ihren Beifall vor, wenn auch er einmal etwas Treffendes sagt. Es ist dies das englische „Fair play“, das sich in der Denkweise auch des Gegners einzuleben bemüht und ungeachtet begründeten Verdachts an den guten Willen und die Ehrlichkeit eines jeden glaubt, bis nicht überwältigende Beweise für das Gegenteil erbracht sind — vortreffliche Eigenschaften an sich, die aber gewissen Einzelpersonen und den herrschenden Klassen im allgemeinen nicht selten die Möglichkeit bieten, die englischen Arbeiter mitunter recht lange an der Nase herumzuführen.

Der den Kongreß ausschließlich nach festländischen Maßstäben beurteilen wollte, der würde ihn wahrscheinlich als zu leichtwiegend finden. Man muß jedoch einmal die Entwicklung in den letzten Jahren in Rechnung ziehen und ferner beachten, daß man über die früheren Formen der Bewegung ihr sachliches Wesen nicht mißdeuten darf. Die soziale Exklusivität der Arbeiterbewegung des Festlandes hat in England kein entsprechendes Gegenstück. Organisierte Arbeiter, und zumal solche, die sich zu leitenden Stellungen in ihren Organisationen aufgeschwungen haben, sind in bürgerlichen Kreisen gesellschaftlich willkommen. Dies ist das soziale Seitenstück zu den Vorurteilen der herrschenden Klassen, die Arbeiterbewegung durch keine Konzessionen politisch zu entzweifeln. Der Erfolg ist ohne Zweifel ganz beträchtlich. Es gibt so manche Gewerkschaftsführer auf diesem Kongresse, in denen man keinen Funken revolutionären Klassenbewußtseins entdecken wird. Sie sind stolz auf ihre Klasse, nicht wegen der wirtschaftlichen und kulturellen Bedeutung, die sie für diese und jede denkbare Gesellschaft hat, sondern wegen der respektablen Stellung, die sie oder der organisierte Teil derselben sich innerhalb der heutigen Gesellschaft erobert hat. Der Kongreß läßt sich die Gastfreundschaft der organisierten Unternehmer Sheffield's ohne jeden Nebengedanken bieten und nimmt auch die Einladung eines konservativen Parlamentsmitgliedes und Grubenbesitzers ohne Jögern an. Aber schon werden Stimmen laut, die auch gegen diese formale Zügelung des Klassengegensatzes protestieren. Namentlich jüngere Deputierte warnen unter dem stürmischen Beifall des Kongresses, Unternehmern und Pfaffen über die Schwelle zu trauen, und erst recht nicht dann, wenn sie sich als fortschrittlich gebärden. Eine Resolution wird eingebracht, die Einladungen bürgerlicher Personen und Körperschaften künftig abzulehnen, und sie erhält mehr als ein Drittel der Stimmen.

In der Sache selbst hat der Kongreß längst alle Illusionen begraben. Hier und dort mögen noch einzelne Personen von sozialer Harmonie unter dem Kapitalismus träumen, aber sie wagen es kaum mehr, ihre Ansichten offen zu verkünden. Alte Vorurteile haben ein zähes Leben in der englischen Arbeiterbewegung und es ist ungemein schwer, den Gewerkschaftskongreß zur Aufnahme eines neuen Gedankens zu bewegen. Undubdams, heftige Redensarten machen die Sache fast stets noch schlimmer und die einzige erfolgreiche Methode ist, die überzeugende Wucht der Tatsachen immer und immer wieder wirken zu lassen. Ist der Kongreß so von der Richtigkeit einer neuen Idee oder eines neuen Grundsatzes endlich überzeugt worden, dann macht er sie oder ihn sofort zu seinem unüberwindlichen Besitzstand, und dann gibt es kein Zurück mehr. Dies läßt sich an dem Schicksal zahlloser Resolutionen verfolgen. Die Forderung der Bergesellschaftung der Produktionsmittel wurde anfangs jedes Jahr während bekämpft und mit stets sinkenden Mehrheiten abgelehnt. Ende der 90er Jahre wurde sie endlich zum ersten Male angenommen, dann mehrere Jahre hintereinander ohne Widerspruch passiert, bis sie schließlich als eine erledigte Angelegenheit überhaupt von der Tagesordnung verschwand. Ähnlich ging es mit der Forderung des Achtfundentages. Vor nicht sehr langer Zeit noch konnte man die Annahme eines Beschlusses verhindern, wenn man als Sozialismus und Revolutionismus es verdrängte. Heute schreit der Kongreß vor diesen Dingen nicht mehr zurück, ja selbst der „industrielle Unionismus“ und der Gedanke des Generalstreiks hofiert ihn nicht mehr. Er ist vielleicht die wertvollste Leistung des Sheffielder Kongresses, daß er der jämmerlichen gewerkschaftlichen Zersplitterung den Krieg erklärt hat und den Zusammenschluß in Industrieverbände und einen National-

Verbreiten wider die Obrigkeit verpönt, wie man unter Friedrich II. zwar den lieben Gott auf alle Weise kritisieren durfte aber nicht den siebenjährigen Krieg und die Liebe des königlichen Polizeistocks.

Die Männer der Wissenschaft, die in Deutschland außerhalb der Universitäten kaum eine materielle Daseinsmöglichkeit hat, sind durch ihre Beamteneigenschaft in den Regierungsdienst eingezogen; man erlaubt ihnen nicht nur, sondern verlangt von ihnen einen bescheidenen Freimut, der den Schein wissenschaftlicher Unabhängigkeit wahrt, niemals aber über die Grenzen hinausgehen darf, die ihnen der jeweilige Kultusminister setzt; das ist die preussische Lehre von der „unabhängigen“ Freiheit der Wissenschaft. Für die Dichter ist eine ähnliche Organisation noch nicht geschaffen. Hätten wir eine deutsche Akademie nach dem Muster der französischen Unsterblichen oder die Einrichtung von Staatspensionen für hervorragende Schriftsteller, so würde es leicht sein, auch die unbetonten Intellektuellen in dieselbe Sphäre zu bringen wie die Gelehrten. Wenn man bisher das Unternehmen einer deutschen Akademie nicht gegründet hat, so teils deshalb, weil die preussische Bürokratie eine unfähige Verachtung für alles Literarientum hat, teils weil man die Herzen, wenn man sie brauchte, auch so zu finden wußte. Auch die Praxis, durch reaktionäre Zeitungsunternehmen moralische Schriftsteller einzufangen, ist nicht neu. August Scherl hat das Geschäft gleich im Großen betrieben, nur hat er die Sammlung der geistigen Größen der bürgerlichen Welt mit der Propaganda politischer Enfsärbung verbunden, so daß aus seiner Erziehung zwar politische Ignoranten und Indifferenten hervorgingen, nicht aber Gläubige und Helfer der Berliner Politik.

Nun wollen die Wahlmänner das Scherlsche System vervollkommen. Die berühmtesten Geister sollen für die geistloseste Politik der Welt werden. Im Gefolge Wehmanns traben die Intellektuellen, die Modernen, die Goethebändler, die Monisten, die Sezessionisten, kurz alles, was eben noch Rinnsteinkunst und Kunstszug genannt wurde. Fast scheint es, als ob man Deutschland gleich an allen Ecken geistig angäuden will, um die rote Flut der Kampfen zu machen. In Berlin wendet am Montag Wehmann den Weg der göttigsten Abhängigkeiten, und hinter ihm die freien und modernen Köpfe, strahlend von sabelhaften Honoraren. In München geht das Kaiserblatt ersthaft an, und Fürstenbergische Millionen sollen vom Süden aus für das wilhelminische Zeitalter sorgen. Schon spricht man von der Auferstehung der ewig sterblichen „Allgemeinen Zeitung“, an der selbst Scherl nichts zu verdienen vermag.

Die Gefahren dieser papiernen Gründungen sind nicht groß. Mit Honoraren lassen sich die bürgerlichen Intellektuellen zur Mitarbeit gewinnen, aber Leser und Abonnenten sollen doch zahlen,

verband in greifbare Nähe gerückt hat. Gleichzeitig damit ist beschlossenen Mittel und Wege zu suchen, um die Tarifverträge in allen Industrien an demselben Zeitpunkt in jedem Jahre abzuschließen. Das hieße das Ende der langfristigen Tarifverträge, die eben jetzt in der Baumwollindustrie, im Bergbau und im Schiffbau elend zusammenbrechen. Das sind Beschlüsse von der denkbar größten revolutionären Bedeutung, und schon ihretwegen wird der Sheffielder Kongreß denkwürdig bleiben. Gewiß hat die gerade jetzt sich offenbarende Macht und Gemeingefährlichkeit der erst jüngst erstarkten Schornmaacherverbände mächtig zu diesen Beschlüssen beigetragen. Aber einmal gefaßt, werden sie wie alle anderen Beschlüsse zum unverlierbaren Gemeingut der organisierten Arbeiterschaft bleiben und sehr bald in die Praxis umgesetzt werden.

Nicht unerwähnt darf der überaus wohlthätige Einfluß bleiben, den Mitglieder der sozialistischen Organisationen am Gewerkschaftskongresse ausüben. Vor allem verdienen die Mitglieder der S. D. P. unter den Kongreßdelegierten uneingeschränktes Lob. Die Erfahrungen der letzten Woche haben jedenfalls gezeigt, daß es im Interesse der Vorwärtsentwicklung der englischen Arbeiterbewegung unschätzbare Dienste leistet und einen Einfluß ausübt, der ihre numerische Stärke um ein Vielfaches übersteigt. Die Mitglieder der S. D. P. stellen in der Tat den revolutionären Savartier in der Gewerkschaftsbewegung dar. Fast in jeder Frage, sei sie der Sozialreform, der Organisation, der allgemeinen Politik oder der Erziehung, waren es Mitglieder der S. D. P., die ohne Aufdringlichkeit, mit Geschick und Ueberzeugungskraft und fast durchweg mit Erfolg den revolutionären Klassenstandpunkt vertreten und den Kongreß einen Schritt vorwärts brachten.

Der Gesamteindruck des Kongresses ist ein durchaus günstiger. Diese 500 Gewerkschaftsvertreter, in die das organisierte Proletariat sein Vertrauen gesetzt, stellen eine hochintelligente und hochentwickelte, aber trotzdem außerordentlich entwicklungs- und aufnahmefähige Masse dar, die niemand Verborgnis zu verurteilen braucht. Außerlich schleppen sie noch manchen alten, unbrauchbar gewordenen Ballast mit sich herum, in der Form gehen sie zuweilen Wege, die einen festländischen Sozialisten stußig machen können, aber steht die Sache selbst zur Entscheidung, dann sind sie so gesund und sattefest wie nur einer. Hier und da mag es einem alten Führer gelingen, nicht durch Verunftgründe, sondern durch Erwägung halbbergesener Vorurteile einen schwachen Nachhall alter, trauriger Zeiten im Kongreß zu erwecken. Die Gegenwart und die Zukunft gehören aber unwiderrüßlich dem entschlossenen Kampf, um neue, höhere Ziele. Die englischen Arbeiter haben schon heute die Macht, ihre Emanzipation durchzusetzen, und sie fangen an, sich ihrer Macht bewußt zu werden. Sie werden im Alltagskampf oft mit Glacéhandschuhen umgeben, wo ihre kontinentalen Brüder Stöße und Schirme anwenden. Kommt es aber einmal zum Gebrauche ernsterer Waffen in großen Entscheidungskämpfen, dann werden die Engländer hinter der Arbeiterschaft keines Landes zurückbleiben.

### Verfammlungen.

Der sozialdemokratische Verein für den fünften Wahlkreis hielt am Dienstag eine Versammlung ab, wo Genosse Düweil über die Wirtschaftspolitik der Parteien sprach. Die Grundgedanken des mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrages sind ungefähr folgende: Wenn man die bürgerlichen Parteien der Programme und Debatten, in die sie sich hüllen, entkleidet, dann sieht man, daß sie nichts sind, als Vertreterinnen der wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder. Im Gegensatz zu den bürgerlichen Parteien bekennt sich die Sozialdemokratie offen als Vertreterin der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterklasse. Sie will die Ausbeutung und Lohnsklaverei beseitigen, während die bürgerlichen Parteien im Interesse ihrer Mitglieder die Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiter durch die herrschenden Klassen erhalten wollen. Daß alle bürgerlichen Parteien trotz ihrer gegenteiligen Versicherungen wirtschaftliche Interessenvertretungen gewisser Gruppen sind, das sieht man unter anderem an ihrer Stellung zu den Fragen der indirekten Steuern und der Zollpolitik. In eingehenden Darlegungen zeigte der Redner, wie sich seit 1870 in Deutschland die Schutz Zollpolitik in immer steigendem Maße entwickelt hat und welche Stellung die verschiedenen Parteien zu dieser Politik einnehmen. Gegenwärtig liegen die Dinge so, daß der Bund der Landwirte, die Antisemiten, die Konservativen, die Ultramontanen und die Nationalliberalen unbedingte Schutz zollner sind. Das Zentrum ist nach der Art seiner Entstehung eigentlich keine wirtschaftliche, sondern eine kirchliche Partei und weiß die katholischen

und keine Macht der Erde kann sie gewaltsam zwingen, ihre Lektüre sich von Wehmann vorzulesen zu lassen. Der Versuch selbst aber, auf solche Weise die öffentliche Meinung zu gewinnen, ist ein Kulturbild von starkem Reiz. In welchem politisch zivilisierten Lande würde man auf den Einfall kommen, daß eine Regierung, die tief im Mittelalter Merikalen und feudalen Geistes steht, Erfolg haben würde, wenn sie um die Wahlhilfe der radikalsten Intellektuellen sich bemüht? Wo ist dieses Nebeneinander von reaktionärer Politik und revolutionärer Geistigkeit denkbar? Doch nur in einem Lande, wo die Politik das gewerbliche Monopol einer stumpfen Bürokratie und eine verordnende Agentur einer Erbschaft ist. Der deutsche Minister ist weder Schriftsteller, noch Künstler, noch Gelehrter, er ist zumeist ein ehemaliger Landrat, fast immer ein alter Herr feudaler Korps. Kaum einer wäre imstande, einen anständigen Zeitungsartikel zu schreiben, nicht einmal ein ernstes wissenschaftliches Buch verständnisvoll zu lesen. Ein Reichsanwalt gar, der von Beruf ein Theaterschreiber wäre, ist unbenutzbar. Ist so die Regierung losgelöst von aller höheren geistigen Kultur, so sind die Vertreter von Kunst und Wissenschaft von aller Politik losgerissen. Doch nur der in der Welt, in dem lebendigen Dasein der sozialen Kämpfe handelnde Mensch ein großer Künstler und Gelehrter werden kann, ist in Deutschland ein ebenso fremder Gedanke wie der, daß nur der das Anrecht auf einen Posten im Staatsdienst hat, der sich auf geistigem Felde vor aller Öffentlichkeit bewährt hat. Diese staatsbürgerliche Durchdringung der Intellektuellen fehlt bei uns völlig. Nur wegen dieser Spaltung ist die Möglichkeit nicht nur denkbar, sondern auch unmittelbar leicht auszuführen, daß man die reaktionärste Politik durch unsaubere Vertuppelung mit moderner Kunst zu fördern sucht.

Wir können in Ruhe abwarten, ob Wehmann am Montag ziehen wird, ob feuilletonistische Seitenblößen eine Wandel erorgungen imstande sind, in der die Ritter und Heiligen schwerfällig und plump sitzen, gefaßt um ein verfallenes Gottesgnadentum. Aber die Herrschaft, die der bürgerliche Radikalismus am Montag in der Reichshauptstadt ausübt, sollte überwunden werden. Die Anregung des Parteitages verdient schnelle Verwirklichung, den „Vorwärts“ durch eine Montagsausgabe auszubauen. Ehe noch Wehmann am Montag erscheint, könnte bereits der „Vorwärts“ am Montag auf dem Plage sein. Wir denken uns nicht nur eine gewöhnliche Montagsnummer, sondern eine in sich selbständige Montagsausgabe des Zentralorgans, die aufs reichste ausgestattet, in vollkommener Zeitungstechnik die Triübüne der Internationale werden sollte, auf der allwöchentlich die Wortführer des Sozialismus aller Länder in einem Weltmeeting zu den Waffen sprächen. Dann mag getroßt Wehmann am Montag die Honorarmoderne um sich sammeln.

### Bethmann am Montag.

Und wird geschrieben:

Die emporziehenden Kräfte der preussischen Dreiklassenkultur wollen sich mit der Rinnsteinkunst verbinden, das ist die einseitigste neueste Modifikation, mit der die Regierenden sich zu den Wahlen rüsten. Bethmann sucht Publikum, er steigt von seinem aristokratischen Stühlein herunter und buhlt um die öffentliche Meinung. Die Beobachtung, daß am Montag alle Blätter in der Reichshauptstadt mit radikaler Opposition arbeiten, hat einen Reflex auf den Gedanken gebracht, durch eine Nachahmung dieser Precherzeugnisse wenigstens einen Tag in der Woche Wehmann zum Volke reden zu lassen. Man weiß, daß ein Teil der Anziehungskraft der Berliner Montagsblätter durch das Feuilleton bewirkt wird. Also will das Bethmannsche Montagsblatt feuilletonistisch glänzen. Da aber die Literatur des Schnapbblod dem Berliner Publikum ungenießbar ist, so wird man die notwendigen Literaten aus dem Gesämadlager des äußersten Westens holen. Alles, was Namen hat, soll herangezogen werden. Ueber dem Strich Reichsverband, unter dem Strich Gehardt Hauptmann — das Bindeglied märchenhafte Honorare. Durch die Rinnsteinkunst zur Anbetung des Königsberger Gottesgnadentums, das ist die Lösung.

Auch dieser Gedanke, durch Anpassung an den literarischen Geschmack des Publikums für die reaktionärste Politik zu werden, ist nicht original. In den Lebenserinnerungen des deutschen Diplomaten Julius v. Scharold, die jüngst aus seinem Nachlaß veröffentlicht worden sind, konnte man ja schon die erbauliche Geschichte lesen, wie er während seiner Tätigkeit im Preßbureau der Regierung die Mission ausführte, Romane der beliebtesten Schriftsteller für hohe Honorare anzukaufen, um durch dieses Lozmittel eine kleine Bismarckische Reptilienforenspondenz schmaddock zu machen; und Scharold versicherte mit ironischem Wagnis, daß die Poeten auf den Handel eingingen, ohne auch nur nach dem Jued zu fragen. Die geheimen Beziehungen der preussischen Regierung zu beliebigen Schriftstellern sind überhaupt enger als immer öffentlich bekannt wird. Von den intimen Beziehungen der reaktionären Romantiker zu den preussischen Radikalern weiß man, Aus unserer Zeit mag man an Gullab Freitag erinnern. Die Pfloge einer offiziellen Poeste gehört durchaus zu den Mitteln preussischer Regierungskunst, und je moderner oder doch modischer die begünstigten Dichter äußerlich sich gaben, umso brauchbarer wurden sie für die Absicht der Regierung. Gegen die radikalsten Prinzipien einer gelehrten exklusiven Philosophie, gegen die künstlerische Gestaltung geistiger Schrankenlosigkeit hatte man nichts einzuwenden, aber die freie Erörterung der kleinsten politischen Tagesfragen war als

Arbeiter unter Hinweis auf kirchliche Interessen an seine Forderung zu fesseln. Jetzt sehen wir, daß das Zentrum sogar auf ein Kompromiß mit den Nationalliberalen hinarbeitet, welches in irgend einer Form wahrscheinlich auch zustande kommen wird. Vielleicht werden bei den nächsten Reichstagswahlen viele katholische Arbeiter, einsehend, daß das Zentrum ihre Interessen verrät, von dieser Partei abzuweichen und zur Sozialdemokratie übergehen. Aber der Kern der katholischen Arbeiter hält vorläufig noch fest zum Zentrum. Die Freisinnigen, früher unbedingte Freihändler, zeigen jetzt auch zum Schutzoll, weil viele ihrer Anhänger mehr und mehr als Aktienbesitzer an industriellen Schutzöllen interessiert sind.

Im weiteren behandelt der Redner die Entwicklung der indirekten Steuern und die Stellung der Parteien dazu. An der Zucker- und Branntweinsteuervergütung beranschaulichte er die Vielgabengabe. Nach Berechnungen, die Düssel aufstellte, entfiel auf den Kopf der Bevölkerung im Jahre 1878 aus den Zollbeiträgen und den indirekten Steuern eine Belastung von 5,3 M.; im Jahre 1910 war diese Last auf 18,6 M. angewachsen. Zusammen mit der Verteuerung des inländischen Getreides infolge der Höhe ergab sich für das letzte Jahr pro Kopf der Bevölkerung eine

Belastung von 18,7 M., ungerchnet der Verteuerung, die aus den Fleisch-, Gemüse- und anderen Zöllen resultierte.

Der neu zu wählende Reichstag hat Stellung zu nehmen zur Frage der Handelsverträge. Auch eine neue Finanzreformvorlage ist sicher zu erwarten, ebenso neue, weitgehende Forderungen für den Militarismus. Wahrscheinlich wird im neuen Reichstage eine schützöllnerische Mehrheit zustande kommen, die alles versuchen wird, ihre Pläne zu verwirklichen und dem Volke neue Lasten aufzubürden. Doch deshalb dürfen wir nicht etwa glauben, daß die Bekämpfung dieser Strömung keinen Zweck hat. Wir werden angedrängt einer starken Gegnerschaft nicht die Sinne ins Korn werfen. Im Gegenteil. Ein guter Kämpfer hat dann erst rechte Freunde am Kampf, wenn es gilt, starke und mächtige Gegner zu überwinden. Wir werden im neuen Reichstage zunächst alle Kraft daran zu setzen haben, um Zustände herbeizuführen, wie sie in der Ära Caprivi herrschten. Das erreichen wir nicht etwa durch einen Bloß von Bebel bis Wassermann. Wir werden nicht auf dem hölzernen Pferde, welches der Freisinn bisher geritten hat, gegen den Schutzölln losziehen. Unsere Sache ist es vielmehr, den Bevölkerungsschichten, die der Freisinn verlassen hat, nachzuweisen, wie sehr sie durch die Schutzöllnpolitik in ihren wirtschaftlichen

Interessen geschädigt werden. Den Kleingewerbetreibenden müssen wir nachweisen, daß sie vom Handelsbunde nichts zuerwarten haben, da er ja auch im Fahrwasser des Schutzöllns schwimmt. Wir müssen den Kleingewerbetreibenden klar machen, daß sie durch den Schutzöll nicht nur als Konsumenten belastet werden, sondern daß die Arbeiter durch die Verteuerung ihrer Lebenshaltung gezwungen sind, als Ausgleich Lohnerhöhungen zu fordern, durch welche die Kleingewerbetreibenden empfindlich getroffen werden. Auf diese Weise müssen wir den Kleingewerbetreibenden begreiflich machen, daß sie in ihrem eigenen Interesse für die Sozialdemokratie zu stimmen haben, die ja nicht nur eine Arbeiterpartei, sondern eine Partei der Arbeit ist. Praktisch muß dahin gearbeitet werden, in der Handelspolitik zunächst wieder auf Caprivi zurückzukommen. Dafür läßt sich eine Mehrheit zustande bringen. — Es gibt schwere Kämpfe bei der nächsten Reichstagswahl. Unsere Gegner rufen gewaltig. Doch wir nehmen den Kampf unbedroht an. Wissen wir doch, daß die Gegner ihre Kräfte um so mehr anspannen, je mehr wir vorwärts kommen. Deshalb kann uns die Nachteiligkeit der Gegner nicht entmutigen, sondern sie spornen uns an, auch auf unserer Seite alle Kraft im Kampfe zu entfalten und kämpfend zu siegen.

# Theater und Vergnügungen

**Sonnabend, 24. September,**  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Neues König. Opern-Theater.**  
Madame Butterfly.  
**Königl. Schauspielhaus, Kollide**  
und die Seinen. Fortsetzung.  
Anfang 8 Uhr.  
**Deutsches.** Die Romanischen.  
Kammerstücke. Gawan.  
**Belgische.** Einmal Menschen.  
Komische Oper. Tosca.  
**Berliner.** Musikantenmädels.  
**Neues.** Das Alter.  
**Neues Schauspielhaus.** Wann  
kommst du wieder.  
**Reitens.** Nobless oblige.  
**Kleines.** Die verfluchten Frauen-  
kammer. 1. Klasse.  
**Zhalla.** Polnische Wirtschaft.  
**Schiller O.** (Wagner-Theater.)  
Zapfenstreich.  
**Schiller Charlottenburg.** Die  
Arenschreiber.  
**Friedrich-Wilhelmstädtisches.**  
Biederleute.  
**Berliner Volkstheater.** Der Trou-  
badour. (Anfang 8 1/2 Uhr.)  
**Vulken.** Die schöne Ungarin.  
**Werten.** Die schönste Frau.  
**Modernes.** Die beste der Frauen.  
**Trianon.** Karrier Willen.  
**Neues Operetten.** Der Graf von  
Luxemburg.  
**Schauspielhaus.** Der Feldherrn-  
hügel.  
**Herrnfeld.** Wenn zwei daselbe tun.  
Das harte Stüd.  
**Rose.** Die gute Partie.  
**Kolles Caprice.** Der schwarze  
Schimmel. — Volle Pension.  
(Anfang 8 1/2 Uhr.)  
**Metropol.** Quara — Wir leben  
noch!  
**Kofino.** Der schneidige Rudolf.  
**Hypok.** Spezialitäten.  
**Vasage.** Spezialitäten.  
**Reichshallen.** Stettiner Sängers.  
**Dalkalla.** Spezialitäten.  
**Wintergarten.** Spezialitäten.  
**Karl Haverland.** Spezialitäten.  
**Prater.** Der Bettelstudent von  
Berlin.  
**Schweizer-Garten.** Spezialitäten.  
**Urania.** Laubenstraße 48/49.  
Abends 8 Uhr: In den Dolomiten.  
Sternwarte. Anwaltsbstr. 57—62.

**Urania.**  
Wissenschaftliches Theater  
Laubenstraße 48/49.  
Heute abend 8 Uhr:  
**In den Dolomiten.**  
**Lustspielhaus.**  
Heute abend 8 Uhr:  
**Der Feldherrnhügel.**  
**Friedrich-Wilhelmstädtisches**  
**Schauspielhaus.**  
Sonnabend, 24. Sept., abends 8 Uhr:  
**Biederleute.**  
Sonnabend nachmittag 3 1/2 Uhr:  
Kriemhilds Rache.  
Sonntag 3 Uhr: Kriemhilds Rache.  
Abends 8 Uhr: Faust.  
**Luisen-Theater.**  
Anfang 8 Uhr.  
**Die schöne Ungarin.**  
Sonntag 3 Uhr: Im Spätommer.  
8 Uhr: Durchgezogene Weiber.  
Montag: Die schöne Ungarin.

**Schiller-Theater.**  
Schiller-Theater O. (Wagner-Theat.)  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
**Zapfenstreich.**  
Drama in 4 Aufzügen von Franz  
Adam Beyerlein. Ende 10 1/2 Uhr.  
Sonntag, nachm. 3 Uhr:  
**Neue Jugend.**  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Der Bibliothekar.**  
Montag, abends 8 Uhr:  
**Der Bibliothekar.**  
Schiller-Theater Charlottenburg.  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
**Die Kreuzschreiber.**  
Bauernkomödie mit Gesang in 3 Akten  
von F. Langenbruder. Ende 10 1/2 Uhr.  
Sonntag, nachm. 3 Uhr:  
**Egmont.**  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Robert und Bertram.**  
Montag, abends 8 Uhr:  
**Robert und Bertram.**

**Castans Panoptikum** Friedrichstraße 165  
(Pschorpalast).  
Größtes Schau-Etablissement Berlins.  
**Großes Künstler-Konzert.**  
Täglich geöffnet von 9 Uhr vorm. bis 10 Uhr abends.  
Eintritt 50 Pf. Nil. ohne Charge u. Kinder 25 Pf.  
**Brauerei Friedrichshain**  
Am Königstor.  
Größter Konzertsaal Berlins!  
Vom 28. September bis 2. Oktober 1910 täglich:  
**Gastspiel-Konzerte von Johann Strauß aus Wien**  
mit seiner gesamten Kapelle.  
Anfang Wochentags 7 Uhr, Sonntags 4 Uhr. Entree Wochentag  
50 Pf., reserv. Platz 75 Pf., Sonntags 1 M. — Billets im  
Vorverkauf zu ermäßigten Preisen (Entree 40 Pf., reserv. Platz  
60 Pf., Sonntags 75 Pf.) in den „Vorwärts“-Speditionen Zucht,  
Immanuelkirchstraße 12, Hahnisch, Auguststraße 50 und Mann,  
Petersburger Platz 3.

**Zirkus A. Schumann.**  
Sonnabend, 24. September,  
abends 7 1/2 Uhr:  
**2. Grand Soirée high Life.**  
Besonders hervorzuheben:  
**Der Kreisel-Globus.**  
Renelle Aereation des Direktors  
**A. Schumann.**  
**Belloni** wunderbar dreifache  
**Kakadu.**  
**Apachen zu Pferde**  
geritten von Fel. Dora Schumann  
und Herrn Karl Heß.  
**Brothers Miranos.**  
**Luftpotpourri**  
der 10 Personen Lopicq  
sowie die übrigen Attraktionen.  
Morgen 2 gr. Extravortellungen,  
3 1/2 u. 7 1/2 Uhr. Nachm. ein Kind  
unter 10 Jahren frei, weitere  
Kinder zahlen halbe Preise, außer  
Galerie.

**Zirkus Busch.**  
Sonnabend, den 24. September,  
abends 7 1/2 Uhr:  
**Elite-Gala-Abend.**  
Herr Dir. H. E. Orlando,  
Freiheitsdress. Die berühmte  
Reiterfamilie Frediani. Hr.  
Alfred Ott, Schulkreiter. Fußball-  
spielende Hunde von Mons. Ve-  
lanche. Die urkomische Clowns  
drei Gebr. Fratellini.  
**Banola-Truppe!**  
Um 9 1/2 Uhr, zum 8. Male:  
**„VENEZIA“** (Marino  
Falleri).  
Original-Manegeschaustück.  
Sonntag, 25. September:  
**2 gr. Gala-Vorstellung. 2**  
nachmittags 4 Uhr und  
abends 7 1/2 Uhr.  
Um 4 Uhr hat jeder Er-  
wachsene 1 angehöriges Kind  
unter 10 Jahren auf allen Sit-  
plätzen frei, weitere Kinder  
unter 10 Jahren halbe Preise.  
Gallerie volle Preise.  
Nachmittags 4 Uhr:  
Auftritt der beiden Haupt-  
Attraktionen a. der Pantomime  
**„Venezia“**  
Collini-Claron-Truppe.

**Lessing-Theater.**  
Sonnab. 8 U.: Einsame Menschen.  
Sonntag 8 Uhr: Einsame Menschen.  
Montag 8 Uhr: Hedda Gabler.  
**Berliner Theater.**  
Heute 8 Uhr: Galspiel Hans Riefe.  
Zum 25. Male:  
**Das Musikantenmädels.**  
**Neues Theater.**  
Zum ersten Male:  
**Das Alter.**  
Anfang 8 Uhr.  
Sonntag und folg. Tage: Das Alter.  
**Theater des Westens.**  
Anfang 8 Uhr.  
**Die schönste Frau.**  
Sonnt. 3 1/2 Uhr: Ein Walzertraum.  
**Modernes Theater**  
(früher Hobholtheater).  
Heute u. täglich: **Die Wespe.**  
**Berliner Volkoper**  
Velle-Branche-Straße 7/8.  
Abends 8 Uhr: **Der Troubadour.**  
**Neues Operetten-Theater.**  
Heute und folgende Tage 8 Uhr:  
**Der Graf von Luxemburg.**  
Operette in 3 Akten von H. W. Müller  
u. H. Doband. Musik v. Franz Lehár.

**ROSE-THEATER**  
Große Frankfurter Str. 102.  
Anf. 8 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.  
**Die gute Partie.**  
Lustspiel in 3 Akten von H. Klopstock.  
Sonntag 8 Uhr (halbe Preise):  
Die gute Partie.  
**Apollo**  
Theater  
8 Uhr: Das sensationelle Programm.  
9 1/2 Uhr:  
Das Tagesgespräch Berlins  
**Verbotene Frucht.**  
Annie Vana, Ludwig Mortons u. G.  
Bermer: 4 Siaters Amatis.  
**Gisela Schneider-Nissen.**  
Das verrückte Hotel usw.

**Luna-Park**  
TERRASSEN  
HALENSSEE  
Größter Vergnügungspark  
des Kontinents.  
Heute Sonnabend:  
**Populärer Elite-Abend.**  
Eintrittspreis 50 Pf.  
Fest der Luna.  
Feenhaftes Illumination des Parks und Sees.  
**3 Kapellen 3**  
Konfettischlacht. Luftschlangen.  
Programmänderungen vorbehalten.

**Zirkus Klapproth**  
Berlin NW. vis-a-vis Bahn-  
Goussolstraße.  
Heute Sonnabend, 24. Septbr.,  
abends 8 1/2 Uhr:  
**Großer Komiker-Abend**  
Heute soll und muß alles lachen.  
Sonntag, den 25. September:  
Zwei letzte Dank- und  
Abschieds-Vorstellungen.  
Anf. 4 Uhr nachm. u. 8 1/2 Uhr abends.  
Neues Programm. Gr. Attraktion.

**Trianon-Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Pariser Witwen.**  
**Casino-Theater**  
Lehringer Straße 37. Täglich 8 Uhr.  
Die urkomische Vögel  
**Der schneidige Rudolf.**  
Rudolf Wimpelmann: Dir. H. Berg.  
Vorher das glänzende bunte Programm.  
Nur Attraktionen ersten Ranges.  
Sonnt. 3 1/2 Uhr: Der Hochmutstoufel.

**Berliner Volkoper**  
Velle-Branche-Straße 7/8.  
Abends 8 Uhr: **Der Troubadour.**  
**Neues Operetten-Theater.**  
Heute und folgende Tage 8 Uhr:  
**Der Graf von Luxemburg.**  
Operette in 3 Akten von H. W. Müller  
u. H. Doband. Musik v. Franz Lehár.  
**Residenz-Theater.**  
Direktion: Richard Alexander.  
Abends 8 Uhr:  
**Noblesse oblige.**  
Schwank in 3 Akten von Ferniquin  
und Seber.  
Morgen und folgende Tage 8 Uhr:  
**Noblesse oblige.**  
**Metropol-Theater.**  
**Hurra!!!**  
**Wir leben noch!!!**  
Große Aufführungsgesellschaft in 7 Akten  
v. A. Freund. Musik v. A. Hoffmüller.  
Ein Szenen geht von Dir. H. Schulz.  
Anfang 8 Uhr. Mäuschen gefallert.  
Sonntag nachmittag 3 Uhr:  
**Pariser Leben.**

**Wintergarten**  
**Dorothy Toy**  
singt wie  
**Caruso**  
und wie die  
**Patti**  
sowie das von Publikum  
und Presse  
glänzend beurteilte  
**Eröffnungs-Programm!**  
**Passage-Theater.**  
Das Eröffnungs- Progr.  
der  
**Winter-Saison!**  
Abends 8 Uhr:  
**Claire Waldoff**  
mit ihren neuen Schlegorn  
von Walter Kollo.  
**Collins 10 eng-**  
**lisch-Backfische.**  
Polmey u. May, annerlochten.  
**George Barrington**  
und 12 Starsammern.

**Reederei Nobiling.**  
Wagen, Sonntag, Extrafahrt  
Ab Jannowitzbrücke Restaurant Schultheiß-Spreepalast.  
9 u. 10 Uhr früh **Berliner Schweiz** (Gosener  
2 1/2 Uhr nachm. Hin und zurück 80 Pf., Kinder 40 Pf. 10355  
Zum Schlachtefisch und Würstchen (abends Alpenlachen).

**CIRCUS**  
**Cyrill Hatle**  
Berlin N. Trift, Ecke  
Tegeler Str.  
(nähe Müllerstraße).  
Nur noch 3 Tage!  
Sonnabend, 24. September,  
abends 8 1/2 Uhr:  
**Elite-Abend**  
mit allen Neudressuren zu  
den billigsten Preisen.  
Montag, den 26. September:  
**Letzte Vorstellung**  
in Berlin N.  
Fornruf:  
A. Moabit 9212

**Folies Caprice.**  
Täglich 8 1/2 Uhr:  
**Volle Pension.**  
Neuer bunter Teil.  
**Der schwarze Schimmel**  
Vorverkauf 11—2, abends ab 6 Uhr.  
**„Groß-Berlin“**  
Theater- und Varietés-Ensemble.  
Sonntag: Puhlmanns Theater  
Schönhauser Allee 148. Anf. 8 Uhr.  
Anf. 7 Uhr. Kasseneröffnung 6 Uhr. Ball.  
**Verlorenes Chre.**  
Baranek, enll. Ströfing: Dr. Reich.

**Passage-Theater.**  
Das Eröffnungs- Progr.  
der  
**Winter-Saison!**  
Abends 8 Uhr:  
**Claire Waldoff**  
mit ihren neuen Schlegorn  
von Walter Kollo.  
**Collins 10 eng-**  
**lisch-Backfische.**  
Polmey u. May, annerlochten.  
**George Barrington**  
und 12 Starsammern.

**Herrnfeld**  
Theater  
Heute: Doppel-Premiere:  
**Eine verlorene Nacht**  
Ein lustiger Trauerspiel in 2 Akten  
von Anton und Donat Herrnfeld.  
**Der Derby-Sieger**  
Sportkomödie von August Reibhardt.  
Anf. 8 Uhr. Vorverf. 11—2 (Theaterf.).  
**Moabiter**  
**Gesellschaftshaus**  
Wielefstr. 24. Emdener Str. 40.  
Größtes  
**Kientopp-Theater**  
Moabits.  
Wöchentlich zweimal neues Programm.  
Täglich Vorstellung. Anfang 6 Uhr.  
**Walhalla-**  
**Varieté-Theater**  
Weinbergsweg 19-20, Rosenth. Tor.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Die großen  
September-Spezialitäten.

**Stadt-Theater Moabit**  
Alt-Moabit 47/48.  
Ganz Reich, Ensemble.  
Sonntag, den 25. September 1910:  
**Kyritz-Pyritz.**  
Voll mit Gesang in drei Aufzügen  
von H. Witten und D. Justimus.  
Musik von G. Wihacich.  
Nach der Vorstellung: **Tanz.**  
Kasseneröffnung 6 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr.  
**Burgtheater-Kinematograph**  
vorm. Groterjan, Inhab.: Rud. Merz,  
Schönhauser Allee 120. Tel. 3, 9353.  
**Lebende Photographien.**  
Eintritt 30 u. 40 Pf., Kinder die Hälfte.  
Anf. 7 1/2, Sonnt. 4 U. Vorverkauf, nur  
wochenl. gültig, 25 Pf. auf allen  
Blättern. Stets wochl. Programm.  
Dienstag u. Freitag u. 4—6 1/2 Uhr  
Kinematographie. Kinder 10 Pf.  
Eröffnung 20 Pf. Neben Sonntag  
im Oberlauf: Künstlerkonzert.  
Entrée 15 Pf. Garderobe 10 Pf.

**Ausstellungshallen am Zoo.**  
**Riesen-Kinematograph.**  
6—11 Uhr.  
**Rauchen überall gestattet**  
Heute neues Programm.  
**Gr. Berliner Kunstausstellung 1910**  
30. April bis 2. Oktober.  
Nur Part. täglich Doppel-Konzert.  
Eintritt: 10—6 Uhr 1 M., u. 6 Uhr ab  
50 Pf., Sonntags 50 Pf. Dauert. 6 M.

**Volks-Theater**  
Rixdorf, Hermannstraße Nr. 20.  
Sonntag (Anfang 7 1/2 Uhr):  
**Was und Schließgesellschaft.**  
Schwank in 3 Akten von Rich. Manz.  
Montag (Anfang 8 1/2 Uhr):  
**Tornen und Verber.**  
Trauerspiel in 2 Akten von Friedrich.  
Die Reubermächten.  
Familiengeheimnisse in 2 Akten v. Björnson.  
**Königstadt-Kasino.**  
Hölgemühlstr. 72, Ecke Heganderstraße.  
**Franz Sobanski.**  
Elsa Para, Walter Klär, Gelschwitzer  
Herrmann, Matr. Adolph, Gelschwitzer  
Aletta, Jongleur.  
Um 9 Uhr **Im Herbstmanöver.**  
das Lustspiel.

**Passage-Panoptikum.**  
Bodhas dunkles Geheimnis.  
**Der Mann mit dem**  
**eisernen Schlund!**  
Von 4—7 Uhr  
**Vitascope-Theater**  
**Aquanoptikum**  
Experiment aus der 4. Dimension.  
Alles ohne Extra-Entree!

**Herrnfeld**  
Theater  
Heute: Doppel-Premiere:  
**Eine verlorene Nacht**  
Ein lustiger Trauerspiel in 2 Akten  
von Anton und Donat Herrnfeld.  
**Der Derby-Sieger**  
Sportkomödie von August Reibhardt.  
Anf. 8 Uhr. Vorverf. 11—2 (Theaterf.).  
**Moabiter**  
**Gesellschaftshaus**  
Wielefstr. 24. Emdener Str. 40.  
Größtes  
**Kientopp-Theater**  
Moabits.  
Wöchentlich zweimal neues Programm.  
Täglich Vorstellung. Anfang 6 Uhr.  
**Walhalla-**  
**Varieté-Theater**  
Weinbergsweg 19-20, Rosenth. Tor.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Die großen  
September-Spezialitäten.

**Karl Haverland-**  
Anfang Theater. (Anfang 7 1/2 Uhr.)  
**Ganz neues Programm.**  
Hugo Römer prolongiert.  
**Reichshallen-Theater.**  
Stettiner Sängers.  
Zum Schluß, neu  
**Im Hausloch.**  
Witt. Humor v. Reysel.  
Anfang  
wochentags  
8 Uhr  
Sonntags  
7 Uhr.

**ZOO-**  
**LOGISCHER**  
**GARTEN**  
Täglich:  
**Großes Militär-**  
**Konzert.**  
Eintritt 1 Mark,  
von abends 6 Uhr ab 50 Pf., Kinder  
unter zehn Jahren die Hälfte.

**Theater Sanssouei.**  
Hochbahnstation Rottbuser Tor.  
32 Fahrverbindung, aus allen Stadtteilen.  
Täglich:  
8 Uhr 15 Minuten:  
**Großer Varieté-Teil.**  
5 neue Debüts.  
9 Uhr 30 Minuten die Vögel:  
**Nu hat's geschnappt.**  
Von César Sado. Musik v. Paul Linde.  
!! Rauchen überall gestattet !!  
Für den Jubalt der Juicrate  
übernimmt die Redaktion dem  
Publikum gegenüber keinerlei  
Serantwortung.

Abzählgeschäfte

Credit-Haus Bellealliance... Credit-Haus Moabit... Turmstraße 55, Ecke Waldstr.

Lubascher, S. Spandauerstr. 281... Rosenheimer, M. Schöneberg...

Fritz Schnicke... Weber, Hermann... Welter, Carl...

Alkoholfreie Getränke... Franz Abraham... Bank Mensing...

Goldtröpfchen... R. Neese... Ernst Krüger... Milz's...

Orangen-Feuer... A. Lutter & Co. Charlottenburg...

Sinalco (Bilzbrause)... Otto Starick... Si-Si...

Arbeiter-Bekleidung... F. Falk... Kohnen & Jöring...

Bäckereien, Konditor... Feronia... Oskar Hanke's Brotbäckerei...

Hankes Brotbäckerei... Carl Kappler... Kunze, Grossbäckerei...

Rich. Liebenow... Mache, Carl... Peter's Großbäckerei...

Th. Turban... Ulbrich... Heinrich Wittler...

Bad... Bad... Bad... Bad...

Bad... Bad... Bad... Bad...

Bad... Bad... Bad... Bad...

Bad... Bad... Bad... Bad...

Erscheint 2 mal wöchentlich

Hiland-Bad, Marillenstr. 2... Kupper-Bad, Köpenick...

Mistelsky'sche... Berlin SO. 16, Brückenstr. 10b...

National-Bad, Brunnenstr. 2... Neptun-Bad, Schöneberg...

Bad Ostend... Passage-Bad... Bad Peterburgerstr. 64...

Panschow... Wende, A. Zimmermann... Boordig-Anst. Sargm...

Bandagen, Gummw... Kaiser-Brauerei... Kaiser-Brauerei...

S. D. Moewes... Phönix-Brauerei... Becker, Reinh...

Kronen-Grossmann... Neufendorf, O. P... Schramm, H...

Berufsbekleidung... Bohn, R... Graf & Heyn...

Schlesinger, Hermann... Wilh. Scholem... Schuch, M...

Wecker, A... W. Adelig & A. Hoffmann... Potsdamer Stangenbier...

Bergbrauerei... Weibler, Albert Braun... Weibler, Albert Braun...

Patzenhofer Brauerei... Patzenhofer Flaschenbier... Berliner Bock-Brauerei...

Berliner Bock-Brauerei... Weibler, Albert Braun... Weibler, Albert Braun...

BORUSSIA... Brauerei Königstadt... Nordstern...

Brauerei Königstadt... Nordstern... Pomorski, Paul...

Bezugsquellen-Verzeichnis

Brauerei "Germania"... Brauerei F. Happold... Brauerei Pfefferberg...

Brauerei Pfefferberg... Caramel-Weißbier... Groterjans...

Groterjans... Goldbier... C. Habels Brauerei...

C. Habels Brauerei... S. D. Moewes... Phönix-Brauerei...

Phönix-Brauerei... Max Arndorff... Carl Brinnetzel...

Carl Brinnetzel... Dombrowsky... Dressel...

Dressel... Siegmund Eisenstadt... Graf & Heyn...

Graf & Heyn... König... Julius Levy...

Julius Levy... Link, Paul... Paul Loewenthal...

Paul Loewenthal... Westmann... A. Kieper, Nowawes...

A. Kieper, Nowawes... Drogen u. Farben... Rund um Berlin...

Rund um Berlin... Solidaria-Fahrräder... Färbereien, Wäscher...

Färbereien, Wäscher... Carl Pollnow... Gebr. Erbguth...

Gebr. Erbguth... Meesters, Th. Osw. Naefe...

Osw. Naefe... Stenzel, Paul... Taubert, J...

Taubert, J... Stenzel, Paul... Taubert, J...

Schröter, R. 35

Schröter, R. 35... Uhly & Wolfram... Vereinigte Pommersche Meiereien...

Vereinigte Pommersche Meiereien... Cacao, Chocolate... Cyliax, G...

Cyliax, G... Die Fabrikate der "Sarotti"...

Die Fabrikate der "Sarotti"... Seiffert, Erich... Teichmann, H...

Teichmann, H... Cigarrenhandlungen... Adelt, A. G...

Adelt, A. G... Böckmann, J... Brager, J...

Brager, J... Conrad, W... Frei-Rauch...

Frei-Rauch... Klein, Wilh... Kroschke, G...

Kroschke, G... Müller, Paul... Priegert, Wilh...

Priegert, Wilh... Scholmer, A... Strahler, W...

Strahler, W... Ernst Wandelt... Hugo Ahronfeld...

Hugo Ahronfeld... Max Arndorff... Carl Brinnetzel...

Carl Brinnetzel... Dombrowsky... Dressel...

Dressel... Siegmund Eisenstadt... Graf & Heyn...

Graf & Heyn... König... Julius Levy...

Julius Levy... Link, Paul... Paul Loewenthal...

Unternehmende Geschäfte

Unternehmende Geschäfte... Fischhandlungen... C. Dittmann...

C. Dittmann... Fieischer u. Wurstw... Robert Bludschus Nachflg...

Robert Bludschus Nachflg... Wurst, Speck, Schinken... Anton Fehlau...

Anton Fehlau... Wurst- und Fleischwaren... I. Geschäft...

I. Geschäft... Fleisch u. Wurst-Centrale... Oskar Klähn...

Oskar Klähn... Franz Wollmer... Fahrrad, Nähmasch...

Fahrad, Nähmasch... M. Abels, Brunnenstr. 79... Brennbabor...

Brennbabor... Alex Dam... Fahrrad-Nachfrisch auf...

Fahrad-Nachfrisch auf... Fahrrad-Leihhaus Lohmann... Fahrrad-Vertrieb...

Fahrad-Vertrieb... Dombrowsky... Dressel...

Dressel... Siegmund Eisenstadt... Graf & Heyn...

Graf & Heyn... König... Julius Levy...

Julius Levy... Link, Paul... Paul Loewenthal...

Paul Loewenthal... Westmann... A. Kieper, Nowawes...

A. Kieper, Nowawes... Drogen u. Farben... Rund um Berlin...

Rund um Berlin... Solidaria-Fahrräder... Färbereien, Wäscher...

Fischhandlungen

Fischhandlungen... C. Dittmann... Winkler & Barthold...

Winkler & Barthold... Fieischer u. Wurstw... Robert Bludschus Nachflg...

Robert Bludschus Nachflg... Wurst, Speck, Schinken... Anton Fehlau...

Anton Fehlau... Wurst- und Fleischwaren... I. Geschäft...

I. Geschäft... Fleisch u. Wurst-Centrale... Oskar Klähn...

Oskar Klähn... Franz Wollmer... Fahrrad, Nähmasch...

Fahrad, Nähmasch... M. Abels, Brunnenstr. 79... Brennbabor...

Brennbabor... Alex Dam... Fahrrad-Nachfrisch auf...

Fahrad-Nachfrisch auf... Fahrrad-Leihhaus Lohmann... Fahrrad-Vertrieb...

Fahrad-Vertrieb... Dombrowsky... Dressel...

Dressel... Siegmund Eisenstadt... Graf & Heyn...

Graf & Heyn... König... Julius Levy...

Julius Levy... Link, Paul... Paul Loewenthal...

Paul Loewenthal... Westmann... A. Kieper, Nowawes...

A. Kieper, Nowawes... Drogen u. Farben... Rund um Berlin...

Rund um Berlin... Solidaria-Fahrräder... Färbereien, Wäscher...

Herren-u. Knabenmod.

Herren-u. Knabenmod... Amerikan. Verkaufsbüro... J. Baer...

J. Baer... Bohm, R... Ed. Freitag...

Ed. Freitag... Goldstein... Hamburg-Steglitz...

Hamburg-Steglitz... Hirschfeldt... Max Kaplan...

Max Kaplan... D. Perleberg... Pfandleihe...

Pfandleihe... S. Posner... Heiner Ferster...

Heiner Ferster... Ringel... Rosner, Max...

Rosner, Max... Wühle, Gust... Oskar Klähn...

Oskar Klähn... Gardinen... Gardinen-Fabriken...

Gardinen-Fabriken... Hoyer, A... Jendrosch & Co...

Jendrosch & Co... Juhre, M... Look's Rollschuh...

Look's Rollschuh... Phonographen-Katz... Pietsch, Hugo...

Pietsch, Hugo... Arthur Kühn... Wandelt...

Wandelt... Haus- u. Küchengeräte... Dünnert, O...

Dünnert, O... Graf & Heyn... Mammich...

Mammich... Krüger, Rudolf... Kücken-Schreiber...



Partei-Angelegenheiten.

Sechster Wahlkreis. Zu dem heute abend in den Germania-Sälen stattfindenden Volkslieder-Abend sind noch Willetts zu haben bei Gehle, Bohnenstraße 19, Baummann, Bernauer Straße 9, Wahlvereinsbureau, Neue Hochstraße 23. Anfang abends 8 1/2 Uhr. Das Komitee.

Tempelhof. Sonntag, den 26. September, mittags 12 Uhr, im „Wilhelmsgarten“, Berliner Straße 9: Öffentliche Versammlung. Tagesordnung: Das Terrain- und Bauplanulamentum und die Interessens-Tempelhofs. Da es sich um eine wichtige Gemeindeangelegenheit handelt, werden die Genossen ersucht, für zahlreicheren Besuch Sorge zu tragen.

Dienstag, den 27. September, abends 8 1/2 Uhr, im „Wilhelmsgarten“: Mitglieberversammlung des Wahlvereins. Bericht vom Parteitag. Referent: Genosse Max. Verschiedenes.

Rudow. Am Sonntag, den 25. September, abends 6 Uhr findet im Lokal Rolle, Köpenicker Straße die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Dieselbe beginnt pünktlich. Um zahlreiches Erscheinen bittet Der Vorstand.

Wahlsdorf (Ostbahn). Der sozialdemokratische Wahlverein hält seine Mitgliederversammlung heute abend 8 1/2 Uhr im Lokal des Herrn Linke, Granowstraße ab. Tagesordnung: 1. Bericht vom internationalen Kongress in Kopenhagen. Berichterstatter Genosse G. Sabbath, Berlin. 2. Bericht von der Generalversammlung für Groß-Berlin. Berichterstatterin Genossin M. Buchmann. 3. Verschiedenes. Die Bezirksleitung.

Reinickendorf-Ost. Morgen (Sonntag) früh findet für den 3., 4., 5. und 6. und teilweise für den 1. und 1a Bezirk von den bekannten Stellen aus eine Flugblattverbreitung zur Gemeindevertreterwahl statt. Da die Arbeit sehr gewissenhaft erledigt werden muß, erwarten wir, daß auch die Genossen der anderen Bezirke sich daran beteiligen. Die Bezirksleitung.

Bernau. Die Wahlvereinsversammlung findet heute, Sonnabend, 24. d. M., abends 9 Uhr, im Restaurant Bellevue, Joh. Salzmann, statt. Tagesordnung: Die wirtschaftliche Lage. Referent: Genosse Kurt Heinig. Die Bezirksleitung.

Berliner Nachrichten.

Im Spandauer Forst.

Vom Lehrter Hauptbahnhof oder von der Stadtbahn über Charlottenburg fahren zahlreiche Vorortzüge nach Spandau. Unterwegs haben wir Gelegenheit, die fortschreitende Waldverwüstung im nördlichen Teile des Grunewalds an neuen Bildern kennen zu lernen. Weite Sandflächen zeigen hier, was man unter dem „Aufschließen“ eines Waldes zu verstehen hat. Glücklicherweise sind wir trotz der Vermehrung der Haltpunkte, die sich auf dieser Strecke eingestellt hat, bald in Spandau. Hier fahren am Bahnhof die „Elektrischen“ vorüber, von denen wir diesmal die mit dem Endziel Hafensfelde wählen. Sie hat eine Weile zu tun, bis sie die langen Vorstadtstraßen Spandaus und, hinter den niedergelegten Festungswällen, ein ganz hübsches Willengelände hinter sich bekommt. Dafür steigen wir aber auch unmittelbar am Rande des Waldes aus. In gleicher Richtung gehen wir geradeaus weiter. Was früher aber ein Waldweg war, ist nun in eine Billenstraße, der die Billen noch fehlen, zurechtgestutzt, und man ist froh, wenn nach einigen Minuten der Weg sich wieder als unberührte Waldstraße gibt. Wir konnten hier früher rechts zur Havel abbiegen. Aber der neue Schiffahrtskanal würde uns jetzt den Weg verlegen, sodaß wir auf unserem Wege bleiben müssen, bis wir den Kanal und damit die über ihn weiterführende Brücke erreichen. Es ist eine recht weite Dichtung, die der Kanal hier in den Wald geschlagen hat; es soll aber nicht geleugnet werden, daß der Blick von der Brücke auf die Wasseroberfläche und den Wald umher recht reizvoll ist. Nach einigen Minuten können wir nun nach rechts gehen, um das Havelufer zu gewinnen. Keine Chaussée trunnt hier, wie so häufig bei Potsdam, den Wasd vom Ufer und nur die mächtig entwickelte Vegetation hindert bisweilen den Blick und zwingt den Fuß zu kleinen Umwegen. Bald läßt der ebene Boden nach und hübsche Bodenwellen treten auf, die sogenannten Papenberge. Die Kiefern treten mehr und mehr zurück und ein schöner Eichenforst nimmt uns auf. An seinem nördlichen Ende liegt Nieder-Neuendorf (wo kein Lokal frei ist), vorher kommt Sandhausen (mit dem Waldschloß, frei) am Waldrande. Man hat Gelegenheit, nach der Tegeler Seite mit dem Dampfer zu fahren, um auf der anderen Seite der Havel durch den Wald nach Tegel und von hier nach Berlin zurückzukehren. Ist das Wetter weniger einladend für eine Dampferpartie, so bleiben wir im Walde, indem wir den Eichenwald jetzt nach Westen durchstreifen und in dieser Richtung bleiben, bis ein nach Süden abweigender Weg uns wieder gen Hafensfelde leitet. Die Wege sind allerdings hier etwas mannigfaltig und verschlungen. Das erhöht aber nur den Reiz der Wanderung im schönen Spandauer Forst, und Kompak und Karte führen uns schließlich sicher an den Südrand des Waldes. Ob wir dabei Hafensfelde oder Johannistift erreichen, ist gleichgültig, denn an beiden Punkten stehen die Elektrischen bereit, die uns zum Bahnhof zurückbringen.

Der Magistrat stimmte in seiner gestrigen Sitzung dem von einer besonderen dazu aus Vertretern des Staates und der Stadt eingesetzten Kommission ausgearbeiteten Entwurf für die Aufstellung der Königskolonnen am Eingang zum alten Botanischen Garten zu. Der Entwurf hat bereits die königliche Genehmigung gefunden. — Es wurde zur Kenntnis gebracht, daß der Stadt Berlin für ihre auf der Weltausstellung in Brüssel in der Halle für Deutsche Ingenieurwerke ausgestellte Abteilung der Grand Prix zuerkannt worden. — Der Magistrat wählte zum pädagogischen Direktor des Waisen- und Fürsorgeerziehungswesens den Leiter der staatlichen Erziehungsanstalt zu Gardehaus (Westfalen), Direktor Anaut, und an Stelle des verstorbenen Direktors Guhmann der händischen Taubstummschule den Direktor Schorsch der Taubstummenanstalt zu Ratibor.

Zur Frage des Tempelhofer Feldes.

In weiten Kreisen der Tempelhofer Einwohnerschaft, namentlich bei den dortigen Hausbesitzern, ruft die Tatsache, daß die Gemeinde das Tempelhofer Feld erwerben will, erhebliche Bedenken hervor. Es hat sich auch bereits ein Komitee gebildet, das jetzt das Ziel verfolgt, zunächst mit der Stadt Berlin wegen der Eingemeindung von ganz Tempelhof zu verhandeln, bevor dem Ankauf des Tempelhofer Feldes seitens der Gemeinde Tempelhof nähergetreten werden soll. Der Wortlaut der Petition, die gestern dem Gemeindevorstand überreicht worden ist, ist folgender:

„Die unterzeichneten Bürger der Gemeinde Tempelhof haben mit größtem Bedauern davon Kenntnis genommen, daß in der letzten Sitzung der Gemeindevertretung Tempelhof sich die Majorität der Herren Gemeindevertreter unter Zustimmung des Herrn Bürgermeister dahin ausgesprochen hat, den Ankauf des westlichen Teiles des Tempelhofer Feldes in Größe von rund 100 000 Quadratrudden zu einem Preise von ungefähr 74 Millionen Mark brutto unter Mitwirkung einer Berliner Finanzgruppe, an deren Spitze der bekannte Berliner Stadtverordnete und Terrainschändler Herr Georg Haberland steht, in kürzester Frist zu bewirken, und sich gleichzeitig dagegen ausgesprochen hat, einen letzten Versuch zu machen, um sich mit der Stadt Berlin über die Eingemeindung des gesamten Ostteils Tempelhof nach Berlin zu verständigen. Diese verdrängte Eile scheint den unterzeichneten Bürgern der Gemeinde Tempelhof nicht geboten zu sein, wo es sich um Beschlüsse von großer Tragweite handelt, die die Kommunalpolitik der Gemeinde Tempelhof auf Jahrzehnte hinaus festlegen. Es ist absolut nicht zu verstehen, warum die Gemeindevertretung in Tempelhof nicht den Versuch macht, sich zunächst mit der Stadt Berlin, welche ein diesbezügliches schriftliches Gesuch an die Gemeinde Tempelhof gerichtet hat, zu verständigen und die dargebotene Freundschaft zu ergreifen, bevor sie sich in ein derartiges Riesengeschäft von 74 Millionen stürzt. Die unterzeichneten Bürger sehen nicht mehr Vorteile darin, daß der ganze Ostteil Tempelhof nach Berlin eingemeindet wird, als darin, daß die kleine Gemeinde Tempelhof einen so kolossalen Terrainskomplex erwirbt. Diese Vorteile, in die große Kommune Berlin aufzugehen, sind für jeden Bürger der Gemeinde Tempelhof derartig in die Augen springend gegenüber dem Risiko einer großen Terrainspekulation, daß man nicht begreifen kann, weshalb eine Verständigung mit der Stadt Berlin abgelehnt wird, umsoweniger, als sich die Stadt Berlin bereit erklärt hat, mit dem Kriegsministerium so lange nicht zu verhandeln, bis eine Verständigung mit der Gemeinde Tempelhof wegen der geplanten Eingemeindung stattgefunden hat oder nicht. Die Gerüchte, wonach die Eingemeindung des Ostteils Tempelhof nach Berlin unüberwindlichen Schwierigkeiten bei den betreffenden Regierungsinstanzen begegnen soll, beruhen nach unseren Informationen auf Irrtum. Die Regierung wünscht vielmehr, daß von der Gemeinde Tempelhof eine Anregung an den Minister des Innern gelangt, wonach die Gemeinde Tempelhof ihren Wunsch, nach Berlin eingemeindet zu werden, zum Ausdruck bringt. Es ist daher nicht einzusehen, weshalb die Gemeindevertretung dieses Gesuch an den Minister des Innern nicht abgeben lassen will, sondern sich Hals über Kopf in ein gar nicht zu übersehendes Riesenterreingeschäft einläßt.“

Die Petition hat schon in der ersten Stunde der Zirkulation über 200 Unterschriften erhalten.

Der Berliner Magistrat soll sich, wie gemeldet wird, infolge der jüngsten Nachrichten über das Tempelhofer Feld in seiner gestrigen Sitzung erneut mit der Frage der Eingemeindung von Tempelhof und dem Tempelhofer Felde beschäftigt haben. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt, doch war man sich darin einig, daß Berlin alles getan habe, um mit Tempelhof zu einem Ergebnis zu gelangen.

Auf der Schöneberger Untergrundbahn fand gestern vormittag zum ersten Male ein Probetrieb mit Zügen, bestehend aus zwei Wagen, statt. Der Betrieb hat sich als vollkommen einwandfrei erwiesen. Die Treppenausbauten sind schon ziemlich vollendet, und die Eingangshäuser sind bereits angebracht. Der interessanteste Teil der Schöneberger Untergrundbahn wird zweifellos die Ueberführung des Stadtparces sein. Die Parkanlagen liegen in einer Talenkung, deren Ränder durch eine Betonbrücke verbunden sind. Der die Parkanlage schneidende Strahlenzug wird von dem Oberbau dieser Brücke getragen, während die Galerien den Wagnkörper in sich bergen. Der Bau macht, da er in sehr einfachen, aber dem Zweck dienlichen Linien gehalten ist und sich der Umgebung vortrefflich anpaßt, einen ausgezeichneten Eindruck.

Im 4. Landtagswahlkreis fanden am Mittwoch- und Donnerstagabend öffentliche Wählerberatungen statt und zugleich wurden die als Ersatz benötigten 100 Wahlmänner aufgestellt. Am Mittwochabend referierte Genosse Paul John in Habels Brauerei, Bergmannstraße, über die auf dem 8. Oktober angelegte Nachwahl, zu der von unserer Seite Max Grunwald kandidiert, während die Freiwähligen sich noch nicht auf einen Kandidaten geeinigt haben. Am Donnerstagabend sprachen Georg Udo bei Wliefing, Wasserlorenzstraße, und Wilhelm Siering bei Rabe, Fichtestraße, vor gutbesuchten Versammlungen. Die Redner kennzeichneten die preußisch-deutsche Politik und ihre Früchte, den wachsenden Steuerdruck, die Fleischnot, die Entrostung der Volksmassen, die Niederdrückung aller freien Regungen. Sie forderten zu starker Beteiligung an der Wahl auf, denn daß es sich „nur“ um eine Nachwahl handelt, dürfte für uns nicht missprechen. Wir sollten nach Kräften agitieren, damit das Volk jede Gelegenheit wahrnimmt, seine Meinung zu sagen. Hier könne dies am deutlichsten geschehen durch die Erwählung zahlreicher sozialdemokratischer Wahlmänner. Jede Wahl müsse zu einem Protest gegen das völkerverräterische Treiben der preussischen Junker werden, wenn auch das Dreiklassenwahlrecht verhindert, daß ein Protest zu seinem vollen Ausdruck gelangt. Das sollte uns nur noch ein Sporn sein, dieses Wahlrecht zu stützen. — Die Reden wurden sehr beifällig aufgenommen.

Wichtig für Führer von Kraftfahrzeugen. Das Polizeipräsidium macht auf folgendes aufmerksam: Etwa 4000 Führer von Kraftfahrzeugen des Landespolizeibezirks Berlin haben bis jetzt unterlassen, den Antrag auf Erneuerung ihres Führerscheins zu stellen. Die Beteiligten werden hiermit darauf aufmerksam gemacht, daß nach § 40 der Bundesratsverordnung über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen vom 3. Februar d. J. alle vor dem 1. April d. J. ausgestellten Zeugnisse zum Führen von Kraftfahrzeugen nur noch bis zum 1. April 1911 Gültigkeit behalten. Die Inhaber solcher Zeugnisse haben jedoch bis zum 1. Oktober d. J. die Erneuerung eines neuen Führerscheins bei der zuständigen höheren Verwaltungsbehörde zu beantragen. Der Antrag ist bei der für den Wohnort des Antragstellers zuständigen Ortspolizeibehörde (in Berlin bei den Polizeibehörden) anzubringen. Dabei sind vorzulegen: 1. eine Photographie (Brustbild in Visittformat, unaufgezogen); 2. ein Zeugnis eines beanstandeten Arztes (Kreisarzt), daß der Antragsteller keine körperlichen Mängel hat, die seine Fähigkeit, ein Kraftfahrzeug sicher zu führen, beeinträchtigen können, insbesondere Mängel hinsichtlich des Seh- und Hörvermögens; 3. das Führerzeugnis, das nach Aufnahme eines Vermers über seinen Inhalt dem Antragsteller sofort zurückgegeben wird; 4. beglaubigte Abschrift der polizeilichen Befehlsung über die Zulassung des zurzeit von dem Antragsteller geführten Kraftfahrzeuges. Wird der Antrag nicht bis zum 1. Oktober d. J. eingereicht, so muß der Antragsteller behufs Erlangung eines neuen Führerscheins eine Prüfung vor einem amtlich anerkannten Sachverständigen ablegen, in gleicher Weise, wie solche Personen, die zum ersten Mal die Erlangung eines Führerscheins beantragen.

Einem „großen“ Pelzwarendieb neßt Gefilfen, deren Deute im ganzen 180 000 Mark wert ist, ist die Kriminalpolizei jetzt auf der Spur. Seit Februar d. J. wurden die hiesigen Pelzwarengeschäfte von Einbrechern arg heimgesucht. Dieselben schlichen sich in den Mittagspausen und abends nach Schluß der Geschäftzeit irgendwie ein und begannen, sobald die Geschäftleute und die Angestellten die Räume verlassen hatten, mit ihrer „Arbeit“. An der Spitze der Bande stand der 34 Jahre alte, aus Berlin gebürtige Geschäftsfreunde und Agent Karl Göbel, der sich auch Karl Pflug nennt und zuletzt in der Christinenstraße wohnte. Dieser hatte seine beiden Spießgesellen, den 24 Jahre alten Arbeiter Oswald Holz und den Schirmmacher Hermann Schröder, vollständig in der Hand. Er selbst suchte in Geschäften Fühlung, um die Gelegenheiten auszubaldern. Wenn er so weit war, so holte er Holz und Schröder, bestimmte die Zeit, wann der Einbruch fallen sollte, ließ in der Regel seine Spießgesellen „arbeiten“ und sorgte dafür, daß eine Drofschke oder ein Automobil zur Stelle war, um die Deute gleich wegzuschaffen. Göbel erbeutete so viel und verschärfte die Deute mit so gutem Erfolg, daß er ein flottcs Leben führen konnte. Wie beschlagnahmte Briefe und Ansichtskarten zeigen, bereiste er in der Regel mit einem von seinen Verhältnissen die Sächsischc Schweiz, das Riesengebirge und Tirol. Seinen beiden „Arbeitern“ gab er nur sehr wenig ab. Meistens verschob er die Deute gleich nach dem Auslande. Durch kleine Geschenke, die Holz und Schröder ihren „Bräuten“ aus der Deute machten, kam die Kriminalpolizei durch fortgesetzte Beobachtungen der Bande auf die Spur. Nach einer Hausdurchsuchung bei den Mädchen wurden die beiden Einbrecher festgenommen, dem Führer der Bande aber gelang es, noch im letzten Augenblick zu entkommen. Jetzt hat man in Brüssel seine Spur wiedergefunden. Seiner Frau, die er mit ihrem 13 Jahre alten Sohne hat sitzen lassen, hatte Göbel vor der Flucht vorgeschwindelt, er fahre zu Verwandten nach Leipzig zur Kindtaufe und werde in den nächsten Tagen zurückkehren. Er ließ dann aber nichts mehr von sich hören. Auch der Hauptfehler ist vorläufig entkommen. Es ist ein 33 Jahre alter Kürschnermeister Paul Krowina aus der Fehrbelliner Straße, dessen Aufenthalt man in Brüssel vermutet. Während sich seine Frau bei Verwandten in Schlesien aufhielt, verschwand Krowina mit einer geschiedenen Frau Köhring, die in der Christinenstraße eine Plätterei betrieb. Auch eine 12 Jahre alte Tochter dieser Frau nahm das Mädchen mit. Krowina betrieb eine Kürschnerstube mit vier Arbeitern. Unter den Helfern waren ein Händler Robert Kramer aus der Bringenstraße und eine Geliebte Göbels, eine Margarete Reppenbogen, die zunächst die gestohlenen Waren in ihrer Verkaufung ver barg und auch dem Göbel dort Unterschlupf gewährte. Nach jedem größeren Zug begab sich Göbel mit einer seiner Geliebten auf die Reise, um irgendwo Abfah für die Deute aus dem nächsten geplanten Einbruch zu suchen. Seine „Arbeiter“, Holz und Schröder, haben jetzt ein umfassendes Geständnis abgelegt.

Aus dem Untersuchungsgefängnis entwichen ist der Heiratschwinder Maximilian Witanski. Man hat von dem Flüchtigen noch keine Spur gefunden. Witanski ist am 9. Oktober 1880 in Dirschau geboren.

Eine zweite Omnibusverbindung für den Gesundbrunnen. Am 1. Oktober d. J. wird neben der bestehenden Omnibuslinie 44 „Gesundbrunnen (Ede Wadstraße und Bringenallee) — Bahnhof Friedrichstraße“ eine zweite Omnibusverbindung geschaffen. Die neue Linie trägt die Nummer 25 und beginnt in der Bringenallee an der Panfower Grenze (Wollankstraße). Damit erhält die gesamte Bringenallee die fehlende Verbindung nach der Brunnenstraße, dem Hofenbaler Tor, der Wasser Straße, dem Oranienburger Tor und der nördlichen Friedrichstraße bis zum Bahnhof Friedrichstraße.

Zu dem Dahlemer Einbruch wird noch mitgeteilt, daß der verhaftete Arbeiter Karl Diez, der bisher hartnäckig leugnete, jetzt ein Geständnis abgelegt hat.

Ein unglücklicher Zufall, dem heinade ein blühendes Menschenleben zum Opfer gefallen wäre, ereignete sich gestern vormittag in der Alexandrinerstr. 85. Als das dreijährige Töchterchen Ruth des Schneidemeisters G. während des Unzuges der Familie einige Minuten lang unbeaufsichtigt geblieben war, fand die kleine eine Medizinflasche, in der eine scharfe Arsenlösung enthalten war. Das Kind trank etwa die Hälfte des Inhalts aus und sank wenige Minuten später bewußlos zu Boden. Auf der Unfallstation in der Kommandantenstraße wurde der Kleinen schnelligst der Magen ausgepumpt, worauf das Kind nach dem Krankenhaus am Urban übergeführt wurde.

Beim Spielen auf dem Treppengeländer schwer verunglückt ist vorgestern nachmittag der acht Jahre alte Sohn Osa des Händlers Ringelheim aus der Grenadierstraße 16. Der Knabe war von Nachbarkindern zum Spielen nach dem gegenüberliegenden Hause mitgenommen worden. Beim Abrutschen vom zweiten Stock fiel er von dem Geländer der Wendeltreppe in den Haustur hinunter und zog sich eine klaffende Stirnwunde und eine Gehirnerschütterung zu. Hausbesitzer, die auf das Geschrei der Kinder herbeiliefen, brachten den Verunglückten mit einer Drofschke nach dem jüdischen Krankenhaus. Sein Zustand ist bedenklich.

Im Bernhard-Rose-Theater spielt man zurzeit: „Die erste Partie“, ein Lustspiel in drei Akten von Arthur Lippich. Der Dichter schärft nicht tief. Die Fabel ist einfach. Der Agent Kunkei bewohnt in der Potsdamer Straße mit Frau, zwei Töchtern und einem Sohne eine hochbornesme Wohnung, die ihm nichts kostet, weil er sie mit dem gesamten Mobilar von einem früheren reichen Richter übernommen hat, der, dienlich abberufen, alles liegen und stehen lassen und die Miete für eine beträchtliche Kündigungssfrist erlegen mußte. Jeder hielt die Familie für reich, die in Wirklichkeit vom Pump lebt. Kunkei verucht nun, einen reichen Schwiegerohn in dem Tapetenfabrikanten Karl Förster zu ergattern, der seinerseits in Kunkei einen reichen Schwiegervater zu finden hofft, weil er selbst arg in der Klemme steckt. Als Bewerber um die jüngere Tochter tritt dann noch der Einjährige Heide mann, ein Freund Försters auf, der schwermüde ist, von Kunkei aber für arm gehalten und entsprechend behandelt wird. Aus dieser Summe von Täuschungen ergibt sich dann die fülle der komischen Situationen, die vom Autor dann noch mit altbewährten Wortspielereien und Theatertricks gewürzt werden. Schließlich kriegen sich alle. Das Publikum hat sich dankbar lachend verhalten. — Im Bernhard-Rose-Theater kommt nicht nur das Gemüt auf die Kosten, sondern auch der Magen. Jede der beiden Panen wurde derart lange ausgebeutet, daß auch, wer von Natur kein Gierschlund ist, im Theaterrestaurant pro Pause sich bequem je zwei Maß Bier und zwei Salzstangen einverleiben konnte. Kein Wunder, daß die so genährte Wuse dieses Theaters etwas weniger überisch in die Erscheinung tritt, als Thalia in dem sich für vornehmer einschätzenden Besten.

Ein Arbeiter hat in der Straßenbahn, Linie 49, ein Buch mit Holzberechnungen liegen gelassen. Da dasselbe für den Finder nutzlos ist, für den Verlierer aber ein erhebliches Hindernis in seinem Erwerbe bedeutet, wird ersucht, das Buch an Jmlau, Schopenhauer Allee 111, abzugeben.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Die Charlottenburger Polizei bereitet der vom Bildungsausschuß für Donnerstag vorbereiteten Aufführung von Falbes „Jugend“.

eine besondere Ueberraschung. Kurz vor der festgesetzten Aufführung im Volkshaus legte ein Schuhmann ein schriftliches Verbot der Aufführung seitens des Polizeipräsidiums vor. Ueber die Gründe ließ man im Dunkeln und die in letzter Stunde erfolgte Unterbrechung machte eine erfolgreiche Belämpfung des Polizeiverbotes unmöglich. Auf dem Polizeipräsidium scheint man bei dem Umzug in das neue Dienstgebäude und den Einweihungsfestlichkeiten manches vergessen zu haben. Denn wie wir hören, hat man auf dem Polizeipräsidium sogar die Verlegung des Legtisches von Halbes 'Jugend' verlangt, die gewiß schon an 1000 Aufführungen in Groß-Berlin erlebt haben mag. Daß man den Bildungs- und Kunstbestrebungen der Arbeiterschaft Hindernisse in den Weg legt, ist nichts neues. Trotz dieser Hindernisse wird natürlich die Aufführung stattfinden, da das Verbot unhaltbar ist. Wir hoffen, die am Donnerstag zahlreich erschienenen Genossen und Helferinnen bereits am Dienstag, den 27. September, für die bittere Enttäuschung entschädigen zu können und bitten die Inhaber von Eintrittskarten unter den Vorortnachrichten die Sonntagsnummer des 'Vorwärts' daraufhin genau zu lesen.

Weitere Willeits sehen den Parteigenossen zum Preise von 50 Pf. einschließlic Garderobe und Theaterjettel bei den Jahlabendleitern, ferner bei A. Will, Kirchstr. 30, A. Weisheit, Rosinenstr. 3, G. Schornberg, Sefenhaimer Str. 1 zur Verfügung.

### Schöneberg.

Die Laternenwörter der J. C. G. A. waren vor einigen Tagen veranlaßt, um weitere Berichte in ihrer Angelegenheit entgegen zu nehmen. Ueber die Verhandlungen berichtete kürzlich die Verwaltung habe ihn, K., in der Annahme, daß der Spiritus rector der ganzen Sache sei, zu sich geladen. Obwohl diese Annahme durchaus nicht zutrifft, sollte K. die Verantwortung für alles übernehmen, was in dieser Sache geschehen ist und vor allem auch geschrieben wurde. In einem Bericht der 'Vorpost' über die Verhandlungen des Schöneberger Stadtverordnetenparlamentes war geschrieben worden, daß 23 Laternenwörter entlassen seien. Das entspricht nicht den Tatsachen. Bis heute sei niemand entlassen worden. Es sei aber total verfehlt, ihn für die falschen Mitteilungen der 'Vorpost' verantwortlich zu machen, da er keinen Einfluß und auch keine Verbindungen mit dieser Zeitung habe. Für die Mitteilung der Gewerkschaft übernehme er aber die Verantwortung. Die Äußerungen über Entlassungen in der Sitzung des Arbeiterausschusses entsprechen den Tatsachen. Er (Hüllert) könne sich dabei auf das Zeugnis der übrigen Arbeiterausschussmitglieder berufen. Seitens der Verwaltung wurde ihm vorgehalten, daß im Artikel der Gewerkschaft nichts über die Äußerungen der Verwaltung, die überflüssigen Laternenwörter in anderen Vororten, speziell in Wilmersdorf zu beschuldigen, enthalten sei. Mit Recht habe er darauf hingewiesen, daß es sich bei der Eingabe doch darum handelte für die Laternenwörter, die geschäftlich in Schöneberg interessiert seien, am Ort zu bleiben. Von dem Laternenwörtergehalt könne man nicht leben. In der lebhaften Diskussion wurde besonders auf das Schicksal der Laternenwörter in Weißensee hingewiesen. Durch Einführung der Fernheizung wurden dort zirkeln zehn Mann überflüssig, darunter Leute, die über zehn Jahre ihren Posten versehen. Die Leute wurden mit einer geringen Entschädigung einfach entlassen. Die Laternenwörter haben also alle Ursache, auf der Hut zu sein und sich nicht auf die schönen Worte der Verwaltung zu verlassen, um dann eines schönen Tages auf der Straße zu stehen. Bezüglich der Einstellung in Schöneberg wurde berichtet, daß im Elektrizitätswerk bei Neueinstellungen Laternenwörter in erster Linie berücksichtigt würden; desgleichen lag auch ein Schreiben der Schöneberger Straßeneinigungsdeputation vor, aus dem hervorgeht, daß man auch hier die Einstellung von Laternenwörtern in Betracht zieht. Eine Anzahl Kollegen schlossen sich dem Verbands an.

### Wilmersdorf.

Die Stadtverordnetenwahlen werden nach einem Beschluß des Magistrats in der dritten Abteilung am Donnerstag, 3. November, vormittags von 9-12 und nachmittags von 4-8 Uhr stattfinden. Am 4. November wählt die zweite, am 5. November die erste Abteilung. Wie wir kürzlich mitgeteilt haben, handelt es sich in der dritten Abteilung um die Neuwahl von 5 Stadtverordneten; welche von den Kandidaten Hausbesitzer sein müssen, will der Magistrat in seiner am nächsten Dienstag stattfindenden Sitzung entscheiden.

Erwähnt sei, daß wie bei früheren Gelegenheiten so auch diesmal zwischen den unter reaktionärer Leitung stehenden Bezirksvereinen und den Anhängern der bürgerlichen Linien aus Anlaß der Wahlen ein lebhafter Streit ausgebrochen ist. Im Bezirksverein 'Rheingau' glaubte der stellvertretende Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung und Direktor des Koffiziers Dr. Steinig vor der roten Befehle warnen zu müssen; schon ein einziger Sozialdemokrat kann nach seiner Meinung dem reaktionären Sumpf verhängnisvoll werden. Einige Mitglieder erlaubten sich bei dieser Gelegenheit, den reaktionären Liberalen Rehner darauf zu verweisen, daß der Verein nach dem Statut die Politik aus seinen Verhandlungen ausschließen und daher die von Sozialistenfurcht erfüllte Rede gar nicht in die Versammlung gehöre. In seiner Verlegenheit machte Herr Dr. Steinig sich das bekannte Kriegervereinsargument zu eigen, daß die Belämpfung der Sozialdemokratie mit Politik nichts zu tun habe. Im Nordverein, an dessen Spitze der gleichfalls zu den Schärpmännern zählende Professor Dr. Leidig steht, möchte man die Fortschrittler gleich für den ersten Wahlgang an die Reaktion fettern. Vorab wollen diese Herren jedoch noch nicht mitmachen, denn in einer Versammlung des fortschrittlichen Bezirksvereins Wilmersdorf-Nord nahm man gegen eine Stimme eine Resolution an, worin der Verein der Uebereignung Ausdruck gibt, daß er bei den kommenden Wahlen seine Kandidaten aus eigener Kraft zum Siege führen könne, und erklärt, daß deshalb auf das entscheidendste jedwedes Zusammengehen mit dem Nordverein oder mit rechtsstehenden Vereinen abzulehnen sei. Vom Vorstande und Wahlausschuß wurde ausdrücklich verlangt, daß diesem Beschluß unbedingt entsprochen werde.

Diese energische Abgabe wird man sich merken müssen. Auch bei früheren Wahlen geschah es, daß die Liberalen der konserverativen 'Wahlpartei' Fehle anfügten. Dahn fügte es sich aber doch immer wieder so, daß die Herren sich zum Schluß der Reaktion gefällig zeigten. Es braucht nur an die vor zwei Jahren erfolgte Stichwahl erinnert zu werden, in der Konserverative und Freisinnige einmüßig dafür sorgten, daß der Sozialdemokrat Riedel in der Kinderzeit blieb.

Sonntag, den 25. d. M., hält die 'Freie Turnerschaft Wilmersdorf' ihr diesjähriges Abturnen auf dem Plag, Rannheimer, Ecke Berliner Straße, ab. Anmarsch 1/2 8 Uhr vom 'Vereinsheim', Wilhelmstraße. Einmarsch 1/2 8 Uhr vom Plag nach Halensee (Johann-Georg-Haus). Dasselbst Familienabend. Eintritt frei.

### Rixdorf.

Eine gut besuchte Volkversammlung im Lokal von Hoppe beschäftigte sich mit der 3/4 Millionen-Mark-Zulage sowie mit der Königsberger Rede des Kaisers. Das Referat hierzu hatte Genosse Wermuth übernommen, dessen Ausführungen bei den Versammelten des öfteren lebhaften Beifall auslösten. In der Diskussion sprachen der Genosse Franke und der Vorsitzende der Versammlung, Genosse Holland, im Sinne des Referats. Am Schluß der drei Bezirke des Wahlvereins einberufenen Versammlung konnte eine Anzahl Neuaufnahmen für den Wahlverein verzeichnet werden.

In den Vorträgen des Genossen Graf hat sich eine Aenderung in den Tagen notwendig gemacht. Der Vortrag am 27. September fällt fort, dafür findet am 27. Oktober ein Vortrag statt. Die Daten der weiteren fünf Vortragsabende sind also: 3., 10., 17., 24. und 27. Oktober; der nächste Abend ist also am 3. Oktober. Wir bitten die Teilnehmer, dies zu beachten, eventuell auf den Eintrittskarten oder Programms sich dies zu vermerken. — Eintrittskarten sind im Lokal bei Hoppe und in der Parteispedition noch zu haben.

### Der Bildungsausschuß.

**Ober-Schönebeide.**  
Die Absicht der Gasanstalt Obersee, ihren bis zum Jahre 1919 laufenden Monopolgaslieferungsvertrag um weitere 20 Jahre zu verlängern, dürfte zuhanden werden an dem ablehnenden Beschluß der Gemeindevertretung. Im übrigen haben sich zwischen der Gesellschaft und der Gemeinde wegen Berechnung der fünfprozentigen Gewinnabgabe Differenzen ergeben. Nach den Bestimmungen des Vertrages sind ab 1909 von den Bruttoeinnahmen des im Gemeindebezirk konsumierten Leuchtgas'es 5 Prozent an die Gemeinde zu entrichten. Die Gesellschaft weigert sich nun, auch das durch Automaten bezogene Leuchtgas zur Berechnung zu stellen. Wenn auch hierbei eine genaue Teilung von Leucht- und Kochgas nicht möglich ist, entspricht es doch der Billigkeit, im Sinne des Vertrages einen Ausgleich zu schaffen. Es wird Sache der Gemeinde sein, hier Klarheit zu schaffen, denn auf Entgegenkommen von der anderen Seite ist nicht zu rechnen.

**Am heutigen Sonnabend**, den 24. September, feiert der Arbeiter-Radfahrerverein 'Obersee' in Köpenick Blumenparade sein zehntes Stiftungsfest. Genußverein stellt sich der Arbeiterschaft zu allen Veranstaltungen zur Verfügung, weshalb der Vorstand des Radfahrervereins wünscht, daß ihm die Unterstützung der Parteigenossen zuteil wird.

### Teltow.

In der Mitgliederversammlung des Wahlvereins erbatete, nachdem vier Neuaufnahmen vollzogen worden, Genosse Sachs den Bericht von der Verbands-Generalversammlung Groß-Berlins, der ohne Diskussion gutgeheißen wurde. Anschließend daran berichtete Genosse Marx von der Bezirkskonferenz. Am Sonntag, den 9. Oktober, soll eine Versammlung unter freiem Himmel stattfinden. Die Vorbereitungen zur nächsten Reichstagswahl übernimmt vorläufig Genosse Wilhelm Bonow, bis er mehr Genossen dazu braucht. Genosse Gustav Franke soll in vorkommenden Fällen Auskunft erteilen über die Erwerbung der Staatsbürgerschaft. Abends wurde ein Brief vom Zehlendorfer Konsumverein verlesen, wonach dieser beabsichtigt, in Teltow eine Verkaufsstelle zu errichten; zugleich wird um Unterstützung der hiesigen Arbeiterschaft ersucht. Das Vorhaben wurde von der Versammlung mit Freuden begrüßt. Zum zweiten Kassierer wurde Genosse Oht gewählt. Der Vorsitzende machte noch darauf aufmerksam, daß das Lokal 'Deutsches Wirtshaus' der Arbeiterschaft nicht zur Verfügung steht.

### Pankow.

Die Wählerlisten zu der am 15. November d. J. stattfindenden Neuwahl von sechs auscheidenden Beisitzern zum hiesigen Gewerbegericht liegen bis inklusive 1. Oktober im hiesigen Rathaus, Breitestr. 25/26, 1 Treppe, Zimmer Nr. 43 wochentags von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags, Sonntags von 9-12 Uhr vormittags aus.

Da nur wahlberechtigt ist, wer seine Eintragung in diese Liste beantragt hat, ersuchen wir die Arbeiter, die entweder in Pankow wohnen oder aber beschäftigt sind, ihrer Pflicht nachzukommen. Als Legitimation dient Invalidenkarte oder eine Bescheinigung des Arbeitgebers oder der Polizei.

In größeren Betrieben empfiehlt es sich, eine Liste für alle Arbeiter anzulegen, diese vom Arbeitgeber unterzeichnet zu lassen und sie dann dem Gewerbegericht zur Eintragung zu überreichen.

### Spandau.

Eine außerordentliche Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins wurde am Dienstagabend im Lokal von Böhle, Havelstraße abgehalten. Zunächst erbatete die Genossen B. Schmidt und Szior Bericht über die Kreis-Generalversammlung. An diesen Bericht knüpfte sich eine lebhafte Debatte, in welcher das Verhalten des Kreisvorstandes gegenüber den Spandauer Anträgen einer abfälligen Kritik unterzogen wurde. Den Bericht über die Provinzialkonferenz gab Genosse Szior. Die Versammlung beschloß dann, am 12. November cr. in Gemeinschaft mit dem Bildungsausschuß in der Pichelsdorfer Brauerei ein Winterfest zu veranstalten. Das Arrangement wird dem Bildungsausschuß und dem hinzugewählten Komitee überlassen. Da der Genosse Kabe krankheitsbedingt sein Amt als Revisor niedergelegt hatte, wurde eine Neuwahl erforderlich. Die Wahl fiel auf den Genossen Wolter. Die Genossin Wegener wurde in den Vorstand und der Genosse Beckmeyer in den Jugendauschuß gewählt. Unter Verschiedenem brachte Genosse Szior zur Kenntnis, daß die Lokalkommission ihre Bemerkungen niedergelegt hat. Die Neuwahl dieser Kommission wurde bis zur nächsten Generalversammlung vertagt.

Die hiesige Wadlerhalpausgabe ist jetzt geschlossen worden. Am Mittwoch wurden sämtliche Utensilien nach einem Stadthause zur Aufbewahrung gebracht. Bei der Wiedereröffnung im nächsten Jahre werden jedenfalls die hiesigen Ärzte entsprechende Vorschläge zu Verbesserungen eventuell zur Verlegung der Anstalt machen.

### Potsdam.

Der Tod im Schlaf. Wenige Tage vor seiner Entlassung zur Reserve wurde der bei der 4. Eskadron des 3. Garde-Infanterieregiments dienende Mann Russjan vom Tode überrascht. Als am Morgen die Wache die Mannschaftsstube passierte, fand man den Mann neben seinem Bett als Leiche. Die erste Vermutung, es handele sich um einen Genidbruch durch Sturz aus dem Bett, wurde fallen gelassen. Man glaubt jetzt, daß B. vom Herzschlag gerührt worden ist. Um alle Zweifel zu beseitigen, wird die Leiche obduziert. B. war 23 Jahre alt und diente im dritten Jahr.

### Jugendveranstaltungen.

Die 'Freie Jugendorganisation Berlin' veranstaltet heute Sonnabend in der 'Neuen Welt', Halensee 108, ihr sechstes Stiftungsfest. Mitwirkende: Neues Konfänkler-Orchester, Direktor F. Holländer, Volkschor, Direktor Dr. Jander, Redner: Genosse Eduard Bernstein. Regitationen: Herr Fritz Richard vom Deutschen Theater. — Nach dem Konzert: Ball. Eintrittspreise 30 Pf. Beginn 7 1/2 Uhr. Jeder Besuch wird erwartet.

**Johannisthal.** Der Jugendauschuß veranstaltet am Sonntag, den 25. September, einen Ausflug nach Rübendorfer Kallberge unter sachkundiger Führung. Treffpunkt 8 Uhr früh bei Emilchen, Friedrichstr. 43. Teilnehmer, besonders die schulentlassene Jugend, erwünscht.

**Freie Jugendorganisation Tegel und Umgegend.** Am Sonntag, den 25. September, findet unsere Partei nach Helligersee-Sandbäumen statt, zu der wir auch die erwachsene Arbeiterschaft mitkommen belien. Abmarsch 1 Uhr mittags vom Bahnhofspkz. Für Nachzügler Treffpunkt: Restaurant Waldschloß.

**Sonnabend**, den 22. Oktober cr., findet im Stablisement von Gamm unter 2. Stiftungsfest in Gestalt eines Festabends statt. Gegeben wird: 'Kometen', ein Drama in 5 Akten vom Ernst Södingen.

### Aus der Frauenbewegung.

**Vom Glend der Krankenpflegerinnen.**  
Wir erinnern uns, daß die bürgerliche Presse bei Verköstigungen über die Frauenfrage den Beruf der Krankenpflegerin als einen Erwerb angepriesen hat, der seinen Angehörigen eine zwar mühevolle, aber doch von pekuniären Sorgen befreite Existenz sichere. Daß an die Krankenpflegerin Anforderungen gestellt werden, die selbst eine eiserne Körperkonstitution binnen wenigen Jahren zu Grunde richten können, ist richtig, aber ebenso unrichtig ist, daß die Darbietung eines solchen Opfers belohnt wird durch eine Siderstellung vor den niedrigsten Sorgen und Dasein. Vielmehr blüht

auch in diesem Beruf eine Ausbeutung der Arbeitskraft, wie sie ärger kaum in der Heimarbeit üblich ist; und zwar unter der Flagge der Frömmigkeit und des Patriotismus, besonders von Seiten der 'Böhlertätigkeitsorganisationen', in deren Dienste die Krankenpflegerinnen zu fronden haben. Wie schlimm es in dieser Hinsicht bestellt ist, zeigt eine Broschüre von Charlotte Reichel, die mit dem Titel: 'Der Dienstvertrag der Krankenpflegerinnen' im Verlage von Gustav Fischer in Jena erschienen ist.

Die Schmierigkeit, über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Krankenpflegerinnen erschöpfende statistische Mitteilungen zu machen, ist schon aus dem Grunde nicht gering, weil manche Anstalten ihren Schwestern ein direktes Schweißgebot auferlegen, das sich zuweilen sogar auf das Verbot, mit Angehörigen oder befreundeten Personen der Versperrten in ein engeres Verhältnis zu treten, erstreckt.

Die Arbeitszeit für alle Kategorien ist gesetzlich so gut wie unbeschränkt und praktisch für die Angestellten meist überlang. Nach den Mitteilungen aus der Statistik der Stadt Düsseldorf, in denen 19 größere Krankenanstalten Deutschlands kritisch behandelt werden, befindet sich unter diesen keine einzige, in der die Schwestern weniger als 14 Stunden Dienstzeit haben, abgerechnet die Essens- oder Ruhepausen von durchschnittlich zwei Stunden. Hierzu kamen in vielen Fällen noch Nachwachen, die im Rahmen des gewöhnlichen Dienstes zu machen sind. So laufen z. B. die Dienststunden des Elisabethkrankenhaus in Aachen von 5 Uhr morgens bis 9 Uhr abends; dazu kommt noch jeden dritten bis vierten Tag eine dreistündige Nachwache; Erholungsurlaub wird 'nach Bedarf' erteilt. Im Kärntnerstädtischen Krankenhaus laufen die Dienststunden von 6 bis 9 Uhr; dort müssen die Schwestern alle drei bis vier Tage eine fünfstündige Nachwache leisten. In dem bekannten städtischen Krankenhaus zu St. Jakob in Leipzig existierte bis zum Jahre 1909, und existiert vielleicht noch, in der Woche einmal eine Arbeitsbereitschaft von 36 Stunden für die Lehrschwestern. Wenn man eine gute Oberschwester hatte, konnte man einige Stunden auf einer harten Kadebanke ruhen. Früher, als das Haus noch mit Diakonissen besetzt war, schloß sich an den Schlußdreißigstundentag ohne Ruhepause eine Relegationsstunde an.

Nicht minder arg steht es um die Entlohnung. Als günstigere Entlohnung wird vollständig ausgebildete Krankenpflegerinnen, die also bereits einige Probejahre hinter sich haben, werden bereits Jahresgehälter von 300 bis 510 M. genannt. Das Diakonissenhaus zahlt nach erfolgter Ausbildung drei Jahre lang monatlich 10 M. und dann 17,50 M. Der Verein vom Roten Kreuz prangt auf der Liste mit Jahresgehältern von 216 bis 288 M., der Vaterländische Frauenverein mit solchen von 240 bis 450 M. Andere Diakonissenanstalten zahlen 144 und 100 M., und die Anstalt Kaiserwert gar nur 105 M.

Dazu kommt manchmal, aber nicht immer, freie Kleidung. Abgezogen sind je nach der Art des Hauses hohe Beiträge für den Pensionsfonds, die sich zwischen 4 und 16 1/2 Proz. des Gehalts bewegen, sowie Steuern und Invalidenversicherungsbeiträge.

Nicht minder groß muß teilweise das Glend der Gemeindefschwester sein. Das eine Mal wird das Problem, wie die Schwester mit 550 M. jährl. und freier Wohnung auskommen soll, nach der Zeitschrift 'Unserm Lazaruskreuz' wie folgt gelöst: 'Sie ist nur jeden zweiten Tag richtig zu Mittag und laßt ihre Kleider auf Abzahlung.' Natürlich wird die unwürdige Stellung der Krankenschwestern auch in den Vertragsbestimmungen, die die frommen Vereine mit ihnen abschließen, offenbart.

**Konkurrenztaufeln**, mit zwei- bis zehnjähriger Bindung bei Konventionalstrafen von 50 bis 500 M., auf ganze Städte- und Landkreise ausgedehnt, finden sich bei Rote Kreuz, Vaterländischen Frauenvereinen und anderen Anstalten. In einem Falle sollte an ein Rotes Kreuzhaus eine Gemeinde für die Schwester 300 M. Konventionalstrafe zahlen, da diese selbst unbemittelt war. Ein Diakonissenhaus verlangte beim Uebergang in die erwerbsfähige Krankenpflege 500 M. von der Schwester, selbst wenn sie etwa zur Unterstützung ihrer Angehörigen dazu gezwungen wäre.

Ein Rotes Kreuzhaus schließt sogar folgenden Vertrag ab: 'Jede berufsmäßige Schwester, welche im Verein, wenn auch nur auf Probe, angestellt war, ist verpflichtet, während eines zehn-jährigen Zeitraumes vom Tage ihrer Ausscheidung aus dem Verein gerechnet, innerhalb des Kreises . . . weder die Kranken- oder Krankenpflege auszuüben, noch sich zur Ausübung der Kranken- oder Wundpflege niederzulassen.'

Unter solcher Vergewaltigung ist es kein Wunder, wenn die Krankenpflegerinnen auch von dem ihnen formell durch das Gesetz gewährleisteten Koalitionsrecht nur unter Hindernissen Gebrauch machen können. Die Profchüre nennt das Recht des Zusammenschlusses eine der Freiheiten, die nur auf dem Papier stehen. 'Manche Städte verbieten ihren Schwestern den Anschluß an die Berufsorganisation der Krankenpflegerinnen Deutschlands. Andere geben ihrem Willkür gegenüber der Organisation unerbittlichen Ausdruck. Die Glieder der Wirtshäuser dürfen in der Regel auch nicht beitreten.'

Es versteht sich, daß unter solchen Sklavensesseln auch die Gesundheit der Krankenpflegerinnen schwer beeinträchtigt wird. Auf Grund siebenjähriger Beobachtung einiger tausend Mitglieder konstatierte die Vorsitzende der 'Berufsorganisation der Krankenpflegerinnen Deutschlands', daß das Durchschnittsalter bei Todesfällen höchstens auf das 35. Lebensjahr zu verlegen ist. Lungenseiden sind besonders häufig. Auch abgesehen von der frühen Sterblichkeit wird der Pensionsanspruch nur verhältnismäßig selten erreicht. Von 120 Rote Kreuzschwestern in einem Verbands waren nach 10 Jahren nur noch 12 vorhanden, die übrigen waren aus verschiedenen Gründen vorher ausgeschieden.

Offenlich führt der hier geschilderte Jammer die Krankenpflegerinnen dahin, daß sie gleich den anderen gewerblichen Arbeiterinnen die Notwendigkeit der Organisationsvoll begreifen lernen und dann die öffentliche Meinung aufzurütteln, damit die Gesetzgebung endlich der oft unter dem Deckmantel der Frömmigkeit betriebenen Ausbeutung in Rücksicht auf das Gemeinwohl entgegentritt. Das ist um so notwendiger, als der schwere Beruf der Krankenpflege nur dann mit voller Hingebung geübt werden kann, wenn seine Trägerinnen von dem Gefühl, Objekte kraffer Ausnutzung zu sein, befreit sind.

### Versammlungen — Veranstaltungen.

**Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse.** Sonntag, den 25. September, abends 8 Uhr, in den Corona-Festhallen, Kommandantenstraße 72: Gesellschafts-Beisammeln und Tanz. Mitwirkende: Herr Tobias, Klavier; Frä. Woytich, Violine; Frä. Kuffel, Rezitation; Frä. Lorenz, Gesang.

**Zentralverband der Hausangestellten.** Sonntag, den 25. September, in Breders Festhallen (Jah. Zentner), Kommandantenstraße 62: Dienstboten-Versammlung, Anfang 6 Uhr. Vortrag, Herr Redakteur Paul John: 'Wie können sich Dienstboten Rechte verschaffen?' Freie Aussprache. Nachdem Tanz. Die Arbeiterschaft wird ersucht, alle ihr bekannten Dienstboten auf diese Versammlung aufmerksam zu machen.

### Freiabend.

**Brü-Buckow.** Montag, den 28. September, 1/2 9 Uhr, im Lokal des Genossen Rahn, Bürgerstr. 4.

### Deutscher Buchbinderverband

(Zahlstelle Berlin.) Wegen tariflicher Differenzen ist die Firma Regenhardtsche Verlagsanstalt, Schöneberg, Bahnhstr. 19/20, für unsere Mitglieder gesperrt. Einmalige Angebote von Arbeitslester Firma in anderen Verhältnissen sind zurückzuführen. Die Ortverwaltung.

### Bruch-Pollmann

empfehl sein Lager in Bruchbandagen, Leihbinden, Gerateschaltern, Spritzen, Suspensorien sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege. Eigens Werkstatt. Referent für Orts- und Hilfs-Krankenschwestern. Berlin N., jetzt Lothringers Straße 60. Alle Bruchbänder mit elastischen Wollotten, angenehm u. weich am Körper

# Conrad Tack & Cie. Schuhwaren-Fabrik Burg b. Magdeb.

120 eigene Filialen. Davon in Berlin und Umgegend:

C., Spittelmarkt 15 (Tellhaus)  
C., Rosenthaler Straße 14  
W., Potsdamer Straße 50  
W., Schillstraße 16  
NW., Turmstraße 41, Ecke Oldenburger Straße  
NW., Wilsnacker Straße 22

NW., Beusselstr. 29  
N., Friedrichstr. 127, schräg gegenüber der Oranienburger Str.  
N., Müllerstraße 3  
N., Reinickendorfer Str. 23, gegenüber der Plantagenstraße  
N., Brunnenstraße nur 37

N., Danziger Straße 1  
O., Andreasstraße 50  
O., Frankfurter Allee 125  
SO., Oranienstr. 32 zwischen dem Oranienplatz u. Adalbertstraße  
SO., Oranienstr. 2a unmittelbar an der Hochbahnstat. Oranienstr.

SO., Wrangelstraße 49  
SW., Friedrichstr. 240-241, am Halleschen Tor  
Charlottenburg: nur Wilmsdorfer Straße 122-123  
Rixdorf: Bergstraße 30-31  
Potsdam: Brandenburger Str. 54

## Herbst und Winter verlangen ihre Rechte!

### Damenstiefel.

Schnallenstiefel — weiches Chromleder — warm gefüttert, für Straße und Haus . . . **600**

Schnürstiefel — fein Boxleder od. Chromleder m. Lackkappen — besonders preiswert **650**

Schnürstiefel — Derbyschnitt — mit Lackkappen, amerik. Form und Absatz . . . **750**

Schnürstiefel — echt Chevreau — moderne bequeme Form . . . **850**

Schnürstiefel — Ia Boxkalf — mit echtem Lammpeitzutter M. 12.50 oder Ia Boxleder mit bestem Sealskinfütter, vorzügliche Herbst- und Winterstiefel . . . **875**

Schnürstiefel — beliebtes Boxkalf — in mod. schmaleckiger Form . . . **950**

Schnürstiefel — Ia Chevreau — m. Lackkappen oder Ia Boxkalf — Derbyschnitt — mit Lackkappen, hochmodern . . . **1050**

„Original-Goodyear-Welt“-Stiefel  
erstklassige Qualitäten — mit und ohne Lackkappen, in allerneuesten Modelformen  
M. 18.50 16.50 14.50 **1250**

Unsere Läger bieten eine überraschende Auswahl der geschmackvollsten Neuheiten.



Saison-Katalog umsonst und portofrei!

Größte Leistungsfähigkeit durch direkten Verkauf!

### Herrenstiefel.

Schnür- u. Zugstiefel aus kernig. Material bequeme Paßformen . . . **650**

Schnürstiefel mit und ohne Lackkappen, moderne breite und schlanke Fassons . . **750**

Zugstiefel — gewalzt — in gediegenen — äußerst dauerhaften Qualitäten, vorchriftsmäßige Militärstiefel . . . M. 10.80 9.50 9.20 **750**

Schnürstiefel — Ia Boxkalf — modern und solide M. 10.90 Ia Boxleder, bewährte Herbst- u. Winterstiefel **980**

Schnürstiefel — echt Chevreau — mit und ohne Lackkappen, elegante Straßenstiefel . **1050**

Schnallenstiefel — Ia Boxkalf, mit echtem Lammpeitzutter — breite — bequeme Form, für empfindliche Füße . . . M. 15.50 Ia Boxleder — warm gefüttert — bequeme, sehr beliebte Winterstiefel . . . **1050**

„Original-Goodyear-Welt“-Stiefel  
aus feinstem Material — mit und ohne Lackkappen, vornehme Straßen- und Gesellschaftsstiefel . . . M. 16.50 14.50 **1250**

Schaftstiefel — Reitstiefel — Jagdstiefel in äußerst strapazierfesten Qualitäten und vorzüglichen Paßformen zu anerkannt billigen Preisen.

### Tanz-Schuhe.

Letzte Neuheiten:

#### Pumps-Schuhe

in überaus schicken Formen

schwarz Chevreauleder . . . **750**

feines Bronzeleder . . . **750**

ff. Kalblackleder . . . **875**

#### Hochlaschen-Schuhe

mit moderner Metallschnalle

fein Kalblackleder, extra preiswert . 10.50 **750**

weiches Chromleder, sehr beliebt . 10.50 **750**

Bronzeleder, apart . . . 10.50 **750**

### Knaben-, Mädchen- und Kinder-Stiefel.

Knaben-Schnürstiefel  
wetterfeste Qualität, moderne, dabei äußerst bequeme Form . **580 640 700 760 820 880**

Mädchen-Schnürstiefel  
fein Boxleder, elegante, breite Fassung . . . **430 460 490 530 570**

Warmgefütterte Schulstiefel, besonders preiswert!

Kinder-Schnür- und Knopfstiefel  
schwarz und braun, Ia Ziegenleder mit Winterfütter . . . **190 275 325**

Warmgefütterte Kinder-Hausschuhe in allen Preislagen.

### Hausschuhe.

Leder-Hausschuhe  
schwarz und farbig, mit Absatzfleck, warm gefüttert . . . **4.75 3.50 3.50 2.85**

Damen-Filz-Hausschuhe in diversen Dessins . . . M. 3.75 3.40 2.50 2.25 1.90 **1.65**

Kamelhaarartige Schuhe und Stiefel in enormer Auswahl zu überraschend billigen Preisen!

In unserer Spezial-Abteilung für **Condor-Patent**

Herren-Schnürstiefel — ohne zu schnüren bieten wir zur Herbst-Saison wieder Hervorragendes: Hauptpreislagen

**1050 1450 1650 1950**

Unser Condor-Patentstiefel erfreut sich seiner einzig dastehenden Vorzüge wegen  
» » überall größter Beliebtheit. » »

Fordern Sie unsern neuen Spezial-Katalog!

## CONDOR-PATENT



**NEU!**  
**SCHNUR-STIEFEL**  
**OHNE ZU SCHNÜREN**

D. R. P. 174 209.

**Schnelles An- und Ausziehen!**  
**Kein lästiges Schnüren!**  
**Kein Reißen der Senkel!**  
**Kein Drücken der Füße!**  
**Bequem auf der Straße!**  
**Bequem auf der Reise!**

Verkauf nur in unseren Filialen, da nur wir das alleinige Fabrikations- und Vertriebsrecht im Deutschen Reich besitzen.

Inserem Genossen **Max Sassen**, junger Belehler  
 Urlaub, zum heutigen Ge-  
 burtstage die herzlichsten Glück-  
 und Gesundheitswünsche.  
 Die Genossen u. Genossinnen  
 der 34. Abteilung.

Unserem Jahlabendeiter, dem  
 Genossen **Fritz Klank**, und  
 seiner Braut, der Genossin  
**Minna Biemann**, zur Ver-  
 mählung unsere besten Glück-  
 wünsche.  
 10112  
 Der So. Bezirk Rixdorf.

**Deutscher  
 Metallarbeiter-Verband**  
 Verwaltungsstelle Berlin.  
**Todes-Anzeige.**  
 Den Kollegen zur Nachricht, daß  
 unser Mitglied, der Metall-  
 arbeiter  
**Adolf Goldmann**  
 am 21. d. Mtz. an Herzleiden  
 gestorben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am  
 Sonntag, den 24. Sept., nach-  
 mittags 4 Uhr, von der Leichen-  
 halle des Lazarus-Krankenhan-  
 ses aus nach dem Ghibellens-  
 Kirchhof, Solankstraße, statt.  
 12275  
 Regie Beteiligung erwartet  
 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher  
 Metallarbeiter-Verband**  
 Verwaltungsstelle Berlin.  
**Todes-Anzeigen.**  
 Den Kollegen zur Nachricht,  
 daß unser Mitglied, der Dreher  
**Hermann Brandt**  
 am 21. September an Lungen-  
 leiden gestorben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am  
 Sonntag, den 23. September,  
 nachmittags 3 1/2 Uhr, von der  
 Leichenhalle des neuen Pauls-  
 Kirchhofes in der Seeferstraße  
 statt.  
 Den Kollegen zur Nachricht, daß  
 unser Mitglied, der Monteur  
**Alfred Bergemann**  
 am 22. d. Mtz. an Bauchle-  
 iden gestorben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet morgen  
 Sonntag, den 25. Septbr., nach-  
 mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-  
 halle des Rummelsburger Fried-  
 hofes in Rummelsburg aus statt.  
 Regie Beteiligung erwartet  
 12276 Die Ortsverwaltung.

**Verband der Maler,  
 Lackierer, Aufstreicher usw.**  
 Zentrale Berlin.  
 Den Mitgliedern zur Nachricht,  
 daß unser Kollege, der Maler  
**Karl Sammler**  
 am 22. September verstorben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am  
 Sonntag, den 25. September,  
 vormittags 9 Uhr, auf dem  
 Philippus-Apokel-Kirchhof, Müller-  
 straße, Ecke Seeferstraße, statt.  
 12278 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher  
 Holzarbeiter-Verband**  
 Den Mitgliedern zur Nachricht,  
 daß unser Kollege, der Vergolder  
**Albert Becker**  
 am 20. September gestorben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am  
 Sonntag, den 25. September,  
 nachmittags 4 Uhr, von der Halle  
 des Simons-Kirchhofes in Veit,  
 Tempelhofer Weg, aus statt.  
 90/8 Die Ortsverwaltung.

**Tauftragung.**  
 Für die liebevolle Kranzpende bei  
 der Beerdigung meines guten Mannes  
 sage ich hiermit den Hamannschen  
 Alderhöfchern meinen innigsten Dank.  
 10385  
**Anna Ihwe.**

**Zentralhaus mod. Herrenbekleidung**  
**Neue Friedrichstr. 35**  
 neben Zentral-Walkhalle  
 liefert an jedermann elegante  
**Herren-Garderoben**  
 fertig und nach Maß unter Ga-  
 rantie für tadelloste Sitz gegen  
 wöchentl. Teilzahlung von 1 M. an.  
 Auf Wunsch Besuch des Nehesten  
 mit neuesten Stoffmustern.  
 Sonntag geöffnet. 10102

**Grosses  
 Aufsehen**



erregen die gewaltigen  
 Läger des in Berlin einzig  
 dastehenden allergrößten  
**Kredit-  
 Hauses**

**M. Glogau**  
 Alte Jakobstr. 73, I., II., III., IV., V., VI. Etage  
**Möbel-Läger**  
 in 6 Etagen in jeder Stil- und Holzart.

Bei einer <b>Anzahl. von 10</b> bis 12 Mark erhalten Sie 1 Bettstelle m. Matratze 1 Kleiderschrank 1 Tisch und 3 Stühle 1 Spiegel, 1 Sofa 1 Kommode Wochenrate nur 1.00 M. Kleine Einrichtung	Bei einer <b>Anzahl. von 15</b> bis 20 Mark erhalten Sie 2 komplette Betten, 1 Kleiderschrank, 4 Stühle, 1 Tisch 1 Vertiko, 1 Diwan 1 Waschtollette 1 komplette Küche Wochenrate nur 1.50 M. Schlafzimmer u. Küche
Bei einer <b>Anzahl. von 25</b> bis 40 Mark erhalten Sie 2 kompl. Betten 1 Trumeau 1 Spiegelspind 1 Diwan 1 Waschtollette 1 Vertiko 2 Nachttische 1 Salontisch 1 Chaiselongue 4 Stühle 1 komplette Küche Wohnzimmer, Schlaf- zimmer und Küche.	Bei einer <b>Anzahl. von 5</b> Mark <b>Einzel-Möbel</b> In sehenswerter Auswahl: Schreibtische, Umbauten Moderne Sofas etc. Teppiche, Portieren, Läufer, Gardinen etc.

Herren-Anzüge M. 18, 24, 30, | Paletots, Ulster M. 22, 35, 42,  
 Anzahlung 5 M. | Anzahlung 8 M.  
 Spezial-Abteilung für  
 Damen-Kostüme, Röcke, Jacketts, Blusen, Paletots  
 Pelzwaren, Stolas, Schuhwaren für Herren, Damen u. Kinder.  
 Anzahlung von 3 Mark an.

**M. Schulmeister**  
 BERLIN SO., Dresdener Str. 4. Hochbahn-Station  
 Kottbuser Tor.

Herbst- u. Winter-  
**Ulster 27<sup>50</sup> M. bis 54 M.**  
 Winter-  
**Paletots 25<sup>50</sup> M. bis 65 M.**  
 1 und 2reihige  
**Jackett-Anzüge**  
 24<sup>50</sup> M. bis 68 M.  
**Rock- u. Gehrock-  
 Anzüge 36<sup>50</sup> M. - 70 M.**

Herren-Beinkleider,  
 Phantasie-Westen  
 Burschen- und Knaben-  
 Garderobe  
**Nur  
 eigene Konfektion**



**Anfertigung nach Maß**  
 in eigener Werkstatt.

**Spezial-Geschäft**

**Möbel  
 auf  
 Kredit**

**Wilhelm Misch, Gr. Frankfurter Str. 45-46, I u. II**

**Total-Auflösung!**  
 Wegen vollständiger  
**Geschäfts-Aufgabe**  
 unseres seit Jahren bestehenden Spezial-Hauses sollen die Riesen-  
 Vorräte, bestehend in:  
**Teppichen, Gardinen, Portieren, Diwan-, Tisch- und  
 Steppdecken etc.**  
 schleunigst geräumt werden, und sind die Preise  
**33<sup>1</sup>/<sub>3</sub> bis 50<sup>0</sup>/<sub>10</sub>** herab-  
 gesetzt.  
 Selten günstiger Gelegenheitskauf für  
 die neue Wohnung.

**Teppichhaus Adler**  
 Köpenicker Str. 20-21, an der Judenstraße.

Ein ganz außerordentlich vorteilhaftes Angebot macht die be-  
 kannte Firma Carl Stier, Fabrik für Herren- und Knabengarderobe,  
 Berlin, Oranienstr. 166, Berlin W., Potsdamer Str. 113, und  
 Potsdam, Rauener Str. 23, indem sie infolge Erbchaftsteilung  
 sämtliche Waren, auch Anfertigung nach Maß, in ihren drei sehr  
 umfangreichen Geschäften bis 14. Oktober d. J. 10 Prozent unter  
 den bisherigen Preisen verkauft. Die Preisermäßigung von  
 10 Prozent wird bei der Bezahlung in Abzug gebracht. Nach er-  
 folgter Auseinandersetzung mit den Erben beabsichtigt der Inhaber,  
 das Hauptgeschäft Oranienstraße ganz bedeutend zu vergrößern,  
 indem er das Haus Oranienstr. 166 nur für Geschäftszwecke be-  
 werten will.  
 10052

**Kautabake — 5 Pfg.-Rollen**  
 der Firma  
**Fischer & Herwig, Hann. Münden.**  
 Erstklassiges Fabrikat.  
 Hauptniederlage:  
**Max Ziegenhals, Berlin NO., Neue Königstr. 70**  
 Amt VII, 3047. 295L\*

**Schneiderei**  
 für elegante  
**Herren-Moden**

Fertig und nach  
 Maß — Garan-  
 tie für tadellosem  
 Sitz und beste  
 Verarbeitung. Auf  
**Teilzahlung**  
 Wochenrate von  
**1 Mk. an.**  
**J. Kurzberg**  
 Rosenthalerstr. 40  
 direkt am Hacke-  
 sehen Markt, im  
 Laden u. i. Etage.



**Schöne freundliche  
 Wohnungen**

2 große Zimmer, Balkon, Küche, ebent.  
 auch Kammer, sowie Bad, sehr billig  
 sofort zu vermieten. 9102\*  
**Friedrichsfelde, Wiquistr. 3,**  
 7 Min. v. Stadtbahnhof Lichtenberg.

Einhellpreis für Damen und Herren M. 12,50  
 Luxusausführung M. 16,50

Fordern Sie Musterbuch V

**Salamander**  
 Schuhges. m. b. H., Berlin




Zentrale: Berlin W 8, Friedrich-Strasse 182

C. König-Strasse 47	NW. Wilsnacker Strasse
SW. Friedrich-Strasse 221	Ecke Turm-Strasse 9.
C. Rosenthaler Tor	N. Bad-Strasse 20
W. Potsdamer Strasse 5	Spandau, Breite Strasse 30
W. Tauentzien-Strasse 15	Steglitz, Schloss-Strasse 20



**1 Mark**  
 wöchentliche  
 Teilzahlungen  
 liefern elegante  
 fertige  
**Herren-  
 Garderoben**  
 Ersatz für Maß.  
 Anfert. n. Maß.  
 tadellose Ausf.  
**Julius Fabian**  
 Schneidermstr.  
 Große Frank-  
 furterstr. 37 II  
 Eingang Straus-  
 burger Platz.  
 II. Geschäft:  
 Turmstr. 18  
 nur erste Etage,  
 kein Laden.



### Aus Industrie und Handel.

#### Börse und Ausperrung.

Die Börse hat die Ankündigung der eventuellen Ausperrung von circa 400 000 Metallarbeitern anscheinend nicht ernst genommen. Sie reagierte kaum darauf. Die Stimmung lautete nur unmerklich ab. Hätte man dem Beschluß praktische Bedeutung beigemessen, dann müßte eine scharfe Baize einsetzen. Wenn die angebotene Ausperrung perfekt würde, bliebe die Arbeitsruhe, die Produktionsstörung nicht auf den Kreis der betroffenen Arbeiter beschränkt. Möglicherweise erklären sich die nicht Ausgesperrten mit den von der Unternehmerseite Betroffenen solidarisch. Aber auch ohne dem wäre der Einfluß auf die Gesamtwirtschaft von kaum berechenbarer Tragweite. Bei den schon vorhandenen gewaltigen Lagerbeständen müßte die Kohlenproduktion fast unmittelbar mit der Ausperrung der Metallarbeiter ins Stocken geraten, die Förderung eingeschränkt werden. Das vielleicht notwendig werdende Ausblasen von Hochöfen, das Stilllegen von Stahlwerken usw., wäre für das Unternehmertum ebenso wie Fördererbeschränkungen im Kohlenbergbau, von großer finanzieller Bedeutung. Gewaltige Summen gingen den Kapitalisten verloren. Und auch in anderen Gewerben würde sich die distanzierende von den Metallindustriellen erzwingende Arbeitsruhe sehr unangenehm bemerkbar machen. Die direkt und indirekt mit der Eisenindustrie in Verbindung stehenden Gewerbegruppen erlitten ebenfalls bedeutende Ausfälle, besonders auch das Transportgewerbe hätte mit empfindlichen Rückwirkungen zu rechnen. Weiter aber auch das gesamte Klein- und das Handlungsgewerbe. Die Streikunterstützung reicht natürlich nur für das Allernotwendigste. Das Bruchlegen der Produktion in so gewaltigem Umfange als das Androhen der Metallindustriellen eröffnet, würde tausenden kleinen Existenzen das Grab schaufeln. Gerade die Wirkungen der angekündigten Maßnahmen, die nicht die kämpfenden Arbeiter, sondern Unbeteiligte treffen und bei diesen Haß und Empörung gegen die Gewalttakteure auslösen müssen, läßt den Glauben an eine ernsthafteste Durchführung der Ausperrandrohung nicht recht stark werden. Man konnte auch die Ansicht vernehmen, die Unternehmer wollten mit dem Beschluß nur eine PreSSION auf die Arbeitervertreter ausüben. In der Spekulation auf solche Wirkung haben die Herren den Vogen aber doch wohl überspannt. Die Arbeiter wissen die für das Unternehmertum und die gesamte Arbeiterklasse unvorteilhafte Wirkung der angekündigten Ausperrung wohl abzuschätzen; sie wissen, daß ihre eigenen Kampfsopfer in gar keinem Verhältnis stehen zu dem Vorteil moralischer und materieller Natur, der ihnen aus einer Riefenausperrung, die unter keinen Umständen längere Zeit aufrecht erhalten werden könnte, erwachsen müßte. Es kann deshalb bei ihnen auch keine Neigung bestehen, zur Abwehr der Ausperrung ihre Forderungen zu reduzieren. Andererseits sind die Unternehmer gezwungen, die Ausperrung vorzunehmen, wenn keine Einigung erfolgt. Jedenfalls können die Arbeiter mit dieser Wendung der Dinge zufrieden sein.

#### Die Fleischpreise steigen.

Wie die amtlichen Nachweisungen über die Durchschnittspreise an 50 preussischen Marktorten ergeben, sind die Fleischpreise im September gegen August dieses Jahres wiederum gestiegen. Die

Zusammenstellungen zeigen das folgende Bild. Es kostete 1 Kilogramm Pfennige:

	erste Hälfte		
	Septbr. 1909	August 1910	Septbr. 1910
<b>Rindfleisch</b> von der Keule . . . . .	160,6	175,8	181,1
vom Bug . . . . .	156,8	161,2	168,1
vom Bauch . . . . .	180,4	146,1	149,9
im Durchschnitt . . . . .	150,6	163,1	168,7
<b>Kalbfleisch</b> von der Keule . . . . .	180,8	190,9	194,8
vom Bug . . . . .	163,5	173,8	176,5
im Durchschnitt . . . . .	174,7	183,9	187,5
<b>Lammfleisch</b> von der Keule . . . . .	174,9	181,6	181,3
vom Bug . . . . .	162,6	163,8	164,6
im Durchschnitt . . . . .	170,0	174,3	174,6
<b>Schweinefleisch</b> von der Keule . . . . .	183,0	179,8	181,0
vom Bug . . . . .	171,9	167,2	168,4
Kopf, Bein . . . . .	80,0	86,3	87,8
Rückensett . . . . .	165,6	156,9	160,6
im Durchschnitt . . . . .	163,3	162,1	163,2
<b>Kopffleisch</b> . . . . .	75,1	75,8	76,0

Der Landwirtschaftsminister redet von mäßigen Preisen und von unberechtigten Klagen über Preisnot. Das darf nicht vergessen werden.

Die Handelskammer Frankfurt (Main) hat an den Magistrat der Stadt die Aufforderung gerichtet, bei den Behörden wegen Erleichterung der Fleischzufuhr vorstellig zu werden. In ihrer Eingabe sagt sie u. a.: „... nicht nur die Einfuhrverbote und -Erschwerungen wirken in ungünstigem Sinne auf die Einfuhr ausländischen Viehes und Fleisches ein, sondern in ähnlicher Weise geschieht dies durch die seit 1906 in Kraft befindlichen hohen Vieh- und Fleischzölle. Lebendes Vieh unterliegt mit Ausnahme der Schweine, die 9 M. Zoll zahlen müssen, einem Eingangszoll von 8 M. für 100 Kilogramm Lebendgewicht. Frisches und geläutertes Fleisch wird mit einem Zoll von 27 M. für 100 Kilogramm belegt. Gefrorenes und gepökeltes Fleisch zahlt 35 M. für 100 Kilogramm; Schweinefleisch, frisch oder gepökel, 30 M. für die gleiche Gewichtsmenge. Die Zollbelastung des Fleisches ist mithin eine sehr erhebliche. Wie jedoch bereits oben erwähnt, ist die Einfuhr von frischem Fleisch aus bestimmten Ländern verboten.“

In wie einschneidender Weise diese Abspernmahregeln auf die Gestaltung der Viehpreise einwirken, zeigt die Entwicklung der Großviehpreise auf dem hiesigen Viehmarkt seit 1901. Es kosteten im Durchschnitt der letzten Vierteljahre hier pro 100 Kilogramm:

Jahr	vollfleischige Ochsen		vollfleischige Kühe	
	1901	1902	1903	1904
1901	139,3 M.	121,1 M.	175,8	168,0
1902	141,9	126,3	164,0	146,8
1903	146,3	131,1	159,5	141,3
1904	145,3	135,2	163,0	145,3
1905	163,0	142,7		

Als unmittelbare Folge der Einführung des Fleischbeschaugesetzes im Jahre 1902 zeigt sich eine Aufwärtsbewegung der Viehpreise, die mit dem Inkrafttreten des neuen Jolltarifgesetzes zu dauernden Preissteigerungen führt.

#### Wissenschaft und Industrie.

Auf dem dieser Tage abgehaltenen Kongreß deutscher Naturforscher und Ärzte hat man sich auch über das von Professor Ehrlich erfundene Mittel zur Bekämpfung der Syphilis unterhalten

und das Hata-Präparat günstig beurteilt. Die Folge davon war, daß die Aktien der Höpfer Farbwerke, die, wie unseren Lesern bereits bekannt ist, die wirtschaftliche Ausbeutung dieses Präparats erworben haben — Professor Ehrlich soll an dem Werke übrigens auch sehr stark beteiligt sein — um circa 20 Proz. in Kurse stiegen. Für die Aktionäre bedeutet die Erfindung ein feines Geschäft. Der Gefühl Ueberschwang war so stark, daß die Begeisterung für Höpfer Aktien sogar die Kurse der Papiere anderer chemischer Werke mit in die Höhe riß.

#### Schmiergelder.

In der „Neuen Freien Presse“ ist das folgende Inserat zu lesen: **Personlichkeiten, Einläufer von Kohle.** welche bei ihren industriellen Unternehmungen den Schluß auf eine erfrischende oberösterreichische Kohle von besonderer Heizkraft perfektionieren, erhalten von oberösterreichischer Grube nach je 100 Waggons 1000 Kronen als Honorar. Aufziffern unter „Größe Discretion gegenseitig“.

Der Export Oberösterreichs nach Desterreich ist wegen der geographischen Lage bis zu einem gewissen Grade berechtigt. Doch gehen die oberösterreichischen Rechen weit über dieses Maß hinaus. Sie haben besonders in den letzten Jahren ihre Produktion direkt in Desterreich vertrieben. Sie verkaufen in das österreichische Freilandgebiet zu Preisen, die nur 60 Proz. der im Inlande geforderten betragen. Dazu zahlen sie jetzt noch etwa den sechsten Teil des Erlöses als Schmiergeld wieder zurück. Die Abstoßung großer Produktionsmengen über die Grenze macht den deutschen Markt frei. Das Verfahren ermöglicht der Oberösterreichischen Kohlenkonvention, die inländischen Preise auf ihrem höchsten Niveau zu halten. Was in Desterreich darauf geht, wird in Deutschland zehnfach wieder hereingeholt, und die kleine Ausgabe an Bestechungsgeldern für die Beamten der österreichischen Industrie macht sich zuletzt noch sehr gut bezahlt. In Deutschland aber jammern die oberösterreichischen Werke über die hohen Frachten, die ihnen einen Wettbewerbs mit der englischen Kohle in Berlin unmöglich machen. Sie sollten zu den Preisen nach Abzug der Schmiergelder verkaufen, wie sie es im Freiland tun, so würden sie jeder Konkurrenz überlegen sein. Aber um die inländischen Konsumenten zu können, pfeifen sie auf den „Schutz der nationalen Arbeit“.

**Elektrizität in Norwegen.** Die norwegische Aktiengesellschaft für elektrochemische Industrie, die zurzeit ein Kapital von 1 1/2 Millionen Kronen besitzt und kürzlich die Patente des schwedischen Ingenieurs Grünwald zur Herstellung von Stahl auf elektrischem Wege erworben hat, will die Herstellung von Stahl und Eisen durch elektrische Schmelzung aufnehmen. An allen Plätzen der Küste, wo die Verhältnisse günstig sind, sollen Stahlwerke errichtet werden. Die Kommunalverwaltung der Stadt Bergen hat nach dem „Fbg. Norr.“ mit der Aktiengesellschaft Rorsl Elektrisk u. Brown, Boveri u. Co. in Christiania einen Vertrag auf Lieferung einer elektrischen Kraftübertragungsanlage bei den Samnager-Fällen abgeschlossen. Die Anlage wird vorläufig auf 10 500 PS ausgebaut, kann später aber auf 28 000 PS erweitert werden. Die Fernleitung ist 35 Kilometer lang, die Spannung beträgt 50 000 Volt. Ferner hat die genannte Gesellschaft mit dem kommunalen Elektrizitätswerk der Stadt Hamar die Lieferung von elektrischen Kraftmaschinen abgeschlossen. Weiter wurde kürzlich bei der Gesellschaft eine Kraftübertragungsanlage von Stollenborg nach Sande zum Betrieb einer Holzschleiferei und die elektrische Kraftanlage dazu bestellt. Die Anlage ist auf 6000 PS bemessen.

GEGRÜNDET 1867



Jerusalem Str. 38-39  
Friedrich-Straße 75  
Potsdamer Straße 2  
Taentzien-Straße 19a  
König-Straße 25-26  
Schöneberg, Hauptstr. 146

Oktober 1910:  
**RIXDORF,**  
Bergstraße 25-26

Zentrale und Versand:  
Jerusalem Str. 38-39

Orthopädische Abteilung  
Institut

für Herstellung von Maß-Schuhwerk und Plattfuß-Einlagen nach individuellen Fußabdrücken unter spezialärztlicher Ueberwachung. Kostenlose ärztliche Sprechstunden wochentags von 4 1/2 bis 7 Uhr in den Geschäftsräumen Jerusalem Str. 38-39

## Für die Herbst-Saison

Die diesjährige Herbstmode bringt wiederum eine Fülle von Neuheiten, die in den Stillerschen Geschäften in unübertrefflicher Reichhaltigkeit vertreten sind. Erstklassige Qualität, vorzügliche Paßform und konkurrenzlose Preiswürdigkeit bilden auch hier die Eigenschaften, die den „Stiller-Stiefel“ charakterisieren.

### Phantasie- und Luxus-Schuhe für Damen

Pariser Originale sowie deutsche und Wiener Modelle im französischen und amerikanischen Geschmack.

### Abend-Schuhe für Theater, Ball u. Gesellschaft

Sehenswerte, reichhaltige Auswahl.

### Feine Damen-Strümpfe □ Aparte Schuh-Schnallen

Beste Pariser und deutsche Fabrikate

Haupt-Preislagen für Damen- und Herren-Stiefel

10<sup>50</sup>      12<sup>50</sup>      15<sup>50</sup>      18<sup>00</sup>

## Naturgemäße Kinder-Stiefel

Vorschriftsmäßige Kinder-Tanzschuhe

Der reichillustrierte Haupt-Katalog wird kostenfrei versandt.

# Kredit!

# Möbel

vom einfachsten bis zum elegantesten.  
Ganze Einrichtungen, sowie Ersatzstücke  
Polsterwaren, Teppiche, Gardinen, Stores,  
Betten, Steppdecken, Tischdecken usw.

VON  
**5 Mark**  
Anzahlung  
an

# Kredit

für

## jedermann bei geringer An- und Abzahlung

# C. Wachsmann & Co.

Reinickendorfer Straße 15, Ecke Ravenéstraße, neben der Feuerwache.

# Kredit!

# Garderobe

für Herren, Damen und Kinder

## Einsegnungs-Staat

\* Schuhwaren \* Kinderwagen \*

VON  
**1 Mark**  
wöchentliche  
Abzahlung  
an

### Jedes Wort 10 Pfennig.

Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellensuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

## Kleine Anzeigen

### ANZEIGEN

Für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69, bis 5 Uhr angenommen.

### Verkäufe.

Durch Raub und Brand beschädigte Gardinen, Stores, Tischdecken, Baddecken, 1,75, 2,25, 2,85, 3,75, 4,85, 5,50, 6,75 ufm.

**Erbsäulen** und **Wandpaletots** von 5 Mark (siehe oben) von 1,50, Gebirgsanzüge von 12,00, Fracks von 2,50, sowie für kopulante Figuren. Neue Garderobe zu namengebigen Preisen, aus Pfandbüchern verlassene Sachen kauft man am billigsten bei Noh, Mühlstraße 14.

**Radfahrräder.** Wir empfehlen den Freunden des Sports: Mittelklasse Karte für Rad- und Motorfahrer von Berlin und weiterer Umgebung, aus Leinen gezogen Preis 1,75 R. (zusammenlegbar). - Karte für Rad- und Motorfahrer von Brandenburg, auf Leinen gezogen und zusammenlegbar 2,50 R. Expedition des „Vorwärts“, Lindenstraße 69, Laden.

**Monatsanzüge, Paletots**, wenig getragen, von 6 Mark an, große Auswahl für jede Figur, auch neue elegante Garderobe aus erster Hand, 2,50 bis 6,75 ufm. Exped. des „Vorwärts“, Lindenstraße 69, Laden.

**Monatsanzüge, Paletots**, wenig getragen, von 6 Mark an, große Auswahl für jede Figur, auch neue elegante Garderobe aus erster Hand, 2,50 bis 6,75 ufm. Exped. des „Vorwärts“, Lindenstraße 69, Laden.

**Leppiche, Vortiere, Gardinen, Steppdecken, Wandpaletots, Düsterstoffe, Brautkleider, Sportkleider, Preisliste wegen Ausladung. Potsdamerstraße 100, Hücker, Reiter Monat.** „Vorwärts“-Leier Extrarabatt. 1071R

**Wäsche, Wollwaren, prima, billig, Abzahlung, glänzend, Dellmann, Gollnowstraße 26.** 320R

**Leppich, Vortiere, Gardinen, Steppdecken, Wandpaletots, Düsterstoffe, Brautkleider, Sportkleider, Preisliste wegen Ausladung. Potsdamerstraße 100, Hücker, Reiter Monat.** „Vorwärts“-Leier Extrarabatt. 1071R

**Wäsche, Wollwaren, prima, billig, Abzahlung, glänzend, Dellmann, Gollnowstraße 26.** 320R

**Leppich, Vortiere, Gardinen, Steppdecken, Wandpaletots, Düsterstoffe, Brautkleider, Sportkleider, Preisliste wegen Ausladung. Potsdamerstraße 100, Hücker, Reiter Monat.** „Vorwärts“-Leier Extrarabatt. 1071R

**Wäsche, Wollwaren, prima, billig, Abzahlung, glänzend, Dellmann, Gollnowstraße 26.** 320R

**Leppich, Vortiere, Gardinen, Steppdecken, Wandpaletots, Düsterstoffe, Brautkleider, Sportkleider, Preisliste wegen Ausladung. Potsdamerstraße 100, Hücker, Reiter Monat.** „Vorwärts“-Leier Extrarabatt. 1071R

**Wäsche, Wollwaren, prima, billig, Abzahlung, glänzend, Dellmann, Gollnowstraße 26.** 320R

**Leppich, Vortiere, Gardinen, Steppdecken, Wandpaletots, Düsterstoffe, Brautkleider, Sportkleider, Preisliste wegen Ausladung. Potsdamerstraße 100, Hücker, Reiter Monat.** „Vorwärts“-Leier Extrarabatt. 1071R

**Wäsche, Wollwaren, prima, billig, Abzahlung, glänzend, Dellmann, Gollnowstraße 26.** 320R

**Leppich, Vortiere, Gardinen, Steppdecken, Wandpaletots, Düsterstoffe, Brautkleider, Sportkleider, Preisliste wegen Ausladung. Potsdamerstraße 100, Hücker, Reiter Monat.** „Vorwärts“-Leier Extrarabatt. 1071R

**Wäsche, Wollwaren, prima, billig, Abzahlung, glänzend, Dellmann, Gollnowstraße 26.** 320R

**Leppich, Vortiere, Gardinen, Steppdecken, Wandpaletots, Düsterstoffe, Brautkleider, Sportkleider, Preisliste wegen Ausladung. Potsdamerstraße 100, Hücker, Reiter Monat.** „Vorwärts“-Leier Extrarabatt. 1071R

**Wäsche, Wollwaren, prima, billig, Abzahlung, glänzend, Dellmann, Gollnowstraße 26.** 320R

**Leppich, Vortiere, Gardinen, Steppdecken, Wandpaletots, Düsterstoffe, Brautkleider, Sportkleider, Preisliste wegen Ausladung. Potsdamerstraße 100, Hücker, Reiter Monat.** „Vorwärts“-Leier Extrarabatt. 1071R

**Wäsche, Wollwaren, prima, billig, Abzahlung, glänzend, Dellmann, Gollnowstraße 26.** 320R

**Leppich, Vortiere, Gardinen, Steppdecken, Wandpaletots, Düsterstoffe, Brautkleider, Sportkleider, Preisliste wegen Ausladung. Potsdamerstraße 100, Hücker, Reiter Monat.** „Vorwärts“-Leier Extrarabatt. 1071R

**Wäsche, Wollwaren, prima, billig, Abzahlung, glänzend, Dellmann, Gollnowstraße 26.** 320R

**Leppich, Vortiere, Gardinen, Steppdecken, Wandpaletots, Düsterstoffe, Brautkleider, Sportkleider, Preisliste wegen Ausladung. Potsdamerstraße 100, Hücker, Reiter Monat.** „Vorwärts“-Leier Extrarabatt. 1071R

**Wäsche, Wollwaren, prima, billig, Abzahlung, glänzend, Dellmann, Gollnowstraße 26.** 320R

**Leppich, Vortiere, Gardinen, Steppdecken, Wandpaletots, Düsterstoffe, Brautkleider, Sportkleider, Preisliste wegen Ausladung. Potsdamerstraße 100, Hücker, Reiter Monat.** „Vorwärts“-Leier Extrarabatt. 1071R

**Wäsche, Wollwaren, prima, billig, Abzahlung, glänzend, Dellmann, Gollnowstraße 26.** 320R

**Leppich, Vortiere, Gardinen, Steppdecken, Wandpaletots, Düsterstoffe, Brautkleider, Sportkleider, Preisliste wegen Ausladung. Potsdamerstraße 100, Hücker, Reiter Monat.** „Vorwärts“-Leier Extrarabatt. 1071R

**Wäsche, Wollwaren, prima, billig, Abzahlung, glänzend, Dellmann, Gollnowstraße 26.** 320R

**Leppich, Vortiere, Gardinen, Steppdecken, Wandpaletots, Düsterstoffe, Brautkleider, Sportkleider, Preisliste wegen Ausladung. Potsdamerstraße 100, Hücker, Reiter Monat.** „Vorwärts“-Leier Extrarabatt. 1071R

**Wäsche, Wollwaren, prima, billig, Abzahlung, glänzend, Dellmann, Gollnowstraße 26.** 320R

**Leppich, Vortiere, Gardinen, Steppdecken, Wandpaletots, Düsterstoffe, Brautkleider, Sportkleider, Preisliste wegen Ausladung. Potsdamerstraße 100, Hücker, Reiter Monat.** „Vorwärts“-Leier Extrarabatt. 1071R

**Kindertwagen, Kinderbettstellen, Sportwagen, prachtvoll, sehr preiswert.** Egerstraße 5, Berand, Speicher. 799

**Herrenhüte, Hüte für Herren und Knaben, große Auswahl, billige Preise.** Palm, Gullmacher, Reichenbergerstraße 60. 47

**Monatsanzüge, Wandpaletots, wenig getragen, von 6 Mark an, große Auswahl für jede Figur, auch neue elegante Garderobe aus erster Hand, 2,50 bis 6,75 ufm. Exped. des „Vorwärts“, Lindenstraße 69, Laden.**

**3.50 Weißhüte, neue Seiten 5, - Laten 1,15, Hundlächer, Wandpaletts, Lindenstraße 67. 109/6**

**Andreasstraße 57, Gardinen, Steppdecken, Vortiere, nur Wandpaletts, neben Marktstraße. 100/7**

**Kindertwagen, Gummiräder, 30, - Fahrrad, zusammenlegbar, 6,75, Kleinauswahl, Größere Raten Kaufpreis, Andreasstraße 53, Klei, Straße 15. 128/8**

**Leppich, Vortiere, Gardinen, Steppdecken, Wandpaletots, Düsterstoffe, Brautkleider, Sportkleider, Preisliste wegen Ausladung. Potsdamerstraße 100, Hücker, Reiter Monat.** „Vorwärts“-Leier Extrarabatt. 1071R

**Wäsche, Wollwaren, prima, billig, Abzahlung, glänzend, Dellmann, Gollnowstraße 26.** 320R

**Leppich, Vortiere, Gardinen, Steppdecken, Wandpaletots, Düsterstoffe, Brautkleider, Sportkleider, Preisliste wegen Ausladung. Potsdamerstraße 100, Hücker, Reiter Monat.** „Vorwärts“-Leier Extrarabatt. 1071R

**Wäsche, Wollwaren, prima, billig, Abzahlung, glänzend, Dellmann, Gollnowstraße 26.** 320R

**Leppich, Vortiere, Gardinen, Steppdecken, Wandpaletots, Düsterstoffe, Brautkleider, Sportkleider, Preisliste wegen Ausladung. Potsdamerstraße 100, Hücker, Reiter Monat.** „Vorwärts“-Leier Extrarabatt. 1071R

**Wäsche, Wollwaren, prima, billig, Abzahlung, glänzend, Dellmann, Gollnowstraße 26.** 320R

**Leppich, Vortiere, Gardinen, Steppdecken, Wandpaletots, Düsterstoffe, Brautkleider, Sportkleider, Preisliste wegen Ausladung. Potsdamerstraße 100, Hücker, Reiter Monat.** „Vorwärts“-Leier Extrarabatt. 1071R

**Wäsche, Wollwaren, prima, billig, Abzahlung, glänzend, Dellmann, Gollnowstraße 26.** 320R

**Leppich, Vortiere, Gardinen, Steppdecken, Wandpaletots, Düsterstoffe, Brautkleider, Sportkleider, Preisliste wegen Ausladung. Potsdamerstraße 100, Hücker, Reiter Monat.** „Vorwärts“-Leier Extrarabatt. 1071R

**Wäsche, Wollwaren, prima, billig, Abzahlung, glänzend, Dellmann, Gollnowstraße 26.** 320R

**Leppich, Vortiere, Gardinen, Steppdecken, Wandpaletots, Düsterstoffe, Brautkleider, Sportkleider, Preisliste wegen Ausladung. Potsdamerstraße 100, Hücker, Reiter Monat.** „Vorwärts“-Leier Extrarabatt. 1071R

**Wäsche, Wollwaren, prima, billig, Abzahlung, glänzend, Dellmann, Gollnowstraße 26.** 320R

**Leppich, Vortiere, Gardinen, Steppdecken, Wandpaletots, Düsterstoffe, Brautkleider, Sportkleider, Preisliste wegen Ausladung. Potsdamerstraße 100, Hücker, Reiter Monat.** „Vorwärts“-Leier Extrarabatt. 1071R

**Wäsche, Wollwaren, prima, billig, Abzahlung, glänzend, Dellmann, Gollnowstraße 26.** 320R

**Leppich, Vortiere, Gardinen, Steppdecken, Wandpaletots, Düsterstoffe, Brautkleider, Sportkleider, Preisliste wegen Ausladung. Potsdamerstraße 100, Hücker, Reiter Monat.** „Vorwärts“-Leier Extrarabatt. 1071R

**Wäsche, Wollwaren, prima, billig, Abzahlung, glänzend, Dellmann, Gollnowstraße 26.** 320R

**Leppich, Vortiere, Gardinen, Steppdecken, Wandpaletots, Düsterstoffe, Brautkleider, Sportkleider, Preisliste wegen Ausladung. Potsdamerstraße 100, Hücker, Reiter Monat.** „Vorwärts“-Leier Extrarabatt. 1071R

**Wäsche, Wollwaren, prima, billig, Abzahlung, glänzend, Dellmann, Gollnowstraße 26.** 320R

**Leppich, Vortiere, Gardinen, Steppdecken, Wandpaletots, Düsterstoffe, Brautkleider, Sportkleider, Preisliste wegen Ausladung. Potsdamerstraße 100, Hücker, Reiter Monat.** „Vorwärts“-Leier Extrarabatt. 1071R

**Wäsche, Wollwaren, prima, billig, Abzahlung, glänzend, Dellmann, Gollnowstraße 26.** 320R

**Leppich, Vortiere, Gardinen, Steppdecken, Wandpaletots, Düsterstoffe, Brautkleider, Sportkleider, Preisliste wegen Ausladung. Potsdamerstraße 100, Hücker, Reiter Monat.** „Vorwärts“-Leier Extrarabatt. 1071R

**Wäsche, Wollwaren, prima, billig, Abzahlung, glänzend, Dellmann, Gollnowstraße 26.** 320R

**Leppich, Vortiere, Gardinen, Steppdecken, Wandpaletots, Düsterstoffe, Brautkleider, Sportkleider, Preisliste wegen Ausladung. Potsdamerstraße 100, Hücker, Reiter Monat.** „Vorwärts“-Leier Extrarabatt. 1071R

**Wäsche, Wollwaren, prima, billig, Abzahlung, glänzend, Dellmann, Gollnowstraße 26.** 320R

**Leppich, Vortiere, Gardinen, Steppdecken, Wandpaletots, Düsterstoffe, Brautkleider, Sportkleider, Preisliste wegen Ausladung. Potsdamerstraße 100, Hücker, Reiter Monat.** „Vorwärts“-Leier Extrarabatt. 1071R

**Wäsche, Wollwaren, prima, billig, Abzahlung, glänzend, Dellmann, Gollnowstraße 26.** 320R

**Leppich, Vortiere, Gardinen, Steppdecken, Wandpaletots, Düsterstoffe, Brautkleider, Sportkleider, Preisliste wegen Ausladung. Potsdamerstraße 100, Hücker, Reiter Monat.** „Vorwärts“-Leier Extrarabatt. 1071R

**Citrostraße 2, nahe der Lützowstraße, im Laden erhalten Sie solide gearbeitete Möbel jeder Art, wofür jede gewünschte Garantie übernommen, zu außergewöhnlich billigen Preisen. Solide Leuten gewöhnte Teilzahlung mit nur geringem Aufschlag. Bei größerer Anzahlung auch ohne Aufschlag. Beschäftigung ohne Kaufzwang erbeten. J. Kistler.**

**Schränke, Vertikale, Bettstellen, Küchen, Tische, Tische, Schwebel, Straße 26. 4100\***

**Günstige Gelegenheit! Durch Kleinenlager ist es mir möglich, 150 komplette Einrichtungen zu außergewöhnlich billigen Preisen zu verkaufen, darunter 150 Kleiderkäufe 29 Mark, 200 englische Schränke mit Spiegel 59 Mark, 145 englische Betten mit Matratzen 44 Mark, 50 Garnituren, Sofas, Ruhebetten, prima Auslieferung 25 Mark, 137 Schlenkenträume mit Stufen 29 Mark, Herren-, Speise-, Schlafzimmer, Küchen zu nie gekannt billigen Preisen. Möbelabrit N. Hirschow, Stollbergstraße 2, an der Hauptbahn. 1284R**

**Möbel verkauft billig. Wallstraße 7, Lokal. 161\***

**Möbel aller Art, billig, bar oder Teilzahlung. Langjährige Garantie, verkauft Hofers Möbelwerkerei, Dresdenstraße 124, Gassen 37, Rabat. 1300R**

**Küchen, 600, Küchenträumen, Ebonen, Vertikale, Tisch, billig, Polonierstraße 102, Seitenlage III. Abends. 790**

**Kücheneinrichtung, gut erhalten, sofort verkauflich. Eichenholz, Stollberg, Duppelstraße 16. 713**

**Immaginabiler, billig, fast neu, 2 Vertikale, Kleiderkasten, Vertikale, Trueme, Sofa, Tisch, 6 Stühle, komplette Küche, Adolphstraße 30, I links. 260/20**

**Immaginabiler, billig, fast neu, 2 Vertikale, Kleiderkasten, Vertikale, Trueme, Sofa, Tisch, 6 Stühle, komplette Küche, Adolphstraße 30, I links. 260/20**

**Ein gutes Brautpaar kauft seine Möbel, billig, kein Andreasstraße 30, gerader Markt, Dinnahl. 1305R**

**Möbel-Gelegenheitskäufe in allergrößter Auswahl; einfache sowie bessere Wohnzimmereinrichtungen bedeutend billiger wie regulär. Erhaltungsmöbel, Büfette 120, Schreibtische 45, Sofas 45, Garnituren 65, Trueme 20, Schränke, Vertikale 24, Kronen, Leppiche, Silber, Kücheneinrichtung, Kleiderkasten, Leberjos, Umkle, Lederhülle usw. (potentiell), Emerit's Möbelwerkerei, Leberjosstraße 55, Rosenhüter Tor. Die Möbel sind in vier Tagen aufgelistet. 1266R**

**Möbel-Gelegenheitskäufe in allergrößter Auswahl; einfache sowie bessere Wohnzimmereinrichtungen bedeutend billiger wie regulär. Erhaltungsmöbel, Büfette 120, Schreibtische 45, Sofas 45, Garnituren 65, Trueme 20, Schränke, Vertikale 24, Kronen, Leppiche, Silber, Kücheneinrichtung, Kleiderkasten, Leberjos, Umkle, Lederhülle usw. (potentiell), Emerit's Möbelwerkerei, Leberjosstraße 55, Rosenhüter Tor. Die Möbel sind in vier Tagen aufgelistet. 1266R**

**Möbel-Gelegenheitskäufe in allergrößter Auswahl; einfache sowie bessere Wohnzimmereinrichtungen bedeutend billiger wie regulär. Erhaltungsmöbel, Büfette 120, Schreibtische 45, Sofas 45, Garnituren 65, Trueme 20, Schränke, Vertikale 24, Kronen, Leppiche, Silber, Kücheneinrichtung, Kleiderkasten, Leberjos, Umkle, Lederhülle usw. (potentiell), Emerit's Möbelwerkerei, Leberjosstraße 55, Rosenhüter Tor. Die Möbel sind in vier Tagen aufgelistet. 1266R**

**Möbel-Gelegenheitskäufe in allergrößter Auswahl; einfache sowie bessere Wohnzimmereinrichtungen bedeutend billiger wie regulär. Erhaltungsmöbel, Büfette 120, Schreibtische 45, Sofas 45, Garnituren 65, Trueme 20, Schränke, Vertikale 24, Kronen, Leppiche, Silber, Kücheneinrichtung, Kleiderkasten, Leberjos, Umkle, Lederhülle usw. (potentiell), Emerit's Möbelwerkerei, Leberjosstraße 55, Rosenhüter Tor. Die Möbel sind in vier Tagen aufgelistet. 1266R**

**Möbel-Gelegenheitskäufe in allergrößter Auswahl; einfache sowie bessere Wohnzimmereinrichtungen bedeutend billiger wie regulär. Erhaltungsmöbel, Büfette 120, Schreibtische 45, Sofas 45, Garnituren 65, Trueme 20, Schränke, Vertikale 24, Kronen, Leppiche, Silber, Kücheneinrichtung, Kleiderkasten, Leberjos, Umkle, Lederhülle usw. (potentiell), Emerit's Möbelwerkerei, Leberjosstraße 55, Rosenhüter Tor. Die Möbel sind in vier Tagen aufgelistet. 1266R**

**Möbel-Gelegenheitskäufe in allergrößter Auswahl; einfache sowie bessere Wohnzimmereinrichtungen bedeutend billiger wie regulär. Erhaltungsmöbel, Büfette 120, Schreibtische 45, Sofas 45, Garnituren 65, Trueme 20, Schränke, Vertikale 24, Kronen, Leppiche, Silber, Kücheneinrichtung, Kleiderkasten, Leberjos, Umkle, Lederhülle usw. (potentiell), Emerit's Möbelwerkerei, Leberjosstraße 55, Rosenhüter Tor. Die Möbel sind in vier Tagen aufgelistet. 1266R**

**Möbel-Gelegenheitskäufe in allergrößter Auswahl; einfache sowie bessere Wohnzimmereinrichtungen bedeutend billiger wie regulär. Erhaltungsmöbel, Büfette 120, Schreibtische 45, Sofas 45, Garnituren 65, Trueme 20, Schränke, Vertikale 24, Kronen, Leppiche, Silber, Kücheneinrichtung, Kleiderkasten, Leberjos, Umkle, Lederhülle usw. (potentiell), Emerit's Möbelwerkerei, Leberjosstraße 55, Rosenhüter Tor. Die Möbel sind in vier Tagen aufgelistet. 1266R**

**Möbel-Gelegenheitskäufe in allergrößter Auswahl; einfache sowie bessere Wohnzimmereinrichtungen bedeutend billiger wie regulär. Erhaltungsmöbel, Büfette 120, Schreibtische 45, Sofas 45, Garnituren 65, Trueme 20, Schränke, Vertikale 24, Kronen, Leppiche, Silber, Kücheneinrichtung, Kleiderkasten, Leberjos, Umkle, Lederhülle usw. (potentiell), Emerit's Möbelwerkerei, Leberjosstraße 55, Rosenhüter Tor. Die Möbel sind in vier Tagen aufgelistet. 1266R**

**Möbel-Gelegenheitskäufe in allergrößter Auswahl; einfache sowie bessere Wohnzimmereinrichtungen bedeutend billiger wie regulär. Erhaltungsmöbel, Büfette 120, Schreibtische 45, Sofas 45, Garnituren 65, Trueme 20, Schränke, Vertikale 24, Kronen, Leppiche, Silber, Kücheneinrichtung, Kleiderkasten, Leberjos, Umkle, Lederhülle usw. (potentiell), Emerit's Möbelwerkerei, Leberjosstraße 55, Rosenhüter Tor. Die Möbel sind in vier Tagen aufgelistet. 1266R**

**Möbel-Gelegenheitskäufe in allergrößter Auswahl; einfache sowie bessere Wohnzimmereinrichtungen bedeutend billiger wie regulär. Erhaltungsmöbel, Büfette 120, Schreibtische 45, Sofas 45, Garnituren 65, Trueme 20, Schränke, Vertikale 24, Kronen, Leppiche, Silber, Kücheneinrichtung, Kleiderkasten, Leberjos, Umkle, Lederhülle usw. (potentiell), Emerit's Möbelwerkerei, Leberjosstraße 55, Rosenhüter Tor. Die Möbel sind in vier Tagen aufgelistet. 1266R**

**Möbel-Gelegenheitskäufe in allergrößter Auswahl; einfache sowie bessere Wohnzimmereinrichtungen bedeutend billiger wie regulär. Erhaltungsmöbel, Büfette 120, Schreibtische 45, Sofas 45, Garnituren 65, Trueme 20, Schränke, Vertikale 24, Kronen, Leppiche, Silber, Kücheneinrichtung, Kleiderkasten, Leberjos, Umkle, Lederhülle usw. (potentiell), Emerit's Möbelwerkerei, Leberjosstraße 55, Rosenhüter Tor. Die Möbel sind in vier Tagen aufgelistet. 1266R**

**Möbel-Gelegenheitskäufe in allergrößter Auswahl; einfache sowie bessere Wohnzimmereinrichtungen bedeutend billiger wie regulär. Erhaltungsmöbel, Büfette 120, Schreibtische 45, Sofas 45, Garnituren 65, Trueme 20, Schränke, Vertikale 24, Kronen, Leppiche, Silber, Kücheneinrichtung, Kleiderkasten, Leberjos, Umkle, Lederhülle usw. (potentiell), Emerit's Möbelwerkerei, Leberjosstraße 55, Rosenhüter Tor. Die Möbel sind in vier Tagen aufgelistet. 1266R**

**Möbel-Gelegenheitskäufe in allergrößter Auswahl; einfache sowie bessere Wohnzimmereinrichtungen bedeutend billiger wie regulär. Erhaltungsmöbel, Büfette 120, Schreibtische 45, Sofas 45, Garnituren 65, Trueme 20, Schränke, Vertikale 24, Kronen, Leppiche, Silber, Kücheneinrichtung, Kleiderkasten, Leberjos, Umkle, Lederhülle usw. (potentiell), Emerit's Möbelwerkerei, Leberjosstraße 55, Rosenhüter Tor. Die Möbel sind in vier Tagen aufgelistet. 1266R**

**Möbel-Gelegenheitskäufe in allergrößter Auswahl; einfache sowie bessere Wohnzimmereinrichtungen bedeutend billiger wie regulär. Erhaltungsmöbel, Büfette 120, Schreibtische 45, Sofas 45, Garnituren 65, Trueme 20, Schränke, Vertikale 24, Kronen, Leppiche, Silber, Kücheneinrichtung, Kleiderkasten, Leberjos, Umkle, Lederhülle usw. (potentiell), Emerit's Möbelwerkerei, Leberjosstraße 55, Rosenhüter Tor. Die Möbel sind in vier Tagen aufgelistet. 1266R**

**Möbel-Gelegenheitskäufe in allergrößter Auswahl; einfache sowie bessere Wohnzimmereinrichtungen bedeutend billiger wie regulär. Erhaltungsmöbel, Büfette 120, Schreibtische 45, Sofas 45, Garnituren 65, Trueme 20, Schränke, Vertikale 24, Kronen, Leppiche, Silber, Kücheneinrichtung, Kleiderkasten, Leberjos, Umkle, Lederhülle usw. (potentiell), Emerit's Möbelwerkerei, Leberjosstraße 55, Rosenhüter Tor. Die Möbel sind in vier Tagen aufgelistet. 1266R**

**Möbel-Gelegenheitskäufe in allergrößter Auswahl; einfache sowie bessere Wohnzimmereinrichtungen bedeutend billiger wie regulär. Erhaltungsmöbel, Büfette 120, Schreibtische 45, Sofas 45, Garnituren 65, Trueme 20, Schränke, Vertikale 24, Kronen, Leppiche, Silber, Kücheneinrichtung, Kleiderkasten, Leberjos, Umkle, Lederhülle usw. (potentiell), Emerit's Möbelwerkerei, Leberjosstraße 55, Rosenhüter Tor. Die Möbel sind in vier Tagen aufgelistet. 1266R**

**Möbel-Gelegenheitskäufe in allergrößter Auswahl; einfache sowie bessere Wohnzimmereinrichtungen bedeutend billiger wie regulär. Erhaltungsmöbel, Büfette 120, Schreibtische 45, Sofas 45, Garnituren 65, Trueme 20, Schränke, Vertikale 24, Kronen, Leppiche, Silber, Kücheneinrichtung, Kleiderkasten, Leberjos, Umkle, Lederhülle usw. (potentiell), Emerit's Möbelwerkerei, Leberjosstraße 55, Rosenhüter Tor. Die Möbel sind in vier Tagen aufgelistet. 1266R**

**Möbel! Für Draufleute günstige Gelegenheit, sich Möbel anzuschaffen. Mit kleinster Anzahlung geben schon Stube und Küche. An jedem Stück deutscher Arbeit. Überausleistung dabei aufgeschlossen. Bei Krankheitsfällen und Arbeitslosigkeit anerkannt größte Rücksicht. Möbelgeschäft W. Goldhaub, Postenstraße 38, Ecke Genschenstraße. Kein Abzahlungsgeschäft! 2901R**

**Es geht zu Ende! Wer noch eine Einrichtung oder einzelnes Möbelstück der Stoffe billig kaufen will, der muß schnellst! Postenstraße 38, Genschenstraße 38, Möbelgeschäft W. Goldhaub, Postenstraße 38, Ecke Genschenstraße. Kein Abzahlungsgeschäft! 2901R**

**Möbliertes Zimmer, Penzils, nach vorn, 1-2 Herren, Krause, Trummelstraße 56, II. 7100**

**Möbliertes Zimmer, Herrin, 11,00, Feigenstraße 107, vorn IV. Winter.**

**Freundliches Zimmer, 2 Herren oder Damen, Feiler, Dantelstr. 206.**

**Schön möbliertes Schlafzimmer an 2 Herren, 15,00, Waldstraße 35, vorn IV rechts. Geng. \***

**Möbliertes Zimmer für zwei Herren, 12 Mark mit Koffer, Paul Sauerbrey, Postenstraße 9, Seitenlage III. 77**

**Möbliertes Schlafzimmer Adalbertstraße 35, II rechts. 77\***

**Möbliertes Zimmer, 1-2 Herren, Dresdenstraße 30, II links. 100/9**

**Möbliertes Zimmer, Penzils, nach vorn, 1-2 Herren, Krause, Trummelstraße 56, II. 7100**

**Möbliertes Zimmer, Herrin, 11,00, Feigenstraße 107, vorn IV. Winter.**

**Freundliches Zimmer, 2 Herren oder Damen, Feiler, Dantelstr. 206.**

**Schön möbliertes Schlafzimmer an 2 Herren, 15,00, Waldstraße 35, vorn IV rechts. Geng. \***

**Möbliertes Zimmer für zwei Herren, 12 Mark mit Koffer, Paul Sauerbrey, Postenstraße 9, Seitenlage III. 77**

**Möbliertes Schlafzimmer Adalbertstraße 35, II rechts. 77\***

**Möbliertes Zimmer, 1-2 Herren, Dresdenstraße 30, II links. 100/9**

**Möbliertes Zimmer, Penzils, nach vorn, 1-2 Herren**

### Aus der Reichsversicherungsordnungskommission des Reichstages.

Sitzung am Freitag, 23. September 1910.

Eine sehr bedenkliche Verschlechterung bedeuten die neuen Bestimmungen der Vorlage über die kleinen Renten.

Danach können Renten in Höhe von ein Fünftel der Vollrente oder weniger auf die voraussichtliche Dauer der Einbuße an Erwerbstätigkeit gewährt werden. Nach Ablauf dieser festgesetzten Zeit hört ohne weiteres die Rentenzahlung auf. Der Verletzte hat dann das Recht, eine neue Feststellung der Rente zu verlangen; jedoch kann er die neue Rente nur für die Zeit nach Annahme des Antrages erlangen.

Unsere Genossen Hoch und Rollenbuhl wiesen nach, daß kein Mensch mit völliger Gewißheit die Dauer der Einbuße an Erwerbstätigkeit in allen Fällen voraussagen kann. Die Berufsgenossenschaften werden daher die Renten nur für kurze Zeit bewilligen, obgleich der Verunglückte länger in seiner Arbeitsfähigkeit beschränkt ist. Wenn dann der Verletzte nicht beizugehen die neue Feststellung der Rente beantragt, verliert er die ihm nach seiner tatsächlichen Einbuße an Erwerbstätigkeit eigentlich zukommende Rente für einige Zeit, wenn nicht für immer. Denn es wird dem Verletzten oft genug nicht möglich sein, den neuen Nachweis der Erwerbsbeschränkung gegenüber den einseitigen Gutachten mancher Vertrauensärzte der Berufsgenossenschaften zu liefern. Demgemäß beantragten unsere Genossen, daß die neuen Bestimmungen gestrichen werden.

Diesen Ausführungen stimmten die Abgeordneten Becker und Dr. Hünke vom Zentrum sowie Abg. Dr. Mugdan von den Liberalen zu. Dagegen traten die Regierungsvertreter lebhaft für die Bestimmungen ein. Schließlich wurde der Antrag der Sozialdemokraten gegen die Stimmen der Konservativen und Nationalliberalen angenommen.

#### Berechnung der Rente

erfolgt nach dem Jahresarbeitsverdienste, den der Verletzte während des letzten Jahres im Betriebe bezogen hat. Soweit der Jahresarbeitsverdienst 1500 M. übersteigt, wird er nur mit einem Drittel angerechnet.

Die Sozialdemokraten beantragten in erster Linie, daß diese Bestimmung gestrichen wird. Für den Fall aber, daß dieser Antrag nicht angenommen werden sollte, forderten sie, daß der Jahresarbeitsverdienst erst, soweit er höher als 2500 M. ist, nur mit einem Drittel angerechnet werden soll. Sie legten eingehend dar, wie ungerecht es ist, daß den verunglückten Arbeitern mit einem Jahresarbeitsverdienst von mehr als 1500 M. für die Berechnung ihrer Rente ein vermindelter Betrag zugrunde gelegt und dadurch die Rente erheblich vermindert wird. Die bürgerlichen Parteien wollten jedoch den Unternehmern nicht eine größere Last als bisher auferden. Daher stimmten sie beide Anträge der Sozialdemokratie nieder.

Dieselben Nationalliberalen, die es für selbstverständlich betrachteten, daß den Arbeitern der Jahresarbeitsverdienst gekürzt wird, beantragten, daß der Jahresarbeitsverdienst nicht gekürzt wird, wenn es sich nicht um Arbeiter, sondern um „bessere“ Personen handelt, die nicht im Betriebe beschäftigt sind, aber im Interesse der Betriebsunternehmer oder der Berufsgenossenschaft die Betriebsstätte besuchen oder auf ihr verkehren und deshalb versichert werden sind. Diese Leute, so führte Abg. Dr. Semler aus, hätten ein recht hohes Einkommen und sie würden schwer geschädigt, wenn man ihnen die Rente in derselben ungünstigen Weise berechnete wie den Arbeitern. — Unsere Genossen antworteten ihm, daß das, was diesen „Herren“ nicht recht ist, auch für die Arbeiter nicht billig sein darf. In beiden Fällen sei die Kürzung des Jahresarbeitsverdienstes ungerecht. Deshalb müßte sie in beiden Fällen beseitigt werden. Wenn sie aber für die Arbeiter bestehen bleibt, könne man sie nicht für die „besseren“ Herren beseitigen. — Der Antrag der Nationalliberalen wurde dann auch gegen ihre Stimmen und die der Konservativen abgelehnt.

#### Jahresarbeitsverdienst

gibt das Dreihundertfache des durchschnittlichen Tagesverdienstes im letzten Jahre vor dem Unfall. War der Verletzte noch kein volles Jahr vor dem Unfall im Betriebe beschäftigt, dann wird in gewissen Fällen der Jahresarbeitsverdienst so berechnet, daß zunächst festgestellt wird, wieviel der Verunglückte in dem Betriebe durchschnittlich pro Arbeitstag verdient hat, und dieser Betrag wird für alle Tage des ganzen Jahres angenommen.

Die Sozialdemokraten beantragten, daß hier nicht der durchschnittliche, sondern der höchste Tagesverdienst maßgebend sein soll. Wenn ein Arbeiter noch nicht ein Jahr im Betriebe beschäftigt war, wird er sich während eines Teiles dieser Zeit eingearbeitet und dann bei Stillsitzen einen außerordentlich geringen Lohn gehabt haben, der nur allmählich bis auf seine normale Höhe angewachsen ist. Daher nähert sich in dieser Zeit nicht der durchschnittliche, sondern der höchste Tagesverdienst am meisten dem normalen Verdienst des Verunglückten. Der Antrag wurde jedoch gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt.

Die Krankenkassen sind verpflichtet, dem verunglückten Arbeiter für die statutenmäßige Zeit, also mindestens 26 Wochen lang, Krankenhilfe zu leisten, wenn nicht die Berufsgenossenschaft selbst die Fürsorge für den Verletzten übernimmt. Die Berufsgenossenschaften müssen dann den Krankenkassen Ersatz zahlen, soweit die Unfallversicherung zur Fürsorge verpflichtet ist. Da aber die gesetzlichen Voraussetzungen für das Krankengeld und die für die Unfallrenten sich nicht beden, sind Streitigkeiten darüber aufgetaucht, ob in solchen Fällen die Berufsgenossenschaften für die Zeit, in der der Verletzte als erwerbsunfähig krank von seinem Krankenarzt erachtet wurde, die Vollrente oder eine geringere Rente zu gewähren hat. Um diese Streitigkeiten zu vermeiden und die Krankenkassen vor Schäden hieraus zu bewahren, wurde auf Antrag der Sozialdemokraten, aber gegen die Stimmen der Konservativen und Nationalliberalen die Bestimmung in die Vorlage aufgenommen, daß für diese Zeit die Vollrente bezahlt werden muß.

#### Waisenrente

soll, wie bisher, ein Fünftel des Jahresarbeitsverdienstes betragen. Die Sozialdemokraten beantragten die Erhöhung der Rente auf ein Drittel des Jahresarbeitsverdienstes. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und des Polen abgelehnt.

Geräte die Witwe wieder, so erhält sie drei Fünftel des Jahresarbeitsverdienstes als Abfindung. Die Sozialdemokraten beantragten die Erhöhung der Abfindung auf den vollen Jahresbeitrag des Arbeitsverdienstes. Der Antrag wurde abgelehnt.

Die Witwe soll keinen Anspruch auf eine Unterstützung haben, wenn die Ehe erst nach dem Unfall geschlossen ist. Es sind aber Fälle vorgekommen, in denen der verunglückte Arbeiter scheinbar wieder ganz hergestellt war und später nach vielen Jahren erst eine solche Verschlechterung seines Zustandes eintrat, daß der Verunglückte daran gestorben ist. Um solche Fälle zu vermeiden,

in denen weder der Verunglückte selbst noch seine Frau bei Eingehung der Ehe an einen so unglücklichen Ausgang haben denken können, beantragten die Sozialdemokraten, daß die Bestimmung über die Entrechnung der Witwe nur dann gelten soll, wenn der Tod des Verunglückten innerhalb des ersten Jahres nach dem Unfall eintritt. In solchen Fällen wird der Zustand des Verunglückten so sein, daß die Ehefrau auf den frühzeitigen Tod des Mannes und die sich hieraus ergebenden Folgen gefaßt sein mußte. Auf diese Weise konnten wenigstens die schlimmsten Ungerechtigkeiten vermieden werden. Trotzdem stimmten auch diesen Antrag das Zentrum, die Konservativen und die Nationalliberalen nieder.

#### Waisenrente

soll, wie bisher, nur an die ehelichen Kinder und für die Kinder einer weiblichen Person, die nicht Ehefrau ist, gewährt werden. Auf Antrag der Sozialdemokraten, aber gegen die Stimmen der Konservativen und Nationalliberalen wurde die Waisenrente auch für die unehelichen Kinder vorgeschrieben, zu dessen Unterhalt der Verunglückte gesetzlich verpflichtet war.

Die Waisenrente wird für die Waisen nur bis zum vollendeten 15. Lebensjahr gewährt. Die Sozialdemokraten beantragten daß die Rente bis zum vollendeten 18. Lebensjahr gewährt werden soll. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt.

#### Die Rente für die Eltern

soll nach wie vor zusammen ein Fünftel des Jahresarbeitsverdienstes betragen. Wenn beide Eltern noch leben, bekommt jeder von ihnen nur die Hälfte von dem, was die Kinder unter 14 Jahren bekommen. Die Sozialdemokraten beantragten, daß die Rente wenigstens auf den Betrag erhöht werde, den die Kinder unter 14 Jahren bekommen, also auf ein Fünftel für jeden. Auch dieser Antrag wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt.

#### Strafe für zuviel Kinder

Die Renten der Hinterbliebenen dürfen zusammen drei Fünftel des Jahresarbeitsverdienstes nicht übersteigen; sonst werden sie gekürzt. Hat also ein Verunglückter außer seiner Frau mehr als zwei Kinder unter 14 Jahren hinterlassen, dann bekommen die Hinterbliebenen doch nur die Rente für drei Personen (3 x 1/5), für die übrigen gibt es nichts. Die Sozialdemokraten wollten den Höchstbetrag auf den vollen Jahresarbeitsverdienst, der Pole auf vier Fünftel erhöhen. Beide Anträge wurden gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Nächste Sitzung morgen.

### Aus der Justizkommission.

Sitzung am Freitag, 23. September 1910.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärte der polnische Abgeordnete Waida, daß er Gegner der Todesstrafe sei. — Zum § 467, der die Ausübungsbestimmungen über die Todesstrafe enthält, liegt ein freisinniger Antrag vor, der verlangt, daß Zuschauer, die kein berechtigtes Interesse an der Hinrichtung haben, bei der Hinrichtung nicht zugelassen werden dürfen. Ferner soll die vollzogene Hinrichtung nicht mehr öffentlich bekannt gemacht werden. — Unsere Genossen beantragten, daß dem Todesstrafenbesitz nur der gewünschte Beschlüß geschickt wird, des weiteren soll die Bestimmung gestrichen werden, nach der der Hinrichtete nur einfach und ohne jede Feierlichkeit bestattet werden darf. Unser Genosse wies darauf hin, daß von der Härte jener Bestimmung auch ein „Hochverräter“ getroffen werden könnte, der doch wohlthätig sein ehelicher Mensch zu sein braucht; denn immer, wenn der Hochverrat gelungen ist, wurde er als eine verdienstliche Tat gehalten. Diese simple Wahrheit brachte einige nationalliberale und konservative Herren gewaltig auf. — Die Regierungsvertreter wendeten sich gegen die Anträge. Nach längerer Debatte wurden alle weitergehenden Anträge mit knapper Mehrheit abgelehnt und nur beschlossen, daß außer dem Geistlichen und dem Verteidiger nichtamtliche Personen bei der Hinrichtung nicht zugelassen werden dürfen.

Ein Antrag Gröber forderte die Einschaltung eines § 471a, der folgenden Wortlaut hatte:

„Gegen Mitglieder gesetzgebender Versammlungen des Deutschen Reiches oder eines Bundesstaates darf während der Sitzungsperiode der Versammlung nur mit deren vorheriger Genehmigung eine Freiheitsstrafe in Vollzug gesetzt werden.“

Jede gegen ein Mitglied solcher Versammlungen vor deren Zusammentritt begonnene Vollstreckung einer Freiheitsstrafe wird auf Verlangen der Versammlung für die Dauer der Sitzungsperiode ausgesetzt.“

Die Regierungsvertreter wiesen auf die schon frühere Erörterung dieser Frage hin, bei der der Bundesrat dazu eine ablehnende Stellung eingenommen habe. Die Stellung des Bundesrats dürfte jetzt noch dieselbe sein, so daß an eine Annahme dieses Paragraphen nicht gut zu denken sei. Im übrigen greife dieser Antrag in die Materie der Versassungsbestimmungen ein und könne die Frage in der Strafprozeßordnung nicht geregelt werden. — Unsere Genossen traten diesen Einwänden aufs entschiedenste entgegen, und sie forderten auf das energischste die Erfüllung dieser selbstverständlichen Forderung. Diesem Verlangen der sozialdemokratischen Mitglieder schloß sich der freisinnige Abgeordnete Raeger voll und ganz an, während die Nationalliberalen wieder allerlei formale Bedenken geltend machten und so um eine klare Stellung herumtamen. Die Konservativen waren natürlich auch dagegen. Zur Ergänzung „warnte“ noch der Staatssekretär Lisco vor der Annahme des Antrages Gröber, der eventuell das ganze Gesetz gefährden würde. In der Abstimmung wurde der Antrag Gröber mit 14 Stimmen gegen 11 angenommen! Dafür stimmten die Zentrumsabgeordneten, der Pole, die Freisinnigen und unsere Genossen, dagegen Konservativen, Nationalliberalen und der Antisemit.

Dem § 476 forderte Abg. Gröber durch die Einbringung eines § 476a, daß dem Beurteilten, der in eine Strafankast untergebracht ist, gegen den dem Gesetz oder der Hausordnung nicht entsprechenden Strafvollzug ein Recht der Beschwerde an das Oberlandesgericht zusteht. — Dagegen wendete sich der Regierungsvertreter, der auf den späteren Erlaß eines Gesetzes über einen einheitlichen Strafvollzug hinwies. Unsere Genossen hielten die Anrufung des Oberlandesgerichts nicht für günstig. Mit der Tendenz des Antrages erklärten sich unsere Genossen selbstverständlich einverstanden, ebenso die Freisinnigen. Den letzteren schien jedoch auch die Strafprozeßordnung nicht die geeignete Stelle dafür zu sein. Der Antrag wurde abgelehnt. — Dem § 479 wurde angesetzt, ob eine Geldstrafe von dem Beurteilten nicht abgearbeitet werden kann. In der zweiten Lesung soll dieser Gedanke weiter verfolgt werden.

Ohne Änderungen wurden die §§ 480 und 481 angenommen, die dazu gestellten sozialdemokratischen Anträge wurden abgelehnt. — Die weiteren Verhandlungen wurden auf den nächsten Montag vertagt.

### Gerichts-Zeitung.

Die schwere Einsturzskatastrovie, die sich am 19. August 1909 auf der Ringbahn zwischen den Stationen Schöneberg und Ebers-

lammer des Landgerichts II unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Seigmann. Auf die Beschuldigung, gegen anerkannte Regeln der Baukunst gefehlt und dadurch die Körperverletzung dreier Personen verschuldet zu haben, hatten sich der Ingenieur Georg Rood und der Ingenieur Franz Reinfeld zu verantworten. Im Sommer 1909 erbaute die Englische Gasgesellschaft einen Gasometer auf Schöneberger Gebiet. Zur Hochführung der Eisentaste diente ein 85 Meter hoher Montagekran. Dieser Gerüsturm war von der Berlin-Anhalter Maschinenbau-Aktiengesellschaft aufgeführt, deren Bauleiter der Angeklagte Rood war. Dieser befand sich in der Zeit vom 6.—15. August auf Reisen, während dieser Zeit hatte der zweite Angeklagte selbständig die Bauleitung unter sich. Dieser Gerüsturm, der in geringerer Höhe schon bei verschiedenen Bauten verwendet worden war, stürzte am 19. August um die Mittagsstunde plötzlich um und fiel der Länge nach über die Gleise der Ringbahn. Die Spitze des Gerüstbaues fiel auf einen gerade vorüberfahrenden Güterzug und zertrümmerte die zwei letzten Abteile des ersten Wagens hinter der Lokomotive. Die letztere selbst blieb unbeschädigt. Bei der Katastrophe erlitt eine Dame einen Herzanfall, drei andere Fahrgäste des Güterzuges wurden verletzt, ohne glücklicherweise dauernden Schaden an ihrer Gesundheit erlitten zu haben. Der ganze Vorfall hatte unter den Fahrgästen eine fürchterliche Panik hervorgerufen, denn die Insassen des Zuges nahmen deutlich wahr, wie der hohe Kran sich zur Seite senkte, einen Augenblick schief in der Luft zu schweben schien und dann herniederfiel. Es ist als ein wahres Wunder zu betrachten, daß durch die Katastrophe nicht unfähliches Unglück angerichtet worden ist. Ueber die Ursachen des Zusammensturzes sind eingehende Ermittlungen in die Wege geleitet worden, die das Ergebnis gehabt haben, daß die beiden Angeklagten die Verantwortung für den Unfall, der seinerzeit großes Aufsehen erregt hat, aufgebürdet bekamen. Das Konstruktionsbüro, welches unter Leitung des Oberingenieurs Bergfeld stand, hatte mit größter Vorsicht die statischen Berechnungen angestellt, auf Grund deren der Kranaubau errichtet wurde, auch das verwendete Material soll einwandfrei gewesen sein. Der Turm war aber ursprünglich nur 67 Meter hoch und es wird behauptet, daß bei der Aufsetzung von noch 18 Metern nicht genügender Sicherheit durch Verschreibungen in Anwendung gekommen sei. Die Angeklagten, die durch Justizrat Hoffmann, Dr. Frhr. v. Liebenstein und Justizrat Dr. Gannett verteidigt wurden, bestritten entschieden jede Schuld. Als Sachverständige waren Ingenieur Georg Rafter, Privatdozent Carl Barnhardt und Ingenieur Victor Kahn geladen, die sich über die entscheidenden technischen Fragen und etwa in Betracht kommende Konstruktionsfehler eingehend äußerten. — Staatsanwalt Gornweg hielt die Angeklagten nach einer mehrstündigen Verweisaufnahme im Sinne der Anklage für überführt und beantragte eine Geldstrafe von je 300 M. Die Verteidiger plädierten auf Freisprechung, da das Unglück durch eine Verletzung unglücklicher Umstände entstanden sei, welche von dem Willen der Angeklagten völlig unabhängig waren. Das Gericht kam nach längerer Beratung in später Nachmittagstunde zu einer Verurteilung beider Angeklagten wegen fahrlässiger Körperverletzung zu einer Geldstrafe von je 200 M.

#### Uniformierte Arbeitswillige.

Wegen einer Notiz mit der Ueberschrift Gendarmen als Streifbroder“ berichtete das polnische Blatt „Soek“ kürzlich, daß die Gendarmen in Moskau anlässlich eines Maurerstreiks selbst die Karren zur Hand nahmen und Ziegelsteine führen usw., und durch diese Handlungsweise das Volk aufgereizt hätten. Es hieß ferner darin, daß, falls die vorgesehene Wehrde nicht in anderer Weise die Gendarmen von ihrer „Langeweile“ befreien könnte, sie dieselben von ihrem Posten entsetzen müßte. Wegen Verleumdung wurde der verantwortliche Redakteur des Blattes, Karpiersti, zu 300 M. Geldstrafe, im Nichtbeitrittssalle zu 50 Tagen Gefängnis verurteilt.

So, nun ist die Ehre der — arbeitswilligen Gendarmen repariert und das Volk ist noch mehr aufgereizt.

### Aus aller Welt.

#### Im Aeroplan über die Alpen.

Seit Beginn dieser Woche sind in Brig (Kanton Wallis) zahlreiche Aviatiker und Sportfreunde versammelt, um dem kühnen Unternehmen — einer Flugfahrt nach Mailand — beizuwohnen. Im Laufe dieser Woche wurden wiederholt Versuche unternommen, den Flug zu vollführen, doch die unberechenbaren Witterungsverhältnisse, Stürme, Regen und Nebel, bildeten schier unüberwindliche Hindernisse. Am Freitag, dem sechsten Tag der Flugkonkurrenz, ist es nun gelungen, zum ersten Male den Stamm der Alpen in einem Aeroplan zu überfliegen. Während auch heute früh — so wird aus Brig berichtet — die Witterungsverhältnisse ziemlich ungünstig waren, und vom Simplon starker Wind gemeldet wurde, hatte sich gegen Mittag fast völlige Windstille eingestellt. Der Aviatiker Weymann fußte kurz nach 1 Uhr auf, um den Flug über die Alpen zu versuchen, er landete jedoch bereits nach einigen Minuten wieder, da sein Apparat in Unordnung geraten war.

Gegen 1 1/2 Uhr stieg auch Chavez auf, erhob sich schnell und überflog 20 Minuten später den Simplonkamm. Sein Apparat hatte einen sehr regelmäßigen Gang, entschwand schnell den Widen der Zushauer und überflog den Paß. Chavez landete nach Ueberwältigung der Gebirgszüge in Domodossola. Leider wurde sein Apparat beim Landen von einem Windstoß erfaßt, durch welchen der Aeroplan vollständig zerstört wurde. Auch Chavez erlitt einige Verletzungen.

Nach einem späteren Telegramm wurde Chavez mit verletztenen Quetschungen und Bruh beider Beine unter den Trümmern hervorgezogen und nach dem Krankenhaus gebracht.

Railand, 23. September. Der Aviatiker Weymann ist in Brig 3 Uhr 43 Minuten nachmittags zum Fluge über den Simplon aufgestiegen.

Railand, 23. September. Nach Meldungen aus Brig ist der Aviatiker Weymann nach einem Fluge von dreizehn Minuten gelandet. Er gedenkt heute nicht mehr aufzusteigen und hat seinen Aeroplan in den Schuppen bringen lassen.

#### „Es hängt Gewicht sich an Gewicht.“

Am Dienstagabend wurde die Verhaftung des Direktors Kohleppel von der durch die Niederdeutsche Bank gegründeten Aktiengesellschaft Braueri Alleania in Romingen vorgenommen. Die Festnahme steht mit dem Konkurs der Niederdeutschen Bank in Verbindung. So sind nun bereits sechs Personen wegen des ungeheuerlichen Dortmund-Bankrochs verhaftet worden und immer ist die Reihe noch nicht abgeschlossen. Einer der Prokuristen der Niederdeutschen Bank, Schwedler, hat sich der Verhaftung durch die Flucht nach der Schweiz entzogen. Von diesem Manne wird jetzt folgende Geschichte erzählt:

Vor einigen Jahren wurde von einer eleganten „Dame“, als sie in einem Goldwarengeschäft ein Armband kaufte, eine Brillantbroche im Werte von 6000 Mark gekauft. Anderen Tages erschien in einem anderen Goldwarengeschäft Schwedler mit der Dame und wollte das gestohlene Stück, das als „altes Erbsstück“ bezeichnet wurde, umarbeiten lassen. Da der Goldarbeiter von dem Diebstahl wußte, erfolgte die Sistierung Schwedlers, der die „Dame“ als seine Haushälterin bezeichnete. Die Diebin bekam von der Strafkammer sechs Monate Gefängnis, Schwedler aber, der schon bei der Niederdeutschen Bank und nach dem Vorfall suspendiert worden war, wurde, als er nicht selbst wegen Hehlerei angeklagt wurde, bei der „Niederdeutschen“ bald wieder eingestellt und brachte es rasch zum Prosperieren.

Die Geschichte mit der Niederdeutschen Bank wird immer mistiger. Die bürgerlichen Lokalblätter haben auf unsere schweren Vorwürfe, daß sie sich durch Wissen und Schweigen mitschuldig an dem Zusammenbruch gemacht haben, noch kein Wort erwidert. Jedes Kind, hieß es und heißt es noch, habe in Dortmund wissen können, wie es um O. H. M. und die „Niederdeutsche“ stand. Die ultramontane „Arenonia“ erklärte, sie habe jedem, der es wissen wollte, gesagt, wie es mit O. H. M. gewesen sei. Also gibt die „Arenonia“ damit auch zu, öffentlich nicht gewarnt zu haben. Und die arglosen Landleute, deren politischer Vertreter die „Arenonia“ doch ist, die katholischen Bauern im Münsterlande, die gar nichts zu wissen begehren, weil sie gläubig waren und darum jetzt schwer geschädigt sind, sind also mit Absicht in der Dummheit erhalten worden.

Die „Arenonia“ hat die Zweifler vor Schaden behütet und die gläubig Dummten, frommen geschädigt! Ihrem eigenen Geständnis nach.

### Großfeuer in Oberschlesien.

Die Stadt Oświęcim wurde gestern von einem schweren Brandunglück heimgesucht. Während ein großer Teil der Einwohnerschaft im benachbarten Bialla den Markt besuchte, entstand an mehreren Stellen gleichzeitig Feuer, das durch den herrschenden Wind rasch Verbreitung fand. Über 30 gefüllte Scheunen und mehrere Befestigungen sind abgebrannt, ein Feuerwehrmann sowie der Besitzer Palat stürzte durch das Dach einer Scheune und verbrannte. Auch viel Vieh ist in den Flammen umgekommen.

### Der Triumphzug der Technik.

Das unbemannte Elektromotorboot „Prinz Ludwig“, das durch Herische Wellen vom Leuchtturm Dugentisch bei Rürnberg aus gesteuert wird, hat, da das Wasser wegen Erwitterung des Schwimmbades in den nächsten Tagen abgelassen wird, gestern für dieses Jahr die Schlussfahrten auf dem Dugentisch vorgenommen. Von viereinhalb Uhr bis sieben Uhr abends — bis zum Einbruch der Nacht — fuhr das Schiff ohne jede Störung nur durch elektrische Wellen dirigiert unbemannt in den verschiedensten Richtungen durch die Fluten. Vorwärts- und Rückwärtsfahren, Rechts- und Linkssteuern konnte mit größter Sicherheit vorgenommen werden; wohl einige hundert mal wurde der Kurs des Schiffes gewechselt und der Schiffsmotor dreißig bis vierzig mal in und außer Betrieb gesetzt. Die Versuche wurden von einem elektrophysikalischen Laboratorium in Nürnberg mit feinen Apparaten ausgeführt.

### Ein Bier-Mas.

Am Eingang zur Schenke und zur Küche des Gasthauses „Lothringer Hof“ in München ist folgender Mas zur Beachtung für die Mieter des fraglichen Anwesens angeheftet worden:

Immobilien-Gesellschaft Leisibrau, München G. m. b. H.  
München, den 9. September 1910.  
Herrn Jos. Karl, Gastwirt, Lothringer Str. 10.  
Bezugnehmend auf Ihren letzten Besuch ersuchen wir Sie höflich, uns gef. die Namen derjenigen Mieter zu mitteilen zu wollen, welche ihr Bier nicht bei Ihnen, also außer dem Hause holen und überhaupt kein Bier holen.

Ihrem baldigen Bescheid entgegengehend zeichnen wir Hochachtung  
Immobilien-Gesellschaft Leisibrau, München, G. m. b. H.  
Was die Mieter des Hauses aus diesem Anschlag entnehmen sollen, ist nicht schwer zu erraten: entweder ihr trinkt Leisibrau, oder ihr werdet an die Luft angeheft! Man muß die Münchener Wohnungsnöte kennen, um die Wirksamkeit dieser Alternative ganz würdigen zu können. Der Wohnungsmangel hat in München ja schon manche eigenartigen Mitten gezeigt, aber mit dieser „Leistung“ des „Leisibraus“ dürfte das Hauspatrum wohl den Gipfel seiner bisherigen Ruhmestaten erklimmen haben.

### Neine Notizen.

Die Cholera. In Apulien sind in den letzten 24 Stunden elf Personen an Cholera erkrankt und zwei gestorben. Genickstarre. An einem auf dem Vorwerk in Kattowitz beschäftigten Kranführer wurde Genickstarre festgestellt, der Erkrankte wurde dem Krankenhaus zugeführt.

Unwetter im Hafen von Fiume. Gestern wütele in Fiume und Umgegend ein großes Unwetter. Im Hafen ereigneten sich mehrere Unfälle. Ein beladenes Segelschiff wurde vom Sturm umgeworfen, ein anderes kenterte. Beide Schiffe sanken. Die Mannschaft konnte nur mit großer Mühe gerettet werden.

Ein Ueberfall auf der Landstraße wird aus Rom gemeldet. 5 Karabinieri von Alcomio in Sizilien sind gestern von einer Bande überfallen worden. Bei dem stattfindenden Kampfe wurde ein Karabiniere getötet, sämtliche andere verletzt. Die Karabinieri töteten einen Räuber und konnten die übrigen in die Flucht schlagen. Es handelt sich um die Bande des Räuberhauptmanns Ballo, welche seit Monaten die ganze Gegend irrisiert.

Tragischer Tod eines Ehepaars. Auf dem Rückwege von der Fiedlersgrube bei Neuthen, wohin sie ihrem ihr vor zwei Monaten angetragenen Ehegatten das Wittagessen gebracht hatte, stürzte die Frau des Grubenarbeiters Czajka aus Scharley in einen tiefen, dicht an der Grube gelegenen Teich. Czajka, der den Vorgang beobachtet hatte, wollte seine Frau retten, erkrankte aber mit dieser.

Ein Greis als Sittlichkeitsverbrecher. Das schamlose Treiben eines Greises beschäftigte die Strafkammer in Schweidnitz. Der 83 Jahre alte Weber Riedel aus Langenbielau verübte an nicht weniger als 6 Schulmädchen Sittlichkeitsverbrechen. Er wurde zu 2 Jahren Gefängnis und 3 Jahren Ehrenverlust verurteilt.

Schwere Explosion. In der Kottweiser Pulverfabrik explodierten gestern nachmittags mehrere Trockenfränke, wodurch das Trockenhaus vernichtet wurde. Zwei Arbeiter wurden getötet. Mehrere Personen erlitten schwere Verletzungen. Ein Arbeiter wird noch vermisst.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 25. September, vormittags 10 Uhr: „Jugendweih“ in Kellers Festsaal, Koppenstr. 29. Festrede von Dr. B. Wille.

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Dienstags Nr. 69, vorn vier Treppen — A. H. S. H. — wochentäglich von 4<sup>1/2</sup> bis 7<sup>1/2</sup> Uhr abends, Sonnabends von 4<sup>1/2</sup> bis 6 Uhr nachmittags statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrag ist ein Sachzettel und eine Zahl als Briefzeichen beizufügen. Persönliche Antworten wird nicht erteilt. Billige Anfragen trage man in der Sprechstunde vor.

Die Frau ist nur verpflichtet, den Uebergang des Geschäftsanteils, unter Vereinbarung des Nachweises dafür, bei der Gesellschaft anzumelden. — P. S. 100. Wir raten, bis zum Ablauf der Vertragsdauer wohnen zu bleiben.

zu bleiben. — P. S. 99. 1. Die im Vertrage enthaltene Kündigungsfrist ist maßgebend. Ist eine solche nicht vereinbart, so ist die von Ihnen genannte Kündigung rechtzeitig. 2. Ja, wenn die Frau zur Bezahlung der Rotten außerstande ist. — P. S. 99. 2. Es kommt auf den Inhalt des Grundbuchblattes an. Lassen Sie sich einen Auszug aus dem Grundbuche kommen. — P. S. 100 und P. S. 26. Wir raten von dem Beitritt zu der genannten Klasse ab. Es laufen fortgesetzt Beschwerden bei uns ein. — P. S. 23. 1. In drei Monaten. 2. Ja, wenn aus den Umständen zu entnehmen war, daß die Keuherung dem Beleidigten galt. 3. Die Frage ist unverständlich. — P. S. 29. Unterlagen Sie das Verlangen für die Zukunft. Geschlecht es demnach, so können Sie Strafanzeige erheben. — Walter 08. A. u. B. Berliner Baedeker. Preis 1 R., erhältlich in der Buchhandlung Bormarts. C. Sie sind zahlungspflichtig. — C. 135. Falls Ihre Darstellung im Protokoll bezeugt wird, können Sie nicht verurteilt werden. — R. S. 20. Nein. — R. S. 51. 1. u. 2. Nein. 3. Unbekannt. — P. S. 1000. Sie können noch jetzt, und zwar binnen längstens drei Monaten von dem Tage ab, an dem Sie Kenntnis erhalten haben, Klage erheben. — R. S. 33. Die länger als vier Jahre zurückliegenden Ansprüche sind verjährt. — P. S. 1. Wir halten Sie nicht für zahlungspflichtig. Beantragen Sie die Aufhebung des Stadtschulds.

Ämtlicher Marktbericht der k. k. Reichs-Rathen-Direktion über den Großhandel in den Central-Markthallen. Markttag: Freitag. Zufuhr genügend, Geschäft ruhig, Preise unverändert. Wild: Zufuhr nicht genügend, Geschäft reger, Preise fest. Geflügel: Zufuhr reichlich, Geschäft lebhaft, Preise befriedigend. Fisch: Zufuhr mäßig, Geschäft ziemlich lebhaft, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zufuhr genügend, Geschäft fast leblos, Preise gedrückt.

### Witterungsübersicht vom 23. September 1910, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer Höhe mm	Wind- richtung	Windstärke	Temper. t. u. g.	Stationen	Barometer Höhe mm	Wind- richtung	Windstärke	Temper. t. u. g.
Eutinende	765 B		3 bedekt	13	Daparnaba	745 B		2 wolkenl	5
Hamburg	768 B. S.		5 bedekt	12	Petersburg	755 B. S.		3 bedekt	8
Berlin	767 B. S.		2 bedekt	13	Seifu	774 B. S.		1 halb bb.	11
Konstanz	770 Still		Rebel	8	St. Petersburg	766 B. S.		2 wolkenl	11
München	770 B		4 Regen	5	Wars	773 B. S.		1 wolkenl	11
Wien	765 B		4 Regen	7					

Wetterprognose für Sonnabend, den 24. September 1910.  
Himmlich mild, aber vorherrschend wolfig mit leichten Regenschauern und lebhaften westlichen Winden.  
Berliner Wetterbureau.

### Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am		Wasserstand	am	
	22. 9.	21. 9.		22. 9.	21. 9.
Remel, Luft	142	142	Saale, Großh.	114	+8
Bregel, Ankersburg	-28	0	Havel, Spandau	82	-2
Wischel, Horn	106	-12	Kathenow	94	0
Oder, Rathen	218	+30	Spree, Spremberg	108	0
„ Krossen	333	-18	Beeslow	161	-2
„ Frankfurt	356	-22	Weser, Minden	47	-4
„ Marihe, Schrumm	49	-3	„ „ „	36	0
„ Landsberg	22	+1	Rhein, Maximilianbau	492	+14
„ Rege, Nordam	-5	-1	„ „ „	299	-8
„ Elbe, Zeitz	82	+16	„ „ „	298	-12
„ Dresden	-36	-4	„ „ „	108	+23
„ Harz	254	-21	„ „ „	—	—
„ Magdeburg	215	-19	„ „ „	—	—

+) + bedeutet Wuchs, — Fall. \*) Unterdegl.  
Von der oberen Oder ist eine neue Anstufung gemeldet worden, die heute früh mit 448 cm am Pegel Rathen die Anstufungshöhe erreichte, wobei der Strom noch flieg.

# Der Ulster das „Mädchen für alles“ unter den Mänteln

Halbschwer aus derbem Plaidstoff, als Zwischending zwischen dem leichten Sommer- und dem schweren Winter-Paletot oder Pelz, wird der Ulster im Herbst angeschafft. Man trägt ihn an kalten Regentagen bis in den Januar hinein und holt ihn, sobald die grosse Kälte nachläßt, wieder hervor. Aber auch während der Sommermonate hat er keine Zeit zu rasten. Als richtiger Strapazier-Mantel, der einen Puff vertragen kann, ist der Ulster der passendste Begleiter beim Sport, auf der Reise, in der Sommerfrische, im Gebirge, an der See. Daher die Mannigfaltigkeit seiner Formen: Der durchgeknöpfte Einreihler, leicht tailliert mit Glocke, der weite, lose Doppeldreihler mit breitem Revers, beides vorzügliche Strassenmäntel. Letztere Form sowie der Auto-Ulster mit Joppen-Kragen, hochgeschlossen, sind speziell für Sport, mit Rückenlasche sehr modern.

### Fertige Ulster

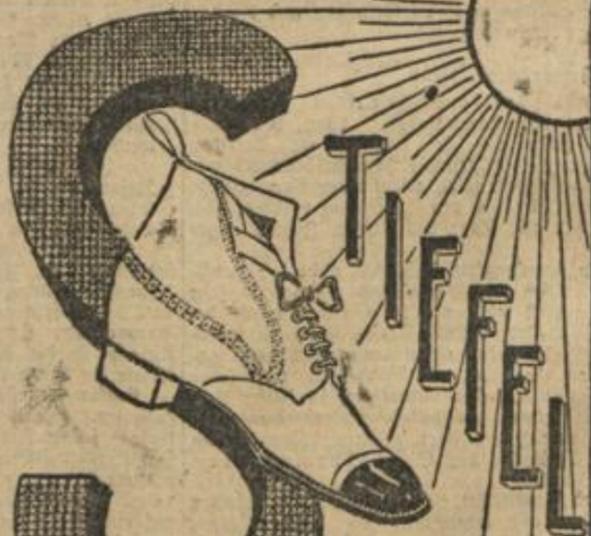
- Gemust. Cheviot ..... 15 M.
- Gestreift. Diagonal-Cheviot 18 M.
- Rauten-Cheviot Pfell- u. Salzmust. 23 M.
- Gemust. Cheviot mit angew. Futter 27 M.
- Zweifarb. Diagonal-Cheviot 32 M.
- Gemustert. Melton-Cheviot 38 M.
- Waben-Cheviot schwarz-grau . . . 42 M.
- Waben-Cheviot m. angewebt. Futter 48 M.
- Reinwoll. engl. Ulsterstoffen 54 M.
- Reinwoll. engl. Ulsterstoffen 60 M.

# GOTTLIEBWEISS

Schöneberg, Hauptstrasse 161, Ecke Stubenrauch- und Kaiser-Friedrichstrasse

# A. Weiss & Co. Nachf.

Jnh. Fritz Priour SCHÖNEBERG Hauptstr. 11. Vöbergstr.



Erstkl. Fabrikate

Moderne Formen

Mässige Preise

### Kinder-Mädchen-Stiefel

Größe	27-30	31-35
Boxloder	5 <sup>50</sup>	6 <sup>50</sup>
Boxcall, prima	6 <sup>75</sup>	7 <sup>75</sup>
Chevreau, prima	6 <sup>95</sup>	8 <sup>00</sup>

Leder-Hauschuhe  
schwarz und braun, Paar 2<sup>25</sup>

Leder-Reiseschuhe  
mit biegsamer Sohle, schwarz u. farbig, Paar 2<sup>45</sup>

### Unsere Special Marken:

### Damen-Stiefel

Chevette	Boxcall	Chevreau und Boxcall
6 <sup>50</sup>	8 <sup>50</sup>	10 <sup>50</sup> 12 <sup>50</sup>

### Herren-Stiefel

Rob-Box	Boxcall	Chevreau und Boxcall
7 <sup>50</sup>	9 <sup>50</sup>	10 <sup>50</sup> 12 <sup>50</sup>

### 10 Mark

monatliche Teilzahlung, liefert elegante Herrengarderobe nach Maß  
J. Tomporowski, Schneidermeister, Studentstr. 110. (Billige Preise.) Kaffe 10%, Rabatt. Auch engl. Damenkostüme u. Paletots.

# Möbel

liefert auf Teilzahlung bequemste bei kleinster Anzahlung in bester Qualität (mit größter Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit)  
E. Cohn, Gr. Frankfurterstr. 58

**Georg Müllers**  
Erstes Atelier für  
mod. Photographie u. Pigmentdrucke  
Köpenick, Schloß-Str. 10,  
vorm. Jägerstr. 6.  
Anfertigung von Vergrößerungen. X  
Aufnahmen von Vereinen u. Festlich-  
keiten, auch außer dem Hause,  
sowie Einrahmungen jeder Art zu  
soliden Preisen.  
**PLATIN:**  
Vis. od. Prinz 1 Dtz. 8,50 M.  
" " " 1/2 " 2,50 " "  
Cab. od. Gris. 1 " 8,50 " "  
" " " 1/2 " 6,00 " "

**G. Scharnow's**  
allbekanntes Uhren- u.  
Goldwarengeschäft  
jetzt Petersburger Str. 70.  
Über 25 Jahre Reichthum.  
Eigene Repar.-Werkstatt.

**Hüte** in allen  
Preislagen.  
**R. Weidner, Hutmacher,**  
Prinzenstr. 57, Dresdener Str.  
Nachtrag wird vergütet.

**Bettfedern**, staubfrei u. geruchlos,  
0,50, 0,60, 0,90, 1,25, 1,50  
**Extra-Preise**  
Halbdaunen weiß 1,75, 2.—, 2,25, 2,50  
Daunen 2,75, 3.—, 3,50 bis 6,50 pr. Pfd.  
Fertige Betten, unerreicht in Größe  
u. Füllung in allen Preislagen.  
Stand von 12 M. an.  
**Inletts in Engros-Preisen.**  
**Bettfedern-Fabrik Werther,**  
nur Gr. Frankfurter Str. 117, I. Etage.

**Kunstgeigenbauer E. Toussaint**  
BERLIN O.  
Joachimstraße 11 C,  
liert Reparaturen,  
auf Wunsch zugleich mit  
vorgeg. Konvertierung.  
Spezialität:  
Erzeugung des alt-  
italienischen Timbres  
für große Säte an alten  
u. neuen Geigen. \*  
Mäßiges Honorar. \*\*

Neu erschienen:  
**Aus meinem Leben.**  
Von August Hebel,  
I. Teil.  
broch. 1,50 M., geb. 2 M.

**Der deutsche Arbeiter**  
und der  
**Nationalismus.**  
Von Dr. Karl Renner,  
Preis 60 Pf.

**Zum Gedächtnis**  
des  
**Kommunistischen Manifestes.**  
Von Antonio Labriola,  
Eingeleitet und übersetzt von Franz  
Mehring.  
Mit einem Bildnis des Verfassers.  
Preis 1 M.

**Sozialistische Bewegungen**  
und  
**Systeme bis zum Jahre 1848.**  
Von Elisabeth Luzzatto,  
Preis geb. 4 M.

**Der Jar und die answärtige**  
Politik. ♦♦♦  
Ein geheimes Memorandum d. Grafen  
Lombrosoff, das Geheimnis Orangebuch.  
Von Wladimir Burtzew.  
Preis 2 M.

**Rußland in der Revolution.**  
Von N. Tretzky.  
Preis 6 M.

**Führer durch das preußische**  
**Einkommensteuer-Gesetz**  
von Arbeitersekretär Rud. Wissoll.  
Preis 30 Pf.

**Die Rechtsprechung**  
in  
**Anfallkreuzen-Streitigkeiten.**  
Eine Zusammenstellung und gemein-  
verständliche Erläuterung der wich-  
tigsten rechtspraktischen Entscheidungen  
des Reichsversicherungsamts  
v. Herm. Müller, Arbeitersekretär.  
Preis 3 M.

**Expedition des Vorwärts**  
Berlin SW. 68  
Lindenstr. 69, Laden.

**Möbel** ganze Wohnungseinrichtungen, Zimmer-  
und Küchen-Einrichtungen, sowie jedes  
Stück einzeln zu den billigsten Preisen  
in guter gediegener Arbeit empfiehlt  
**Wilh. Sambrecht,**  
Berlin SW., Simeonstr. 19.  
Verlangen Sie, bitte, illustr. Preisliste. an der Alten Jakobstraße.

**Auf Kredit!** **Auf Kredit!**

**Möbel**  
**Betten**  
Sofas, Kinderwagen  
komplette Einrichtungen  
**Anzüge**  
für Herren und Knaben  
**Damen-Konfektion**  
in riesiger Auswahl auf  
**Kredit**

**Wilhelm Schulze**  
**RIXDORF**  
40, Berliner Straße 40, 1 Treppe,  
Ecke Münchener Straße.

Willst Du Kleidung gut und billig haben,  
Kaufe in dem  
**Roten Laden.**  
Spezial-Haus für Arbeiter- und Berufs-  
Kleidung. Streng reelle Bedienung.  
Schöneberg, Hauptstraße 108.

**Paul Neugebauer Nachf.**  
Waren- und Möbel-Kredit-Haus  
**CHARLOTTENBURG**  
31, Wilmersdorfer Straße 31, I. u. II.  
an der Wallstraße  
liefert an jedermann

**Möbel auf Kredit.**  
**1 Stube und Küche**  
Anzahlung von Mk. 15.— an.  
**2 Stuben und Küche**  
Anzahlung von Mk. 30.— an.  
Große Auswahl vollständiger  
**Wohnungs-Einrichtungen**  
Schlafzimmer, Speisezimmer,  
Herrenzimmer, Farbige Küchen  
**Bequeme Teilzahlungen.**  
Enormes Lager  
in  
**Herren- und Knaben-Garderobe**  
**Damen-Konfektion**  
Anfertigung auch nach Maß.  
Leichteste Teilzahlung.  
Ich bitte auf die Hausnummer 31 zu achten.

Wir empfehlen folgende  
**Bücher zu herabgesetzten Preisen:**

**Werden und Vergehen**  
Eine Entwicklungsgeschichte des  
Naturganzen in gemein-  
verständlicher Darstellung  
Von Ernst Sterne,  
herausgegeben von Wilhelm Bölsche.  
Mit vielen Abbildungen im Text und 47 Tafeln  
in Holzschnitt und Farbendruck sowie dem Bildnis  
des Verfassers.  
Zwei starke Bände,  
dauerhaft und geschmackvoll gebunden.  
Durch Erweiterung der Neuausgabe sind viele  
in der Lage, das Werk, dessen Ladenpreis  
25 M. beträgt, mit 10 Mark zu verkaufen.

**Entwicklungsgeschichte  
der Natur**  
Von Wilhelm Bölsche.  
Zwei Bände.  
Gegen 1785 Abbildungen im Text und zahlreichen  
Tafeln in Schwarz- und Farbendruck.

**Länder- und Völkerkunde**  
Von Dr. F. W. Paul Lehmann,  
Direktor des Schiller-Realgymnasiums in Stuttgart.  
Zwei Bände.  
Mit 1024 Abbildungen im Text und vielen Tafeln  
in Schwarz- und Farbendruck.  
Auch diese beiden Werke können wir statt  
für je 18 M. für 10 Mark abgeben.

**Was ist die Natur**  
Von Wilhelm Bölsche.  
Von diesem Werk hatten wir Gelegenheit, eine große Anzahl tabellos neuer Remittenten-  
Exemplare zu erwerben, die wir mit 1,50 M. pro Exemplar abgeben können.  
Der Ladenpreis beträgt 3 M.  
Geschmackvoller Leinenband.

Weitere empfehlenswerte Bücher:

**Unser Wald**  
Von Curt Grottelwitz,  
herausgegeben von Wilhelm Bölsche.  
Mit zahlreichen Abbildungen. Dieses Buch hat  
bei bedeutenden Pädagogen wie in der Presse  
begeisterte Aufnahme gefunden.  
Brochüriert 2,50 M., in dauerhaftem Leinen-  
band gebunden 3 M.

**Sonntage**  
eines großstädtischen Arbeiters  
in der Natur.  
Von Curt Grottelwitz,  
Mit einem Vorwort von Wilh. Bölsche.  
Dritte unveränderte Auflage. Mit Buchschmuck  
und dem Porträt des Verfassers.  
Brochüriert 60 Pf., gebunden 1 M.

**Alenbrook**  
Briefe aus der Heide an meine jungen Freunde.  
Von Jürgen Brand.  
Geschmackvoll gebunden und mit Buchschmuck versehen 1,50 M.

**Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW., Lindenstr. 69 (Laden).**

Wer eine wirklich gute Pfeife rauchen will, der wähle unter den  
**Kapitän-Rauchtabaken**  
die von hervorragender Qualität in den verschiedensten  
Mischungen und Preislagen (in Päckchen von 10 Pf. bis  
1,50 Mk.) in den meisten Zigarrogeschäften zu haben sind.  
Spezialität: **Feiner Goldshag** (in roten Düten).  
Man achte jedoch genau auf das ges. gesch. Wort  
„Kapitän“. Päckchen ohne diese Bezeichnung  
weise man als unecht zurück. 3011\*

Gen.-Vertrieb **Carl Röcker**, Grüner Weg 112.

Wir empfehlen:  
**Arbeiter-Gesundheitsbibliothek**  
Heft 11.  
**Frauenleiden u. deren Verhütung.**  
Nebst einem Anhang: Die Verhütung der Schwangerschaft.  
Von Dr. J. Zudek.  
Preis 20 Pf. Gute Ausgabe 50 Pf.  
Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW., Lindenstr. 69, Laden.

**Annahmestellen für „Kleine Anzeigen“**  
Berlin C. H. Gahnisch, Auguststr. 50.  
W. G. Schmidt, Kirchhoffstr. 14.  
O. W. Mann, Petersburger Platz 4. Gustav Vogel, Köpenicker Str. 68.  
N. Wenzel, Gr. Frankfurter Str. 120.  
NO. 2. Jucht, Annamüllersstr. 12. J. Reul, Barnimstr. 42.  
N. W. Baumann, Bernauer Str. 9. F. Trapp, Steintor Str. 10. Karl  
Nieders, Lohener Str. 123. Karl Weiche, Kagaretschstr. 49.  
F. Vogel, Kochingstr. 37. H. Tiesch, Invalidenstr. 124.  
L. Dequand, Ackerstr. 24.  
NW. Karl Anders, Salzweidenerstr. 8. Westert, Goltensdammstr. 29.  
SW. G. Werner, Oranienaustr. 72. Tachn, Hagelberger Str. 27.  
S. St. Frits, Prinzenstr. 31. F. Guttschmidt, Kottbuser Damm 8.  
SO. Paul Böhm, Lantier Platz 14/15. P. Horich, Engelauer 15.  
Adlershof. Karl Schwarzkopf, Hoffmannstr. 9.  
Baumschulenweg. G. Hornig, Marienbaderstr. 13, I.  
Borsigwalde. Paul Kienast, Mühlstr. 10.  
Charlottenburg. Gustav Scharnberg, Selenbeller Str. 1.  
Friedrichshagen. Ernst Werkmann, Köpenicker Str. 18.  
Grünau. Franz Klein, Bahnhofstr. 6, III.  
Johannisthal. Vielcke, Kaiser-Wilhelm-Platz 4.  
Karlshorst. Richard Ritter, Köpenicker Str. 9, II.  
Köpenick. Emil Wähler, Köpenicker Str. 6, Laden.  
Lichtenberg. Otto Seitel, Kronprinzenstr. 4, I.  
Nieder-Schöneweide. Max Friedke, Briker Str. 14 II.  
Nowawes. Wilhelm Jappe, Friedrichstr. 7.  
Ober-Schöneweide. August Henjes, Lantier Str. 2, I.  
Pankow. Otto Rihmann, Rühlstr. 30.  
Reinickendorf. P. Gurich, Kamekestr. 12.  
Rixdorf. M. Seiarich, Redakteur 2. Courad, Hermannstr. 50.  
Rummelsburg. H. Rosenkranz, Alt-Bogdener 66.  
Schmargendorf. Gustav Kaminsky, Gumboldtstr. 2.  
Schöneberg. Wilhelm Dämmler, Martin-Luther-Str. 51 im Laden.  
Spandau. Köppen, Jagowstr. 9.  
Steglitz. G. Bernsee, Schloßstr. 119.  
Tempelhof. Albert Thiel, Friedrich-Wilhelm-Str. 20.  
Tropelhof. Robert Gramenz, Reichstr. 412, Laden.  
Weißensee. Rührmann, Sedanstr. 106. Schiller, König-Charlotten 30a.  
Wilmersdorf. Paul Schubert, Wilhelmstr. 26, Hof parterre.

**Steyppdecken**  
kauft man am besten u.  
preiswertesten  
direkt in der  
**Bernhard Strohmannel.**  
Berlin, 72. Wallstr. 72,  
zwischen Kolb- u. Insulstraße.  
Alle Decken werden aufgearbeitet.

Wir empfehlen unseren Lesern fol-  
gende

**Neuerscheinungen**  
Gertrud David  
**Sozialismus und**  
**Genossenschaftsbewegung**  
Verbandsausgabe 50 Pf.  
gute Ausgabe 1.— M.  
**Paul Kampfmeyer**  
**Geschichte der Gesellschafts-**  
**klassen in Deutschland**  
zweite Auflage  
broch. 1,60 M., geb. 2.— M.  
F. A. Lange  
**Die Arbeiterfrage**  
mit Einleitung und Anmerkungen  
von Mehring  
geb. 2.— M.  
**Karl Kautsky**  
**Der Weg zur Macht**  
zweite durchgesehene Auflage  
broch. 1,50 M., geb. 2.— M.  
Verbandsausgabe 50 Pf.  
**Dr. Ettore Cicotti**  
**Der Untergang der Sklaverei**  
**im Altertum**  
deutsch von Oda Olberg  
geb. 5,50 M.  
**Paul Göhre**  
**Die deutschen Arbeiter-**  
**Konsumvereine**  
geb. 16.— M.  
**Friedrich Julius Stahl**  
**Staatslehre**  
im Auszug neu herausgegeben  
geb. 4.— M.  
**Expedition des „Vorwärts“**  
Berlin SW., Lindenstr. 69  
(Laden).

# A. Weiss & Co. Nachf.

Inhaber: Fritz Prieur

SCHÖNEBERG

Hauptstrasse II Ecke der Verwerkstr.

## Grosser Verkauf Glas, Porzellan, Emaille, Wirtschaftsartikel

### Steingut

Teller tief und flach . . . . .	8 Pf.
Dessertteller . . . . .	7 Pf.
Terrinen . . . . .	98, 85, 65 Pf.
Saucières . . . . .	58 Pf.
Bratenplatten . . . . .	52, 38, 22 Pf.
Teller Delft, tief u. flach . . . . .	22 Pf.
Dessertteller Delft . . . . .	18 Pf.
Terrinen Delft . . . . .	2 <sup>95</sup> 1 <sup>85</sup>
Bratenplatten Delft . . . . .	17 <sup>5</sup> 11 <sup>5</sup> 75 Pf.
Saucières . . . . .	11 <sup>5</sup>

### Waschgarnit. 3<sup>65</sup> 2<sup>75</sup> 1<sup>95</sup>

5 teilig, neue Formen und Dekore . . . . .

### Toilette-Eimer . . . . . 2<sup>95</sup>

<b>Tafel-Geschirr</b> echt Porzellan, extra billig			
Teller tief und flach . . . . .	28 Pf.	38 Pf.	38 Pf.
Dessertteller . . . . .	23 Pf.	28 Pf.	30 Pf.
Bratenplatten . . . . .	17 <sup>5</sup> 13 <sup>5</sup> 11 <sup>5</sup>	14 <sup>5</sup>	13 <sup>5</sup> 85 Pf.
Saucières . . . . .	24 <sup>5</sup> 19 <sup>5</sup>	14 <sup>5</sup>	14 <sup>5</sup>
Salatschüsseln . . . . .	11 <sup>5</sup> 95 Pf.	85, 75 Pf.	68, 45, 32 Pf.
Kaffeekannen . . . . .	75, 50 Pf.	68, 55, 45 Pf.	11 <sup>0</sup> 75, 68 Pf.
Tassen . . . Paar	30, 25, 20 Pf.	25 Pf.	45, 35 Pf.

### Emaille

Schmortöpfe . . . . .	75, 58, 40 Pf.
Ringtöpfe . . . . .	80, 60, 45 Pf.
Wasserkessel . . . . .	13 <sup>5</sup> 11 <sup>0</sup> 95 Pf.
Kasserollen mit Ring . . . . .	75, 60, 50 Pf.
Eimer . . . . .	95, 73 Pf.
Wannen . . . . .	17 <sup>5</sup> 13 <sup>0</sup> 11 <sup>0</sup>

Marke „Triumph“ extra schwer  
Schmortöpfe . . . . . 90, 75, 50 Pf.  
Kasserollen . . . . . 70, 55, 45 Pf.  
Kasserollen mit Ring 12<sup>0</sup> 95, 70 Pf.

Tafel-Service 22 teilig, Delft und dekoriert . . . . .	9 <sup>75</sup>
Tafel-Service 26 teilig . . . . .	18 <sup>00</sup>

Kaffee-Service 9 teilig . . . . .	4 <sup>75</sup> 3 <sup>75</sup> 2 <sup>95</sup> 1 <sup>95</sup>
Dejeuners . . . . .	95 Pf.

### Preßglas-Service

„Luna“ Neuheit.

Kompotteller . . . . .	8 Pf.
Kompottschale 25, 15, 8 Pf.	8 Pf.
Zuckerschale . . . . .	18 Pf.
Butterdose . . . . .	38 Pf.
Käseglocke . . . . .	50 Pf.

### Küchen-Garnituren moderne Ausführungen

	Delft	Gold	Bremen	Goldgirlande
Vorrats-Tonnen	60 Pf.	95 Pf.	50 Pf.	95 Pf.
Gewürz-Tonnen	25 Pf.	38 Pf.	20 Pf.	35 Pf.
Salz- u. Mehlreste	95 Pf.	1 <sup>85</sup>	90 Pf.	1 <sup>95</sup>
Essig- u. Oelflasche	60 Pf.	95 Pf.	50 Pf.	95 Pf.
GarniturTöpfe <sup>5</sup> / <sub>Stk.</sub>	2 <sup>25</sup>	3 <sup>25</sup>	1 <sup>75</sup>	2 <sup>95</sup>

### Wirtschafts-Artikel

Reibemaschinen . . . . .	14 <sup>5</sup> 11 <sup>0</sup>
Wirtschaftswagen . . . . .	2 <sup>25</sup> 1 <sup>95</sup> 1 <sup>25</sup>
Messerputzmaschinen 3 <sup>25</sup>	95 Pf.
Kaffeemühlen . . . . .	1 <sup>65</sup> 1 <sup>45</sup> 95 Pf.
Fleischhackmaschinen . . . . .	2 <sup>95</sup> 2 <sup>25</sup>
Zink-Waschwannen 7 <sup>50</sup>	6 <sup>75</sup> 5 <sup>25</sup>
Brotbüchsen . . . . .	2 <sup>50</sup> 1 <sup>95</sup> 1 <sup>25</sup>

### Holzstoffwaren

Eimer . . . . .	3 <sup>45</sup> 2 <sup>95</sup>	Schüsseln . . . . .	1 <sup>65</sup> 1 <sup>15</sup>	Kübel rund . . . . .	3 <sup>45</sup> 2 <sup>25</sup>	Wannen oval . . . . .	5 <sup>50</sup> 3 <sup>95</sup>
Kartoffelschälmaschine <sup>Neuheit!</sup>	9 <sup>50</sup>	Teppichkehrmaschine . . . . .	9 <sup>50</sup> 8 <sup>25</sup>	Polsterbetten . . . . .	6 <sup>85</sup> 5 <sup>85</sup> 4 <sup>60</sup>		

## Gardinen – Teppiche

Engl. Tüll-Gardinen <sup>Meter</sup> . . . . .	68, 48, 38, 29 Pf.	Teppiche Axminster 130x200	6 <sup>95</sup>	Rouleaus, Vitragen <sup>130 cm breit</sup> . . . . .	1 <sup>55</sup> 1 <sup>35</sup> 95 Pf.
Engl. Tüll-Gardinen <sup>abgepasst</sup> . . . . .	5 <sup>35</sup> 3 <sup>95</sup> 1 <sup>95</sup> 1 <sup>65</sup>	Teppiche Axminster 160x285	10 <sup>95</sup>	Leinen-Garnitur <sup>f. Schlafzimmer</sup> . . . . .	5 <sup>95</sup> 4 <sup>05</sup> 3 <sup>95</sup>
Erbstüll-Stores mit Volant . . . . .	8 <sup>85</sup> 5 <sup>85</sup> 3 <sup>95</sup>	Teppiche Axminster <sup>Prima</sup> 130x200	9 <sup>85</sup>	Gard.-Crepe <sup>bunt bedr. Meter</sup> . . . . .	60, 48, 38 Pf.
Erbstüll-Bettdecken mit Volant . . . . .	6 <sup>95</sup> 5 <sup>85</sup> 4 <sup>95</sup>	Teppiche Axminster <sup>Prima</sup> 160x285	15 <sup>95</sup>	Vorlagen Axminster . . . . .	1 <sup>95</sup> 1 <sup>55</sup> 95 Pf.
Erbstüll-Bettdecken mit Volant, für 2 Betten . . . . .	13 <sup>95</sup> 10 <sup>85</sup> 7 <sup>45</sup>	Teppiche Axminster <sup>Prima</sup> 200x300	23 <sup>50</sup>	Vorlagen <sup>imit. Perser</sup> . . . . .	1 <sup>95</sup> 1 <sup>35</sup> 95 Pf.

Besichtigen Sie unsere Schaufenster!

Verlangen Sie bei allen Einkäufen Rabattmarken!

## Extra billiger Verkauf

sämtlicher

## Wirtschafts=Artikel



# L. Katz & Co.

RIXDORF, Bergstr. 65,  
am Ringbahnhof.

Für unsere Kundschaft heute:  
**Bananen**, 10 Früchte, 3 Stück 10 Pf.